This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

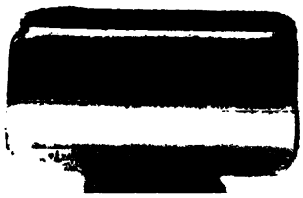
Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

UC-NRLF
$B 88 719

LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY OF CALIFORNIA.

Class



Dr. Heinrich Dietzel,

Weltwirtschaft und Volkswirtschaft.

Seite 1—120.

Die

Gehe-Stiftung zu Dresden

in den ersten 15 Jahren ihrer Thätigkeit.

Seite I—XLII.

Jahrbuch

der

Gehe-Stiftung

zu

Dresden.

Band V.

Dresden
v. Zahn & Jaensch
1900.

Weltwirtschaft

und

Volkswirtschaft

von

Dr. Heinrich Dietzel,
Professor an der Universität Bonn.

Dresden
Verlag von v. Zahn & Jaensch
1900.

HC 53
.D5

GENERAL

Inhalt.

Seite

Einleitung.

Territorialwirtschaft — Nationalwirtschaft — Weltwirtschaft. Die zwei Ursachen des Entstehens der Weltwirtschaft; Auseinandergehen der Urteile betreffs der Wirkungen dieses Vorgangs für die Nationalwirtschaften . . . . . 1—5

I. Die nationalwirtschaftlich günstigen Wirkungen des Anschlusses an die Weltwirtschaft.

Oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik: Erreichung des Maximum an Volksreichtum wie des Maximum an Stetigkeit der volkswirtschaftlichen Lebens.

1. Die Steigerung des Volksreichtums durch Anschluß an die Weltwirtschaft.

Der Anschluß an die Weltwirtschaft bewirkt erstens das Reicherwerden des Volks in qualitativer Hinsicht: Vermehrung der Güterarten, über die der Verbrauch sich zu erstrecken vermag. Die Begrenzung der Produktionsmöglichkeit, welche bei Eigenwirtschaft waltet, fällt fort . . . . . 5—7

Der Anschluß an die Weltwirtschaft bewirkt zweitens das Reicherwerden des Volks in quantitativer Hinsicht: Vermehrung der konsumtiblen Gütermengen.

A. Das „Gesetz des abnehmenden Ertrags" der Rohstoffarbeit kann wirksamer bekämpft, das „Gesetz des zunehmenden Ertrags" der industriellen Arbeit wirksamer ausgenutzt werden wie bei Eigenwirtschaft . . . . . 7—16

B. Das „Gesetz des territorial verschiedenen Ertrags" gleicher Arbeit, das bei Eigenwirtschaft dem Streben nach dem Reichtumsmaximum hinderlich ist, wird bei Anschluß an die Weltwirtschaft zu einem Werkzeug dieses Strebens. Bei „kosmopolitischer" Arbeitsteilung wird die Arbeit jedes Volkes nationaler, indem jedes Volk sich auf diejenigen Zweige der Produktion zu beschränken vermag, auf welche die Sonderart des nationalen Territorium und der nationalen Kultur es hinweist . . . . . 17—20

103789

Seite

2. Die Stetigung des Wirtschaftslebens durch Anschluß an die Weltwirtschaft.

Das „Gesetz des zeitlich wechselnden Ertrags" gleicher Arbeit, vor allem der Rohstoffarbeit (Ernteschwankungen), wird weniger lästig empfunden; der Anschluß an die Weltwirtschaft wirkt wie eine Versicherung gegen Mißwachs und Überwachs. 21—29

II. Maß und Maßstab des der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu dankenden nationalwirtschaftlichen Fortschritts . . . . . 30—40

III. Kritik der gegen den Anschluß an die Weltwirtschaft erhobenen Bedenken und der auf Grund dieser Bedenken geforderten Politik der „Nationalisierung".

1. Die Möglichkeit zeitweisen Rückgangs des Außenhandels. Diese Möglichkeit, und damit die Möglichkeit von Schwankungen und Verschiebungen der Nationalwirtschaft, ist nicht zu bestreiten. Aber sie ist das kleinere Übel, und die Gefahr mindert sich, je weiter die weltwirtschaftliche Entwicklung fortschreitet . . . . 41—48

2. Die Möglichkeit dauernden Rückganges des Außenhandels.

Theorie, daß die jetzige Differenzierung der Nationen in „Industriestaaten" und „Rohstoffstaaten" nur ein Zwischenspiel der Wirtschaftsgeschichte sein könne, da die Rohstoffstaaten von heute sich künftig industrialisieren und ihre Materialien wie ihre Lebensmittel selbst verbrauchen würden; Konsequenzen für das Programm der Handelspolitik; Vertreter der Weltmachtpolitik und Vertreter der Politik der „Nationalisierung" . . . . . 49—57

A. Theorie vom Rückgang des Fabrikatenexports. Selbst wenn diese Theorie zuträfe, wäre eine Politik der „Nationalisierung" nicht geboten . . . . . 58—65

Sie trifft aber nicht zu: daß das Emporkommen von Industrien in den Rohstoffstaaten das Einschrumpfen des Fabrikatenexports der Industriestaaten zur Folge haben müsse, ist ein Irrtum . . . . . 66—88

B. Theorie vom Rückgang des Lebensmittelimports. Selbst wenn diese Theorie zuträfe, wäre eine Politik der „Nationalisierung" nicht geboten . . . . . 89—101

Sie trifft aber nicht zu: für vorläufig unabsehbare Zeit kann die Lebensmittelproduktion der Welt noch rascher wachsen als der Lebensmittelbedarf; sie kann wachsen durch Erweiterung der heute zur Produktion dienenden Fläche, wie durch intensivere Ausnutzung derselben. Die Gefahr der Übervölkerung besteht gleicherweise bei Eigenwirtschaft wie bei Anschluß an die Weltwirtschaft . . . . . 112—119

Schlußwort . . . . . 119—120

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Einleitung.

Wenn wir jetzt, da das Jahrhundert zur Rüste geht, der Fortschritte und Wandlungen gedenken, die es unserm Volke gebracht, so treten als ragende Merksteine der Entwickelung drei Daten vor unser geistiges Auge: 1833 — 1848 — 1871.

Das Jahr 1833 erfreut sich nicht des gleichen historischen Prestiges wie das Jahr der Märzrevolution und das Jahr des deutsch-französischen Krieges. Aber mit Unrecht. Denn zu dem, was die Eigenart unseres heutigen staatlichen wie gesellschaftlichen Daseins ausmacht — zu dem, wodurch dies heutige Dasein ein höheres, vollkommeneres ist als das der Vergangenheit, hat das Jahr 1833 den Grund gelegt.

Damals kam, nach langen Mühen, der deutsche Zollverein unter preußischer Vormacht zum Abschluß; dieser Staatenbund, der den ersten Schritt auf der Bahn nationaler Einigung bedeutete, an deren Ende die Wiedererrichtung des deutschen Reiches liegen sollte. Und weiter hob die sociale Epoche an, die, nach dem kaiserlichen Worte, „im Zeichen des Verkehrs steht"; damals, als zu Leipzig jene kleine Broschüre erschien, die den Titel trug: „über ein sächsisches Eisenbahnsystem als Grundlage eines allgemeinen deutschen Eisenbahnsystems"[1]) — jene kleine Broschüre, in der F. List den Plan entwickelte, als Correlat des „nationalen Zollsystems" ein „nationales Transportsystem" zu begründen, ein allmählich über ganz Deutschland auszudehnendes Schienennetz ins Leben zu rufen, dessen Ausgangs- und Mittelpunkt die Linie Leipzig—Dresden bilden müsse.

[1]) Das Originalmanuskript findet sich im Eisenbahnmuseum zu Dresden

Wie unser staatliches Dasein durch die Wiedererrichtung des deutschen Reiches, so hat durch das Emporkommen des modernen Verkehrswesens unser gesellschaftliches Dasein eine tiefgehende, nach den verschiedensten Seiten hin ausgreifende Metamorphose erfahren.

Von einem der wesentlichsten Momente dieser socialen Metamorphose soll im Folgenden die Rede sein: von der Verflechtung der deutschen Volkswirtschaft in den, nahezu die ganze Erde umspannenden, „weltwirtschaftlichen Organismus, in welchem die einzelnen Volkswirtschaften die Funktion von Gliedern erhalten".[1]) —

Weit richtiger und allseitiger als die große Mehrzahl der Zeitgenossen hatte der Verfasser jener Broschüre von 1833 die revolutionäre Energie der neuen Transporttechnik gewertet. Während so Viele meinten, daß in der Hauptsache nur dem Personenverkehr eine namhafte Förderung werden werde, Manche sogar dieses leugneten, prophezeihte F. List eine ganz außerordentliche, unberechenbar große Hebung auch des Güterverkehrs.

Solange die Versendung der Waren mittels Karren oder Kahn geschah, d. h. überaus langsam vor sich ging und, wenigstens zu Lande, recht teuer sich stellte, konnte es noch keine nationale, keine „allgemeine Wirtschaft" (Lamprecht) geben — konnte nur in wenigen Gütergattungen ein regelmäßiger Austausch, eine ständige Arbeitsteilung zwischen fern voneinander liegenden Gebieten des „geographischen Begriffs" Deutschland stattfinden. Wie in politischer Hinsicht in eine Anzahl fast souveräner Territorialstaaten, so zerfiel Deutschland in ökonomischer Hinsicht in eine Reihe von nahezu autarkischen Territorialwirtschaften.

Dank dem Eisenbahnsystem, mit dem ein weitverzweigtes Kanalsystem Hand in Hand gehen müsse, werde — so führte F. List aus — die deutsche Nationalwirtschaft erstehen, werde die Möglichkeit des Austausches und der Arbeitsteilung zwischen allen deutschen Gauen sich eröffnen. Waren jeder Art — auch ganz geringwertige, wie Getreide, Holz, Steine, Erze, Kohlen u. s. w. — werde das „rollende Flügelrad" zwischen Königsberg und Lindau, Hamburg und München, Mannheim und Breslau herüber und hinüber tragen.

[1]) Ad. Wagner, Grundlegung der pol. K. Bd. I. S. 362.

Aber selbst er war weit davon entfernt, die weltwirtschaftliche Entwickelung der Zukunft zu ahnen: Den internationalen Verkehr dachte er sich in der Hauptsache beschränkt auf den Umsatz hochwertiger Rohstoffe der Tropen gegen hochwertige Fabrikate der gemäßigten Zone. Was den Fernhandel mit Korn anlangt, so erschien ihm als ein Äußerstes, nur „in Zeiten außerordentlicher Teuerung" zu Erwartendes — daß Getreide aus dem Innern Deutschlands, z. B. aus Bayern, nach England gelange.

Die „Luftschlösser", die F. List auf die neue Transporttechnik baute, seine damals als zu „amerikanisch" verspotteten Verkehrsprognosen sollten sich nicht nur bewahrheiten, sondern schließlich weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Um vieles gewaltiger, als wie er vorausgesagt, hat der Aufschwung des Handels — des Binnen- wie des Außenhandels — im „Jahrhundert des Dampfes" sich gestaltet.

Jahraus jahrein, mögen die Preise höher oder tiefer stehen, bezieht heute ganz Westeuropa Korn aus weiter Ferne — aus Rußland und Rumänien, Nordamerika und Argentinien, Indien und Australien. Und es bezahlt dies Korn, und was es sonst noch an Lebensmitteln, Materialien, Fabrikaten aus aller Welt bezieht, in der Hauptsache zwar mit Fabrikaten, daneben aber auch mit Materialien — z. B. Kohlen, Cement, Düngemitteln — und mit Lebensmitteln — z. B. Salz, Zucker, Branntwein, Bier, Wein. Nicht nur tropische Rohstoffe und Manufakte der gemäßigten Zone begegnen sich auf den Meeren — wie die nationalwirtschaftliche, so hat schließlich auch die weltwirtschaftliche Entwickelung nahezu alle Gütergattungen in ihren Kreis gezogen.

Dies Ergebnis ist einerseits den Errungenschaften der neuen Transporttechnik zu danken, andererseits der Thatsache, daß viele Staaten, zuerst England, dem Außenhandel manche Fesseln, die früher ihn eingeschnürt hatten, abnahmen und den Druck anderer wesentlich milderten. Wurden durch das Eisenbahnwesen u. s. w. die Hindernisse von Raum und Zeit, durch welche die Natur die Erstehung einer Weltwirtschaft bis dahin vereitelt hatte, um ein Beträchtliches gemindert, so durch Beseitigung von Einfuhr- und Ausfuhrverboten, durch Zollherabsetzungen und Zollbefreiungen die Hindernisse, die der ‚homo sapiens' hinzugethan. —

Die Weltwirtschaft ist ein Neues. Ist nun dies Neue ein Gutes oder Schlimmes? Zählen die Wirkungen, die unser volkswirtschaftliches Dasein durch sie erfahren hat, zu den Fortschritten, deren die Lebenden sich freuen dürfen, oder zu den Wandlungen, die sie zu beklagen haben?

Die Einen urteilen: zwar habe wie alles auf dieser unvollkommenen Erde, auch die Verflechtung der Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft ihre zwei Seiten; aber weitaus überwiege das Gute. Daher sei das Zollsystem in der Richtung zum Freihandel weiterzubilden oder umzubilden, das Transportsystem so einzurichten und zu verwalten, daß der Verkehr zwischen Inland und Ausland ein immer regerer werde.

Die Andern urteilen: weitaus überwiege das Schlimme. Habe bisher schon die weltwirtschaftliche Entwickelung manches Unheil heraufbeschworen, so drohten in Zukunft noch weit ärgere Gefahren. Nicht Erweiterung, sondern Wiedereinschränkung des Außenhandels müsse die Parole sein — Beeinflussung der Volkswirtschaft im Sinne der „Nationalisierung“ durch eine Politik „eigenwirtschaftlicher Unabhängigkeit“. —

Um diese Kontroverse zu entscheiden, wird zunächst (I. und II.) darzulegen sein, ob und welche wirtschaftliche Vorteile der Anschluß an die Weltwirtschaft den Völkern bringt; dann (III.), ob und welche wirtschaftliche Nachteile ihm entspringen, bezüglich wie schwer sie ins Gewicht fallen.

I.

Das oberſte Ziel der Wirtſchaftspolitik muß ſein: zu bewirken einerſeits, daß das unter den gegebenen Bedingungen möglichſe Maximum des Volksreichtums erreicht werde, und andererſeits, daß das wirtſchaftliche Leben des Volkes ſo ſtetig als möglich verlaufe.

Der Löſung dieſer doppelten Aufgabe vermag — wie im Folgenden erörtert wird — ein Volk deſto näher zu kommen, mit je mehr Völkern es Verkehr und je mehr Verkehr es mit ihnen treibt; bei „Eigenwirtſchaft“ kann die nationale Arbeit weder ſo produktiv, noch ſo kontinuierlich ſich vollziehen wie bei Anſchluß an die Weltwirtſchaft.

1.

Für jedes Volk iſt der Kreis der möglichen Produktionen jeweilig begrenzt. Begrenzt einmal durch die Natur; denn auf dem nationalen Territorium gedeihen nur gewiſſe Gattungen von Pflanzen und Tieren, und nur gewiſſe Gattungen von Erden und Erzen finden ſich vor. Begrenzt ferner durch den ſocialwirtſchaftlichen Status, d. h. durch Menge und Beſchaffenheit der materiellen Mittel (Arbeitskräfte, Kapitalien), über welche die Nation derzeit verfügt. Non omnia possumus omnes — wie von den Individuen, ſo gilt der Satz von den Völkern.

Bei Eigenwirtſchaft wird dies Begrenztſein als eine läſtige Feſſel des Reichtumſtrebens empfunden — deſto läſtiger, je monotoner das Land u. ſ. w.: Bei Anſchluß an die Weltwirtſchaft wird ihr Druck kaum noch geſpürt. Kann ein Volk auch nur mit einigen

wenigen Waren auf den Märkten anderer Völker konkurrieren, so bleibt zwar seine Produktionsmöglichkeit unter Umständen die gleiche, aber seine Konsumtionsmöglichkeit wächst, erstreckt sich auf alle die guten Dinge, welche diese anderen Völker hervorbringen.

Diese Wirkung, diese Vermannigfaltigung der materiellen Genüsse, war es, was zuerst dem Denken über den Verkehr auffiel und gefiel.

„Die Größe der Stadt verursacht einen ständigen Zufluß von allerlei Gütern dieses Lebens aus allen Gegenden der Welt; wir können die Produkte anderer Völker ebensogut als unser Eigentum genießen wie unsere eigenen Landesfrüchte." (Aus der Leichenrede des Perikles in Thukydides' Geschichte des peloponnesischen Krieges, Bd. II. 38.[1])

Diese Thatsache der Mehrung des Volksreichtums in qualitativer Hinsicht dank dem Verkehr, die der antike Schriftsteller kausal faßt, ist später seitens der christlichen Socialphilosophen teleologisch verwertet worden. Von der Zeit der Kirchenväter (Origines) bis ins Jahrhundert der Aufklärung (D. Hume) hinein ist es zahllose Male, oft mit gewaltigem Pathos, ausgesprochen worden, daß Gott die einzelnen Bezirke des Erdballs mit nur begrenzter, aber verschiedenartiger Produktionsmöglichkeit bedacht habe, um den Völkern den Trieb zu Austausch und Arbeitsteilung einzupflanzen und sie durch die Weltwirtschaft zu der Weltgemeinde zu einen, in der sie als Kinder Eines Gottes sich lieben lernen sollen.

Die Bezeichnung der Nationen als „Provinzen Eines Königreichs", die in den Plaidoyers der Liberalen der klassischen Epoche zu Gunsten des Freihandels häufig sich findet, ist keineswegs aus dem „kosmopolitischen" Geiste des XVIII. Jahrhunderts empfangen, sondern ist — wie noch vieles Andere in dem Wort- und Ideenschatz dieser angeblichen „Materialisten" — uraltes Erbstück der „ethischen" Socialökonomie der Vergangenheit.

Dank dem Verkehr erweitert sich die Genußsphäre eines Volkes einmal insofern, als solche Güter ihr zuwachsen, die auf dem Raumgebiet, das es beherrscht, gar nicht produzibel wären — auf die es bei Eigenwirtschaft verzichten müßte. Zweitens — was zwar minder wichtig ist, aber doch nicht, wie üblich, übersehen werden darf — insofern, als gewisse Dinge, die ihm zwar produzibel, aber nur zu bestimmtem Zeitpunkt produzibel sind, jederzeit beschafft werden können.

---

[1]) Ganz ähnlich bei Xenophon, Athen. rep. 2, 7.

Bei Eigenwirtschaft ist ein Volk gezwungen, z. B. das Brotkorn sorgsamst zu Rate zu halten, damit es bis zur nächsten Ernte ausreichte; frisches Obst bietet sich nur während kurzer Frist dar — läßt es sich auch konservieren wie Brotkorn, so doch nur zu höheren Kosten und unter Beeinträchtigung des Wohlgeschmacks.

Durch Verkehr mit andern Völkern, die zu anderen Monaten in die Scheuer sammeln, wird die wirtschaftliche Position eine günstigere. Fällt in Europa und Nordamerika die Brotkornernte in den Juli und August, so in Argentinien und Australien in den Dezember und Januar, in Indien in den März, u. s. w. — jederzeit kann, wenn einem Volke die Vorräte sich erschöpfen, irgend ein anderes Volk mit neuer Frucht in die Lücke springen.[1]) Geht bei uns im Winter das frische Obst zur Neige, so kann z. B. das Kapland aushelfen, indem es die Aprikosen sendet, die hier Ende des Jahres — Trauben, Äpfel, Birnen, die im Januar — Pfirsiche, die im Februar reifen.[2]) —

Zu dem Reicherwerden in qualitativer Hinsicht — durch Vermehrung der Güterarten, über die der Verbrauch des Volkes sich zu erstrecken vermag — tritt als zweite, noch bedeutsamere Wirkung des Anschlusses an die Weltwirtschaft das Reicherwerden in quantitativer Hinsicht durch Vermehrung der konsumtiblen Gütermengen. Bei Aufwand gleicher Gesamtarbeit wird ein Verkehr treibendes Volk ein höheres, vielleicht ein weit höheres Gesamtprodukt erzielen, als wenn es isoliert wirtschaftete; m. a. W.: seine nationale Arbeit wird produktiver.

A. Die Natur hat jedem Volke die Stätten, wo die Produktivität der Rohstoffarbeit, des einen Hauptzweiges der nationalen Arbeit, ihr Maximum erreicht (d. h. die Stätten, wo die Arbeitseinheit das Maximum Rohstoff liefert) nur in begrenztem Umfang zur Verfügung gestellt. Und auch auf diesen besten Arbeitsplätzen — auf den fruchtbarsten Äckern, den ergiebigsten Bergwerken u. s. w. — läßt die Natur die Erreichung des Produktionsmaximums nur unter der Bedingung zu, daß nicht mehr als ein bestimmtes, begrenztes Quantum Arbeit auf sie verwandt wird.

[1]) Vgl. J. d. Econ. 1882, II. S. 133. — Economist 1896, S. 1317.
[2]) Nation 1894, S. 457.

Kann ein Volk seinen ganzen Bedarf an agrikolen und montanen Rohstoffen ausschließlich auf den Böden und Gruben erster Klasse decken und zwar derart decken, daß es nur das begrenzte Quantum Arbeit ihnen zuführt, bei dessen Verwendung das Produktivitätsmaximum statthat, so ist, was die Rohstoffproduktion betrifft, der ideale Zustand vorhanden.

Überschreitet aber seine Ziffer und damit sein Bedarf an Rohstoffen eine gewisse Grenze, so wird ein Volk, falls es *isoliert* wirtschaftet, von solchem idealen Zustand sich entfernen müssen — wird das Gesetz des „*abnehmenden Ertrags*“ in der Rohstoffproduktion sich geltend machen, die Produktivität seiner agrikolen und montanen Arbeit unter das mögliche Maximum sinken.

Gehen Ziffer und Bedarf empor, so können zwei Wege behufs Ausdehnung der Rohstoffproduktion eingeschlagen werden. *Entweder* muß das Volk, während es bisher nur die Böden und Gruben erster Klasse in Anspruch nahm, jetzt herabsteigen zu denen zweiter, dritter Klasse u. s. w.; *oder* es muß die Deckung des erhöhten Bedarfs dadurch zu bewirken suchen, daß es auf die Böden und Gruben erster Klasse ein größeres Arbeitsquantum als bisher verwendet. (Natürlich kann es auch — und wird es in der Regel — beide Methoden kombinieren.)

Die Steigerung des *Gesamtprodukts* an Rohstoffen läßt sich auf jenem wie auf diesem Wege erzielen. Aber das Volk muß, mag es jenen oder diesen wählen, jetzt mehr Arbeit einsetzen für den Zentner Weizen, Kohle u. s. w. — der durchschnittliche Ertrag der Arbeitseinheit seiner Rohstoffarbeit hat abgenommen.

Wie es auch verfahre, immer wird ein isoliertes Volk, nachdem sein Rohstoffbedarf eine gewisse Grenze überschritten hat — die selbstverständlich für verschiedene Völker ganz verschieden, ebenso für die verschiedenen Zweige der Rohstoffproduktion ganz verschieden liegen kann — auf das, wie die englische Socialökonomik es getauft hat, Gesetz des „abnehmenden Ertrags“ [1]) stoßen, auf eine wirtschaftlich fatale Naturthatsache.

---

[1]) Die klarste Darstellung und Begründung dieser „law of diminishing returns“ der Rohstoffe erzeugenden Arbeit ist bis heute die, welche N. W. *Senior* (Outlines of Pol. Ec., 26. 81. ff.) gegeben hat.

Sieht, unter dem Druck wachsender Ziffer, ein Volk sich gezwungen, zu schlechteren Arbeitsplätzen seine Zuflucht zu nehmen, oder die besten mit einem größeren Arbeitsquantum zu belegen, als mit demjenigen, bei welchem das Produktivitätsmaximum statthat, so wird es *ärmer*, wie es sein könnte, falls es sich zu beschränken vermöchte auf Ausnutzung nur der Böden und Gruben erster Klasse bis zum Punkte des Produktivitätsmaximum. Das *Kopfprodukt* (der Ertrag an materiellen Gütern jeder Art, der bei gleicher Verteilung des Gesamtprodukts, der „nationalen Dividende", auf den Kopf entfallen würde), das Kopfprodukt, an dem die Höhe des Volksreichtums sich mißt, steht niedriger, wie es stehen könnte, falls die Zahl der Münder und Mägen, und damit der Rohstoffbedarf, niedriger wäre.

Durch Vervollkommnung der Technik der Rohstoffproduktion kann erreicht werden, daß das „Abnehmen des Ertrags" *zeitweise* hintangehalten wird — daß ein größerer Rohstoffbedarf als früher mit gleicher oder vielleicht sogar geringerer Arbeitsmenge wie früher beschafft wird. Aber kein Fortschritt agrikoler oder montaner Technik vermag jenes Gesetz *auf die Dauer* außer Wirksamkeit zu setzen. —

In der Industrie, im Handel, im Transport — kurz: auf allen übrigen Gebieten der Arbeit mit Ausnahme der Rohstoffproduktion — gilt dagegen das Gesetz des „*zunehmenden* Ertrags". Das heißt: mit Ausdehnung der industriellen u. s. w.[1]) Produktion steigt der durchschnittliche Ertrag der industriellen Arbeitseinheit, steigt die Produktivität der industriellen Arbeit der Nation. Wie es neulich einmal formuliert wurde: in der *Landwirtschaft* ist „der letzte Scheffel der teuerste" und im Bergbau der letzte Zentner. In der *Industrie* sind umgekehrt „die letzte Elle, das letzte Groß die billigsten".[2])

Möglich ist, daß die *Minderung der Produktivität in der Rohstoffproduktion wettgemacht wird durch die Stei-*

[1]) Im Folgenden ist — da es hierauf vor allem ankommt — nur noch von der *industriellen* Produktion die Rede.

[2]) E. v. *Halle*, Weltmachtpolitik und Socialreform. (Sociale Praxis 1899, S. 556.)

gerung der Produktivität in der Industrie — daß deshalb trotz wachsender Bevölkerung und wachsendem Bedarf an Lebensmitteln und Materialien, das Kopfprodukt, das Durchschnittseinkommen, nicht sinkt, sondern emporgeht. Aber auch in diesem Falle — dessen glänzendstes Beispiel das XIX. Jahrhundert bildet — bleibt das Walten jenes Gesetzes des „abnehmenden Ertrags" der Rohstoffproduktion eine fatale Thatsache; das Kopfprodukt würde noch mehr emporgehen, wenn jenem Gesetze ausgewichen, mindestens sein Druck gemildert werden würde.

Dies ist — wie auch die volkswirtschaftliche Situation liege — immer „ein Ziel aufs innigste zu wünschen". Erreicht werden kann es, wie oben schon gesagt, einmal durch Vervollkommnung der Technik der Rohstoffproduktion; es kann aber auch erreicht werden durch Vervollkommnung der territorialen Arbeitsteilung, durch Erweiterung der Tauschbeziehungen zwischen den Völkern.

Dank dem Verkehr kann einerseits die Minderung der Produktivität der nationalen Arbeit, die als Folge des Gesetzes des „abnehmenden Ertrags" in der Rohstoffproduktion eingetreten ist oder einzutreten droht, vermieden, mindestens auf ein geringeres Maß herabgebracht werden. Dank dem Verkehr kann andererseits die Steigerung der Produktivität der nationalen Arbeit, die als Folge des Gesetzes des „zunehmenden Ertrags" in der Industrie winkt, auf ein höheres Maß hinaufgebracht werden, wie bei Isolierung.

Ein Volk, dessen Rohstoffproduktion — hinsichtlich aller oder gewisser Rohstoffarten, z. B. der Lebensmittel — in den „absteigenden Ast" der Produktivität hat einlenken müssen, vermag sich von diesem Zwange ganz oder teilweise zu emanzipieren durch den Verkehr. Indem es die eigene Rohstoffproduktion einschränkt, das Manko begleicht durch Bezug von solchen Völkern, deren Rohstoffproduktion den Punkt des „abnehmenden Ertrags" noch nicht oder wenigstens nicht so weit überschritten hat, wie es selbst, und die Rohstoffeinfuhr bezahlt mit der Ausfuhr solcher Waren, hinsichtlich deren seine Produktion im „aufsteigenden Ast" der Produktivität steht, z. B. mit der Ausfuhr von Fabrikaten — indem ein Volk so handelt, wird es die Ungunst des Gesetzes des

„abnehmenden Ertrags“ der Rohstoffproduktion wirksamer bekämpfen, die Gunst des Gesetzes des „zunehmenden Ertrags“ der Industrie voller genießen, wie es bei Eigenwirtschaft — trotz aller technischen Fortschritte — der Fall sein könnte.

Denken wir uns zwei, bisher voneinander isolierte Völker, A und B. Wenn — wie wir weiter supponieren wollen — die Produktionsmöglichkeit (s. o. S. 5) im Lande A ungefähr die gleiche ist wie im Lande B, so wird, falls A und B jetzt in Verkehr treten, eine Vermannigfaltigung des Genießens nicht platzgreifen — jener erste wirtschaftliche Vorteil des Verkehrs kommt hier nicht in Betracht. Dafür kann aber eine, vielleicht gewaltige Vermehrung des Volksreichtums Beider sich ergeben kraft Steigerung der Produktivität in A wie in B. In dem Falle nämlich, daß A viele, B weit weniger Köpfe zählt, und demgemäß bisher die Rohstoffproduktion dort weit mehr hatte ausgedehnt werden müssen als hier.

Angenommen, die Situation sei bisher, bei Isolierung, die gewesen, daß das große Volk A, um sich mit Korn und Fleisch zu versorgen, bis zu Böden achter Klasse — ganz unproduktive Äcker, Wiesen, Weiden — herabsteigen mußte; das kleine Volk B dagegen nur bis zu Böden zweiter Klasse. Auf beide Völker habe also das „Gesetz des abnehmenden Ertrags“ gedrückt — jedoch auf A viel schwerer als auf B.

Durch Verkehr mit B würde für A eine wesentliche Abschwächung dieses Druckes eintreten; aber nicht minder würde, nur aus anderer Ursache, B durch Verkehr mit A profitieren.

Das Volk A nämlich, das bei Isolierung in der Rohstoffproduktion unproduktiver arbeitet als B, arbeitet umgekehrt produktiver wie B in der Fabrikation. Wird die Volkswirtschaft von A durch das Gesetz des „abnehmenden Ertrags“ der Rohstoffproduktion weit härter betroffen als die von B, so kommt jener dagegen das Gesetz des „zunehmenden Ertrags“ der Industrie in weit höherem Grade zu Gute wie dieser.

Bei Verkehr zwischen beiden kann in A die Industrie, der derzeit im allgemeinen produktivere der beiden Hauptzweige der Arbeit, noch mehr ausgedehnt werden — über den eigenen Bedarf

hinaus, behufs Exports nach B. In B dagegen, wo die Industrie derzeit im allgemeinen minder produktiv ist, kann sie eingeschränkt werden, kann der Bedarf an Fabrikaten zum Teil durch Import aus A gedeckt werden.

Umgekehrt bezüglich der Rohstoffproduktion, z. B. der Kornproduktion. Zufolge des Bezuges aus B kann die Kornproduktion in A eingeschränkt werden — kann eine Quote der agrikolen Gesamtarbeit, die bisher auf Böden niederster Klasse ganz unproduktiv verausgabt werden mußte, freigemacht und weit produktiver verwandt werden in der Industrie; ein Arbeitsquantum, das bisher, in der Kornproduktion thätig, nur ein geringes Quantum (inländischen) Korns produzierte, produziert jetzt, in der Exportindustrie thätig, ein größeres Quantum (ausländischen) Korns.

Mit gleicher Gesamtarbeit erlangt das Volk A jetzt mehr Korn, das von B mehr Fabrikate. Die nationale Arbeit Beider wird, als ganze genommen, produktiver.

Allerdings: das Volk B kann jetzt, da es Korn nach A exportiert, den Kornbau nicht mehr ausschließlich auf Böden erster und zweiter Klasse treiben, sondern muß Böden niedrigerer Klasse mit in Anspruch nehmen; die Produktivität der Kornproduktion sinkt. Wenn aber B so reich ist an fruchtbaren Äckern, daß, um den eigenen und zu einem Teil den Bedarf von A zu decken, hier nur bis zu Böden dritter Klasse hinabgegriffen zu werden braucht, m. a. W. wenn hier die Produktivität der Kornproduktion nur um ein Geringes sinkt, so kann dieser Nachteil weit überwogen werden durch den Vorteil, der für B aus der Verbilligung der jetzt aus A bezogenen Fabrikate sich ergiebt.

Ob und wie weit, dank dem Verkehr, die Produktivität der nationalen Arbeit solcher Völker wie A und B gesteigert wird, ist nur in concreto zu entscheiden. (Die Entscheidung hängt einerseits ab von der Höhe der Volksziffer hier und dort, andererseits von der Lage der Bodenverhältnisse hier und dort.)

Ist es der Fall, so gebietet das nationalwirtschaftliche Interesse beider, Austausch und Arbeitsteilung zu pflegen. Beide werden profitieren — die zifferreiche, industriell vorgeschrittene Nation A wie die bodenreiche, industriell zurückgebliebene Nation B

— das Volk, welches durch den Verkehr zum „Industriestaat", wie das, welches zum „Rohstoffstaat" werden wird.[1])

Ob jenes mehr als dieses durch den Verkehr profitiert, oder umgekehrt, läßt sich wieder nur in concreto bestimmen. Wie beim Binnenverkehr zwischen Individuen und Gruppen des gleichen Volkes kann beim Außenverkehr zwischen Völkern wie A und B der Vorteil sich ungleich verteilen. Daß aber A mehr wie B, oder B mehr wie A profitiert, kann kein Grund gegen Austausch und Arbeitsteilung zwischen ihnen sein. —

Unsern Agrariern und ihren akademischen Anwälten ist die Thatsache, daß das nationale Interesse, das Interesse an möglichster Hebung der Produktivität der nationalen Arbeit wie möglichster Hebung der Ziffer (m. a. W. an möglichster Hebung des Reichtums wie der Macht des Volkes), ziffer- und industriereichen Völkern, wie z. B. Deutschland, vorschreibt, Verkehr mit ziffer- und industriearmen Völkern, wie z. B. Rußland, zu treiben, nicht klar. Statt die Folge solchen Verkehrs — die Einschränkung der Rohstoffproduktion, besonders der Landwirtschaft, die Ausdehnung der Industrie — als eine, zwar dem agraren Interesse zuwidere, aber vom nationalen Interesse gebotene hinzunehmen, möchten sie die Ursache aus der Welt schaffen, den Verkehr wenigstens in agrikolen Produkten unterbinden.

Im Agrarischen Handbuch heißt es: „so lange nicht alles Land bebaut ist und alles bebaute Land in voller technischer Betriebsintensität bewirtschaftet wird, so lange ist es natürliche Entwickelung, wenn die diesem Beruf (der Landwirtschaft) angehörende Einwohnerschaft sich mehrt; es ist unnatürlich, wenn nur sie allein hinter der Entwickelung der andern Berufe zurückbleibt, oder gar, wie gegenwärtig" — in Deutschland, England u. s. w. — „absolut sich vermindert".[2])

Ist unter „natürlicher" Entwickelung diejenige zu verstehen, welche das nationale Interesse erheischt, so ist der Satz falsch. Das nationale Interesse erheischt für Völker wie das heutige Deutschland, daß die Landwirtschaft, der derzeit unproduktivere Zweig der nationalen Arbeit, Hände abgebe an die Industrie.

Ist unter „natürlicher" Entwickelung diejenige zu verstehen, bei welcher das private Interesse der Landeigentümer — das übrigens keineswegs zusammenfällt mit dem der Landwirte i. e. S., der Pächter und der Arbeiter — am besten seine Rechnung findet, so kann aller-

[1]) Über diese Begriffe s. unten Abschnitt III.

[2]) Citiert nach A. Berthold, deutsches Reichsbuch, 1899, S. 28.

dings nicht bestritten werden, daß solcher „natürlicher“ Entwickelung es entspräche, wenn die agrikole Bevölkerung stetig vorwärts schritte, wenn alles Land „bis an die Schneegrenze“ (P. Arndt) bebaut, alles bebaute Land so intensiv wie nur möglich bewirtschaftet würde — ungeachtet immer stärkeren Druckes des Gesetzes des abnehmenden Ertrages. Denn dann stiege, mit steigendem Preise der agrikolen Produkte, die den Landeigentümern zufließende Grundrente höher und höher. Aber der Lohn der Arbeiter, der agrikolen wie der industriellen, das Einkommen der großen Masse des Volkes, fiele tiefer und tiefer.

Solche Entwickelung wäre wider das nationale Produktions-, wie das nationale Verteilungsinteresse. —

Seitens Oldenbergs,[1]) der wie die Agrarier die Emanzipation Deutschlands von der ausländischen Kornzufuhr fordert, wird das Zurückgehen der Landwirtschaft und Emporkommen der Industrie aus dem privaten Interesse des Kapitals erklärt. Daß man die Industrialisierung Deutschlands und anderer Länder Westeuropas hauptsächlich aus dem Ziffermoment, dem Hochstande der Volksziffer, deduziere — und rechtfertige — sei ein Irrtum.[2]) „Warum gehen die Neubürger in die Industrie und nicht in die Landwirtschaft?“ Etwa weil letztere überfüllt ist? Keineswegs; sondern weil es „nicht rentiert, in der Landwirtschaft zu arbeiten — weil die Industrie rentabler ist, darum fließen ihr die Kapitalien und die Arbeitskräfte zu... Es ist das Verwertungsbedürfnis des Kapitals, das zum Industriestaat drängt“. (S. 7.)

An der Thatsache, daß „die Kapitalien es sind, die (die Industrialisierung) organisieren“, die Arbeitskräfte mitreißen, ist natürlich nicht zu zweifeln. Aber die Frage „wie diese kapitalistische Führung zum Nationalinteresse sich verhält“ (S. 8), die Frage, „ob diese auf Rentabilität angelegte Produktion (die Nation) in eine unwirtschaftliche Bahn drängt“ (S. 45) oder nicht, ist, im Gegensatz zu Oldenberg, in dem Sinne zu beantworten, daß die kapitalistische Führung dem Nationalinteresse entspricht, das Volk auf der wirtschaftlich richtigen Bahn vorwärts drängt.

Das Rentabilitätsinteresse, das private Interesse des Kapitals, deckt sich im Punkte der Industrialisierung mit dem Produktivitätsinteresse des Volkes. Auch wenn die kapitalistische Produktionsweise binnen kurzer Frist in dem „großen Kladdaradatsch“ zusammenbrechen

[1]) Oldenberg, Deutschland als Industriestaat, 1897.

[2]) Vgl. Nr. 2 der Leitsätze, die Oldenberg seinem Vortrage beigegeben hatte: Als treibende Kraft der Industrialisierung ist „nicht in erster Linie die Zunahme der Bevölkerung anzusehen, sondern die führende Rolle des Kapitals in der Volkswirtschaft“.

ſollte — die Induſtrialiſierung würde, müßte andauern. Die Wirtſchaftsminiſter des Zukunftsſtaates würden der dann kommuniſtiſchen Produktionsweiſe die gleiche „induſtrielle Wendung“ (Oldenberg) geben, wie heute die Kapitaliſten-Unternehmer — wenigſtens in dem Falle, daß jene die konkrete, volkswirtſchaftliche Konjunktur Deutſchlands richtig begriffen, die wirtſchaftlichen Vorteile, die das nationale Geſchäft, wie es heute liegt, aus der Induſtrialiſierung zieht, die Erhöhung der nationalen Dividende dank dieſer, richtig kalkulierten. Ob für künftig dieſe Induſtrialiſierung Gefahren in ſich berge, wird unten (III.) zu erörtern ſein; dem „augenblicklich empfundenen Bedürfnis“ (S. 45), der heutigen Richtung der Magnetnadel des nationalen Intereſſes, entſpricht ſie unbedingt.

Die Meinung, daß die Induſtrialiſierung die notwendige, nationalpolitiſch korrekte Folge des Hochſtandes der Volksziffer in Weſteuropa ſei, ſucht Oldenberg zu widerlegen:

„Wenn es der natürliche Bevölkerungszuwachs wäre, der zum Induſtrieſtaat treibt,“ ſo müßte doch Frankreich eine Ausnahme bilden. Denn hier ſei dieſer ja „in beſtändiger Abnahme“ begriffen — „und wo würde mehr über die Entvölkerung des Landes zu Gunſten der Städte geklagt als in Frankreich?“

Es iſt aber, genau geſprochen, eben nicht der „Bevölkerungszuwachs“, ſondern der Hochſtand der Bevölkerung, welcher die eine Haupturſache der Induſtrialiſierung bildet (die andere Haupturſache iſt die, daß gewiſſe natürliche, wie außer dem Ziffermoment noch weitere ſociale Momente in Weſteuropa der Induſtrie günſtiger liegen als anderswo).

Wenn auch derzeit minim wachſend, hat die Volksziffer Frankreichs bereits eine ſolche Höhe erreicht, daß dort wie in Deutſchland viel geringwertiges, die Arbeit karg lohnendes Land der Lebensmittelproduktion zugewandt werden muß.

Trotz der hohen franzöſiſchen Kornzölle vermag die produktivere, größere Erträge für gleiche Arbeit erzielende Lebensmittelproduktion zifferarmer Länder die franzöſiſche zu bedrängen, vermag die franzöſiſchen Bauern zu zwingen die mindeſt produktiven Böden außer Kultur zu ſetzen (bezüglich zu bewirken, daß ſie ſolche Böden trotz des ſteigenden Brot- und Fleiſchbedarfs einer zwar minim wachſenden, aber kaufkräftiger werdenden Bevölkerung nicht in Kultur ſetzen) und treibt damit Kapitalien und Arbeitskräfte der für das heutige Frankreich produktiveren Induſtrie zu — zum Schaden der Landeigentümer, zum Nutzen des ganzen Volkes.

„Die Schweiz dagegen“, fährt Oldenberg fort, „mit ihrem ſchnellen Volkszuwachs und ihrer rapide geſteigerten Fremdeninduſtrie

sinke sehr viel langsamer als Frankreich zum Industriestaat herab" (S. 7). Vermutlich ist diese Behauptung aus der berufsstatistischen Tabelle deduziert, die er seinem Vortrag beigegeben hat. Danach sank der prozentuale Anteil der Landwirtschaft „unter der erwerbsthätigen Bevölkerung" in Frankreich von 46,3 % (1881) auf 44,8 % (1891), in der Schweiz von 45,9 % (1870) auf 44 % (1888); „unter der ganzen Bevölkerung" dort von 48,8 % (1881) auf 45,7 % (1891), hier von 42,5 % (1870) auf 41,6 % (1888). In der Schweiz schritt also der Prozeß der Industrialisierung etwas langsamer vorwärts; „sehr viel langsamer" ist zu viel gesagt.

Aber lassen wir die Frage des Tempos auf sich beruhen. Daran kann doch kein Zweifel sein, daß die Schweiz „eines der blühendsten Industrieländer" ist und eines der Länder, die hinsichtlich der Deckung ihres Lebensmittelbedarfs am meisten vom Auslande abhängig sind, viel abhängiger als Frankreich? „Die vorhandenen Anbau- und Kulturflächen genügen bei weitem nicht den Ansprüchen für die Nahrung, noch weniger für die industriellen Leistungen der Bevölkerung, die auf 73 Einwohner pro qkm angewachsen ist — gegen 66 in Österreich-Ungarn, 72 in Frankreich, 100 in Deutschland". Dabei muß bedacht werden, daß „mehr als ein Drittel der Fläche der Schweiz Gebirgs-ödland ist".[1])

Mag sein, daß — dank dem Vorwiegen des kleinen Grundbesitzes in Frankreich und in der Schweiz — die ländliche Bevölkerung hier „zäher an der Scholle haftet" (Oldenberg, S. 7) wie in England und Deutschland. Vermutlich würde dort das Tempo der Industrialisierung ein noch rascheres gewesen sein, wenn der große Grundbesitz vorherrschte. Aber der „wirkliche *Grund*" der Industrialisierung auch jener „Bauernstaaten" — und die nationalpolitische Legitimation dieses Prozesses — liegt in dem, im Vergleiche zu den verfügbaren Lebensmittel- und Rohstoffquellen, hohen Stande der Bevölkerung. Wenn in der Schweiz wie in Frankreich eine beträchtliche Volksquote „dem Lockrufe des Kapitals in die hochrentable Industrie" gefolgt ist, so ist sie nicht fehl, sondern recht gegangen. Dem *nationalen* Interesse, dem Produktivitätsinteresse, ist damit nicht minder gedient wie dem *privaten* Interesse sowohl der *Kapitalisten* an höchstem Profit, wie der *Arbeiter* an möglichster Hebung der „Rentabilität" ihrer Leistungen, an möglichster Lohnsteigerung.[2])

---

[1]) *Export*, 1899, S. 502/503.

[2]) Die Frage, wie der Verkehr, bezw. wie die Industrialisierung zufolge Verkehrs, auf Grundrente, Lohn, Kapitalrente wirke, hoffe ich demnächst an anderer Stelle ausführlich behandeln zu können.

Wie im Vorigen schon angedeutet, sind die wahren Antagonisten die

Daß der Verkehr eine Vermehrung der konsumtiblen Gütermengen, ein Reicherwerden des Volkes in quantitativer Hinsicht, bewirkt, hat aber noch eine zweite Ursache.

B. Von Natur und weiter — worauf hier nicht näher eingegangen werden soll — auch socialwirtschaftlicher Verhältnisse halber liegen die Bedingungen für gleiche Produktion, für Erzeugung der gleichen Güterart, für das eine Volk günstiger, für das andere ungünstiger, steht die Produktivität hier höher, dort tiefer.

Mit gleicher Arbeit vermag das eine Volk, im Durchschnitt der Jahre, mehr Rohstoff dieser und jener Art zu gewinnen, das andere weniger. Hier gedeihen z. B. Weizen und Roggen besser, dort Mais und Gerste; hier sind Eisen und Zinn mit geringen Kosten produzibel, dort Kohlen und Salz. Und dasselbe gilt für die Rohstoffverarbeitung. Wie die Bedingungen für Erzeugung von Weizen und Eisenerz differieren von Volk zu Volk, so differieren auch die Bedingungen für Verarbeitung des Weizens zu Mehl, des Erzes zu Roheisen. Doch hält sich die Differenz der Produktivität gleicher industrieller Arbeit — wenigstens soweit diese Differenz das Ergebnis natürlicher Einflüsse ist — in der Regel innerhalb engerer Grenzen als die gleicher Rohstoffarbeit.

Wirtschaftet ein Volk isoliert, so muß es seine nationale Arbeit an die Produktion aller der Güterarten setzen, deren es begehrt — mögen die Bedingungen gut oder schlecht stehen, die betreffenden Güter wenig oder viel Arbeit verschlingen.

Durch den Verkehr erschließt sich jedes Volk die Möglichkeit, seine nationale Arbeit ausschließlich, oder wenigstens hauptsächlich, an die Produktion solcher Güterarten zu setzen, hinsichtlich deren sie verhältnismäßig am produktivsten ist.

Pflegen die Völker Austausch, teilen sie die Arbeit der Bedarfsbefriedigung untereinander, so wird ihre Arbeit auf jeden Fall produktiver, in vielen Fällen weit produktiver, wie wenn sie auf solche Kooperation verzichten.

Landeigentümer einerseits, die Arbeiter anderseits. Die Kapitalisten-Unternehmer haben an der wirtschaftspolitischen Kontroverse: Industrialisierung oder Agrarisierung, ein sekundäres Interesse.

Wenn jedes Volk die Erzeugung der Güter, die ihm die verhältnismäßig wenigste Arbeit kosten, über den eigenen Bedarf hinaus ausdehnt, den Überschuß exportiert und mit ihm die Güter importiert, die andern Völkern die verhältnismäßig wenigste Arbeit kosten, so wird die Gesamtarbeit des Völkerganzen produktiver, das Gesamtprodukt ein höheres, als es sein könnte, wenn jedes Volk alles selbst produzieren muß, was es zu konsumieren wünscht.

Je mehr die „Völkerwirtschaft" sich der Weltwirtschaft nähert, je größer das Raumgebiet, auf welchem der Verkehr frei sich entfalten darf, desto vollständiger kann das Hemmnis, das jenes Gesetz des „territorial verschiedenen Ertrages" gleicher Arbeit für den Fortschritt der materiellen Kultur bedeutet, überwunden werden; desto näher können die Nationen dem, nach den gegebenen Bedingungen möglichen Maximum des Reichtums kommen. Denn je größer das Raumgebiet des freien Verkehrs, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, daß die Produktion jeder Güterart auf dem oder den Territorien[1]) sich konzentriere, wo die auf diese Güterart gerichtete Arbeit ihren Maximalertrag, ihr Produktivitätsmaximum findet.

Denken wir uns wieder, wie oben (S. 11), zwei bisher isolierte Völker A und B, mit ungefähr gleicher Produktionsmöglichkeit, aber, im Unterschied zu oben, mit gleicher Ziffer, gleichem Bedarf.

Auch hier kann eine Vermannigfaltigung des Genießens aus dem Verkehr nicht entspringen; jedoch, falls die Bedingungen gleicher Produktion in A und B wesentlich differieren, eine vielleicht außerordentliche Vermehrung des Genießens.

Angenommen, daß in A wie B die gleichen Rohstoffe, z. B. Weizen und Kohle, gewonnen werden können. Aber in A bringt ein gegebenes Arbeitsquantum, im Durchschnitt, 10 Centner Weizen, in B nur 5 Centner; umgekehrt bringt in A ein gegebenes Arbeitsquantum 5 Centner Kohle, in B dagegen 10 Centner.

---

[1]) Daß die Produktion sich auf nur Einem Territorium konzentriere, von Einem Volke allein der Gesamtbedarf der Völker an Gütern einer bestimmten Art, z. B. Weizen oder Eisenerz, gedeckt werde, kann, wenigstens was die Rohstoffe betrifft, nur ausnahmsweise die Wirkung der Weltwirtschaft sein: jenes Gesetzes des abnehmenden Ertrags (S. 8 ff.) halber.

Diese Thatsache des territorial verschiedenen Ertrags gleicher Produktion ist nicht aus der Welt zu schaffen. Geben aber A und B ihre bisherige „Unabhängigkeit vom Auslande" auf, verlegt sich nun A hauptsächlich auf den Weizenbau, B auf die Kohlengewinnung, exportiert A Weizen nach B, B Kohlen nach A, so wirkt dieser Verkehr genau so wie wenn in A eine Steigerung der Produktivität der Kohlenarbeit, in B eine Steigerung der Produktivität der Weizenarbeit auf das Doppelte stattgefunden hätte.

Denken wir uns weiter zwei bisher isolierte Völker C und D, wieder mit ungefähr gleicher Produktionsmöglichkeit, gleicher Bevölkerung, gleich großem Bedarf an Rohstoffen. In beiden Ländern gedeiht z. B. Baumwolle gleich gut; aber die Baumwollfabrikation ist in C dadurch günstiger gestellt, daß die Maschinerie, weil hier Kohlen und Eisen billiger einstehen als in D, mit geringeren Kosten beschafft und unterhalten werden kann als dort.

Dann wird es — falls die Differenz der Fabrikationskosten größer ist als der Betrag der Transportkosten der Rohbaumwolle von D nach C plus dem Betrage der Retransportkosten der Baumwollenfabrikate von C nach D[1]) — für beide Völker ein wirtschaftlicher Gewinn sein, wenn in C, außer der Verarbeitung der inländischen Baumwolle, auch die der Baumwolle von D platzgreift — wenn D den Rohstoff nach C exportiert, die Fabrikate von daher importiert. Die Produktivität der nationalen Arbeit Beider wird so gesteigert, Beide werden reicher, als sie im Zustande der Eigenwirtschaft waren.

Ob die Differenz der Produktivität gleicher Arbeit verschiedener Völker in der Stofferzeugung oder Stoffverarbeitung obwaltet, ist völlig irrelevant; ebenso ob die Ursache solcher Differenz in natürlichen Verhältnissen — wie in den obenstehenden Beispielen supponiert wurde — oder in sozialwirtschaftlichen liegt.

Je mehr Völker, und in je mehr Produktionen sie sich in die Hände arbeiten, je mehr die sog. „kosmopolitische" Arbeitsteilung

[1]) Die List-Carey'sche Industriezolldoktrin, die ein wesentliches Argument aus dem Hinweis auf die „Transportsteuer" entnimmt, die durch Verarbeitung aller Rohstoffe im eigenen Lande zu ersparen sei, leidet an dem Fehler, daß sie diese Bedingung ignoriert.

extenſiv und intenſiv vorwärts ſchreitet, deſto produktiver — und auch deſto nationaler wird die nationale Arbeit jedes einzelnen Volkes: deſto nationaler in dem Sinne, daß jedes Volk ſich immer ausſchließlicher auf ſolche Zweige verlegen wird, auf welche die Sonderart des nationalen Territorium — der Natur des Landes — und die Sonderart der nationalen, wirtſchaftlichen und ſonſtigen Kultur ſeiner Bewohner es hinweiſt — auf ſolche Zweige, in denen die Nation ihr Eigenſtes, Vollkommenſtes zu zeigen und zu leiſten vermag.

„Nationale" Wirtſchaftspolitik — mit dieſem ſuggeſtiven Titel drapiert ſich herkömmlicherweiſe die Politik derer, welche dem Verkehr von Volk zu Volk Schranken ſetzen wollen. Der Titel iſt arg irreleitend: nicht die, welche den Schutz der nationalen Arbeit[1]), die „Nationaliſierung" des Wirtſchaftslebens im Munde führen, vertreten eine in Wahrheit nationale Wirtſchaftspolitik. Sondern die, welche jenen Schutz bekämpfen, der nichts bedeutet, als die Aufrechterhaltung der derzeitigen Gruppierung der nationalen Arbeit — jenen Schutz, der die nationale Arbeit davon abhält, ſich ſo zu gruppieren, wie es das nationale Intereſſe an möglichſter Förderung der nationalen Arbeit, an möglichſter Steigerung ihrer Produktivität durch eine ſpezifiſch nationale Ausleſe der Arbeitszweige erheiſchen würde. —

2.

Wie, dank dem Verkehr, der Volksreichtum über das Niveau, das er bei Iſolierung zu erreichen vermöchte, emporgehoben wird, ſo wird auch das wirtſchaftliche Leben des Volkes ſtetiger, als es bei Eigenwirtſchaft ſein könnte.

Dadurch nämlich, daß bei Anſchluß an die Weltwirtſchaft der, der Stetigung entgegenwirkende Druck einer Naturthatſache, die man als das Geſetz des „zeitlich wechſelnden Ertrags" gleicher Arbeit bezeichnen kann, ſich weſentlich abſchwächt.

Die Produktivität gleicher Arbeit, vollzogen auf gleichem Territorium, variiert. Die Laune der Natur läßt den Ertrag, vor allem der agrikolen Arbeit, in regelloſem Wechſel auf und ab

[1]) Selbſtverſtändlich abgeſehen von denen, die nur den zeitweiſen Schutz junger Arbeitszweige fordern.

schwanken. Das Volk A mag im Durchschnitt mehr Lebensmittel und Rohstoffe ernten als das Volk B, aber in einzelnen Jahren kann das Verhältnis ein umgekehrtes sein.

Auch die „Ernten" der montanen und der industriellen Arbeit unterliegen dem Spiele des Zufalls; jedoch in weit geringerem Grade. Es genügt hier, nur die Thatsache des zeitlichen Variierens der agrikolen Produktivität ins Auge zu fassen.

Sie aus der Welt zu schaffen, ist unmöglich. Wie bisher so wird in alle Zukunft das Gesamtprodukt jedes Volkes, bei gleicher Gesamtarbeit, von Jahr zu Jahr bald größer, bald kleiner sein, weil die Landwirtschaft bald mehr, bald weniger bringt. Aber weit schwerer hat ein isoliertes Volk an den Folgen dieser Thatsache zu tragen als ein Volk, das — mit den Eigenwirtschaftlern gesprochen — „in die Ketten der Weltwirtschaft verstrickt" ist.

Im Zeichen der Verkehrslosigkeit ist die nationale Wirtschaft schlimmsten Störungen, gewaltsamsten Verschiebungen ausgesetzt.[1]) Stürzen, nach reichen Ernten, die Preise für Korn u. s. w. herab, so erfolgt ein plötzlicher Aufschwung aller der Arbeitszweige, auf deren Erzeugnisse sich die Plusnachfrage der Konsumenten wirft, die, wegen der Verbilligung der agrikolen, jetzt mehr ausgeben können für irgendwelche andere Güter. Schnellen, nach kargen Ernten, die Preise für Korn u. s. w. empor, so erfolgt umgekehrt ein plötzlicher Niedergang aller der Arbeitszweige, die durch die Minusnachfrage der Konsumenten, die Konsequenz der Verteuerung der agrikolen Güter, betroffen werden.

Solche ruckweisen Bewegungen, solche verwirrenden Scenenwechsel auf der Bühne der nationalen Wirtschaft zu vermeiden — möglichste Konstanz der Preise der agrikolen Produkte, besonders derer, die zu den unentbehrlichen Dingen zählen, zu bewirken, wäre „ein Ziel aufs innigste zu wünschen".

---

[1]) Selbstverständlich in desto höherem Grade, je kleiner und monotoner das Wirtschaftsgebiet! Die Volkswirtschaft der Vereinigten Staaten dürfte weit eher von andern Volkswirtschaften abgeschlossen werden als z. B. die deutsche; denn jene „ist kaum der Gefahr eines allgemeinen Ernteausfalles ausgesetzt, da die klimatische Differenzierung eine Art Versicherung gegen das zu weite Umsichgreifen von Dürre oder Feuchtigkeit bedeutet" (Sartorius von Waltershausen).

Bei Isolierung giebt es nur einen Weg, es zu erreichen: der Staat müßte die Überschüsse fetter Jahre auffammeln behufs Deckung der Defizite magerer Jahre.

Aber der Weg ist schlecht. Selbst wenn alle technischen Schwierigkeiten, die entgegenstehen — geringe hinsichtlich der Reservierung von Korn, große hinsichtlich der von andern unentbehrlichen Lebensmitteln wie z. B. Kartoffeln, Fleisch u. s. w. — überwunden wären, so hätte doch solche Methode ein gewichtiges wirtschaftspolitisches Bedenken gegen sich: die Ungewißheit, ob und wie viel der Staat derzeit ankaufen, ob und wie viel er verkaufen werde, würde die Produzenten und Händler, vor allem die von agrikolen Produkten, wie die Konsumenten in fortwährender Erregung halten.

Sie böte aber weiter auch durchaus keine sichere Gewähr für Herstellung der Preiskonstanz. Denn auch der erleuchtetste Landwirtschaftsminister weiß nicht, ob die Zukunft eine Serie reicher oder karger Ernten bringen wird.

Mehr als ein bestimmtes Quantum — ein Quantum, das genügte, die Defizite einiger Jahre zu decken — kann der Kosten halber nicht reserviert werden. Treten, nachdem die Magazine mit ihm bereits versehen sind, reiche Ernten ein, so stürzen die Preise doch. Sind die Läger, weil ausnahmsweise viele karge Ernten sich folgten, erschöpft, so schnellen die Preise doch empor.

Dem Ziele möglichster „Stabilisierung" der Preise der Lebensmittel und damit möglichster Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwickelung, möglichst seltener und geringer Störungen und Verschiebungen innerhalb der nationalen Arbeit, kommt man weit näher durch Anschluß an die Weltwirtschaft, und auf weit einfacherem und sichererem Wege.

Wenn es unsern Agrariern Ernst wäre mit ihrem Programm der „Stabilisierung der Preisbildung"[1]) agrikoler Produkte, so könnten sie den Antrag Kanitz, das Projekt der Reservelegung von Korn u. s. w. mit bestem Gewissen fallen lassen, müßten wieder zu der alten Fahne des Freihandels zurückkehren.

[1]) Vgl. z. B. die Rede des Bundesdirektors in der Generalversammlung des „Bundes der Landwirte" vom 14. Febr. 1898.

In doppelter Weise wirkt der Verkehr auf Stabilisierung hin. Einmal insofern, als er dem Volke ermöglicht, gewisse agrikole Produktionen, deren Ertrag in diesem Lande stärker variiert als in andern, auszumerzen bez. einzuschränken und seinen Bedarf, ganz oder zum Teil, aus der Ferne zu befriedigen. Damit gestaltet das Gesamtprodukt der nationalen Landwirtschaft sich gleichmäßiger.

Deutschland könnte, bei Eigenwirtschaft, z. B. den Gesamtbedarf an Wein und Tabak selbst decken. Zufolge unserer klimatischen und Bodenverhältnisse unterliegen aber die Wein- wie die Tabakernte hier größeren Schwankungen[1]) als z. B. in Frankreich, Italien, in Kuba, Brasilien u. s. w. Es ist volkswirtschaftlich rationeller, wenn wir auf die Selbstdeckung des Gesamtbedarfs verzichten und einen Teil desselben durch Import bestreiten.

Für die deutschen Kolonien Afrikas — wie für viele andere tropische und subtropische Bezirke — bedeuten Heuschreckenschwärme, die oft in wenigen Stunden ungeheure Verwüstung unter den Feldfrüchten anrichten, die schlimmsten Feinde der wirtschaftlichen Wohlfahrt. Kommen sie oder kommen sie nicht — das ist hier die „sociale Frage". Ihnen zu wehren geht nicht an — aber bei Verkehr[2]) kann man die Kulturen aufgeben, denen sie vorzugsweise drohen, und an deren Stelle solche setzen, welche erfahrungsgemäß von ihnen verschont bleiben.

Zweitens insofern, als Defizite aus dem Auslande ergänzt, Überschüsse, die die inländische Ernte ergiebt, in das Ausland abgeleitet werden können. Dadurch wird zwar das Gesamtprodukt der nationalen Landwirtschaft nicht stetiger, aber die Preisbildung gestaltet sich gleichmäßiger als bei Isolierung, — die Preislinie verläuft statt in scharfen Zacken in gelinden Kurven.

---

[1]) Das Maß der Schwankungen würde weit über das heute obwaltende steigen, falls Wein- und Tabakbau, statt wie jetzt nur in geringem Umfang, auf den relativ besten Arbeitsplätzen betrieben, weiter ausgedehnt würden.

[2]) Wenn in unseren Kolonien (vgl. z. B. den Artikel von Warburg, D. Kol.-Ztg. 99, S. 162) die Behörden den Eingeborenen den Rat geben, gewisse meistgefährdete zu Gunsten gewisser mindergefährdeter Kulturen einzuschränken, so kann diesem Rat nur dann Folge geleistet werden, wenn der Ausfall in solchen Produktionen, die bisher behufs Deckung des Eigenbedarfs stattfanden, durch Zufuhr aus anderen Gebieten wettzumachen ist.

Je mehr Völker miteinander verkehren, je größer das Gebiet der Erde, innerhalb dessen agrikole Produkte durch den Handel frei bewegt werden dürfen, desto konstanter wird ihr Preis. Denn desto stabiler wird das Gesamtangebot, der eine Faktor der Preisbildung, desto geringere Oscillationen zeigt die Bewegung der Gesamternte, aus der die Völkergesamtheit ihren Bedarf deckt.

Mit Recht ist oft — und zwar auch seitens solcher, die sonst wenig Gutes an der „kosmopolitischen" Arbeitsteilung zu rühmen wissen — gesagt worden, daß der Anschluß eines Volkes an die Weltwirtschaft dem Abschluß einer Versicherung gegen die Gefahr von Erntedefiziten, von Hungersnöten, gleichkomme.

Der freie Handel mit andern Völkern — sagt Bastiat — „agit sur le principe des assurances; il compense pour les divers pays, et pour les diverses années, les mauvaises récoltes par les bonnes". Er bewirkt „une assurance universelle contre la disette"; ein isoliertes Volk ist dagegen „à merci des variations des saisons" (J. d. Econ. 1897. IV. S. 155).

„Die durch den Handel verknüpften Länder bilden einen großartigen Assekuranzverein gegen Mißwachs und tragen die Folgen eines solchen Ereignisses gemeinsam, so daß das gerade von Mißwachs getroffene Land wesentlich erleichtert wird (Ad. Wagner, Grundlegung, I. S. 366).

Man hat nur meistens übersehen[1]), daß die Assekuranz gegen den Überwachs von nicht geringerer Bedeutung ist als die Assekuranz gegen den Mißwachs. Und ferner die Thatsache zu wenig betont, auf die oben mit Nachdruck hingewiesen ist — die Thatsache, daß, indem die Preise der agrikolen Produkte, besonders die der Lebensmittel, stetiger werden, das ganze Wirtschaftsleben des Volkes stetiger wird.

Wie außerordentlich stark die Schwankungen z. B. der Kornpreise in der „guten, alten Zeit" waren, da das Ideal der kornwirtschaftlichen Autarkie, das heute unsern Agrariern vorschwebt, so ziemlich verwirklicht war, — wie damals bei Mißernten „die Be-

[1]) Bezüglich des Obstes — wo die Thatsache sich gebieterischer aufdrängt als beim Getreide, dessen Überschuß sich eher von einem Jahr ins andere übertragen läßt — ist neulich seitens Seelig (die Obstzölle, Nation, 1900, S. 62) gerade die Bedeutung des Verkehrs als Versicherung gegen die Gefahr erstickender Fülle scharf betont worden.

völkerung durch Hunger und verzweifelte Auswanderung in der entsetzlichsten Weise dezimiert wurde“[1]), ist so häufig erörtert[2]), daß eine Wiederholung hier nicht am Platze wäre.

Nur an einige Daten lokaler Kornpreisstatistik sei hier erinnert, aus denen das Maß der Preissprünge, welches die „Unabhängigkeit vom Auslande“ mit sich bringt, noch deutlicher erhellt als aus den für ein ganzes Land aufgemachten, ziemlich fragwürdigen Berechnungen der Bewegung des Durchschnittspreises.

So an die Statistik der Dresdener Brodfruchtpreise für die Zeit von 1852 bis 1895, die ergeben hat, wie sowohl „die Jahrespreisschwankungen wie die Schwankungen von Monat zu Monat immer schwächer geworden sind unter Einwirkung des erweiterten Welthandels“.[3]) Ferner an die Jenenser Statistik für die Zeit von 1752 bis 1887, nach der der Roggenpreis variiert hat — das Minimum gleich 1 gesetzt — im Jahrzehnt 1761/70 zwischen 1 und 6,44, 1811/20 noch zwischen 1 und 3,77, Mitte des Jahrhunderts noch zwischen 1 und 1,68, in den achtziger Jahren nur noch zwischen 1 und 1,38.[4])

Die Ursache dieser Stetigung der Kornpreise liegt, wie gesagt, darin, daß die Gesamternten der Weltwirtschaft weniger variieren als die Ernten der einzelnen Volkswirtschaften.

Wenn Oldenberg von „wie gewöhnlich internationalen Mißernten“ spricht (S. 29), so ist er vermutlich beirrt durch das Gespenst des Jahres 1891 — das einige Zeilen später auftritt — eines Jahres, in dem Deutschland wie Rußland eine Mißernte in Roggen, Deutschland wie Rußland wie Frankreich eine mäßige Ernte in Weizen hatten.

Daß mehrere Länder zugleich unter Mangel, oder „embarras de richesses“, leiden, möchte ich zwar nicht als „gewöhnlich“ bezeichnen; aber bisweilen kommt es vor. Wie 1891 mehrere Länder über Kornnot zu klagen hatten, so 1893 Frankreich, Italien, Spanien über so große Traubenfülle, daß „they did not know, what to do with their wealth“.[5])

---

[1]) Oldenberg, S. 29.

[2]) Vgl. z. B. Conrad, Artikel „Getreidepreise“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften (S. 892). — Schmoller, Aufsätze zur Social- und Gewerbepolitik, S. 23.

[3]) E. Würzburger, in den Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden, 1898.

[4]) Conrad's Jahrb., N. F., Bd. XVIII, S. 222.

[5]) Economist 1894, III, S. 7. — Handelsarchiv 1893, II, S. 517.

Aber mit aller Schärfe muß hervorgehoben werden, daß im strengen Sinne internationale Mißernten, Mißernten des ganzen, verschiedene Weltteile umfassenden Gebietes der Erde, innerhalb dessen heute agrikole Produkte ausgetauscht werden, nach aller bisherigen Erfahrung nicht vorkommen. Die Regel ist, daß die Welternte an Korn, Wein u. s. w. weniger variiert als die der einzelnen Weltteile, ebenso wie die Totalernte jedes einzelnen Landes weniger variiert als die seiner einzelnen Provinzen u. s. w.[1])

Das Minus an Korn, das 1891 in Deutschland u. s. w. eintrat, wurde zu großem Teile kompensiert durch das Plus an Weizen, über welches Nordamerika und Ostindien damals verfügten; vgl. Handelsarchiv 1893, II, S. 478. Um wie geringe Prozente die Welternten in Getreide von Jahr zu Jahr voneinander abweichen, vgl. Export, 1893, S. 475. Um wie viel weniger die europäischen Totalernten wie die der einzelnen Länder, vgl. die Tabelle Beerbohms für die Jahre 1892 bis 1897: während für ganz Europa Minimum und Maximum, in dieser Periode, um 35 %[2]) auseinander liegen, so für einzelne Länder um 50 % (Ungarn, Rußland), um 58 % (Rumänien), um mehr als 60 % (England). Nach den neuesten, mir zugänglichen Daten (44. Jahresbericht der Baltimorer Handelskammer) schwankte die Welterzeugung von Weizen in den Jahren 1895 bis 1898 zwischen dem Minimum von 2,18 Milliarden Bushels (1897: schlechte Ernten in Frankreich, Rußland, Ostindien) und dem Maximum von 2,87 Milliarden (1898: vortreffliche Ernten in Nordamerika, Frankreich, Rußland), d. h. Minimum und Maximum der Welternte verhielten sich etwa wie 1 und 1,3; dagegen erntete z. B. Frankreich im Jahre 1897: 243 Millionen Bushels, 1898: 371; Großbritannien im Jahre 1895: 38, 1898: 75; Rumänien im Jahre 1896: 80, 1897: 35.[3]) —

Bezüglich Zuckers vgl. die Variationen des Gesamtproduktes der Welt mit denen des Produktes der einzelnen Länder (1887/96): Handelsarchiv 1897, II, S. 937: Bezüglich Rohseide (1887/96): ebenda 1898, I, S. 112 und Nationalztg. 1898, 26. IX.

Selbst ein durch und durch pessimistischer Schriftsteller, der für die, welche von den erstaunlichen wirtschaftlichen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte reden, nur ein spöttisches Lächeln

---

[1]) Die italienischen Weinernten von 1896 und 1897 wichen z. B. um nur 10 % voneinander ab; die der einzelnen Provinzen Italiens dagegen bis 70, ja 133 %; vgl. Handelsarchiv 1898, II, S. 68 und 1896, I, S. 352.

[2]) Das Minimum gleich 100 gesetzt.

[3]) Handelsarchiv, 1899, I, S. 1046.

hat, gesteht doch zu, daß „die Ausgleichung der Mißernten viel wert sei“.[1]) Das Verdienst schreibt er aber ausschließlich den „neuen Verkehrsmitteln“ zu.

Gewiß bilden diese, bildet das Emporkommen der neuen Verkehrstechnik die eine, eben die technische Bedingung der Ausgleichung — wäre jedoch nicht auch die andere, die sociale Bedingung erfüllt, d. h. wäre nicht der Kornhandel zwischen Ländern und Kontinenten gestattet, so könnte die Ausgleichung bei weitem keine so vollkommene sein, wie sie heute ist.

Wenn das Programm der Autarkisten in Erfüllung ginge — wenigstens in seinem Hauptpunkte, der Wiederherstellung der kornwirtschaftlichen Autarkie[2]) — so könnte zwar, dank der „neuen Verkehrsmittel“, innerhalb Deutschlands eine Ausgleichung guter und schlechter Ernten der einzelnen Gebiete erfolgen; aber die Gefahr der Mißernte, bez. der Zuvielernte Deutschlands als Ganzen bestünde fort.

Nur dadurch, daß Deutschland Kornhandel treibt mit aller Welt, wird sie beseitigt, oder mindestens gewaltig abgeschwächt. Wie viel höher würde, bei kornwirtschaftlicher Autarkie, im Jahre 1891 der Roggenpreis emporgeschnellt sein — damals, als die Ernte nur 4,7 Millionen Tonnen ergab, gegen 6,3 und 5,3 Millionen Ende der achtziger Jahre, gegen 7 Millionen in den späteren neunziger Jahren![3])

Allerdings — trotz unseres Kornhandels mit Osteuropa und Übersee trat damals eine beträchtliche Steigerung des Roggenpreises ein. Weshalb aber? Weil der Verkehr in Roggen weit weniger weltwirtschaftlich entwickelt ist als der in Weizen. Für Roggen ist Rußland das ausschlaggebende Exportland; und damals, 1891, hatte Rußland eine miserable Roggenernte (s. o.), konnte das Manko in Deutschland durch seine Zufuhr nicht ausgleichen. Eine weit beträchtlichere Steigerung des Preises wäre aber bei uns eingetreten, wenn wir damals, behufs Deckung unseres Roggenbedarfs auf den

---

[1]) Oldenberg, S. 10. — Der Satz widerspricht allerdings dem Satze von den „wie gewöhnlich internationalen Mißernten“ (s. o. S. 25).

[2]) Vgl. unten Abschnitt III.

[3]) Vgl. Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches 1899, S. 25.

„sicheren, unabhängigen, inneren Markt“ allein angewiesen gewesen wären — wenn wir nicht die fatale Lücke, die durch das Versagen des russischen Roggenimports entstand, zum guten Teil wenigstens durch Import aus andern Ländern hätten ausfüllen können.

Wie die kornwirtschaftliche Autarkie auf die „Stabilisierung der Preisbildung“, welche unsere Agrarier (s. o.) durch sie erreichen wollen, in Wahrheit wirkt, dafür bietet die Bewegung des englischen Weizenpreises während der napoleonischen Ära, als die Kornzufuhr nahezu völlig stockte, einen vortrefflichen Beleg.

Jahre von „extraordinary elevation“ und „sudden depression“ lösen damals einander ab. Im Jahre 1795 steht der Weizenpreis (per Quarter) auf 117, 1798 auf 47, 1800 und 1801 auf 113—118, 1803 auf 56, 1807 auf 87, 1810 auf 106, 1812 auf 125, im Juli auf 140 Shillings.[1])

Damals hatte in England die Entwickelung statt, welche unseren Agrariern als die „natürliche“ gilt (s. o. S. 13) — so gut wie alles Land ward bebaut, alles bebaute Land höchst intensiv bewirtschaftet. Allerdings waren die „neuen Verkehrsmittel“ noch nicht da, aber die Verkehrsbedingungen innerhalb Englands lagen schon zu jener Zeit recht günstig. Nicht das Fehlen der neuen Verkehrsmittel, sondern das Fehlen des Außenverkehrs in Korn — die Unmöglichkeit, Defizite zu ergänzen, Überschüsse loszuwerden, war die Ursache der außerordentlichen Preisschwankungen dieser Periode, in der „the seasons performed their cycles of scarcity and abondance, and, as commerce was not permitted, ... the deep and irregular vibrations of the market confounded the calculations of the farmer, and rendered inevitable the periodical visitations of agricultural distress“. Warfen die mageren Jahre mit ihren fetten Preisen dem „landed interest“ hohe Gewinste zu, so brachten ihm die fetten Jahre mit ihren mageren Preisen schwere Verluste — „suddenly suspended the flourishing state of agriculture“.[2])

Würde in Deutschland sich nicht Gleiches ereignen, wenn wir die Isolierung, die damals England über sich ergehen lassen mußte, willentlich bewirkten durch eine Politik kornwirtschaftlicher Autarkie? Würden nicht, wenn wir alles Korn, dessen unsere steigende Bevölkerung bedarf, im Lande selbst bauen wollten, die gleichen Preisvibrationen unser Wirtschaftsleben erschüttern — und die gleiche

[1]) R. Torrens, essay on the external corn trade, 1826, S. 274, 286, 290. — Vgl. über die Preisbewegung zwischen 1797 und 1816 auch Economist, 1897, S. 203.

[2]) R. Torrens, a. a. O. S. 286.

Preissteigerung der agrikolen Produkte, in der großen Linie, eintreten, wie damals in England?

Unsere Agrarier wollen allerdings keine absolute Sperrung der Grenzen gegen ausländisches Korn. Die Meisten von ihnen denken sich die Sache wohl so, daß nur, solange der Kornpreis im Inlande unter einem gewissen Niveau bleibt, kein Import stattfinden, während in Fehljahren — nachdem der Preis jenes Niveau überschritten — die Einfuhr das Minus beseitigen, in Füllejahren die Ausfuhr das Plus wegschaffen soll.

Auch dies System hat in England bestanden: nach der Kornbill von 1815 durfte Kornimport erst stattfinden bei einem Weizenpreise von mindestens 80 Shilling per Quarter. Darüber, wie starke Preisschwankungen es erzeugt, könnten unsere Agrarier aus dem Zickzackkurse des englischen Weizenpreises unter Herrschaft jener Bill sich belehren. Ebenso darüber, daß auch das System der „sliding scale" (des mit steigendem Kornpreise fallenden, mit fallendem Kornpreise steigenden Zolls), welches in England jenes von 1815 ablöste, an seine Stelle gesetzt wurde, um die „Stabilisierung der Preisbildung" zu bewirken, dieser vielmehr entgegenwirkt.

Die sicherste und einfachste, die relativ beste Methode, zum möglichen Maximum der Preiskonstanz der unentbehrlichen Lebensmittel, und damit zum Maximum der Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwickelung — die nicht allein, aber zu einem wesentlichen Teile von dem Verlaufe der Preisbewegung betreffs Brotkorn u. s. w. bedingt ist — zu gelangen, ist die volle Freiheit des Außenhandels in Korn, der durch keinerlei Schranken beengte Anschluß der Volkswirtschaft an die Weltwirtschaft.

II.

Eines gewaltigen ökonomiſchen Fortſchrittes ſind, im Verlaufe des 19. Jahrhunderts, die Völker teilhaftig geworden dank der Weltwirtſchaft. Könnte man mittels der „Galoſchen des Glückes“ die landatores temporis acti zurückverſetzen in die gute, alte Zeit der Eigenwirtſchaft „mit ihrem unvergleichlichen Reiz“[1]) — ſie würden, wie ihr Geſinnungsgenoſſe in Anderſens Märchen, raſch und gründlich bekehrt werden.

Leider aber iſt die Möglichkeit, das Daſein der Ahnen leibhaftig vor die Augen der Lebenden zu zaubern, uns verſchloſſen. Nur durch mühſames Studium des Einſt gelangen wir zu einer exakten Wertung des Heute, vermögen wir zu erkennen, wie eintönig damals der Verbrauch geweſen — wie knapp der Zuſchnitt des Haushalts ſelbſt der „höheren Zehntauſend“, geſchweige denn des Mittelſtandes und der Arbeiter — wie wechſelvoll das Wirtſchaftsleben.

Die Vermannigfaltigung des Genießens liegt ſo auf der Hand, daß ſie keiner Belege bedarf.

Um die beträchtliche Steigerung des Durchſchnittseinkommens, die beträchtliche Steigerung der materiellen Wohlfahrt zu erweiſen, müßte eine große Reihe ſtatiſtiſcher Daten — Daten der Einkommen-, Lohn-, Preis-, Konſumſtatiſtik — ins Feld geführt werden, was hier nicht angeht. Ich muß mich darauf beſchränken, einen Verſuch, der jüngſt zwecks Beſtreitung dieſer Thatſache gemacht wurde, zu kritiſieren.

Wo ſei denn — iſt gefragt worden[2]) — der, angeblich durch die „kapitaliſtiſch geführte“ Welthandelspolitik bewirkte, ökonomiſche

---

[1]) Oldenberg, S. 11.
[2]) Oldenberg, S. 9.

Fortſchritt? Man thue ſo, als ob wir „uns in einer allgemeinen Glückſeligkeit wälzten“; und beweiſe dies z. B. damit, daß jetzt viel mehr Kaffee und Kakao konſumiert werde als vor 50 Jahren, der Verbrauch an Cylinderhüten und Regenſchirmen großartig zugenommen habe, die Baumwollenſtoffe mehrere Dutzend mal billiger geworden ſeien. Solches preiſe man „in materialiſtiſchem Entzücken ... als Maßſtab des Kulturfortſchrittes“. Man triumphiere über jede 100 Millionen Mark, um die der auswärtige Handel wächſt — „als ob damit das menſchliche Glück auch um ſo viele Millionen innerhalb der Nation gewachſen wäre“. Bedeute wirklich der ſogenannte ökonomiſche Fortſchritt „eine Steigerung irgend welcher Genüſſe, die ernſthaft ins Gewicht fällt“? Der Fortſchritt könne doch weder nach Geld, noch nach Warenquantitäten kalkuliert werden; er ſei „auf den Menſchen zu beziehen“.

Gewiß nicht nach Geld; weshalb aber nicht nach Warenquantitäten? Beziehen wir ihn denn nicht auf den Menſchen, wenn verglichen wird das, was einſt, mit dem, was jetzt verbraucht wird? Kann denn der ökonomiſche Fortſchritt anders gemeſſen werden? Erfreut man ſich, wenn man Konſumtionsmengen vergleicht, „am kapitaliſtiſchen, geldwirtſchaftlichen Fortſchritt“, bleibt man dabei „echt mancheſterlich am Geldausdruck der Dinge haften“?[1])

Aber der Peſſimismus leugnet auch, daß bei Anlegung dieſes Maßſtabes ein Fortſchritt ſich ergebe. Ob denn dieſer Mehrkonſum von „lauter entbehrlichen Gegenſtänden“, ſo viel Aufhebens wert ſei? Die Nahrung ſei „nicht billiger ... und nicht weſentlich beſſer ..., die Wohnung eher teurer und ſchlechter geworden“. Nur Weniges bleibe, was „wirklich als realer Faktor ins Gewicht fällt, ſo der Fortſchritt im Beleuchtungsweſen, Verbilligung des Petroleums u. ſ. w.“

Ja, allerdings: u. ſ. w.!

Da die verwickelte Frage betreffs der Geſtaltung des Wohnungsweſens hier ſo knapp abgethan wird, ſo darf auch knapp entgegnet werden. Daß das Wohnen teurer geworden iſt, unterliegt keinem Zweifel; d. h. abſolut teurer — ob es relativ teurer geworden, läßt ſich allgemein nicht entſcheiden. Daß es „eher ſchlechter“ ge-

[1]) Vgl. die Sätze bei Oldenberg, S. 9.

worden, darf mit aller Bestimmtheit verneint werden. Im Durchschnitt wohnen Reich wie Arm heute besser, meist weit besser als einst.

Hier stehen die Galoschen des Glückes bereit. Man sehe sich doch um in den „beaux restes“ der Vergangenheit, deren es in vielen Orten noch genug giebt — in den Häuschen mit engen, niedrigen, schlecht belichteten, schlecht zu lüftenden Stuben, schmalen, feuergefährlichen Treppen, dunklen Gängen, dumpfigen Kellern, wo früher die untere Klasse hauste, und vergleiche damit die Masse der Arbeiterwohnungen von heute, gleichviel ob in den „Mietskasernen“ der Großstädte oder in den „cites ouvrières“ der Montan- und Fabrikbezirke! Dann wird man schwerlich noch leugnen, daß im Großen und Ganzen die untere Klasse gegenwärtig besser wohnt als früher; natürlich auch teurer. Aber die Steigerung des Lohnniveaus — die Konsequenz der Steigerung der nationalen Produktivität, die nicht allein, aber zu einem Teile durch die Weltwirtschaft bewirkt ist — gestattet der dienenden Schicht höhere Ansprüche zu stellen und mehr zu zahlen.

Der Pessimismus wühlt in den Wunden, die noch offen geblieben sind, kapriziert sich darauf, die Ausnahmen in grelles Licht zu rücken, verschließt den Blick gegen die Regel — gegen die Thatsache, daß im Allgemeinen die Mißstände im Wohnungswesen einst weit ärger waren als jetzt, nur früher weniger scharf gefühlt wurden. Daß wir die Mißstände, die leider heute noch vielerwärts sich zeigen, schärfer fühlen, rührt gerade daher, daß ein beträchtlicher Fortschritt im Wohnungswesen erfolgt ist.

Die Nahrung ist allerdings nicht billiger geworden — sie könnte übrigens bei uns um einiges billiger sein, wenn die Agrarzölle nicht errichtet wären! Aber „wesentlich besser“ ist sie geworden. „Zu Beginn des Jahrhunderts — schreibt z. B. Conrad — ernährte sich die Bevölkerung in der Tuchler Heide hauptsächlich von Kohl, wie noch jetzt der russische Bauer; dann ging sie zur Kartoffelnahrung über. Noch in den 40er Jahren galten Mehl und Brot auf dem Lande im Osten, besonders in den polnischen Gegenden, für Luxusgegenstände, die nur ausnahmsweise genossen wurden. In den folgenden Decennien hat fortdauernd der Ge-

treidekonsum auf dem Lande zugenommen, und ist mehr und mehr die Grundlage der Ernährung geworden".[1]) Und der Verbrauch von Weizen ist stetig gestiegen, der von Roggen relativ zurückgegangen.

Nach der Reichsstatistik (Stat. Jahrb. 1899, S. 153) waren verfügbar zum Verbrauch für menschliche und tierische Ernährung und gewerbliche Zwecke,

auf den Kopf Kilogramm:

	Roggen	Weizen	Kartoffeln
1879—84	121,0	60,0	339,9
1884—89	115,9	64,3	399,9
1889—94	112,6	70,4	398,2
1894—98[2])	125,8	79,8	453,6

Man wird, trotzdem hier der Betrag für „menschliche Ernährung" nicht ausgesondert ist, mit Bestimmtheit behaupten dürfen, daß diese Zahlen auf eine beträchtliche Steigerung des Brot- wie des Kartoffelkonsums deuten.

Die Verwendung von Getreide und Kartoffeln für „gewerbliche Zwecke", d. h. vor allem zu Brennereizwecken, ist in der Zeit von 1887/98 nur ganz schwach gewachsen (Stat. Jahrb. 1899, S. 51). Die Verfütterung von Getreide hat, wenn überhaupt, so sicher nicht in dem Maße zugenommen, daß jene Behauptung hinfällig werden könnte.

Auch insofern als die Nahrung vermannigfaltigt ist — als heute weit mehr an Kaffee, Thee, Reis, Südfrüchten verbraucht wird wie einst, ist die Nahrung „wesentlich besser" geworden. Die starke Steigerung des Zuckerverbrauches — von 2,4 kg pro Kopf im Jahre 1840 auf $9^1/_2$—$10^1/_2$ kg in den letzten Jahren — fällt doch wohl „als realer Faktor ins Gewicht"?

Die Fleischstatistik ist ja leider arg unzuverlässig. Aber auf Daten wie die für das Königreich Sachsen auf Grund der Be-

[1]) Conrad, in den Jahrbüchern f. NÖ. und Statistik, III. F. Bd. 17, S. 656.

[2]) Die Ziffern für 1894/98 ergeben sich, wenn der Durchschnitt der für die einzelnen Jahre berechneten Verbrauchsziffern gezogen wird.

steuerung kalkulierten, kann man sich berufen. Hier ist der Verbrauch von Rindfleisch von 7,2 kg pro Kopf (1834—1844) auf 13,5 kg (1885—1894), der Verbrauch von Schweinefleisch von 8,6 auf 21,2 kg heraufgegangen.[1]) Bringt man mit in Rechnung, daß inzwischen die Qualität des Fleisches sich wesentlich gehoben hat, so erscheint die Steigerung noch bedeutsamer.

Sachsen gehört zu den Gebieten Deutschlands, wo die „kapitalistische Führung" zum Industriestaat am weitesten vorgedrungen ist, wo eine überaus große Quote der Bevölkerung der industriellen Arbeiterklasse zugehört. Wenn hier — trotz der Perfidie des Kapitals, das die Arbeiter in die Industrie lockt, um eine möglichst große „Reservearmee" und dadurch „die Tiefhaltung des Lohnes, seine Existenzbedingung"[2]) zu erzielen — die Steigerung des Lohnniveaus so beträchtlich war, daß eine solche Steigerung des Fleischverbrauchs erfolgen konnte, so darf man daraus schließen, daß auch in den übrigen, industrialisierten Gebieten Deutschlands eine namhafte Steigerung des Lohnniveaus und, vermutlich, auch des Fleischverbrauchs erfolgt ist. Denn: da „zwischen den einzelnen Arbeitszweigen" und, füge ich hinzu, zwischen den einzelnen Arbeitsorten „ja Freizügigkeit besteht, so kann im Deutschen Reiche nur ein Lohnniveau herrschen — natürlich cum grano salis".[3])

Und der Verbrauch an Bekleidungsmitteln? Fällt es nicht „als realer Faktor ins Gewicht", daß die Baumwollstoffe, weil so wesentlich verbilligt (s. o.), so viel weiteren Kreisen zugänglich geworden sind? Außerordentlich ist ihr Verbrauch emporgegangen — in Deutschland von 0,34 kg pro Kopf (1836—1840) auf 4,95 kg (1891—1895). Der Verbrauch an Wollstoffen — nach einer allerdings vagen Berechnungsmethode — von 0,85 kg

---

[1]) R. Martin, Fleischverbrauch Sachsens, Zeitschrift des Kgl. Sächs. Bureaus 1895, S. 115.

Den Fleischkonsum in Deutschland schätzte Scheyer Ende der siebziger Jahre auf 35 kg, Lichtenfelt für 1893 auf 39,9 kg, die anfangs 1899 erschienene Druckschrift über die Fleischnot auf 46 kg. (Nanticus, Beiträge zur Flottennovelle, Art. „Einkommen und Konsum", citiert nach dem Referat der Nationalztg. vom 3. März 1900.)

[2]) Oldenberg, S. 7.

[3]) Oldenberg, S. 35.

pro Kopf (1849) auf 1,35 kg (1864) und 3,3 kg (1891 bis 1895).[1])

Daß „hauptsächlich der Konsum an mehr entbehrlichen Gegenständen“[2]) eine Erweiterung erfahren habe, trifft nicht zu.

Es trifft ebensowenig zu, wenn Oldenberg — gemäß seiner Theorie von der durch das „Verwertungsbedürfnis des Kapitals“ bewirkten Industrialisierung (vgl. oben S. 14) — die „außerordentliche Steigerung und das außerordentliche Raffinement“ des Verbrauchs an entbehrlichen Gütern mit dem Satze erklärt: „denn hier verdient das Kapital“. (S. 9.)

Mag die Genußsteigerung, die aus dem Mehrkonsum entbehrlicher Güter fließt, eine „eingebildete“ sein oder nicht — die Behauptung, daß an deren Produktion „das Kapital verdient“ (soll heißen: mehr verdient als bei Produktion unentbehrlicher), ist unhaltbar.

Wenn zufolge der Freizügigkeit der Arbeitskräfte nur „ein Lohnniveau“ herrschen kann, so zufolge der Freizügigkeit der Kapitalien nur ein Profitniveau — natürlich wiederum cum grano salis, d. h. differenziert durch die Differenz des Risikos. Warum soll das Kapital an der Produktion von Cylinderhüten (s. o. S. 31) und anderer entbehrlicher Gegenstände mehr verdienen als an der Produktion von Strümpfen und Schuhen, Korn und Fleisch?

Aber — wird Oldenberg antworten — der Augenschein lehre ja doch, daß das deutsche Kapital sich von der Erzeugung der unentbehrlichsten Dinge, wie Korn und Fleisch, zurückziehe und sich der Industrie zuwende. Diese Tendenz könne doch nur darin ihren Grund haben, daß die Erzeugung von Korn und Fleisch weniger rentire als z. B. die von Cylinderhüten?

Gewiß. Aber der Grund dieses Grundes ist nur keineswegs der, daß an unentbehrlichen Dingen allgemein das Kapital weniger „verdient“ als an entbehrlichen. Nur die Produktion gewisser unentbehrlicher Dinge, z. B. Korn und Fleisch, rentiert derzeit im Auslande besser als in Deutschland. Hinsichtlich anderer, z. B. Strümpfe und Schuhe, Salz und Kohlen ist das Umgekehrte der Fall. —

Auch wenn wir den Mehrverbrauch an gewissen unentbehrlichen Dingen nicht ziffermäßig nachweisen könnten, würde die außerordentliche Steigerung des Konsums an mehr entbehrlichen Gegen-

[1]) Apelt, die Konsumtion der wichtigsten Kulturländer in den letzten Jahrzehnten. 1899, S. 204, 212.

[2]) Oldenberg, S. 9.

ständen zu dem Schlusse zwingen, daß den Existensbedürfnissen eine, im Durchschnitt, weit vollere Befriedigung geworden sei, wie einst.

Der ökonomische Fortschritt eines Volkes zeigt sich zunächst darin, daß der Konsum an Salz, Brot, Fleisch, ordinären Textilfabrikaten sich hebt. Ist aber hier ein bestimmtes Maß ziemlich allgemein erreicht — das, durch klimatische wie kulturelle Momente bedingt, nach Raum und Zeit verschieden hoch liegen kann — so zeigt sich weiterhin der Fortschritt nicht mehr, oder wenigstens in schwächerem Grade, in der Steigerung des Konsums an Salz, Brot u. s. w. — denn dieser ist, wie Ad. Smith sagt, durch die Fassungskraft des menschlichen Magens begrenzt — sondern in der Steigerung des Konsums am „superflu, chose tant nécessaire", an Zucker und Kaffee, Bier und Tabak, Südfrüchten und Gewürzen, Petroleum[1]) und Regenschirmen Ist eine gewisse Staffel wirtschaftlicher Wohlfahrt von der großen Masse erklommen, so wird die Bewegung des Verbrauches von „lauter entbehrlichen Dingen" zum hauptsächlichen „Maßstab des Kulturfortschrittes" — der nur leider deshalb keine genauen Ergebnisse liefert, weil man diese Bewegung nur bezüglich recht weniger Güter exakt erfassen kann.

Die eine Haupturſache dieser, die Steigerung der nationalen Produktivität wiederspiegelnden Steigerung des Konsums ist die weltwirtschaftliche Entwickelung, das Wachstum des Außenhandels während der letzten Decennien, gewesen. Und deshalb darf man allerdings „triumphieren über jede 100 Millionen Mark, die der Außenhandel wächst": denn mit ihm wächst, soweit es eben auf materiellen Genüssen beruht, „das menschliche Glück innerhalb der Nation" (s. o. S. 31).

Die andere Haupturſache ist die Entwickelung der Technik, der Produktions- und der Transporttechnik, gewesen. Darüber wie viel die erstere, wie viel die letztere Ursache zur Erhöhung des

---

[1]) Vgl. betreffs der Konsumsteigerung dieser Artikel: Statist. Jahrb. des Deutschen Reiches, 1899, S. 153—157.

Am wenigsten ist der, durch die Mehrbezollung verteuerte Tabakkonsum gestiegen; in der unteren Bevölkerung aber vermutlich mehr wie in den höheren Schichten.

Volksreichtums beigetragen habe, läßt sich streiten. Aber gewiß ist, daß im Laufe des 19. Jahrhunderts eine beträchtliche Steigerung des Durchschnittseinkommens der höheren wie der unteren Schichten stattgefunden hat. Gewiß ist ferner, daß der weltwirtschaftlichen Entwickelung ein gut Teil des Verdienstes um diesen ökonomischen Fortschritt zugeschrieben werden muß. Wäre nicht durch Zollermäßigungen und Handelsverträge der enge und brüchige Rahmen, in welchem der Außenhandel, dank der traditionellen, „nationalen" Verkehrspolitik bis um 1850 sich bewegte, erweitert und gefestigt worden, so hätten die Errungenschaften der Produktions- und Transporttechnik den Volksreichtuu bei weitem nicht in dem Grade emportreiben können wie Hand in Hand mit der liberalen Verkehrspolitik.[1]) —

Wie die Vermannigfaltigung und die Mehrung der materiellen Genüsse, so ist auch die Stetigung des Wirtschaftslebens außer Zweifel. Es hält schwer, sich heute eine zutreffende Vorstellung davon zu machen, welches Elend ein Jahr des Mißwachses früher besonders über die niedere städtische Klasse verhängte, und ein Jahr des Überwachses über die Gutsherrn und Bauern, denen die Frucht in Massen faulte und das, was sie losschlugen, zu Spottpreisen einstand — die in der Fülle erstickten, „über Hungersnot jammerten inmitten von Kornhaufen".[2])

Um vieles ebener und gleichmäßiger, wie früheren Geschlechtern, fließt heute, dank der weltwirtschaftlichen Entwickelung, vor allem dank der „Stabilisierung" der Kornpreise durch den Welthandel in Korn, das wirtschaftliche Dasein der Völker dahin. —

Mit dem Satze: „die Ausgleichung von Mißernten sei auch viel wert" (s. o. S. 26), schlüpft Oldenberg über das eine der großen Aktiva der weltwirtschaftlichen Entwicklung hinweg.

Um zu zeigen, wie hoch es dort gewertet wird, wo die „Eigenwirtschaft" noch fortdauert, und wie hoch gleichfalls jenes andere große

---

[1]) Über die Kontroverse, ob die liberale Verkehrspolitik oder die moderne Transporttechnik mehr zur Hebung des Außenhandels beigetragen habe, vgl. die Polemik zwischen E. Nasse (Conrad's Jahrb. N. F., Bd. IV und VI) und G. Tuch, Schutzzoll und deutsche Waarenausfuhr. 1883.

[2]) So hat in ihrer drastischen Art Madame de Sevigné die Situation gemalt. »Tout étouffe ici de blé; et je crie famine sur un tas de blé."

Aktivum: die Mehrung der materiellen Genüsse dank der Steigerung der nationalen Produktivität, möchte ich einen Bericht aus Kiaotschau citieren.

„Die Hügel, die vom Standpunkt des Landmanns so unproduktiv sind, bergen eine Menge Reichtümer — Kohlen, Eisen, Blei u. s. w. ... Sie warten nur auf den Tag, wo sie dem Bergmann überlassen werden. Dann wird das Glück dem armen, halbverhungerten Bewohner Shantungs lächeln" — jetzt muß er nämlich, um zu leben, kargen Ertrag liefernde Landwirtschaft treiben, kann die Schätze der Bergwerke nicht heben und mit ihnen die Nahrungsmittel aus der Ferne kaufen. „Gegen Hungersnot gesichert durch die Einführung des Dampfrosses", das das Korn bringt, Kohlen, Eisen u. s. w. wegführt, „wird er imstande sein, jeder Zeit sein tägliches Brot anständig zu verdienen".

Wie kümmerlich in ihrem Ertrage, wie sprunghaft in ihrem Verlaufe die „Eigenwirtschaft" gewesen — die lebende Generation erinnert sich dessen nicht mehr. Über all die Segnungen, welche sie der weltwirtschaftlichen Entwickelung dankt, giebt die große Masse, die von dem Einst nichts weiß, sich keine Rechenschaft, versteht nicht zu schätzen, was sie besitzt. So haben denn die leichtes Spiel, welche die Übel, die die neue Ordnung mit sich bringt oder künftig einmal mit sich bringen könnte, begrübeln und beklagen.

Dies sind einerseits die Wortführer gewisser Berufsgruppen, denen — während das Volk als Ganzes aus ihr reichsten Gewinn zieht — durch die weltwirtschaftliche Entwickelung Schaden erwächst. Wo der Strom des Verkehrs mehr fremde Fabrikate zuwälzt als früher, da jammern die Fabrikanten; wo mehr fremde Agrarprodukte, da jammern die Agrarier, und fordern den Schutz der „nationalen" Arbeit, d. h. dort der industriellen, hier der landwirtschaftlichen, vor der bösen Konkurrenz. Sie wollen den Strom des Verkehrs nicht grundsätzlich zurückstauen, sondern ihn nur soweit abstauen, daß er ihr eigenes Haus nicht berühre — wollen dem Außenhandel nur gewisse, ihrem Sonderinteresse (das sie mit dem nationalen identifizieren) dienende Schranken erbauen, die „Eigenwirtschaft" nur hinsichtlich solcher Produktionen, die sie selbst betreiben, aufrechterhalten oder wiederherstellen.

Zu Diesen, die „pro domo" sprechen, gesellen sich nun aber Jene, die die Sache der Nation zu führen meinen, wenn sie verlangen, daß grundsätzlich der weiteren Verflechtung der Volks-

wirtſchaft in die Weltwirtſchaft vorgebeugt, grundſätzlich der weiteren Ausdehnung des Außenhandels Halt geboten werde. Denn das Intereſſe des Volkes erheiſche, daß es wirtſchaftlich „ſelbſtändig", „unabhängig vom Auslande" daſtehe; daß es die „kosmopolitiſche" Arbeitsteilung zu Gunſten der „nationalen" einſchränke.

Nur die Doktrin dieſer Letzteren — deren Argumente natürlich, ſoweit ſie ſich im protektioniſtiſchen Sinne ausnützen laſſen, ſeitens der Intereſſenten beſtens acceptiert werden — ſoll im Folgenden eine Kritik erfahren.

III.

Das Programm der „Selbständigkeitspolitik“ stützt sich auf die Doktrin, daß die wirtschaftliche Lage eines durch den Verkehr „vom Auslande abhängig“ gewordenen Volkes eine prekäre sei — desto prekärer, eine je größere Quote der nationalen Arbeit für den Export produziere, bezüglich eine je größere Quote des nationalen Bedarfs durch den Import gedeckt werde — am prekärsten, wenn das Volk mit einem wesentlichen Teil seines Bedarfes an unentbehrlichen Dingen, besonders an Lebensmitteln, auf den Bezug vom Auslande angewiesen sei und damit unter dem Drucke „latenter Fremdherrschaft“ (Oldenberg) stehe.

Die Doktrin ist alt. Mit ihr haben die Physiokraten das merkantilistische System Colberts bekämpft und die Forderung zu begründen versucht, daß — im Jargon der Autarkisten von heute gesprochen — Frankreich der „breitspurigen Welthandelspolitik“ absage; daß die Volkswirtschaft statt auf den „Flugsand“ der Exportindustrie auf den festen Grund des nationalen Ackerbaues gestellt werde.[1])

---

[1]) Quesnay — so faßt Schelle (Dupont de Nemours, S. 17, 82) die Ansicht des „Docteur“ bezüglich des Außenhandels in Korn kurz zusammen — „ne voulait voir dans les ressources alimentaires tirées du dehors qu'un appoint incertain ... Dans le commerce réciproque, entre deux pays, disait-il, celui qui vend les marchandises les plus nécessaires a l'avantage, parce qu'il est indépendant de l'autre, qu'il ne vend que son superflu et qu'il peut, dans les constances défavorables, se passer d'objets de luxe, tandis que le pays qui achète des produits alimentaires ne peut restreindre sa consommation et se trouve tributaire de lautre“.

Es ist die Theorie des Verhältnisses der „Industriestaaten“ zu den „Nahrungsstaaten“, wie sie z. B. Oldenberg vorträgt. Und auch die prak-

Auch die Begründung des Satzes, daß — wie im Geiste der Physiokraten J. Büsch, einer der leitenden deutschen Socialökonomen des 18. Jahrhunderts, schreibt — „der Binnenhandel sicherer sei als der größeren Schwankungeu unterworfene Außenhandel", ist alt: wie in der Gegenwart so ist auch früher schon darauf hingewiesen worden, daß der Außenhandel bedroht sei 1. durch die Möglichkeit zeitweisen, 2. durch die Möglichkeit dauernden Rückganges.

1.

Die erstere Möglichkeit ist nicht zu bestreiten.

Dem Außenhandel eines Volkes können zeitweise Störungen, und damit seiner Wirtschaft akute Leiden, erwachsen durch Willensakte fremder Staaten wie durch alle möglichen anderen, außerhalb seiner Grenzen sich abspielenden Ereignisse, die es nicht zu verhüten, vielleicht nicht einmal vorauszusehen, die Macht hat.

Wenn z. B. Rußland seine Einfuhrzölle erhöht, so mag der Export deutscher Fabrikate geschmälert werden. Es ist denkbar, daß zufolge solcher Maßnahme des Auslandes die Produktion des Inlandes eine fatale Verschiebung erfährt, große Kapitalien und zahlreiche Arbeitskräfte gezwungen werden, sich neue Felder des Erwerbes zu suchen.

Als in den Vereinigten Staaten von Nordamerika der Bürgerkrieg ausbrach, ergab sich für England ein böses Manko im Import von Baumwolle — die sog. cotton-famine. Striken die Kohlenarbeiter Englands, so kann in Ländern, welche ihren Kohlenbedarf hauptsächlich aus England zu decken gewohnt sind, z. B. in Italien, der Pulsschlag mancher Industrieen stocken. Wenn in Indien Hungersnot oder Pest wüten, so jammern die englischen Spinner und Weber, die Chemnitzer und Greizer Tuchfabrikanten, die

---

tische Konsequenz ist die gleiche, heute und damals. Wie die Physiokraten, der französische „Bund der Landwirte", die Exportfreiheit für Korn verlangten, dagegen die Importfreiheit durch Schutzzölle beschränkt wissen wollten, so jetzt der deutsche „Bund der Landwirte" und die Katheder-agrarier.

„Dies alles ist schon einmal dagewesen". —

Vgl. außer Oldenbergs Schrift z. B. E. v. Halles Aufsatz „Weltmachtpolitik und Socialreform" in der „Socialen Praxis" (1899, S. 556).

Bijouterie- und Uhrenproduzenten Württembergs und Badens über die Minderung ihres Absatzes.

Während ein isoliert wirtschaftendes Volk sich nur zu kümmern braucht um das, was innerhalb des nationalen Territoriums vor sich geht, so muß, im Zwange der Weltwirtschaft, ein Volk sich sorgen um alles, was auf dem Erdball geschieht — muß darauf gefaßt sein, daß ihm bald von dort, bald von hier, bald aus dieser, bald aus jener Ursache vielleicht nur kurzwährende, immer aber mit Verlusten für Kapitalisten, Unternehmer, Arbeiter, Konsumenten verknüpfte Schwierigkeiten auftauchen.

An dieser Thatsache ist nicht zu zweifeln. Die Gefahr solcher Vorkommnisse besteht, besteht überall und immer.[1])

Aber das Argument wiegt ziemlich leicht. Denn diesem Passivum auf dem Konto des Außenhandels steht ein überwiegendes Aktivum gegenüber.

Um vieles stärkeren Schwankungen, weit häufigeren und tiefergreifenden Verschiebungen wie die Wirtschaft eines Verkehr treibenden Volkes ist die eines verkehrslosen Volkes ausgesetzt. Chikanen fremder Nationen, Folgen von Vorgängen, die „hinten weit in der Türkei" sich vollziehen, braucht es nicht zu fürchten — dafür aber Launen der Natur, Folgen von Elementarereignissen, die im eigenen Lande ihr Wesen treiben und die Stetigkeit seines Erwerbslebens ungleich mehr gefährden.

Wenn ein Volk nur die nationale Arbeitsteilung pflegt — wenn Verkehr nur stattfindet zwischen nationalen Industriellen und nationalen Bauern, so treibt die Wirtschaft hin und her mit dem Auf und Ab der nationalen Ernte; jetzt bringen die Bauern 10, jetzt 20, jetzt nur 5 Milliarden Centner agrikoler Lebensmittel und Materialien auf den „sicheren, unabhängigen, inneren Markt". Der Weltmarkt mit Hunderten von Millionen Produzenten und Konsumenten bietet für die an ihm teilhabenden Nationen eine weit größere Gewähr gleichmäßigen Angebotes von Rohstoffen[2]), gleich-

[1]) Dies Argument wird z. B. geltend gemacht von Ad. Wagner, Grundlegung, Bd. I, S. 368, und G. Schmoller, Aufsätze zur Social- und Gewerbepolitik, S. 174, 176.

[2]) Vgl. oben S. 24.

mäßiger Nachfrage nach Fabrikaten, d. h. ſtabiler Produktions- und Konſumtionsverhältniſſe, als ein enger, nationaler Markt mit einigen Dutzenden von Millionen.

Gewiß iſt die Möglichkeit zeitweiſer Störungen des Außenhandels zu beklagen; aber ſie iſt das kleinere Übel, mit dem die Sicherung gegen größeres Übel erkauft wird.

Und dies kleinere Übel tendiert dahin, immer kleiner zu werden, je mehr die „kosmopolitiſche“ Arbeitsteilung, die weltwirtſchaftliche Entwickelung fortſchreitet. Denn: mit je mehr Völkern ein Volk Verkehr treibt und in je mehr Gütergattungen es Verkehr treibt, je weiter verzweigt der Außenhandel einer Nation[1]) und je mannigfaltiger ſein Inhalt, deſto größer die Wahrſcheinlichkeit, daß ſchlechte Chancen durch gute wettgemacht werden — daß, wenn hier ein Thor ſich verſchließt, dort ſich eines öffnet; daß, wenn im Abſatze oder Bezuge gewiſſer Waren eine Hemmung eintritt, andere Waren mehr exportiert, bezüglich importiert werden können. —

Für manche Völker ſteht heute das Riſiko des Außenhandels ziemlich hoch. Vor allem für gewiſſe Kolonialſtaaten mit ganz einſeitig entwickeltem Verkehr.

So z. B. für Braſilien, in deſſen Geſamtausfuhr der Kaffee weitaus vorherrſcht; eine beträchtliche, die Konſumtion ſtark herabdrückende Erhöhung des Kaffeezolles ſeitens aller Kaffee importierenden Staaten könnte für Braſilien eine ſchwere, wenn auch vielleicht nur temporäre Kriſis nach ſich ziehen. In noch höherem Grade wie Braſilien als Ganzes iſt der nördliche Teil der Republik, der Staat Amazonas, durch die Gefahr eines Wechſels der Handelskonjunktur bedroht: denn hier hat „die Leichtigkeit der Gummigewinnung den Anbau von Zuckerrohr, Kakao, Tabak u. ſ. w. ganz in den Hintergrund gedrängt; ſollte die Zufuhr von Gummi aus anderen Ländern nach den Verbrauchsmärkten größere Verhältniſſe annehmen, wodurch die Preiſe dauernd gedrückt würden, oder ſollten billige Erſatzmittel aufkommen, ſo ſtünden große Verluſte zu erwarten.“ [2])

Das wirtſchaftliche Schickſal der Kolonie Mauritius hängt völlig ab vom Ausfall der dortigen Zuckerernte einerſeits, vom Ausfall der

---

[1]) „Die geographiſche Ausdehnung (des Handelsgebietes) vermindert das Riſiko“ (Naſſe).

[2]) Handelsarchiv 1898, II, S. 528.

Reis- und Weizenernte Ostindiens — wohin die Hauptmasse des Zuckers geht — andererseits.[1]) Gleiches gilt für einzelne westindische Kolonieen, wo das Volk „nichts kennt als sein Zuckerrohr", der Zuckerexport 60—90% des Gesamtexports beträgt.[2])

Dagegen steht das Risiko des Außenhandels tiefer z. B. für Jamaika und Trinidad. Hier ist neben der Kultur von Zuckerrohr die Kultur von Kaffee, Kakao, Bananen u. s. w. emporgekommen, deren Produkte jetzt, wegen der Verbilligung der Transportkosten, „weiter abgelegene Märkte, wie Nordamerika und Europa, erreichen können". Dank der intensiveren Verflechtung in die Weltwirtschaft empfinden diese Kolonieen die Möglichkeit zeitweiser Störungen, die aus der „Abhängigkeit vom Auslande" erwächst, nicht so stark wie Mauritius u. s. w.

Würden aber Brasilien, Amazonas, Mauritius richtig handeln, wenn sie — wie ihnen von protektionistischer Seite geraten wird — des hohen Risikos wegen diese „Exklusivität" in Produktion und Export durch staatlichen Druck zu beseitigen, durch Zölle oder sonstwie das Kapital zu bewegen suchten, daß es die einseitige Vorliebe für Kaffee, Gummi, Zucker überwinde und sich mehr der Erzeugung solcher Güter widme, die bisher vom Auslande bezogen, mit Kaffee u. s. w. gekauft wurden — m. a. W., daß es mehr die nationale Arbeitsteilung pflege?

Gewiß nicht. Die Produktivität ihrer nationalen Arbeit steht bezüglich der Zweige, die sie jetzt vor allem behufs Exportes kultivieren, weit höher als bezüglich derer, die man ihnen auf Kosten jener zu betreiben rät. Wie die Situation derzeit liegt, handeln sie richtiger, wenn sie um der Größe des Gewinstes willen das hohe Risiko einseitig entwickelten Außenhandels tragen. —

Fassen wir einige europäische Völker ins Auge. Für Griechenland — in dessen Export Korinthen und Wein, in dessen Import die Cerealien vorwiegen[3]) — macht sich die „Abhängigkeit vom Auslande" stark fühlbar. Schlägt die Korinthen- und Weinernte fehl und schrumpft damit der Export zusammen, so sinkt die Kaufkraft für das Brotkorn des Auslandes. Soll aber Griechenland etwa deshalb den „nationalen" Weizenbau bis auf die Höhe des Bedarfs hinaufschrauben? Dann würde es wirtschaftlich noch schlechter fahren wie heute.

Schon geringer ist das Risiko für Italien, dank der größeren

---

[1]) Handelsarchiv 1899, II, S. 518.

[2]) Export 1898.

[3]) Die Totaleinfuhr wertete (1896) 116 Millionen Drachmen, davon Getreide: 29,5 Mill. Die Totalausfuhr 72,4 Mill., davon Korinthen: 23,6 Mill., Wein: 5 Mill. (Handelsarchiv 1899, I, 788/89).

Ausdehnung und Mannigfaltigkeit seines Exports. Noch weit geringer für die Schweiz.

Diese ist hinsichtlich der Deckung des Kohlen- und Eisenbedarfs gleich abhängig, des Lebensmittelbedarfs noch „abhängiger vom Ausland", noch weniger „elementar selbständig" wie Italien. Sie ist „in einem verhältnismäßig so starken Umfang am Welthandel beteiligt, wie kein anderes Land" ... „bezieht alljährlich nicht weniger als die Hälfte sämtlicher Lebens- und Unterhaltsmittel vom Auslande, setzt etwa ein Drittel der gewonnenen Erzeugnisse dahin ab".[1]) Weil aber die Schweiz auf der Bahn weltwirtschaftlicher Entwicklung weiter vorgeschritten ist, wie Italien — weil ihre Ausfuhr auf eine große Zahl von Gütergattungen sich erstreckt und viele Länder zu ständigen Kunden hat, hat dieses kleine Land unter dem handelspolitischen Bruche mit Frankreich (1892) weniger gelitten als das große Italien, dessen Ausfuhr mit der Hauptmasse ihrer Hauptartikel — Wein und Rohseide — an den französischen Markt gebunden gewesen war.

Und was von dem „Industriestaat" Schweiz gilt, gilt auch von Belgien, Deutschland, England.

Kein Wechsel in der Handelspolitik anderer Staaten, kein wirtschaftlich relevantes Geschehen in irgend einem Bezirk des Erdballs, von dem sie nicht, direkt oder indirekt, als Abnehmer oder als Lieferanten getroffen würden! Aber eben weil sie am weitesten vorgeschritten sind auf der Bahn weltwirtschaftlicher Entwicklung — weil die Fäden ihres Verkehrs nach allen Seiten laufen und in allen Farben spielen, empfinden sie die bald von da, bald von dort, bald an diesem, bald an jenem Punkte sie treffenden Störungen ihres Außenhandels schwächer als alle anderen Völker, empfinden sie heute schwächer als früher.

Zur Zeit des sog. „Industriemonopols" war Englands volkswirtschaftlicher Körper weit nervöser wie heute. Denn damals dominierten in seiner Ausfuhr verhältnismäßig wenige Artikel — gewisse Baumwolle-, Wolle-, Eisenwaren — und für die Einfuhr, besonders die von Lebensmitteln, kamen nur wenige Bezugsquellen, vor allem Deutschland in Betracht. Ende der dreißiger Jahre blickten englische Staatsmänner voll Angst auf die Industrialisierung Deutschlands, bangten vor dem Tage, da Preußen, der bisherige Agrarstaat, sein Korn für seine eigene Bevölkerung brauchen werde — „es kann sein, daß wir Korn kaufen möchten, wenn es keines zu verkaufen hat; daß wir Zufuhren bedürfen und sie nicht erhalten können".[2])

---

[1]) Zeitschr. d. Preuß. Statistischen Bureaus 1897, H. VIII. — Export, 1899, S. 502.

[2]) J. Bowring, a. a. O., S. 48.

Jetzt ist die Situation eine ganz andere, sicherere geworden. Der Bezugsquellen für Korn stehen unendlich viele zu Gebote; die Ausfuhr ist nicht nur größer, sondern weit mannigfaltiger geworden: „every decade . . . the minor industries are affording occupation to a larger proportion of the working population; that is: our productions become more diversified, and we are depending less and less upon a few great branches.“ [1])

Je mehr der Außenhandel quantitativ und qualitativ sich entfaltet, desto geringer wird das Risiko — desto falscher wird der Satz, daß wegen der Möglichkeit zeitweisen Rückgangs die wirtschaftliche Lage eines Verkehr treibenden Volkes eine „prekäre“ sei. —

Die pièce de résistance derer, welche dies erste Argument zu Gunsten der „Nationalisierung“ ins Feld führen — wie auch derer, welche mit dem zweiten Argument, der Möglichkeit dauernden Rückganges des Außenhandels (s. u. S. 48), operieren — ist der Hinweis auf die Gefahr, die in der „Abhängigkeit vom Auslande“ betreffs des Bezuges der unentbehrlichen Lebensmittel, vor allem des Brotkorns, liege. Aus ihr wird die Forderung hergeleitet — und vielfach als eine im Grunde ganz selbstverständliche hingestellt —, daß jede große Nation doch mindestens so weit „sich selbst genüge“, daß sie ihren Brotkornbedarf voll durch Eigenproduktion decke.

Wird jener Möglichkeit zeitweiser Störungen des internationalen Verkehrs — die hier zunächst allein zur Diskussion steht — gedacht, so pflegt, mehr oder weniger „graulich“ gemalt, das Gespenst des Verhungerns im Kriegsfalle heraufbeschworen zu werden, das einem auf den Getreideimport angewiesenen Lande drohe. Schon die Physiokraten lassen es tanzen; die englischen Landlords haben mit ihm großen Effekt, und großen Profit, erzielt; heute geht es vor allem in Frankreich und Deutschland um.

Es mag hier unentschieden bleiben, ob in andern Ländern das Gespenst einmal Fleisch und Bein gewinnen könnte und sie deshalb dem Ziele kornwirtschaftlicher Autarkie zustreben müßten. Für Deutschland ist die Gefahr zweifellos eine überaus geringe: ein Blick auf die Landkarte, auf die Fülle der Zufuhrwege, über die wir verfügen, lehrt dies. Auf dem Rhein, der Elbe, der Donau,

[1]) Economist 1893, S. 1028.

— über Rotterdam und Antwerpen, Genua und Triest könnten wir Brotkorn selbst in dem, ja möglichen Falle beziehen, daß wir von Frankreich und Rußland zugleich angegriffen würden und deren Flotten unsere Seehäfen blockierten.[1])

Wenn allerdings auch England mit Beiden im Bunde wäre, wenn weiter Österreich, Italien, die Schweiz, Holland, Belgien, alle uns mißgünstig gesinnt, den Kornexport nach Deutschland sperrten — dann, in extremis, wäre es denkbar, daß jene Möglichkeit Wirklichkeit würde, daß unser Volk durch Hunger besiegt würde.

Gewiß; doch dafür, daß diese Situation nicht eintrete, hat der Leiter der auswärtigen Politik zu sorgen. Und wenn es ihm mißlänge, was dann? Nun: sollte künftig einmal, wie einst Preußen im siebenjährigen Krieg, Deutschland von „Feinden ringsum" bedroht sein — dann muß uns Gott entweder einen zweiten Friedrich den Großen senden, der sie in Bälde niederwirft; oder die fremden Heere fluten siegreich über die deutschen Gaue. In letzterem Falle aber nutzt uns die kornwirtschaftliche Autarkie blutwenig — denn dann sperren die Feinde die Korntransporte, vernichten die Vorräte oder füttern sich und ihre Pferde mit dem Korn, dessen Besitz uns „unabhängig vom Auslande" machen sollte. —

Eine weitere Frage wäre hier noch zu behandeln — nämlich die, ob mit wachsender „Verstrickung in die Ketten" der Weltwirtschaft die Gefahr, daß Zeiten der Überproduktion und Krisis sich einstellen, wachse? M. a. W.: ob außer jenen zeitweisen Störungen des Außenhandels (und damit der Volkswirtschaft), die ihre Ursache in Vorgängen im Auslande haben — Wechsel in der Zollpolitik u. s. w. — auch gewisse Störungen der Volkswirtschaft, die ihre Ursache in Vorgängen im Inlande — in Mißgriffen der nationalen Kapitalisten-Unternehmer — haben, auf das Debet des Außenhandels zu setzen seien und mit immer steigendem Gewicht auf ihm lasten?[2])

---

[1]) Vgl. Brentano, in der „Nation", 1899/1900, S. 218.

[2]) Solche Mißgriffe — so wird behauptet — müßten vorkommen, weil der äußere Markt „unübersichtlicher" und „schwankender" sei wie der innere, und müßten desto häufiger und in desto größerem Maßstabe vorkommen, je ausgedehnter der äußere Markt.

Die Erörterung dieses kontroversen Themas würde hier zu weit führen. Nur ganz kurz darf ich bemerken:

1. Wäre jene Frage zu bejahen[1]) — wäre der Satz, je mehr Verkehr, desto größer die Gefahr von Überproduktion und Krisis, richtig — so wäre immerhin zu replizieren, daß auch dies Passivum wohl überwogen werde durch jenes mehrfach oben (S. 20, 42) erwähnte Aktivum. Die Störungen, die einem isolierten Volke drohen zufolge des, durch die Launen der Natur verhängten Wechsels von Über- und Unterproduktion in der nationalen Landwirtschaft, schrumpfen ein dank dem Verkehr. Verglichen mit ihnen erscheinen die Störungen, welche einem der Weltwirtschaft angeschlossenen Volke zufolge von Rechenfehlern der Menschen drohen mögen, als das kleinere Übel. Weil ein größeres Übel vermieden wird, muß dies kleinere Übel geduldig ertragen werden — die Bewertung und Gestaltung wirtschaftlicher Zustände kann nur nach dem Prinzip des „minimum malum" erfolgen.

2. Jene Frage ist aber zu verneinen; jener Satz ist falsch, der umgekehrte richtig.

Für ein Volk, das erst in das Geleise der Weltwirtschaft einlenkt, ist die Gefahr von Überproduktion und Krisis allerdings eine ziemlich große. Je länger aber ein Volk auf diesem Geleise sich bewegt, desto geringer wird sie. Wie das Risiko, das der Außenhandel wegen jener Möglichkeit zeitweiser Störungen involviert, mit quantitativer und qualitativer Ausdehnung des Außenhandels herabgeht, so auch die Gefahr von Überproduktion und Krisis.

„Die Krisentheorie hat sich nicht bestätigt — sagte neulich der Abg. Heyl zu Herrnsheim (28. November 1899) — es hat sich im Gegenteil herausgestellt, daß infolge der immer ausgedehnteren Weltwirtschaft die Krisen immer mehr abnehmen"

2.

Zweitens wird die Doktrin von der prekären Lage eines in die Weltwirtschaft verschlungenen Volkes begründet mit dem Argument der Möglichkeit dauernden Rückganges des Außenhandels. —

---

[1]) Vgl. z. B. Ad. Wagner, Grundlegung, Bd. I, S. 369.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte sind England, Deutschland, Frankreich, die Schweiz, Belgien „Industriestaaten“ geworden; d. h. hier hat sich die nationale Wirtschaft dahin entwickelt, daß derzeit die Rohstoffproduktion hinter dem nationalen Bedarfe zurückbleibt, die Industrieproduktion dagegen den nationalen Bedarf überschreitet. Sie exportieren Fabrikate, importieren Materialien und Lebensmittel. Allerdings exportieren sie auch Lebensmittel — wie Salz, Zucker, Bier, Branntwein, Wein — und Materialien — wie Sämereien, Kohlen, Roheisen, Cement; und importieren auch Fabrikate in beträchtlicher Menge. Aber ihr Außenhandel erhält sein eigenartiges Gepräge dadurch, daß in der Ausfuhr die Fabrikate vorherrschen, in der Einfuhr die Materialien — vor allem Erze, Hölzer, Textilstoffe — und die Lebensmittel.

Umgekehrt sind andere Völker „Rohstoffstaaten“ geworden; d. h. hier hat sich die nationale Wirtschaft dahin entwickelt, daß derzeit die Rohstoffproduktion den nationalen Bedarf überschreitet, die Industrieproduktion hinter ihm zurückbleibt. Das Charakteristikum ihres Außenhandels bildet die Thatsache, daß im Export die Rohstoffe — Lebensmittel und Materialien — vorherrschen, im Import die Fabrikate.

Je nachdem der Export agrikoler oder der Export montaner Rohstoffe überwiegt, bez. jener und dieser ungefähr gleiche Bedeutung haben, lassen sich innerhalb der Gruppe der Rohstoffstaaten unterscheiden: Agrarstaaten — z. B. Rußland, Ungarn, die Donaustaaten, Brasilien, Argentinien; Montanstaaten — z. B. Mexico, Chile; Agrar-Montanstaaten — z. B. Australien, die südafrikanischen Kolonien.

Wird diese Differenzierung der Nationen in Industrie- und in Rohstoffstaaten, diese „kosmopolitische“ Arbeitsteilung zwischen Ländern, die einen Überschuß an Fabrikaten, und solchen, die einen Überschuß an Lebensmitteln und Materialien erzeugen, dauern?

Von manchen Seiten wird heute die Frage mehr oder minder schroff verneint: es handle sich um ein nur kurzes Zwischenspiel der Wirtschaftsgeschichte. Denn mit wachsender Ziffer und wachsender materieller Kultur würden die Rohstoffstaaten von heute sich „industrialisieren“, würden künftig die Fabrikate, die sie jetzt von den Industriestaaten beziehen, selbst erzeugen, die Materialien und

Lebensmittel, die sie jetzt nach den Industriestaaten senden, selbst verarbeiten und verbrauchen; und demgemäß würde in den Industriestaaten von heute die Exportfabrikation wieder eingeschränkt, dagegen die Rohstoffproduktion wieder ausgedehnt werden müssen.

Kurz: das Ende vom Liede wäre, daß die Nationen, nachdem das Zwischenspiel vorüber, wieder zurückkehrten auf den „status quo ante“, d. h. den Zustand national-wirtschaftlicher Autarkie (s. o. S. 2).

F. List hatte einst gefordert: wie England, so sollten auch alle übrigen Kulturvölker der gemäßigten Zone durch eine planmäßige „Erziehung“ aller produktiven Kräfte, auf die Staffel industrieller Exportfähigkeit emporgehoben werden; nachdem dies geschehen, sollten sie, einander so ziemlich ebenbürtig, auf dem Markte der Tropen konkurrieren, als „Industriestaaten“ ihre Fabrikate austauschen gegen Lebensmittel und Materialien der Tropen, der „Rohstoffstaaten“.

Jetzt wird behauptet: diese inzwischen eingetretene Differenzierung in Rohstoff- und in Industriestaaten wird wieder aufhören; dereinst werden alle Völker ihren Rohstoff- wie ihren Industriebedarf in der Hauptsache wieder selbst decken, dereinst die „kosmopolitische“ Arbeitsteilung selbst zwischen den Nationen der gemäßigten Zone und denen der Tropen nur noch in begrenztem Umfange statthaben — F. List habe sich geirrt; auch die Industrialisierung der Tropen stehe über kurz oder lang zu erwarten.

Ein nicht nur zeitweiser, sondern dauernder Rückgang des in den letzten Jahrzehnten so mächtig angeschwollenen Außenhandels sei so gut wie gewiß, jedenfalls „mehr als wahrscheinlich“ (Oldenberg).

Solchem Verlaufe der Dinge könnten nun die Rohstoffstaaten von heute gelassen zusehen — besäßen sie doch die Materialien und die Lebensmittel, deren es zur Emanzipation vom Fabrikatenimport des Auslandes bedürfe. Hier würde der Rückgang des Außenhandels glatt und schmerzlos sich vollziehen.

Nicht so in den Industriestaaten. Müsse schon die Wiedereinschränkung der Exportfabrikation mit großen wirtschaftlichen Ein-

büßen — Entwertung der fixen Kapitalien (Maſchinen u. ſ. w.) und, wie Ad. Smith einmal ſagt, „erworbener Geſchicklichkeiten“ der Unternehmer und Arbeitskräfte — verknüpft ſein, ſo drohe ihnen aus der Notwendigkeit, die Rohſtoffproduktion wieder auszudehnen, eine vielleicht noch ſchlimmere Gefahr: vor allem ſei bezüglich der Lebensmittel zu befürchten, daß das erforderliche Plus, wenn überhaupt, ſo doch nicht raſch genug ſich erzielen laſſe.

Je mehr die in der Exportfabrikation thätige, je mehr die vom Korn der Fremde ſich nährende Volksquote inzwiſchen gewachſen ſei — deſto größer die Verluſte, wenn einſt der Zwang zur Umkehr ſich einſtellen werde, deſto gewiſſer die Gefahr der Brotnot mit ihren unberechenbaren politiſchen und ſocialen Folgen. Caveant consules! —

Die Zahl der deutſchen Wirtſchaftspolitiker, die auf Grund ſolcher Prognoſe „den im Gange befindlichen Verwandlungsprozeß ... in einen Induſtrieſtaat kritiſch erörtern“, iſt keine geringe. Viele beklagen, daß die deutſche Volkswirtſchaft nicht mehr „das ſchöne Bild harmoniſcher Entwickelung und ebenmäßiger Gliederung in allen ihren Teilen“ (P. Voigt) darbiete, und befürchten, daß zufolge der Induſtrialiſierung der Rohſtoffſtaaten eine rückläufige Bewegung des Außenhandels, ein Einſchrumpfen des Fabrikatenexports wie des Rohſtoffimports, eintreten könne. Aber nur „ein Teil von ihnen ſieht in dieſer Entwickelung eine Sackgaſſe; Andere, dem hergebrachten Optimismus näher bleibend, ſehen in ihr einen Engpaß, der ins Freie führt“.[1])

Letztere nämlich glauben, daß die dem Außenhandel drohende Gefahr gebannt werden könne durch eine „Weltmachtpolitik“ (E. v. Halle), und verlangen, daß eine ſolche betrieben werde. Deutſchland werde „ſeinen Platz an der Sonne, ſeinen Rang unter den Kulturnationen, ſeine wirtſchaftliche und politiſche Bedeutung“ dann, aber „nur dann behaupten, wenn das ganze deutſche Volk ... feſt durchdrungen iſt von der todesmutigen Geſinnung des alten Hanſeatenwortes: navigare necesse est, vivere non necesse.“ (P. Voigt.)

---

[1]) Oldenberg, Sociale Praxis 1899, S. 746.

Erstere dagegen — deren Hauptvertreter Oldenberg ist — sehen die Situation durchaus pessimistisch an. Die praktische Konsequenz dieser „Sackgassen"-Doktrin lautet: damit der unausbleibliche Rückgang des Außenhandels Deutschland nicht unvorbereitet, vielleicht einmal ganz plötzlich treffe, sei heute schon, in weiser Vorsicht, dahin zu wirken, daß die deutsche Volkswirtschaft sich wieder mehr „verselbständige". Vor allem und zunächst müsse durch stärkere Pflege der nationalen Lebensmittelproduktion „die Voraussetzung jeder unabhängigen Entwickelung" wiederhergestellt werden. Dann vermöge die Landwirtschaft einen Teil der steigenden Bevölkerung aufzunehmen, der andernfalls sich der Exportfabrikation zugewandt hätte; und dank der Mehrnachfrage seitens dieses Plus heimischer Landwirte, dank der „Erweiterung des landwirtschaftlichen Unterbaues" könne auch „eine entsprechende Verbreiterung des oberen industriellen Stockwerkes" erfolgen.[1])

Wenn rechtzeitig der „Umbau" im autarkischen Stile geschehe, allmählich die Exportfabrikation herab-, die nationale Landwirtschaft und die nationale Industrie emporgebracht werde, so verliere die rückläufige Bewegung, die dem Außenhandel bevorstehe, ihre Schrecken. Je länger dagegen die deutsche Nation Lebensmittel importierender Industriestaat bleibe, je tiefer sie in das Nessusgewand des Verkehrs hineingerate — desto wahrscheinlicher werde es, daß sie zur Strafe für ihre Hybris, für die „breitspurige Welthandelspolitik" mit ihrem „romantischen, abenteuerlichen Reiz", in Armut und Elend ende. Dann könnte einmal ganz plötzlich der Tag kommen, da die Unmöglichkeit offenbar würde, das durch das Versiegen des Imports bewirkte Korndefizit durch Steigerung des inländischen Kornbaues zu decken, und könnte es „einen Zusammenbruch geben, der, aller Voraussicht nach, das Ende der Nation wäre".[2])

Das Programm der „Weltmachtpolitik" kann hier auf sich beruhen. Denn, mag man dem Außenhandel der Industriestaaten das Horoskop so oder so stellen: der Erwerb weiterer Kolonien oder Kohlenstationen, die Vermehrung der Kriegsflotte, die Steigerung

[1]) Oldenberg, S. 43.
[2]) Oldenberg, S. 14.

des Einflusses Deutschlands auf die Handelspolitik fremder Länder liegt in jedem Falle auf der Linie des nationalen Interesses.

Nur das Programm der „Selbständigkeitspolitik", das bisher allerdings nur bezüglich der Forderung der „intensiven Pflege" der deutschen Landwirtschaft klar formuliert ist, soll im Folgenden auf seine Berechtigung hin untersucht werden.

Zuvor ist noch zweierlei zu bemerken.

1. Zunächst zur Auffassung Oldenbergs.

Man habe diesen — schreibt Schmoller (Die Woche. 1899. Nr. 39) — falsch verstanden, wenn man aus seinen „freilich sehr schwarz malenden Zukunftsbildern" schloß, er wolle Deutschland „mit einer chinesischen Mauer umgeben, nichts hineinlassen, nichts hinaussenden"; er sage nur, ein Staat dürfe „seine Landwirtschaft — wie England — nur dann zu Hause zerstören, wenn er gleichzeitig in seinen Kolonien eine neue Landwirtschaft unter dem sicheren Schutze seiner Kanonen erziehe und schaffe."

Expressis verbis hat aber Oldenberg nur gesagt, daß die deutsche Landwirtschaft so weit ausgedehnt werden müsse, daß sie den nationalen Bedarf voll decke. Dagegen hat er nicht — wie es nach den Ausführungen Schmollers scheinen könnte — die Forderung der „neuen Landwirtschaft" in den Kolonien gestellt.

Diese Forderung widerspräche zwar dem Selbständigkeitsprogramm keineswegs. Abgesehen von dem ersten Satze betreffs des Fabrikatenexports u. s. w. wird Oldenberg mit Schmoller übereinstimmen, wenn dieser schreibt:

„Wir müssen mit unserer wachsenden Volkszahl unseren Fabrikatenexport steigern, mehr Lebensmittel, Kolonialwaren, Wolle, Kulturmittel aller Art von außen beziehen. Es ist nur die Frage, ob wir bei dieser Entwicklung, die uns immer wieder auf die See hinausführt und uns in friedliche und feindliche Berührung mit anderen Mächten, in Konflikte mit Konkurrenten bringt, diesen schutzlos gegenübertreten sollten oder nicht; es ist die Frage, ob wir nicht durch Verträge oder Bündnisse, durch Kolonialerwerb, durch Zollunionen wenigstens einen Teil der Länder und Gebiete, auf die wir wirtschaftlich angewiesen sind, uns politisch angliedern, sie in feste Beziehung mit uns, gewissermaßen unter unsere Kontrolle bringen sollen ... Dazu brauchen wir eine starke Seemacht."

Aber jene Forderung der „neuen Landwirtschaft" in den Kolonien hat Oldenberg doch nicht gestellt. Vielleicht deshalb nicht, weil er — ebensowenig wie Schmoller — zu sagen wüßte, wie sie verwirklicht werden könnte?

Denn Kolonien, welche der wachsenden Volkszahl Deutschlands das erforderliche Plus an Lebensmitteln, vor allem an Brotkorn — worauf Oldenberg das Hauptgewicht legt — „unter dem sicheren Schutze seiner Kanonen“ zu liefern vermöchten, dürften ziemlich schwer zu finden sein.

Nordamerika, Argentinien, die agricol wichtigsten Länder Südafrikas, Australien sind in festen Händen; Rußland, die Donauländer, Kleinasien, Indien, gleichfalls. Durch Verträge und Bündnisse mögen wir uns einzelne dieser Brotkorn erzeugenden Gebiete, von deren Produktion wir „wirtschaftlich abhängen, politisch angliedern“. Aber Kolonien zu gewinnen, in denen eine „neue Landwirtschaft“ sich erziehen und schaffen ließe — das wäre, so wie die Dinge heute liegen, ein etwas phantastischer Traum. Unsere südafrikanischen Besitzungen mögen uns künftig Lebensmittel, zunächst Vieh, später auch Getreide, in großen Mengen senden (s. u.) — aber bis dahin wird es noch gute Weile haben. —

Übrigens hat schon Oldenberg selbst das Mißverständnis abzuwehren gesucht, als ob er mit dem „Umbau“ im Selbständigkeitsstile die vollkommene „Einkapselung auf gegebenem Territorium“ meine. Seine Auffassung könne vielmehr „ebensowohl zur Erweiterung des Territoriums (z. B. zu einer Kolonialpolitik), oder zu einer Kombination beider Möglichkeiten führen — nur, daß wirtschaftliches und politisches Gebiet in gewissen Grundzügen sich decken sollen.“

Mir scheint: das Programm der „Selbständigkeitspolitik“ könne nicht nur, sondern müsse zur Forderung der Erweiterung, und zwar zu einer recht erklecklichen Erweiterung des Territoriums, führen.

Denken wir uns, die eine Alternative Oldenbergs, die „Einkapselung“, sei bis zu dem Punkte, den er mit deutlichen Worten bezeichnet, verwirklicht: d. h. die „intensive Landwirtschaftspflege“ sei so weit gediehen, daß Deutschland hinsichtlich der Lebensmittel, (solcher, die es zu erzeugen die Fähigkeit hat, wie Weizen, Roggen u. s. w.) durchaus „unabhängig vom Auslande“ dastehe. Wäre etwa die „elementare Selbständigkeit“ damit auch nur annähernd erreicht?

Keineswegs. Die „latente Fremdherrschaft“[1]) bestände in weitestem Umfange fort. Denn bezüglich solcher Lebensmittel die wir nicht produzieren können, die aber nach unseren Konsumtionssitten uns kaum minder entbehrlich sind wie Weizen, Roggen u. s. w., die wie diese zu unserm „täglichen Brot“, zu den „Elementen“ unseres Konsums zählen — bezüglich der wichtigsten Fabrikationsstoffe, agricoler wie montaner — bezüglich der wichtigsten „Cirkulationsstoffe“ blieben wir ja nach wie vor in „verhängnisvoller Abhängigkeit vom Auslande“.

[1]) Oldenberg, Sociale Praxis, 1899, S. 747.

Gehören etwa Kaffee, Thee, Reis — Baumwolle, Jute, Hanf, Wolle, Holz (oder soll die „intensive Landwirtschaftspflege“ so weit gehen, daß auch der Bedarf an Wolle und Holz voll aus deutschem Boden gedeckt werde?) — Eisen und Zinn — Gold und Silber, Kupfer und Kautschuk, die „Elemente“ der Telegraphie u. s. w. — nicht zu den „Grundzügen“ unserer heutigen Wirtschaft?

Auch nach vollständiger Emanzipation vom Brotkornimport des Auslandes wäre die „Knechtschaft“ nur um ein Geringes gemindert; würden, wenn dereinst die rückläufige Bewegung Platz griffe, deren Folgen kaum minder schlimmer sein als in dem Falle, daß auch der Brotkornimport noch fortbestände.

Allerdings verhungern wir ja nicht, wenn dereinst die Brasilianer und Javaner ihren Kaffee, die Inder und Chinesen ihren Thee selbst trinken, die Ägypter und Nordamerikaner ihre Baumwolle selbst verarbeiten und verbrauchen sollten. Wenn aber, wie Oldenberg meint (s. u.), der Wechsel in der Handelskonjunktur plötzlich hereinbräche, so könnten dadurch Unternehmer und Arbeiter, die bis dahin die Fabrikate erzeugten, welche als Gegenwerte für Kaffee, Thee, Baumwolle u. s. w. exportiert wurden, in arge Not geraten.

Wer von dem Alb des „plötzlichen“ Rückgangs von Export und Import beängstigt wird, kann nichts anders als eine Expansions- oder Kontrollpolitik im großen Stil befürworten. Ist es Oldenberg ernst mit seiner Prognose und seiner Therapie — der Zusatz „in gewissen Grundzügen“ öffnet allerdings eine Pforte, durch welche man unbequemen Konsequenzen entschlüpfen kann — will er unser Volk voll befreien aus der „latenten Fremdherrschaft“, es wirklich sichern gegen die Gefahr der rückläufigen Bewegung, so muß er einer Weltmachtpolitik das Wort reden, welche gewiß diskutabel, aber zweifellos weit „romantischer“ ist, als die von ihm so betitelte, bisherige „Exportpolitik“ oder „Welthandelspolitik“ Deutschlands (die, nebenbei bemerkt, seit 1879 mehr von der Tendenz, den Import zu hemmen als den Export zu fördern, geleitet wurde).

Ist unter den „gewissen Grundzügen“ nur die Brotkornproduktion, unter „elementarer Selbständigkeit“ nur die kornwirtschaftliche Autarkie zu verstehen[1]), so ist das Programm Oldenbergs allerdings weniger

[1]) Neuerdings — in einer Äußerung zum Flottengesetzentwurf — hat Oldenberg erklärt: „volkswirtschaftliche Selbständigkeit setzt planmäßige Pflege gerade nicht der rentabelsten, sondern der wichtigsten Produktionszweige voraus, d. h. derjenigen, in denen uns das Ausland zu überflügeln droht und deren Produkte wir nicht entbehren können.“

Also z. B. auch der Produktion der Wolle, des Holzes, des Eisens, des Kupfers u. s. w.?

romantisch — in diesem Falle muß aber die, von ihm so herbe getadelte „abenteuerliche Exportpolitik", die „breitspurige Welthandelspolitik" weiter betrieben werden. Hörte der Import von Brotkorn und auch der übrigen in Deutschland produziblen Lebensmittel — Fleischvieh, Eier, Gemüse, Obst, Wein — gänzlich auf, so würde doch, um den Import der in Deutschland *nicht* produziblen, oder nur unter *weit ungünstigeren* Bedingungen wie im Auslande produziblen Lebensmittel und Materialien zu bezahlen, ein Export von mehreren Milliarden Mark erforderlich sein; die „Fremdherrschaft" währte weiter und mit ihr das Risiko der rückläufigen Bewegung.

Wenn unsere Konsumtionssitten, unsere Produktions- und Cirkulationsverhältnisse nicht eine radikale Verschiebung, und zwar eine Verschiebung, die die ungeheure Mehrzahl als einen schroffen Rückschritt der materiellen Kultur empfinden würde, erfahren sollen, so kann die Forderung, daß „wirtschaftliches und politisches Gebiet in den Grundzügen sich decken", nur verwirklicht werden kraft einer „Weltmachtpolitik" à outrance. Erst dann, wenn wir Besitz oder zwingenden Einfluß in allen Zonen und Weltteilen gewonnen hätten, wäre die Idee der „elementaren Selbständigkeit" eine Thatsache geworden. —

2. Zur Kennzeichnung des Unterschiedes der Auffassung Oldenberg's und der Weltmachtpolitiker einerseits, und derjenigen der *Agrarier* andererseits.

Soweit die Argumente Ersterer den Letzteren passen, werden sie von den Agrariern, wie oben schon gesagt (S. 39), bestens acceptiert. Aber im Ziele gehen die Bestrebungen dieser und jener diametral auseinander.

Den Agrariern ist Alles genehm, was man über die Gefahr der Industriestaatsbildung sagt — *sofern* daraus die Konsequenz der „Einkapselung" der Kornproduktion innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle gezogen wird. Sie stimmen auch *Oldenberg* noch dann zu, wenn er — in einer Äußerung zum Flottengesetzentwurf — betont, wir hätten „im Sinne der Selbständigkeitspolitik" das Interesse, z. B. in China „ein eigenes Gebiet für *Baumwollen*pflanzungen zu gewinnen, das wir auf die Dauer nicht entbehren können." Sie würden ihm auch noch weiter zustimmen, wenn er verlangte, daß wir irgendwie und irgendwo Länder uns aneignen sollten, die uns gestatten würden, Eisen, Kupfer, Zinn, Jute, Hanf, Wolle — „hier stock' ich schon" — auf Boden zu gewinnen, der „unter dem sicheren Schutz unserer Kanonen steht".

Aber — sobald er die Forderung vertreten würde, die ihm am meisten am Herzen liegen müßte, weil sie der für ihn schlimmsten

Form der „latenten Fremdherrschaft“ ein Ende setzen würde: die Forderung, daß die Machtsphäre des deutschen Reiches auf Länder zu erweitern sei, die Brotkorn und sonstige, auch bei uns produzible, Bodenerzeugnisse spenden können, so würde die Freundschaft in bittre Feindschaft sich wandeln.

Für Oldenberg wie für die Weltmachtpolitiker wäre es ein „Ziel aufs innigste zu wünschen“, daß etwa Argentinien oder Canada oder sonstwelche große, Korn und Fleisch produzierende Staaten — so viel produzierende, daß dank ihrer Mitwirkung der ganze Bedarf Deutschlands gedeckt werden könnte — in Besitz oder wenigstens unter Kontrolle unserer Nation kämen. Dann würde, um mit P. Voigt zu reden, unser Volk „ruhig schlafen können“, da es dann „die Grundlagen seiner Existenz, den Boden, auf dem sein Getreide gebaut wird, und sein Vieh weidet, politisch beherrschte“, die „elementare Selbständigkeit“ (Oldenberg) bezüglich der unentbehrlichen Lebensmittel voll sich errungen hätte.

Den Agrariern dagegen könnte „nichts Fataleres passieren“, als wenn jener, wie oben gesagt, phantastische Traum in Erfüllung ginge, als wenn uns z. B. Jemand ganz Amerika oder Australien schenkte — sie würden's höflich sich verbitten, wenn man ihnen nicht für alle Zeit gewährleistete, daß die „nationale“ Arbeit der deutschen Landwirte des Mutterlandes durch ausreichende Zölle vor der Konkurrenz der „nationalen“ Arbeit der deutschen, oder wenigstens Deutschland „politisch angegliederten“ Landwirte in Übersee geschützt werden werde. —

Das Programm der „Selbständigkeitspolitik“, beruht, wie oben gesagt, auf zwei Behauptungen, die, so eng sie auch sich verschlingen, doch getrennt erörtert werden müssen; erstens (A) ist zu prüfen, ob dem Fabrikatenexport, zweitens (B) ob dem Lebensmittelimport der Industriestaaten ein dauernder Rückgang bevorstehe?

A. Der Fabrikatenexport.

Wir nehmen hier zunächst an (I), es sei gewiß, daß die Industrialisierung der Rohstoffstaaten von heute eine rückläufige Bewegung der Exportindustrie der Industriestaaten zur notwendigen Folge habe. Die Frage, ob diese Annahme richtig oder falsch, wird uns später (II) beschäftigen.

I. Selbst wenn die Behauptung: mehr nationale Industrie dort, weniger Exportindustrie hier, voll und ganz zuträfe, so wäre doch unsern „Selbstgenüglern“ keineswegs zugegeben, daß um dieser,

zu einem derzeit noch nicht bestimmbaren Termin drohenden Gefahr willen die Industriestaaten *jetzt schon* eine Politik planmäßigen Zurückschraubens des Außenhandels einleiten müßten.

Der Thatsache, daß während der letzten Jahrzehnte ihr Verkehr mit andern Völkern gewaltig zugenommen hat, danken England, Deutschland u. s. w. eine außerordentliche Steigerung der Produktivität ihrer nationalen Arbeit. Wenn der Umfang dieses Verkehrs auch nur durch Beseitigung des Lebensmittelimports, nur durch Aufhebung der „kosmopolitischen" Arbeitsteilung bezüglich der Kornproduktion, gemindert würde, so würde die Produktivität fallen, die nationale Dividende der Industriestaaten herabgehen. *Daß* dem so sein müßte, ist zweifellos[1]); nur über das *wie viel* kann man streiten.

Zugegeben, daß für künftig solches Herabgehen der nationalen Dividende als ein unvermeidliches *Fatum* drohe — als Folge des absolut gewissen Rückganges des Fabrikatenexports wie des Lebensmittelimports (wodurch die Industriestaaten gezwungen würden, das Korn, das sie jetzt billig vom Auslande beziehen, teurer im Inlande zu produzieren) — weshalb aber es heute schon heraufbeschwören, weshalb *willentlich* die wirtschaftliche Wohlfahrt der heutigen Generation unter das erreichbare Maximum herabdrücken?

Wenn man dem Individuum sagen würde: heute und für gewisse Zeit noch kannst du 3000 Mark, vielleicht auch mehr, verdienen; künftig aber wirst du nur noch 2000 Mark verdienen. Wähle nun — willst du die 3000 Mark weiter haben, solange es geht; oder willst du jetzt schon dein Einkommen verringert sehen auf 2000? Das Individuum, wenn es nicht ein ganz sonderbarer Kauz ist, wird sich für Ersteres entscheiden.

Warum sollte eine Nation, ein Industriestaat der Gegenwart, sich anders entscheiden? Verbleibt sie im weltwirtschaftlichen Nexus, so ist sicher, daß, *solange* dieser dauert, das Durchschnittsverdienst, das Durchschnittseinkommen ihrer Bürger höher steht, wie es stehen könnte, falls der Nexus loser würde. Es mag nicht weniger sicher

[1]) Vgl. unten zu B.

sein, daß dieser Nexus nicht ewig währen, daß er dereinst loser und loser werden wird und damit die nationale Dividende herabgehen. Weshalb aber sollte die heutige Generation eine Verkürzung des materiellen Genießens sich auferlegen, die sie vermeiden kann?

Solche asketische Politik ließe sich nur aus der Befürchtung rechtfertigen, daß die spätere Generation plötzlich durch die rückläufige Bewegung der Exportindustrie betroffen werden und dadurch überaus große Verluste erleiden könnte. Dann dürfte von den Lebenden gefordert werden, daß sie kleineres Übel auf sich nähmen, um den Nachkommen größeres Übel zu ersparen.

Jene Befürchtung ist aber nicht minder gegenstandslos, wie die des plötzlichen Versiegens des Brotkornimports.[1]) Die Vorwärtsbewegung der Rohstoffstaaten von heute auf der Linie gewerblichen Fortschrittes kann nur allmählich erfolgen. Und mögen sie, einer nach dem andern, der eine in rascherem, der andere in langsamerem Tempo sich industrialisieren, so werden andere Nationen, die derzeit als Fabrikatenkunden und Rohstofflieferanten noch keine Rolle auf dem Weltmarkt spielen, allmählich ihr Angebot an Lebensmitteln und Materialien[2]), und entsprechend ihre Nachfrage nach Fabrikaten steigern — werden die Rohstoffstaaten der Zukunft sein, deren Kundschaft die jener ersetzt.

In England, Deutschland, Frankreich, der Schweiz, Belgien — überall ist das Emporkommen der Gewerbe auf ihre jetzige Höhe das Ergebnis langjähriger, hinsichtlich mancher Gewerbe recht lahmer Entwickelung gewesen. Auch in den Rohstoffstaaten der Gegenwart — z. B. in Rußland, Ostasien, Argentinien, Australien — wird es nicht im Sturmschritt vor sich gehen.[3]) Industrien schießen nicht von heute auf morgen ins Kraut. Für jede neue Branche muß erst das Geld flüssig gemacht, müssen die personalen Kräfte geschult, Bauten und Betriebsanlagen hergerichtet werden; in aller

---

[1]) Vgl. darüber unten zu B.

[2]) Über die Möglichkeit des Mehrangebots von Lebensmitteln s. u.

[3]) Die Fabel, daß die industrielle Entwickelung in diesen Ländern sich bisher in überaus rascher Weise vollzogen habe, kann hier nicht widerlegt werden. Vgl. z. B. über Rußland meinen Artikel „die Theorie von den drei Weltreichen“ (Nation, 1900, Nr. 33).

Regel wird auch, wenn ein Land, das bisher Rohstoffe exportiert hat, sie selbst durch Verarbeitung im Inlande verwerten will, dessen Verkehrsnetz gemäß der neuen Situation umgearbeitet werden müssen.

Allerdings: Kapitalien, Unternehmer, Arbeiter, Maschinen u. s. w. kann man aus den Industriestaaten importieren. Wenn aber aus solchem „Selbstmord", solcher „Totengräberei" (Oldenberg) der Industriestaaten den Rohstoffstaaten neues gewerbliches Leben im Fluge erblühen könnte, so wäre ihnen der „zweite Arm" — nach dem bekannten List'schen Gleichnis — längst schon zugewachsen. Die „capitaux, qui ne connaissent ni roi ni patrie" (Quesnay) sind doch zu vorsichtig, um auf einmal in großen Massen das Risiko der Auswanderung zu wagen; Unternehmer und Arbeiter haften auch im „Zeitalter des Dampfes" ziemlich zähe an der Scholle — noch immer ist der Mensch „die am schwersten transportable Waare" (Ad. Smith); die Maschinen allein thun es nicht.

Gewiß — die industrielle Vegetation mag seitens der Rohstoffstaaten künstlich beschleunigt werden durch die Treibhauswärme, die das Schutzzollregime ausstrahlt. Jedoch sofern (a) die neuen Gewerbszweige ihre wirtschaftlichen Mittel aus dem Lande selbst gewinnen, immer mit der Wirkung, daß der Rohstoffproduktion — um im Gleichnis zu bleiben — so viel Finger, so viel sachliche und personale Kräfte verloren gehen, wie die Industrie an sich zieht. Förderung der Industrie heißt in diesem Falle Beeinträchtigung der Landwirtschaft und des Bergbaues, Verkürzung des Exports von Lebensmitteln und Materialien. Wird den Industriestaaten der Fabrikatenexport nach gewissen Rohstoffstaaten beschnitten, so nimmt gleichzeitig der Rohstoffimport aus diesen ab — d. h. die Schutzzollpolitik dieser zwingt jene, neue Absatzwege und Bezugsquellen in anderen Rohstoffstaaten zu suchen, denen derzeit noch an der Steigerung ihrer Rohstoffausfuhr mehr gelegen ist als an der Entfaltung der nationalen Industrie.

Gelingt dies, so bleibt, trotz der Beschleunigung der Industrialisierung gewisser Rohstoffstaaten durch das Schutzzollregime, die wirtschaftliche Lage der Industriestaaten die gleiche wie zuvor. Gelingt dies nicht, so müssen sie die nationale Rohstoff-

produktion emporschrauben, muß ein Teil der bisher in der Exportindustrie thätigen Kapitalien, Unternehmen, Arbeiter sich der Landwirtschaft und dem Bergbau zuwenden — eine Verschiebung, die „automatisch", unter dem Signal fallender Löhne und Profite in der Exportindustrie, steigender Rente in der Rohstoffproduktion sich vollzieht.

Sofern dagegen (b) die neuen, aus dem Samen des Protektionismus erzeugten Gewerbszweige der Rohstoffstaaten ihre wirtschaftlichen Mittel *aus den Industriestaaten* gewinnen, d. h. dadurch gewinnen, daß ihnen von dort Kapitalien u. s. w. zufließen, so tritt in den Industriestaaten gleichfalls eine Verschiebung ein — nur anderer Art. Auch in diesem Falle schrumpft die Exportindustrie ein; da aber die bisher in ihr thätigen Kapitalien u. s. w. sich zum Teile expatriiert haben, so können sie der nationalen Rohstoffproduktion sich *nicht* zuwenden. Deren Erweiterung ist jedoch in diesem Falle keine Notwendigkeit; denn um so viel als das bisher exportindustriell thätige Kapital und die bisher exportindustriell thätige Bevölkerung zufolge der Auswanderung zurückgeht, um so viel geht auch der *Bedarf* des Industriestaates, an Materialien und Lebensmitteln des Auslandes zurück.

Der Normalfall ist der, daß die jungen Manufakturen der Rohstoffstaaten ihre wirtschaftlichen Mittel teils aus inländischen, teils aus ausländischen Quellen nehmen. Ob nun die Industrialisierung gewisser Rohstoffstaaten so oder so sich vollziehe — immer (außer in dem Falle, daß *andere* Rohstoffstaaten an ihre Stelle treten, s. o. S. 60) ergiebt sich für die Industriestaaten eine fatale, die Produktivität ihrer nationalen Arbeit mindernde Metamorphose ihrer Volkswirtschaft. Da aber diese Metamorphose eintreten *muß* — da jede einzelne, erfolgreiche Schutzzollaktion, heute in diesem, morgen in jenem Rohstoffstaat, die Wirkung hat, *entweder* (Fall a) die Industriestaaten zu zwingen, die nationale Rohstoffproduktion zu erweitern, wozu das Freiwerden von Kapitalien u. s. w. in der Exportindustrie die Möglichkeit bietet; *oder* (Fall b) den Bedarf der Industriestaaten an Lebensmitteln und Materialien der Rohstoffstaaten zu mindern, so ist selbst dann, wenn die Industrialisierung gewisser Rohstoffstaaten durch den Hebel intensiven Zoll-

schutzes künstlich beschleunigt würde, die Gefahr, daß die rückläufige Bewegung des Fabrikatenexportes plötzlich eintrete — daß plötzlich der ganze Fabrikatenexport, oder auch nur eine überwiegende Quote, einschrumpfe eine überaus geringe.

Eine Störung des Erwerbslebens der Industriestaaten wird jede erfolgreiche Schutzzollaktion seitens der Rohstoffstaaten nach sich ziehen. Immer müssen dort Kapitalien und Arbeitskräfte neu sich gruppieren; ohne Verluste geht dies niemals ab. Aber die Notwendigkeit solcher Neugruppierung kann kein durchschlagendes Argument gegen den Außenhandel sein. Denn solche Neugruppierung muß auch aus vielen anderen Ursachen, die mit dem Außenhandel nichts zu thun haben, oft genug platzgreifen: zufolge Fortschritten der Technik, Umgestaltung der Verkehrs- und Siedelungsverhältnisse u. s. w. Überall — selbst im „geschlossenen Handelsstaate" — muß ein Teil der Kapitalien und Arbeitskräfte Ort und Art der Beschäftigung dann und wann wechseln; der Aufschwung der Industrie in den Rohstoffstaaten bedeutet nichts als eine Ursache mehr. Ob letztere Ursache größere Massen, und diese ruckweiser, in Bewegung und Erregung versetzen werde als z. B. die Entdeckung eines neuen Materials oder einer neuen Maschine u. s. w. ist allgemein nicht zu entscheiden. —

Daß ein Rohstoffstaat nach dem anderen eine chinesische Mauer gegen die Fabrikate der Industriestaaten aufführe und diese allmählich höher und höher geführt werde — dies kann sein. Dafür aber, daß jeweilig die Mauer nicht um allzu viel erhöht werde, und daß nicht alle Rohstoffstaaten zugleich darauf verfallen, das Ideal der „Unabhängigkeit vom Auslande" im Sturmschritt zu nehmen — dafür sorgen gewisse „Gegenkräfte". Vor allem: die Interessen der exportierenden Landwirte und Bergwerksbesitzer.

Die Herren Agrarier sind überall Geschäftsmänner[1]) — in Ostelbien wie im Westen Nordamerikas, in Rußland wie in den Laplatastaaten, in Südafrika wie in Australien. In korneinführenden Industriestaaten schwören sie auf Zollschutz, da dieser,

[1]) Oldenberg schreibt (S. 32): er sei an die Denkweise der Geschäftsmänner nicht gewöhnt. Vielleicht liegt es daran, daß er diese „Gegenkräfte" übersieht.

soweit er agrikole Produkte betrifft, ihnen Nutzen bringt. In kornausführenden Rohstoffstaaten scharen sie sich um die Fahne des Freihandels; denn der Zollschutz betreffs Fabrikate, welchen die Industriellen als die „nationale" Politik preisen, wird ja auf ihre Kosten betrieben. Als Konsumenten bezahlen sie die Fabrikate teurer, als Produzenten werden sie geschädigt einmal, insofern als ihnen die zollbegünstigten Gewerbe Kapitalien und Arbeitskräfte „vom Munde wegnehmen" (Oldenberg), und zweitens insofern als die Preise der agrikolen Produkte und damit die Grundrenten tiefer stehen, wie sie stehen würden, wenn Freihandel herrschte und demzufolge Agrarproduktion und Agrarexport höher stünden.[1])

Da die Landwirte „an der Rentabilität interessiert sind"[2]), so müssen sie in den Industriestaaten Gegner einer Exportpolitik zu Gunsten der Industrie sein: denn der Aufschwung der Fabrikation entzieht ihnen Kapitalien und Arbeitskräfte. In den Rohstoffstaaten müssen sie, aus gleichem Grunde, Gegner einer Importpolitik zu Gunsten der Industrie sein; hier lassen sie wohl, solange das zollsüchtige Fabrikinteresse nicht zu weitgehende Forderungen stellt, mit sich reden. Überschreitet es aber eine gewisse Grenze, so „hört die Gemütlichkeit auf": unter jenem oder diesem Titel bildet sich der „Bund der Landwirte", der für das agrarische Interesse an Förderung des Exports — und damit Hebung der Preise und der Grundrenten — gegen das Fabrikinteresse an Hemmung des Imports zu Felde zieht. Auch deshalb ist die „Plötzlichkeit" der Wandlung der Handelskonjunktur, ist ein plötzlicher Rückgang des Fabrikatenexportes der Industriestaaten ein Phantom.

---

[1]) Es tritt, wenn in einem Rohstoffstaate kraft Eingreifens des Zollschutzes eine Erweiterung der Industrie erfolgt, das Umgekehrte des Falles ein, dessen Oldenberg (S. 20, 44) erwähnt.

Die bisher für den Stand der Preise und der Grundrenten maßgebend gewesenen, mindestproduktiven, zu höchsten Produktionskosten bestellten Böden kommen außer Anbau; denn ihnen werden natürlich die Kapitalien und Arbeitskräfte, die der Fabrikatenschutz der Landwirtschaft abwendig macht, entzogen. Bezüglich: die Inanbaunahme noch minder produktiver Böden, die erfolgt wäre, wenn Fabrikatenimport und Agrarexport weiter gestiegen wären, unterbleibt.

In jedem Falle werden Preise und Grundrenten in die dem „landed interest" entgegengesetzte Bewegung gedrängt. —

[2]) Oldenberg, S. 44.

Man könnte vielleicht fragen: woher kommt es denn aber, daß die nordamerikanischen, die russischen u. s. w. Agrarier so lange Zeit hindurch der industriellen Hochschutzzollpolitik nicht nur ruhig zugeschaut, sondern sie sogar unterstützt haben — weshalb die „Gemütlichkeit" der doch weit überwiegenden agrarischen Majorität hier so lange Zeit hindurch gedauert habe?

Der Gründe sind viele, und hier sind es die, dort jene. Bei diesem Thema länger zu verweilen, geht nicht an; nur auf die vornehmste Ursache dieses Phänomens möchte ich hinweisen.

Ist das Erwerbsinteresse der Landwirte der Rohstoffstaaten dem Fabrikatzollsystem feindlich, so hat dieses dagegen ihr Steuerinteresse für sich. Dank der Einnahmen, welche Staaten wie die genannten aus den Zöllen machen, kommen die Agrarier um die andernfalls drohende, ihnen fatale Notwendigkeit, mit höheren Grund- oder Einkommensteuern belastet zu werden, herum. Verbrauchssteuern in Zollform zu zahlen ist ihnen, besonders den führenden Landmagnaten, bequemer als einer rigorosen Besitzbesteuerung zu unterliegen.

Ist es in den Industriestaaten, z. B. in Deutschland, das Erwerbsinteresse, welches die Koalition der Großagrarier und gewisser Großindustriellen behufs Schutzzollpolitik geknüpft hat, so ist es in den Rohstoffstaaten das Steuerinteresse.

Wie aber für die Koalition, die das Erwerbsinteresse, so kommt auch für die Koalition, die das Steuerinteresse geknüpft, ein Tag, da sie brüchig wird und schließlich bricht — eine Zeit, da in den Industriestaaten die Industriellen begreifen, daß dem Erwerbsinteresse ihrer Mehrheit eine Freihandelspolitik besser dient, in den Rohstoffstaaten die Agrarier einsehen, daß sie besser fahren, wenn sie, auch um den Preis einer Schädigung ihres Steuerinteresses, wider den Industrieschutz Front machen. —

So sicher es ist, daß die Rohstoffstaaten von heute sich industrialisieren werden, so sicher ist andererseits, daß die Metamorphose, die demzufolge in den Industriestaaten von heute eintreten wird nicht wie ein Blitz aus heiterm Himmel oder ein „elektrischer Schlag", auch nicht in dem Tempo der „Siebenmeilenstiefel"[1]) heraneilen kann. Wenn überhaupt, so wird nur allmählich, im Verlaufe von Jahrzehnten, der Fabrikatenexport einschrumpfen wie pari passu, gleichen langsamen Schrittes, der Rohstoffimport. Und ebenso allmählich wird in den Industriestaaten das Wachstum der Rohstoff-

[1]) Oldenberg, S. 19.

produktion und der „nationalen“, für den inneren Markt arbeitenden Industrie vor sich gehen. Wer behauptet, daß die Faktoren, welche auf Industrialisierung der Rohstoffstaaten hinwirken, „sich ihrer Natur nach gegenseitig zu beschleunigtem Tempo steigern“[1]), der sieht nur die eine Gruppe der Faktoren, übersieht, daß die Wirtschaftspolitik der Rohstoffstaaten auch bestimmt wird durch Faktoren, die „ihrer Natur nach“ auf Aufrechterhaltung und Erweiterung des Rohstoffexports und Fabrikatenimports hinwirken, eine Verlangsamung des Tempos erzwingen.

Und weil dem so ist, weil die rückläufige Bewegung des Fabrikatenexports nur allmählich eintreten kann, liegt für die Industriestaaten kein Grund vor, den „Umbau“ im autarkischen Stile schon jetzt zu beginnen. Dieser Umbau würde, wenn man ihn z. B. kraft wesentlicher Erhöhung der Agrarzölle anbahnen wollte, eine rückläufige Bewegung auslösen, die vermutlich plötzlicher sich vollzöge, als die, welche beim „Fortwursteln“ (Oldenberg) eintreten könnte.

Zur Zeit liegt für die Industriestaaten um so weniger Anlaß zu einer Politik der „Nationalisierung“ vor, als für die nächste Zukunft ein Zurücklenken mancher Länder in das Geleise liberalerer Handelspolitik wahrscheinlicher ist, wie ein weiteres Umsichgreifen der Schutzzollepidemie — wahrscheinlicher ist, daß der Fabrikatexport der Industriestaaten zunehme, wie daß er einschrumpfe.[2])

Daß unsere „Exportpessimisten“ sich dieser Prognose anschließen werden, wage ich allerdings kaum zu hoffen. Aber selbst wenn es der Fall sein sollte, wenn sie zugäben, daß ihre Kassandrarufe über die künftig immer schroffere Absperrung der ausschlaggebenden Kundenvölker Westeuropas ohne hinreichende Würdigung der „Gegenkräfte“ ergangen seien, würden sie mir zweifellos erwidern, daß meine Prognose sie keineswegs zu beruhigen vermöge. Wenn auch für die nächste Zukunft, während einiger Jahrzehnte vielleicht, der Fabrikatenexport der Industriestaaten wachsen sollte statt zu fallen, so handle es sich doch nur um eine Galgenfrist, nach deren Ablaufe der dauernde Rückgang schließlich doch

[1]) Oldenberg, S. 32.

[2]) Vgl. H. Dietzel, die Theorie von den drei Weltreichen. 1900.

erfolgen müsse; der Termin könne wohl verschoben, nicht aufgehoben werden. Gleichviel ob die Rohstoffstaaten von heute demnächst eine agrarisch-freihändlerische oder industriell-schutzzöllnerische Politik trieben — ihre Industrialisierung sei nur eine Frage der Zeit; und wenn diese Zeit reif sei, werde die Uhr des Fabrikatenexports Westeuropas abgelaufen sein.

II. Selbst wenn, wie bisher angenommen, die Behauptung, daß Industrialisierung der Rohstoffstaaten Einschwinden des Exports der Industriestaaten bedeute, voll und ganz zuträfe, dürfte Westeuropa solcher Rückbildung seiner Volkswirtschaft, da sie nur allmählich vor sich gehen würde, gelassen entgegensehen — wäre es Thorheit, wollten Deutschland u. s. w. schon jetzt den Kurs „eigenwirtschaftlicher Unabhängigkeit" steuern, ungefähr gleiche Thorheit wie aus Furcht vor dem Tode Selbstmord zu verüben.

In Wahrheit ist aber jene Behauptung — sofern sie ihren Inhalt als gewiß, nicht bloß als möglich setzt — überaus anfechtbar. Sie beruht auf einem Irrtum, einem allerdings historisch ehrwürdigen Irrtum; denn er gehört zu denen, welche das socialökonomische Denken als eine der Eierschalen seines Ursprunges in der Zeit der „Handelseifersucht" bis heute mit sich fortschleppt.

Quicquid alicubi adjicitur, alibi detrahitur (Baco); ein Volk kann an Reichtum nur gewinnen, wenn, und nur so viel gewinnen, wie ein anderes verliert. Im Bann dieser Anschauung stand die überwiegende Mehrzahl der Staatsmänner und Publizisten der merkantilistischen Ära. Voll grimmigen Neides blickte jede Nation auf die aufstrebenden Nachbarn, suchte die industrielle Entwickelung der Länder, die ihr bisher Absatzgebiete gewesen waren — gleichviel ob fremde Staaten oder eigene Kolonien —, um jeden Preis niederzuhalten, z. B. dadurch daß sie der Ausfuhr von Kapitalien, Arbeitskräften, Maschinen wehrte.

Es war eine der geistigen Großthaten des jungen Liberalismus (D. Hume, Ad. Smith), daß er die theoretische Basis dieser Politik der „Handelseifersucht" zerstörte — daß er die Doktrin von der absoluten Disharmonie der wirtschaftlichen Interessen der Völker verneinte.

„Im Verhältnis, wie die Bewohner eines Landes wohlhabender

und geschickter werden" — heißt es bei Hume — „steigern sich ihre Bedürfnisse; je mehr sie selbst produzieren, je größer die Menge austauschfähiger Dinge, die sie hervorbringen, desto mehr können und werden sie von den Bewohnern anderer Länder kaufen, desto bessere, kauffähigere Kunden für diese werden. ... Die nationale Industrie eines Volkes kann selbst durch den größten Wohlstand seiner Nachbarn keinen Schaden nehmen. ... Falls freier Verkehr zwischen ihnen besteht, wird die nationale Industrie einer jeden Nation durch die zunehmende Kultur aller anderen eine Steigerung erfahren."

„Freimütig will ich gestehen" — so schließt der berühmte Essay über die „Handelseifersucht" —, „daß ich nicht nur als Mensch, sondern auch als Engländer den wirtschaftlichen Fortschritt Deutschlands, Spaniens, Italiens, und selbst Frankreichs" — des Feindes — „wünschte; England wie alle übrigen Nationen würden blühender sein."[1])

Wenden wir diese Sätze auf die Doktrin von der „rückläufigen Bewegung" an, deren theoretische Basis genau die gleiche ist wie die der Politik der „Handelseifersucht".

Wenn die Rohstoffstaaten von heute künftig industriell emporkommen — wenn sie gewisse Fabrikate, die sie jetzt schon produzieren, und andere Fabrikate, die sie heute noch nicht produzieren, so billig zu erzeugen lernen werden, daß bezüglich jener wie dieser die Konkurrenzfähigkeit der Industriestaaten aufhört, so muß natürlich in den betreffenden Exportindustrien Westeuropas eine rückläufige Bewegung sich einstellen, welche für die Kapitalisten, Unternehmer, Arbeiter, die in ihnen thätig waren, fatal ist. Nicht aber muß die „Exportindustrie" Westeuropas als ganze zusammenschrumpfen. Ist auch das Rentabilitätsinteresse gewisser Berufsgruppen durch das Emporkommen der „Industrie" in den Rohstoffstaaten bedroht, so dagegen nicht — wenigstens nicht notwendigerweise — das Produktivitätsinteresse der Völker. Im Gegenteil: es kann sein, daß neue, die Produktivität der nationalen Arbeit hier wie dort steigernde Beziehungen des Verkehrs, neue

[1]) David Hume's Politische Versuche. Deutsche Übersetzung von 1800; S. 144—152.

Formen der Arbeitsteilung zwischen den einstigen Rohstoffstaaten und den Industriestaaten sich bilden. Nur eine *Verschiebung* innerhalb der „Exportindustrie“ der letzteren muß eintreten. Daß ein Rückgang eintreten werde, ist nichts weniger als gewiß.

In generalibus latet error: der Grundfehler der Doktrin von der „rückläufigen Bewegung“ liegt darin, daß sie mit dem allgemeinen Begriffe „Exportindustrie“, bez. „Industrie“ operiert. Ein Plus an *gewissen* Industrien in den Rohstoffstaaten wird ein Minus an gewissen Exportindustrien in den Industriestaaten zum Korrelat haben — aber Wachstum der „Industrie“ dort verträgt sich durchaus nicht nur mit Aufrechterhaltung, sondern sogar mit Wachstum der „Exportindustrie“ hier.

Wie oft ist während unseres Jahrhunderts, in Wiederholung jenes merkantilistischen Irrtums, die Exportindustrie schon totgesagt worden!

So, bald nach Gründung des deutschen Zollvereins, die britische. Wenn, so meinte man damals[1]) in Deutschland — dem Agrarstaat mit niedrigen Preisen der Lebensmittel und Rohstoffe, niedrigen Arbeitslöhnen und doch verhältnismäßig hohen Arbeitsleistungen seiner fleißigen und gewerblich wohlgeschulten Bewohner — wenn hier die bereits hie und da mit der britischen konkurrierende Fabrikation noch weiter sich entfalte, so sei der industrielle Primat Englands gefährdet.

Im Jahre 1845 schrieb F. *Engels*:

„Die *deutsche* Industrie macht jetzt große Anstrengungen, die *amerikanische* hat sich mit Riesenschritten entwickelt. Amerika mit seinen unerschöpflichen Hilfsmitteln ... hat in weniger als zehn Jahren eine Industrie geschaffen, welche in gröberen Baumwollwaren, dem *Hauptartikel* der englischen Industrie, schon jetzt mit England konkurriert, die Engländer aus dem nord- und südamerikanischen Markt verdrängt hat(!), und in China neben der englischen verkauft wird. In anderen Industriezweigen geht es ebenso ... Wird auf diese Weise die *englische Industrie geschlagen*, wie dies *in den nächsten zwanzig Jahren*, wenn die jetzigen socialen

[1]) Vgl. z. B. J. Bowring, a. a. O.

Zustände bleiben, wohl nicht anders geschehen kann, so ... hat die Majorität des Proletariats (Englands) keine andere Wahl als zu verhungern oder — zu revolutionieren."

„Denkt die englische Bourgeoisie an diese Chance? Im Gegenteil! Ihr liebster Ökonom, Mac Culloch, doziert ihr aus der Studierstube heraus: es ist gar nicht daran zu denken, daß ein so junges Land wie Amerika, das noch gar nicht ordentlich bevölkert ist, mit Erfolg Industrie treiben oder gar gegen ein altes industrielles Land, wie England, konkurrieren könne. Es wäre wahnsinnig von den Amerikanern, wenn sie das versuchen wollten, denn sie könnten nur Geld dabei verlieren; laßt sie hübsch beim Ackerbau bleiben, und wenn sie erst das ganze Land bebaut haben, dann wird die Zeit auch wohl kommen, wo sie mit Vorteil Industrie treiben können. Und das sagt der weise Ökonom und die ganze Bourgeoisie betet's nach, während die Amerikaner einen Markt nach dem andern wegnehmen".[1])

Bald darauf entdeckte ein „Genosse" diesseits des Kanals den hippokratischen Zug im Antlitze der Exportindustrie Frankreichs: „le marché se fermera demain", rief 1848 Ledru-Rollin.[2])

Statt dessen erfolgte ein Aufschwung des Außenhandels, wie ihn selbst die größten Optimisten Ende der vierziger Jahre nicht geahnt hatten. Die deutsche Industrie blühte empor, mit ihr die belgische, die schweizerische. Aber weder der englische noch der französische Fabrikatenexport ging zurück. Die englische Gesamtausfuhr hob sich vielmehr von 50 Mill. £ (1840) auf 223 Mill. £ (1880), die französische von 1200 Mill. Frcs. (1846/57) auf 3468 Mill. Frcs. (1880).[3])

Anfang der achtziger Jahre trat für den englischen Export eine Periode ein, in der er eine kleine Abschwächung gegen die von

---

[1]) F. Engels, Lage der arbeitenden Klassen in England. 1845, S. 297 der 2. Ausg. v. 1892.

[2]) J. d. Econ. 1898. III, S. 383/4. — Vgl. Ledru-Rollin, De la décadence de l'Angleterre (1850). Bd. IV.

[3]) Vgl. die Übersichten der Ausfuhrbewegung der Hauptländer bei Tuch, Schutzzoll und deutsche Waarenausfuhr, 1883, S. 2. 8.

1879/83 zeigte.[1]) Unter dem Drucke dieſer — wie ſich bald ergab, nur temporären — Depreſſion äußerte J. Palgrave (1883): die Tage großer Geſchäftsprofite ſeien vorüber; die Weiterentwickelung verſchiedener großer Induſtriezweige ſtocke; man könne faſt ſagen, daß England im Begriffe ſei, in einen nicht länger fortſchreitenden Zuſtand überzugehen.[2])

Auf dies Zeugnis ſich berufend, orakelte nun wiederum F. Engels (1885): „neue Märkte werden immer ſeltener; ſo ſehr, daß ſelbſt den Negern am Kongo die Civiliſation aufgezwungen werden ſoll, die aus den Kattunen von Mancheſter, den Töpferwaren von Staffordſhire, den Metallartikeln von Birmingham fließt. Was wird die Folge ſein, wenn kontinentale und beſonders amerikaniſche Waren in ſtets wachſender Maſſe hervorſtrömen, wenn der jetzt noch den engliſchen Fabriken zufallende Löwenanteil an der Verſorgung der Welt von Jahr zu Jahr zuſammenſchrumpft? Antworte, Freihandel, du Univerſalmittel!“

Und wiederum, unbekümmert um den gänzlichen Fehlſchlag ſeines früheren Orakels von 1845, beantwortete ſich F. Engels die Frage mit der früheren tragiſchen Alternative: verhungern oder revolutionieren. „Entweder die Nation geht in Stücke, oder die kapitaliſtiſche Produktion“.[3])

Als er einige Jahre ſpäter (1892) auf das Thema zurückkam, hielt er es für angebracht, auf jenes Dementi, das ſeinem Exportpeſſimismus durch die Thatſachen zu teil geworden war, hinzuweiſen. Jedoch — ſchrieb er — „das Wunderbare ſei nicht, daß ſo viele der Prophezeiungen (von 1845) fehlgingen, ſondern daß ſo viele eingetroffen ſind“. Nur eine führte er allerdings an — nämlich die, daß „die kritiſche Lage der engliſchen Induſtrie, infolge kontinentaler und amerikaniſcher Konkurrenz, die ich damals (1845)

---

[1]) Vgl. die Ziffern bei R. v. d. Borght, der angebliche Stillſtand des engliſchen Exports (Wolf's Zeitſchrift für Socialwiſſenſchaft, 1899, S. 420).

[2]) Aus J. Palgrave's Rede in der Verſammlung der „British Association“ zu Southport (1883); citiert nach Engels, a. a. O., S. XXII.

[3]) Engels, a. a. O., S. XXI, XXII.

in einer allerdings viel zu nahen Zukunft voraussah, seitdem wirklich eingetreten ist".

Im Jahre 1892, aus welchem diese Sätze Engels' stammen, befand sich allerdings wieder einmal die englische Industrie im Zustande der Depression; aber nicht zufolge der fremden Konkurrenz, sondern der Überspannung während der Jahre 1889/1891. Auch bis heute ist die „kritische Lage" noch nicht „wirklich eingetreten". Sie lebt nach wie vor nur in der Phantasie der Pessimisten und wird planmäßig vorgespiegelt seitens der englischen Schutzzöllner.

Weder durch die kontinentale, noch durch die amerikanische Industrie ist bisher die englische Industrie „geschlagen"[1]); jene haben sich nur mit dieser in ein außerordentlich erweitertes Arbeits- und Erwerbsfeld geteilt. Nicht der „wissenschaftliche Socialist", sondern der von ihm verspottete, „weise Ökonom" Mac Culloch hat recht behalten: erst nachdem die Bevölkerung der Vereinigten Staaten „ordentlich" gewachsen, nachdem zwar nicht das „ganze Land", aber eine große Quote des fruchtbaren und durch Eisenbahnen und Kanäle erschlossenen Landes bebaut war, haben die Amerikaner begonnen „mit Erfolg Industrie zu treiben". Aber bis heute kann noch nicht davon die Rede sein, daß „die Amerikaner einen Markt nach dem andern wegnehmen" — noch immer bleibt ihre Mehrzahl „hübsch beim Ackerbau", überwiegt ihre Rohstoff- ihre Fabrikatenausfuhr.

Kontinentale und amerikanische Waren strömten, wie nach 1845, so nach 1885 und nach 1892 „in stets wachsender Menge hervor". Die Industrialisierung in den Rohstoffstaaten schritt vorwärts — nicht minder jedoch die Exportindustrie der Industriestaaten, statt „von Jahr zu Jahr einzuschrumpfen".

Zur Abwechselung war es 1895 einmal ein Anarchist — Kropotkine —, der den Bankrott Englands u. s. w. wegen Mangels an Absatzwegen verkündete.[2]) E tutti quanti — ihre Reihe ließe sich mit Leichtigkeit verlängern. Die trübe Melodie, die heute bei uns aus dem Lager derer erklingt, die allein die

---

[1]) Vgl. R. v. d. Borght, a. a. O.

[2]) J. d. Econ. 1895, XI. S. 213.

„nationale“ Wirtschaftspolitik zu vertreten glauben, ist vor ihnen schon manches Mal, seit Jahrzehnten, gepfiffen worden — vor allem von den „Internationalen“ jeder Schattierung.

Oldenberg klagt — am Schlusse seiner Broschüre (S. 45) — darüber, daß die deutsche Socialdemokratie von der nationalen Wirtschaftspolitik, der „eigenwirtschaftlichen Unabhängigkeitspolitik“, nichts wissen wolle, die doch dem Interesse des vierten Standes keineswegs zuwiderlaufe. Die Arbeiterpartei stehe eben „in der Regel unter dem Banne rückständiger, d. h. alternder Kulturströmungen“; die „ausgelassene Fortschrittsfreudigkeit aus den enthusiastischen Flegeljahren des industriellen Fortschrittes“ sei für sie „noch heute ein eisernes Dogma“.

Die Socialdemokratie lehnt allerdings die „Nationalisierung“ der Volkswirtschaft mit dem Effekt der Korn- und Brotverteuerung strikte ab — mit vollem Rechte. „Ausgelassene Fortschrittsfreudigkeit“ aber kann man, wenigstens was die Exportfrage, das Problem der Entwickelung zum Industriestaat, betrifft, ihren Hauptführern nicht zum Vorwurf machen. Sie waren, und sind zum Teil noch, Pessimisten strengster Observanz. Fast wörtlich decken sich gewisse Ausführungen Engels' mit Sätzen Oldenbergs.

„Die kapitalistische Produktion kann nicht stabil bleiben, sie muß wachsen und sich ausdehnen, oder sie muß sterben ... Ihre Lebensbedingung ist die Notwendigkeit fortwährender Ausdehnung, und diese fortwährende Ausdehnung wird jetzt unmöglich. Die kapitalistische Produktion läuft aus in eine Sackgasse“. So Engels (a. a. O., S. XXII). Man vergleiche damit, was Oldenberg in seinem Vortrage über das „Verwertungsbedürfnis“ des Kapitals, über den Trieb, die Exportindustrie „ins Ungemessene wachsen“ zu lassen, sagt (S. 7, 13); in seinem Artikel gegen Sombart (Sociale Praxis, 1899, S. 746) heißt es: ein Teil der Nationalökonomen, d. h. derjenige zu welchem er zählt, sehe in der Entwickelungsbahn, die zum Industriestaat führe, eine „Sackgasse“.

Und wie Engels prophezeit: „entweder die Nation geht in Stücke, oder die kapitalistische Produktion“, wenn Englands Anteil an der Versorgung des Weltmarktes mit Fabrikaten künftig mehr und mehr sinkt (S. XXII), so prophezeiht Oldenberg für Deutschland: wenn unsere Volkswirtschaft „ihre eigene Grundlage verliert“, mehr und mehr sich stützt auf die „Pfeiler des auswärtigen Handels“, so wird, falls „diese Pfeiler eines Tages weggezogen werden“, falls die Absatzgebiete Deutschlands sich von dessen Fabrikaten emanzipieren, es „einen Zusammenbruch geben, der nach aller Voraussicht das Ende der Nation

wäre“ — und deshalb müsse eben rechtzeitig mit der „kapitalistischen Produktion“ gebrochen werden. Der Unterschied ist nur der, daß Oldenberg bloß die Herrschaft des industriellen Kapitals „in Stücke gehen“ lassen möchte, Engels die Herrschaft des Kapitals überhaupt. —

Beiläufig bemerkt: wie in der Beurteilung der Zukunft, so kommen Beide auch in der Beurteilung eines, der Vergangenheit angehörenden, handelspolitisch epochemachenden Faktums überein — und irren Beide.[1])

Engels schreibt: „die Freihandelstheorie (der Cobden u. s. w.) hatte zum Grund die eine Annahme, daß England das einzige große Industriezentrum einer ackerbauenden Welt werden sollte, und die Thatsachen haben diese Annahme vollständig Lügen gestraft“. Die übrigen Länder „fingen an zu fabrizieren, nicht nur für sich selbst, sondern auch für die übrige Welt, und die Folge ist, daß das Industriemonopol, das England beinahe ein Jahrhundert lang besessen hat, jetzt (1885) unwiederbringlich verloren ist“ (S. XXI).

Und Oldenberg: England, das als der zeitlich erste Industriestaat „die relativ günstigste Position hatte, hat die Thatsache keineswegs vorausgesehen, daß es Konkurrenten auf dem Weltmarkte bekommen würde. Vielmehr, als England in den vierziger Jahren mit Bewußtsein“ — dank der Freihandelstheorie — „den entscheidenden Schritt zum Industriestaat machte, da glaubte es, daß kein anderer Staat ihm auf diese Bahn folgen würde — soweit der Geschäftsmann überhaupt über dergleichen Zukunftsfragen ernsthaft nachzudenken im stande ist. Die Thatsachen haben inzwischen entschieden“ (S. 15).

Die Behauptung, daß die Vertreter der Freihandelstheorie in den vierziger Jahren geglaubt haben, daß der Freihandel das Fortbestehen des „Industriemonopols“ gewährleiste, trifft keineswegs zu.

Die Sachlage war folgende: das Industriemonopol — welches bisher schon gegen Frankreich hatte verteidigt werden müssen — erschien in den dreißiger Jahren durch das rasche Wachstum des Wettbewerbes Deutschlands arg bedroht[2]), die weitere Entfaltung des englischen Exports aufs schwerste gehemmt durch das Bleigewicht, das in Form von Zöllen auf Korn, auf Materialien, auf Halbfabrikate an der englischen Industrie hing.

Zu verhüten, daß die englische Industrie ins Hintertreffen gerate, daß Deutschland u. s. w. ihr vorkämen — es

[1]) Den Irrtum teilen übrigens auch viele andere nicht-socialdemokratische Schriftsteller Deutschlands.

[2]) Vgl. oben S. 68.

zu verhüten durch die Beseitigung jenes Bleigewichts, war die sichere Hoffnung der Cobden u. s. w. Um zu meinen, daß „kein anderer Staat England auf die Bahn zum Industriestaat folgen würde", waren die Führer der Anticornlaw-Liga viel zu gute „Geschäftsmänner"; sie wußten sehr wohl, daß die Industrialisierung anderer Nationen nur eine Frage der Zeit sei, fürchteten aber diese Entwickelung nicht, da sie jener Doktrin Humes huldigten. Daß England durch den Freihandel sich das „Industriemonopol" für alle Ewigkeit zu sichern vermöge — das haben wohl einige, aber nur solche „Geschäftsmänner" geglaubt, wie Oldenberg sie sich vorzustellen beliebt. —

Oft genug schon haben warnende Finger das Mene Tekel an die Wand des westeuropäischen Industriepalastes geschrieben — er steht aber noch immer. Die neuesten Seher haben ihre Widerlegung durch die Ziffern der Exportstatistik noch nicht erhalten können; den Vorfahren — aus den dreißiger, vierziger, achtziger Jahren (s. o.) — ist sie bereits zu teil geworden.

Die Industrialisierung der Rohstoffstaaten von einst ist weiter und weiter vorgeschritten. Aber nicht in den „Congonegern" Engels' oder den „Antipoden" Oldenbergs[1]) haben die alten Industriestaaten die Ersatzmänner der ihnen durch jene Entwickelung verloren gegangenen Abnehmer gewisser Fabrikate sich suchen müssen — sie haben sie vielmehr, großenteils, gefunden in den kaufkräftiger gewordenen Konsumenten der Völker, deren gewerbliches Emporkommen man in England und Frankreich einst fürchten zu müssen wähnte, — Deutschlands, Belgiens, der Schweiz. Die neuen Industriestaaten sind den alten Industriestaaten bessere Kunden geworden, als jene einst als Rohstoffstaaten waren. Eine gewaltige Quote des Gesamthandels in industriellen Produkten bewegt sich zwischen alten und neuen Industriestaaten, und zwischen diesen und dem „Agrikultur-Manufakturstaat" Nordamerika, den zu hindern, daß er „auch nur einen Nagel" selbst fabriziere, zur Zeit der Handelseifersucht das eifrigste Bestreben des Mutterlandes gewesen war.

Der Fortschritt der gewerblichen Expansion der Rohstoffstaaten hat bisher für keinen Industriestaat einen dauernden Rückgang des Fabrikatenexports zur Folge gehabt — wenn der fran-

---

[1]) Vgl. Oldenberg, S. 11.

zösische seit Anfang der neunziger Jahre lahm geht, so liegt die Schuld nicht am Emporkommen der Fabrikation in anderen Ländern, sondern am System Méline, das mit seinen Hochschutzzöllen den Import minderte, und zugleich, wie notwendig, den Export.

Die rückläufige Bewegung der „Exportindustrie" Westeuropas ist ausgeblieben; es hat sich an ihr das alte Sprichwort bewahrheitet, daß wer fälschlich totgesagt wird, recht lange lebt. Nur eine *Verschiebung* innerhalb der Exportindustrie ist eingetreten; heute gelangen vielfach andere *Arten* von Fabrikaten, bezüglich andere *Sorten* der gleichen Fabrikart — andere „Nummern", Qualitäten — zum Export als früher.

Gewisse Exportindustrien haben dadurch, daß die bisherigen Kunden die Fabrikation selbst in die Hand nahmen und den Weltmarkt betraten, Einbußen erlitten; so z. B. die englische Drahtstiftindustrie durch die Entwickelung der deutschen, die englische Maschinenindustrie — besonders die Industrie landwirtschaftlicher Maschinen — durch die Entwickelung der nordamerikanischen, die englische Garnindustrie, in gewissen „Nummern", durch die Entwickelung der deutschen, schweizer u. s. w. Dafür haben andere einen Zuwachs erfahren und sind zahlreiche neue erblüht.[1]) Für die alten Industriestaaten hat die Industrialisierung gewisser Rohstoffstaaten keinen Bruch des Verkehrs, kein Aufhören der Arbeitsteilung mit diesen nach sich gezogen. Der Verkehr ist gestiegen, die Arbeitsteilung hat sich nur gewandelt, hat sich vervollkommnet durch immer exaktere Anpassung der Exportindustrie an die den Ländern spezifischen, verschiedenen Produktionsbedingungen, an ihre nationalwirtschaftliche Individualität.

Deutschland, Belgien, die Schweiz sind Industriestaaten geworden, wie Frankreich und England; Nordamerika schickt sich an, einer zu werden. Aber sie betreiben *andere* Exportindustrien wie Frankreich und England. Nicht vernichtende Konkurrenzierung, sondern heilsame Differenzierung der Nationen, nicht dauernder Rückgang, sondern ständiger Aufstieg des Außenhandels ist die Folge des Umsichgreifens der Industrialisierung gewesen.

---

[1]) Vgl. das Citat oben (S. 46).

Die Thatsache, daß die Industriestaaten sich gegenseitig die besten Kunden sind, daß sie, durch segensreiche Arbeitsteilung miteinander verknüpft, nicht minder kooperieren wie konkurrieren, ist mit großem Nachdrucke von E. Nasse hervorgehoben worden.[1])

Neuerdings von M. Weber.[2]) Und, noch schärfer zugespitzt, von G. v. Schulze-Gävernitz[3]): man könne sagen, daß „die Aufnahmefähigkeit eines Landes an fremden Industriewaren pro Kopf mit dem gewerblichen Charakter eines Landes in nahezu geradem Verhältnis stehe".[3])

Ferner sei verwiesen auf die bündige Widerlegung, welche Arndt[4]) der „naiven Anschauung" hat zu teil werden lassen, als ob „ein Industriestaat gar keine, oder nur wenige Industriewaren vom Auslande beziehe, ... alle Industriestaaten gezwungen seien, ihre Produkte fernen, unentwickelten Ländern anzubieten".

Es betrug (1896) die Ausfuhr Deutschlands nach Rußland, Österreich-Ungarn, den Balkanstaaten: 24,3 % der Gesamtausfuhr; nach den übrigen europäischen Staaten: 53,1 % (nach den Industriestaaten England, Frankreich, Schweiz, Belgien und Holland: 42 %). Nach europäischen Staaten exportierte also Deutschland 77,4 % des Totale. Von dem Reste von 22,6 % „ging fast die Hälfte — 10,2 % — nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Somit erhielten die gesamten übrigen außereuropäischen Länder nur 12,4 %."

Belgien und die Schweiz zusammen kaufen ungefähr gleich viel wie das industriell weit weniger entwickelte Österreich-Ungarn; Frankreichs Kundschaft ist von nahezu derselben Bedeutung wie die des ganzen „lateinischen" Amerika; Dänemark und Schweden-Norwegen nehmen uns mehr ab als alle britischen und niederländischen Kolonien.[5])

Frankreichs Gesamtausfuhr wertete (1896) 3401 Mill. Frcs. Davon ging nach Großbritannien für 1031, nach Belgien für 501, nach Deutschland für 340, nach der Schweiz für 180 Mill. Frcs.

---

[1]) E. Nasse in Conrads Jahrbüchern, N. F. Bd. IV und VI, besonders Bd. VI, S. 395 ff.

Er erläuterte diese Thatsache an dem deutsch-englischen Verkehr. Seit der Zeit — Anfang der achtziger Jahre — da diese ausgezeichneten Artikel, wahre Perlen unserer handelspolitischen Litteratur, erschienen, ist die wirtschaftliche Verflechtung der beiden führenden Industriestaaten eine noch weit innigere geworden.

[2]) In der dem Vortrage Oldenbergs folgenden Debatte: vgl. Verhandlungen des evangelisch-socialen Kongresses, 1897, S. 107.

[3]) Nation, 1898, S. 329.

[4]) Arndt, a. a. O., S. 23 ff.

[5]) Vgl. aber unten S. 78.

— d. h. nach den Industriestaaten Westeuropas etwa 60 % des Totale.[1])

Was England betrifft, so führte z. B. Dilke, in seiner Londoner Rede vom November 1897, gegen das Programm, daß das Mutterland den Kolonien kommerzielle Vorteile einräumen solle, den Umstand ins Feld, daß der britische Handel mit den Kolonien nur $^1/_4$ des Gesamthandels ausmache. Als Chamberlain zu Gunsten seiner imperialistischen Politik die „verblüffende Thatsache" geltend gemacht hatte, daß „die nordamerikanischen, die australischen und die südafrikanischen Kolonien mit einem Bevölkerungsbestande von etwa 13 Millionen fast ebenso viel von uns beziehen", als die drei europäischen Großstaaten — Rußland, Deutschland, Frankreich — mit einem Bevölkerungsbestande von etwa 220 Millionen, replizierte Lord Farrer mit folgender Tabelle:

In der letzten fünfjährigen Periode (1894/98) hat betragen in Mill. £:

Englands	Import von	Export nach	Total
Brit. Nordamerika .	13	7	20
Australien	7	20	27
Südafrika	6	8	14
	26	35	61
Deutschland, Niederlande, Belgien . .	73	35	108
Frankreich	47	14	61
Rußland	21	6	27
	141	55	196

„Nach diesen Zahlen bemessen ist der Handel Deutschlands (einschließlich Belgiens und der Niederlande, deren Verkehr von dem Deutschlands nicht wohl getrennt werden kann), Frankreichs und Rußlands für England mindestens dreimal so viel wert als der der oben angeführten drei britischen Kolonialgruppen."

„Und wenn wir den Durchschnittshandel der letzten Hälfte des Jahrhunderts auf Grund der statistischen Erhebungen (des Handelsministeriums) in Betracht ziehen, so scheint der Handel Englands mit den betreffenden europäischen Staaten wenigstens ebenso rasch gewachsen zu sein als sein Handel mit jenen Kolonien."[2])

[1]) Arndt, a. a. O., S. 29.

[2]) Lord Farrer. Citiert nach der Nationalzeitung vom 9. Februar 1899.

Fassen wir das Gesamtbild des englischen Exports ins Auge[1]), so gingen (1896) britische Produkte nach Europa im Werte von 88,9 Mill. £ — davon nach Deutschland, Belgien, Holland, Frankreich zusammen 52,5 Mill. £, d. h. die überwiegende Quote nach den industriell entwickeltsten Ländern. Nach den Vereinigten Staaten Nordamerikas im Werte von 20,4 Mill.; nach Britisch-Nordamerika (5,8), Australien (21,9), Kapland (10,7) zusammen etwa 38 Mill.; nach Britisch-Indien 30,1 Mill. Der Export Englands nach jenen industriell entwickeltsten Ländern Europas plus dem nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist also — im Betrage von etwa 73 Mill. (52,5 + 20,4) — noch um etwas höher als der Export nach den wichtigsten britischen Kolonien. Deutschland, Holland, Belgien zusammen beziehen beträchtlich mehr britische Produkte (ca. 38 Mill.) als Britisch-Indien (30,1 Mill.) mit seiner Bevölkerung von 300 Millionen; ungefähr gleich viel wie Canada, Australien, Kapland zusammen.[2])

Man mag den Verkehr, den die Industriestaaten untereinander zur Deckung ihres eigenen Bedarfs pflegen, etwas höher oder etwas niedriger anschlagen; ganz exakte Berechnungen sind, des Transit-Verkehrs halber, überaus schwierig.[3])

---

[1]) Vgl. die Tabelle bei Arndt, S. 31.

[2]) Auch Graf Posadowski teilt den populären Irrtum, als ob „England bezüglich seines Absatzes in der Hauptsache auf seine Kolonien angewiesen sei" (vgl. dessen Rede auf der Plenarversammlung des deutschen Handelstages, 2. März 1899).

[3]) Auf den Einwand Webers (s. o. S. 76) hatte Oldenberg repliziert: der englische Außenhandel bedeute „wahrscheinlich zu sehr großem Teil nur die Vermittelung von Waren", die Deutschland u. s. w. in letzter Linie nach fernen Ländern ausführen, da England sich „für den eigenen Industriebedarf vorzugsweise selbst versorgen dürfte" (Verhandlungen, S. 126). Arndt meint dagegen, daß „etwa $^7/_8$ der in England eingeführten Waren im Lande selbst konsumiert werden, nur $^1/_8$ weiter geht" (a. a. O. S. 31—34).

Ganz so hoch würde ich die Quote, welche von Englands Gesamteinfuhr wirklich im Lande selbst konsumiert wird, nicht schätzen. Arndt betont z. B. bezüglich des Zuckers, des „allerwichtigsten Artikels" des deutschen Imports nach England, daß England in Summa für 20 Mill. £ einführe, dagegen nur für etwas mehr als eine halbe Mill. £ wieder ausführe (S. 33). Aber England exportiert doch viel Zucker in Gestalt von Konserven — ob der so exportierte Zucker „nur ein sehr kleiner Teil der im Inlande verbrauchten Menge ist", wie Apelt (a. a. O., S. 74/75) schreibt, wäre doch erst noch zu beweisen.

In einer jüngst erschienenen Schrift über „die Handelsbeziehungen Deutschlands zu England und den englischen Kolonien" (1899) berechnet Arndt, daß von den in der deutschen Statistik angegebenen Zahlen über den Umfang des Handels Deutschlands mit England, auf der Einfuhr- wie der Ausfuhrseite, etwa 100 Mill. Mark für den von England vermittelten Handel Deutsch-

Daran aber, daß es nicht die Konsumenten in den industriell rückständigen Gebieten der Erde sind, welche die große Quote des englischen Fabrikatenexports absorbieren; welche Deutschland den Zucker, die Textilwaren, die Kohlen und Maschinen, die Produkte der Leder- und der keramischen Industrie, die Chemikalien, die Klaviere und die Bücher abnehmen; nicht die Neger und Malaien, welche die Luxusartikel Frankreichs kaufen[1]), sondern die Weißen — vor allem die Bewohner der westeuropäischen Industriestaaten und der ihnen wirtschaftlich am nächsten stehenden Vereinigten Staaten Nordamerikas — daran kann kein Zweifel sein.

Die Industrialisierung Deutschlands u. s. w. hat für die Nationen, die schon in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts Industriestaaten waren, d. h. Frankreich und England, ein Einschrumpfen der Ausfuhr nicht zur Folge gehabt.

Warum sollte denn das Ergebnis ein anderes sein, warum sollte eine rückläufige Bewegung in der „Exportindustrie" der Industriestaaten von heute sich einstellen, wenn künftig Länder wie Italien, Spanien, Portugal, die Balkanstaaten, Rußland — Canada, Mexiko, Brasilien, Chile, Argentinien — Ostindien, Japan, China — Australien in größerem Stile als heute zu fabrizieren begännen?

Wenn weitgehende Arbeitsteilung, wenn ausgedehnter Verkehr in Fabrikaten zwischen Ländern wie England, Deutschland, Frankreich, Belgien, Schweiz stattfindet, zwischen Ländern, die alle in der

---

lands mit fremden Ländern in Abzug zu bringen sei, d. h. etwa $^1/_9$ des deutsch-englischen Handels Transit-Verkehr sei (S. 30, 62).

Wenn die Daten, welche die englische Handelsstatistik über Import und Reexport von Fabrikaten giebt, der Wirklichkeit entsprechen, so bleibt der weitaus größte Teil der Fabrikate im Lande, deckt England einen beträchtlichen Teil seines Industriebedarfs nicht selbst, sondern ist „abhängig vom Auslande".

In Folgendem bedeutet die erste Ziffer den Totalimport, die zweite, in Klammer gesetzte, den Reexport; in 1000 £.

Baumwollene Waren 4384 (482). Wollene Waren, nicht spezifiziert 3286 (160), Wollentuch 974 (16), Wollenstoffe 5112 (470). Seidene und sammetne Stoffe 9534 (435), seidene Bänder 3371 (321), Seidenwaren, n. s., 3639 (113). Eisenwaren, n. s., 3007 (336), eiserne Träger 646 (5), Maschinen 2746 (562), Nähmaschinen 311 (47). Musikinstrumente 1221 (45). Spielzeug 1110 (60). Glaswaren, u. s., 1556 (44). Porzellan und Steingut 860 (16), Papier 3530 (83). Vgl. die Tabelle bei Arndt, S. 57/58. —

Oben sind die wichtigsten Kategorien des Fabrikatimports herausgegriffen.

[1]) J. d. Econ. 1897, XI, S. 298.

gemäßigten Zone liegen, alle auf ungefähr gleicher Stufe socialer und wirtschaftlicher Kultur stehen — die Wahrscheinlichkeit, daß Arbeitsteilung und Verkehr nicht nur aufrecht bleiben, sondern noch emporgehen, ist doch eine weit, weit höhere, wenn es sich um jene Industriestaaten von heute einerseits, die Rohstoffstaaten von heute andrerseits handelt? Denn zwischen jener und dieser Gruppe ist doch die Verschiedenheit der natürlichen wie der social-wirtschaftlichen Verhältnisse eine ungleich größere als zwischen den Ländern der ersteren Gruppe?

„Die Natur" — sagt Hume — „hat dadurch, daß sie den einzelnen Völkern so ungleiche Gaben, so verschiedene Klimate und Böden zuwies, den Austausch unter ihnen so lange gewährleistet, als sie alle arbeitsam und civilisiert bleiben."[1]) Wer glaubt, daß Industrialisierung der Rohstoffstaaten Emporkommen gleicher Industrien wie in den westeuropäischen Ländern bedeute, hat sich den Einfluß der Differenz der natürlichen Verhältnisse auf die Gestaltung der Fabrikation nicht klar gemacht.

Engels schreibt: „die Bedingungen der modernen Industrie, Dampfkraft und Maschinerie, sind überall herstellbar, wo es Brennstoffe, namentlich Kohlen, giebt; und andere Länder neben England haben Kohlen: Frankreich, Belgien, Deutschland, Amerika, selbst Rußland."[2]) Und Oldenberg: „die natürlichen Voraussetzungen ... namentlich Eisen- und Brennstoffvorräte, fehlen den wichtigsten Konkurrenzländern nicht, sind vielmehr zum Teil in Hülle und Fülle vorhanden."[3])

Auch hier[4]) begeht der unverantwortliche Internationale den gleichen Irrtum wie der „verantwortliche Reichsbürger".[5]) Gewiß — jene Hilfsstoffe giebt es vielerorts. Hat aber das Dasein von Kohlen und Eisenerzen bewirkt, daß die Völker, die deren Besitzes sich freuen, alle gleiche Fabrikationszweige betreiben? Mit nichten; ihre industrielle Physiognomie ist grundverschieden.

[1]) D. Hume, a. a. O., S. 147.

[2]) Engels, a. a. O., S. XXI.

[3]) Oldenberg, a. a. O., S. 20.

[4]) Vgl. oben S. 72, 74.

[5]) „Fragt man mich als verantwortlichen Reichsbürger": Oldenberg, a. a. O., S. 32.

Einmal deshalb, weil es nicht nur auf das Dasein von Kohlen und Eisenerzen ankommt, sondern auch auf deren Qualität (z. B. Koksbarkeit der Kohlen) und Quantität, wie auf deren Produktionskosten und Transportkosten.

Bezüglich dieser Momente walten aber stärkste Differenzen. England erscheint als der von Natur meistbegünstigte Staat. In Deutschland müssen wir die Kohlen zu den Erzen, oder die Erze zu den Kohlen fahren, während sie in England dicht bei einander sich finden. In Frankreich sind die „schwarzen Diamanten" wie das Eisen spärlich gesäet. Selbst wenn — was keineswegs der Fall — alle sonstigen Voraussetzungen der Industrie in diesen drei Ländern gleich ständen, müßte der Schwerpunkt dort in andere Industrien fallen wie hier.

In Italien und in der Schweiz fehlen Eisen- wie Brennstoffvorräte — trotzdem ist die Schweiz, dank des Reichtums an Wasserkräften, einer der führenden Industriestaaten geworden; aber sie betreibt andere Industrien wie England u. s. w.

Spanien wie Rußland haben Kohlen und Eisenerze; aber das Lagemoment steht hier ungünstig[1]); in Nordamerika weit günstiger. Mag sein, daß in Südamerika wie Asien, wie Afrika, wie Australien „die natürlichen Voraussetzungen der Industrie" ... „in Hülle und Fülle vorhanden sind" — in jedem Lande liegen sie verschieden und diese Verschiedenheit führt dahin, daß hier vorzugsweise diese, dort vorzugsweise jene Industrien gepflegt werden. —

Zweitens aber: selbst wenn, was das „Brot der Industrie" anlangt, die Territorien des Erdballs sich glichen wie ein Ei dem anderen, so würde ihre Fabrikation durchaus nicht gleiche Bahnen wandeln. Denn nicht jene Hilfsstoffe, so wichtig sie auch sind, entscheiden über die industrielle Physiognomie, sondern die Rohstoffe, die der Verarbeitung sich darbieten. Hinsichtlich der Rohstoffe aber — der agrikolen wie der montanen — sind die Territorien unendlich ungleich ausgestattet. Schon die westeuropäischen Industriestaaten weisen, auf engem Raume, starke Verschiedenheiten auf — z. B. hinsichtlich der Produktionsbedingungen von Weizen, Roggen,

[1]) Über Rußland vgl. v. Schulze-Gävernitz, Volkswirtschaftliche Studien aus Rußland, 1899, S. 287 ff.

Gerſte, Zuckerrüben, Kartoffeln, Flachs, Holz, Blei, Kupfer, Zinn, Zink u. ſ. w.

Beträchtlich größer iſt die Differenz zwiſchen Weſteuropa und dem übrigen Europa. Noch weit größer die Differenz zwiſchen den Ländern der gemäßigten Zone und denen der Subtropen und der Tropen, deren induſtrielle Konkurrenz das Kaſſandraauge unſerer Exportpeſſimiſten ſchon am Horizont erblickt!

Die Doktrin F. Liſt's, daß es die natürliche Beſtimmung der Tropen ſei, den Ländern der gemäßigten Zone die Rohſtoffe zu liefern und ſich von ihnen mit Fabrikaten verſorgen zu laſſen — dieſe Doktrin, die zur Zeit des Aufkommens des Induſtrieſtaatsprogramms aufgeſtellt wurde, erklärt Oldenberg für „längſt nicht mehr haltbar“ ... „heute wirft ſie ſchon das tropiſche Indien mit ſeiner, trotz aller Mißwirtſchaft erſtarkenden Großinduſtrie über den Haufen; die tropiſchen Länder liefern außer Rohſtoffen auch ſelbſt Fabrikate.“ [1])

Und E. v. Halle ſchreibt: in der heißen Zone wachſe „faſt Alles, was der moderne Menſch für die Befriedigung ſeiner Bedürfniſſe an organiſchen Stoffen gebraucht, während die gemäßigte Zone eine Reihe wichtiger derartiger Produkte zu zeitigen nicht geſtattet: z. B. Baumwolle, Seide, Reis, Kaffee, Thee, Tabak, zahlreiche Chemikalien, Arzneiſtoffe u. ſ. w.“; die Liſt'ſche Theorie, der gemäß „ein ewig fruchtbarer Tauſch zwiſchen den Zonen geſichert“ war, ſei dadurch widerlegt, daß die Tropen „anfangen Induſtrie für den heimiſchen Bedarf zu treiben“.[2]) In einem Vortrage auf dem Berliner Geographiſchen Kongreß von 1899 ſoll er[3]) zum Beleg auf Indien (Baumwollſpinnerei), China u. ſ. w. hingewieſen haben, wo große Gewerbszweige bereits entſtanden ſeien, bezüglich bald entſtehen würden; die Eiſen- und andere Induſtrien ſeien, wie die Ethnographie uns lehre, aus der heißen Zone gekommen; die neue Technik habe den Induſtriebetrieb in den meiſten Gebieten der Tropen ermöglicht — nur nicht in allzu feuchten

---

[1]) Oldenberg, S. 27.

[2]) E. v. Halle, Sociale Praxis, 1899, S. 556.

[3]) Mir liegt nur das ganz knapp gehaltene Referat im Export, 1899, S. 587, vor.

Gegenden; Reuleaux meine allerdings, es sei nur gewissen Völkern gegeben, moderne Industrie zu pflegen.

Gewiß: die tropischen Länder beginnen zu fabrizieren — genauer gesprochen: sie haben schon seit Jahrtausenden damit begonnen und haben, Indien und China wenigstens, ihre Manufakte — vor allem höchstwertige kunstgewerbliche Produkte der Textil-, der Metall-, der keramischen Industrie — nach Europa gesandt und im Austausch hauptsächlich Silber daher empfangen. Die Industrie in gewissen, d. h. den dichtbesiedelten und kulturell entwickeltsten Gebieten der heißen Zone ist kein Novum. Ein Novum ist nur, daß diese, nachdem sie eine Reihe von Decennien hindurch gewisse Produkte der modernen westeuropäischen Großgewerbe in größeren Mengen importiert hatten, jetzt anfangen einige derselben — besonders Baumwollenwaren niedriger Qualität, billige Keramiken, dann die famosen Streichhölzer und Regenschirme, die bei denen, welche die „gelbe Gefahr" an die Wand malen, eine so große Rolle spielen[1]) — selbst zu erzeugen, unter Anwendung der neuen, Technik.

Aber was für Indien und China und Japan gilt, gilt — vorläufig — nicht für die tropischen Kolonialländer. Wo ist denn in den Inseln des stillen Ozeans — in Centralamerika, in Brasilien, in Peru u. s. w. — in Afrika, selbst einschließlich Capland — in Australien (soweit es der heißen Zone angehört) die Industrie? Einzelne, ganz wenige Gewerbe sind hie und da durch Schutzzölle mühsam aufgezüchtet, mit größtenteils kläglichem Ergebnis. So lange diese an Naturschätzen so reichen Länder arm bleiben an Arbeitskräften und Kapitalien werden sie trotz der neuen Technik, trotz der Möglichkeit, westeuropäische Maschinen und Werkmeister sich kommen zu lassen, Rohstoffstaaten bleiben — wenn sie klug sind.

Die ostasiatische Industrie wird weiter fortschreiten, in den arbeits- und kapitalarmen Kolonialländern wird, nachdem die Bevölkerung und der Wohlstand auf ein gewisses Niveau gestiegen, die Industrie emporkommen, wie sie, als diese Bedingung erfüllt war, im Osten der Vereinigten Staaten von Nordamerika emporgekommen ist. Aber werden die konkreten Industrien, die dort

[1]) Oldenberg, S. 26.

betrieben werden werden, die gleichen sein wie die, welche Westeuropa dann betreiben wird? Und wird dort „Industrie“ in so beträchtlichem Umfange betrieben werden, daß der Import aus Westeuropa wesentlich zurückgeht?

Beides ist im höchsten Grade unwahrscheinlich. E. v. Halle sagt uns zwar: dort könne man „fast Alles“ erzeugen; in Westeuropa nicht. Nun, manche der „organischen Stoffe“, die er als Monopolartikel der Tropen namhaft macht, kann man auch bei uns haben — Baumwolle (früher in Sizilien), Reis (in Norditalien), Seide (in Südfrankreich, Italien, selbst im Norden Deutschlands), Tabak (Pfalz, Südrußland); Kaffee, Thee u. a. allerdings nicht. In den Tropen kann man — soweit es sich um Länder mit vertikaler Gliederung handelt, die in den höheren Lagen denen der gemäßigten Zone ähnliche klimatische Verhältnisse aufweisen — nahezu sämtliche „organische Stoffe“ hervorbringen. Aber — so thöricht wie es von den Völkern Westeuropas wäre, wollten sie die Möglichkeit, Baumwolle, Reis, Seide, Tabak zu bauen, voll auspressen, so thöricht wäre es von den Völkern der Tropen, wollten sie alles das produzieren, was sie produzieren können — wollte z. B. Mexiko Flachs bauen behufs Entwickelung der „nationalen“ Leinenindustrie, Brasilien da, wo Kaffeeplantagen ihr Gedeihen finden, Schafe weiden lassen, um deren Wolle im Lande zu verarbeiten, oder Indien die Theekultur und Jutekultur einschränken und Kartoffeln oder Gerste ziehen, um sich „unabhängig“ zu machen von westeuropäischem Branntwein und Bier.

Die Länder der gemäßigten Zone haben für Produktion gewisser agrikoler Rohstoffe günstigere Bedingungen wie die Tropen; und umgekehrt. Diese Differenz der Produktionsbedingungen der Rohstoffe sichert die Differenz der „Industrie“ der Tropen und der der gemäßigten Zone. Man kann z. B. in Mexiko Flachs bauen — aber nur mittels künstlicher Bewässerung[1]); wenn die weise Regierung nicht dem merkantilistischen Irrtum, dem schlimmen Hang zur Polypragmosyne, huldigt, wird sie die nationale Arbeit lieber auf den Tabak, die Vanille u. s. w. hinlenken und die

[1]) Vgl. Export, 1899, S. 536.

Hemden und Tischtücher aus Westeuropa oder aus Nordamerika importieren lassen.

Aber selbst die Rohstoffe, agrikole und montane, welche die Bewohner der Tropen künftig erzeugen werden, werden sie keineswegs in der Regel selbst verarbeiten. In der Hauptsache dürften List und Reuleaux recht behalten. Nicht nur die allzu feuchten Gegenden sind industriefeindlich. Überall wo eine Regen- mit einer Trockenzeit wechselt, steht die neue Technik und die ihr gemäß betriebene Industrie unter ungünstigem Stern — die Eisen- wie die Holzteile der Maschinen leiden gewaltig durch jenen Wechsel. Und überall, wo die Temperatur ein gewisses Maß überschreitet, sperrt sich der Mensch gegen Fabrikarbeit — schon im südlichen Italien bildet diese Thatsache einen Hemmschuh der industriellen Entwickelung. —

Die Verschiedenheit hinsichtlich des Vorkommens und der Erzeugungs- und Verarbeitungsbedingungen der Hilfs- und Rohstoffe ist von Natur gegeben; in alle Zukunft wird sie dahin wirken, daß die einzelnen Länder und Weltteile nicht gleichen, sondern verschiedenen Industrien, bezüglich Specialitäten, sich widmen — d. h. sofern sie den Geboten der wirtschaftlichen Vernunft Gehör schenken, nicht der Unvernunft, Alles selbst machen zu wollen, verfallen.

Die Verschiedenheit der socialen Verhältnisse der Völker ist ein Historisches, Wandelbares; sie wird sich — vermutlich — mehr und mehr ausgleichen. Mit Steigen der Bewohnerziffer, der intellektuellen, moralischen, ästhetischen, technischen Bildung, des Kapitals mögen die socialen Verhältnisse z. B. Rußlands denen Deutschlands ähnlicher und ähnlicher werden. Dann wird zwischen Beiden nicht weniger, sondern mehr getauscht werden wie heute — ebenso wie heute zwischen England und Deutschland mehr getauscht wird wie einst, da jenes Industriestaat, dieses Rohstoffstaat war. Mit Recht wurde neulich die Thatsache, daß der Handel Nordamerikas mit Canada rascher als der Englands mit Canada wachse erklärt aus der größeren „Gleichheit der socialen Verhältnisse" der ersteren Länder, aus dem „natural advantages", welche der Verkehr zwischen zwei Völkern „coming to resemble each other more

and more every day", für Beide habe.[1]) Und mit Recht ist gleichfalls oft darauf hingewiesen, daß der Verkehr Englands mit den ihm kulturell nächststehenden Kolonien, z. B. dem Kapland und Australien, verhältnismäßig weit größer sei als der mit seiner volkreichsten, aber kulturell ihm weit ferner stehenden Kolonie, nämlich Ostindien; denn die etwa zehn Millionen dort kaufen ungefähr gleichviel britische Produkte (1896: 32,6 Mill. £) als die fast dreihundert Millionen Ostindiens (1896: 30,1 Mill. £).

Nicht weniger, sondern mehr — nur zum Teil andere — Fabrikate werden die Industriestaaten von heute den Rohstoffstaaten senden, nachdem deren Industrialisierung sich vollzogen hat. Welche? Das können wir zur Zeit ebensowenig sagen, wie man in den dreißiger und vierziger Jahren hätte sagen können, in welcher Weise Arbeitsteilung und Verkehr zwischen England und Frankreich einerseits, Deutschlands andererseits sich gestalten würden, nachdem auch letzteres in die Reihe der Industriestaaten eingetreten.

Die alten Industriestaaten werden die Specialitäten pflegen, für welche die natürlichen und socialen Verhältnisse ihnen am günstigsten liegen; die jungen Industriestaaten die, hinsichtlich deren ihre Arbeit relativ produktiver ist als die Arbeit der ersteren. Welche es sind, kann erst im Wettbewerbe der Zukunft sich entscheiden. Nur das dürfen wir mit Sicherheit behaupten, daß, wenn die Entwickelung, welche unsern Exportpessimisten als ein trübes Gespenst erscheint — wenn das industrielle Emporkommen der Rohstoffstaaten helle Wirklichkeit geworden sein wird, der Außenhandel Westeuropas nicht herabgehen, sondern sich ausdehnen — das Netz weltwirtschaftlicher Verschlingung der Nationen aller Kon-

---

[1]) Economist, 1898, S. 797. — Vgl. dagegen den von Arndt (S. 23) zurückgewiesenen Satz der Kölnischen Zeitung (28. September 1898), der den Verkehr zwischen Völkern annähernd gleicher socialer Entwickelungsstufe en bagatelle behandelt: „an unsern Grenzen treffen wir nur andere Länder, die gleichfalls schon dicht besiedelt und in der Kultur vorgeschritten sind; zu sehr großem Teil sind ihre Produktionsbedingungen den unsrigen ganz ähnlich, so daß einem gegenseitigen Austausch ... ziemlich enge Grenzen gezogen sind."

In Wahrheit liegt die Sache so, daß mit den uns kulturell nächststehenden Ländern „an unsern Grenzen" die große Quote unseres Austausches sich vollzieht. (S. o. S. 76.)

tinente nicht loſer, ſondern feſter werden — der Reichtum derer, die in dieſem Netze hängen und von ihm „abhängen“, nicht ſinken, ſondern, dank der Steigerung der Produktivität durch Vervollkommnung der territorialen Arbeitsteilung, ſteigen wird. —

Zum Schluſſe muß hier, um Mißverſtändniſſen vorzubeugen, zweierlei bemerkt werden.

1. Das induſtrielle Emporkommen der Rohſtoffſtaaten kann nur in dem Falle als Kauſalmoment wachſenden Verkehrs und ſteigender Wohlfahrt wirken, wenn es das Produkt ſpontaner Entwickelung iſt. Wird es künſtlich hervorgetrieben durch Schutzzölle, welche die Induſtrie der Rohſtoffſtaaten in Geleiſe treiben, die dieſe nicht deshalb einſchlägt, weil ſie produktiver, ſondern weil ſie, eben des Zollſchutzes wegen, rentabler ſind als andere, ſo tritt natürlich der entgegengeſetzte Effekt ein. Wie der Import, ſo geht der Export zurück; der Verkehr zwiſchen ihnen und den Induſtrieſtaaten erfährt eine Einſchränkung. Die Entfaltung der Induſtrie in den Rohſtoffſtaaten bedeutet unter dieſen Umſtänden keine Steigerung der Produktivität ihrer Arbeit, ſondern eine Minderung derſelben| wie eine Minderung der Produktivität der Arbeit der Induſtrieſtaaten. Die Bevölkerung der Rohſtoffſtaaten wird reicher an Induſtrie, aber ärmer an Geſamtprodukt, wird damit kein beſſerer, ſondern ein ſchlechterer Kunde für die Waren der Induſtrieſtaaten.

2. Die Behauptung, daß das induſtrielle Emporkommen der Rohſtoffſtaaten, wenn das Produkt ſpontaner Entwickelung, den Export der Induſtrieſtaaten von heute nicht ſchmälern werde, läßt die Frage, ob die einzelnen Induſtrieſtaaten von heute die Rolle, die ſie derzeit auf dem Weltmarkte ſpielen, auch künftig ſpielen werden, völlig offen.

Es kann durchaus ſein, daß z. B. England und Deutſchland ihre führende Stellung dereinſt einbüßen. Denn dieſe beruht, wenigſtens zu einem Teile, darauf, daß die induſtrielle Technik der Gegenwart im Zeichen der Kohle und des Eiſens ſteht. Aber ihre Kohlenvorräte können ſich erſchöpfen, und noch ſchneller die an Eiſenerzen. Die Gewinnung von inländiſchen Erzen iſt, in England, von 17,1 Mill. Tonnen (1876) auf 13,9 Mill. (1897) herabge-

gangen[1]) — müssen die Erze aus der Ferne, aus immer größerer Ferne bezogen werden, so wird die Position dieser Länder, selbst wenn sie noch über reiche Kohlenschätze verfügen, eine schlechtere, während die Chance z. B. Nordamerikas und Schwedens dank ihrer so großen Bestände an Erzen steigt. Und weiter: wenn künftig mehr und mehr die Technik sich von der Kohle emanzipiert, wenn künftig die motorische Energie zu geringeren Kosten wie heute aus Wasser oder Wind gewonnen werden wird, so mag es sein, daß Länder, die derzeit, da ihnen das „Brot der Industrie" fehlt, relativ ungünstiger situiert sind als England und Deutschland, — Länder wie die Schweiz und Italien — in die vorderste Reihe treten. Durchaus ist denkbar, daß die, welche heute die letzten sind, künftig die ersten werden.

Eine rückläufige Bewegung des Fabrikatenexports der Industriestaaten von heute, eine starke Verschiebung in der jetzigen Rangordnung der Industriestaaten kann eintreten aus Ursachen verschiedenster Art, die eine Minderung der Produktivität ihrer nationalen Arbeit bewirken. Nicht aber aus der Ursache, daß andere Länder, die heute noch Rohstoffstaaten sind, industriell emporkommen. —

B. Der Lebensmittelimport.

Die Möglichkeit dauernden Versiegens der in der Exportindustrie liegenden Erwerbsquellen ist die eine der Gefahren, welche der Pessimismus am volkswirtschaftlichen Horizonte Englands, Deutschlands u. s. w. aufsteigen sieht. Wir haben gezeigt, daß diese Gefahr nicht besteht — wenigstens nicht als Folge der Ursache, aus der sie hergeleitet wird, zu befürchten steht: der Industrialisierung der Rohstoffstaaten.

Wie ist es nun mit der zweiten aus der gleichen Ursache hergeleiteten Gefahr, der Gefahr des „dauernden Versiegens der Nahrungsquellen", der rückläufigen Bewegung des Lebensmittelimports aus den Rohstoffstaaten in die Industriestaaten?

---

[1]) Handelsberichte. Sonderabdruck aus dem Handelsarchiv, Serie I Nr. 1, S. 14.

Wir nehmen auch hier wieder (vgl. oben S. 57) zunächst an (I), es sei gewiß, daß die Industrialisierung der Rohstoffstaaten diese Folge haben müsse; da mit steigender Bevölkerung in Rußland u. s. w. der inländische Bedarf an Brotkorn steige, werde die Ausfuhr von Brotkorn nach England, Deutschland u. s. w. herabgehen. Die Frage, ob diese Annahme richtig oder falsch, wird uns später (II) beschäftigen.

I. Selbst wenn die Behauptung: mehr Bevölkerung und höherer Brotkornbedarf dort, weniger Brotkornimport hier, voll und ganz zuträfe, so wäre doch die praktische Konsequenz, welche die Vertreter der „nationalen" Wirtschaftspolitik aus ihr ziehen — die Forderung, daß wegen dieses zu einem derzeit noch nicht bestimmbaren Termin drohenden Versiegens der Nahrungsquellen die Industriestaaten *jetzt schon* die kornwirtschaftliche Autarkie herstellen müßten, strikte abzuweisen.

Denn: der Einfuhr von Lebensmitteln, die man heute noch aus der Ferne reichlich und billig haben kann, zu wehren, die nationale Produktion bis zu voller „Unabhängigkeit vom Auslande" zu steigern, würde für die Industriestaaten eine Verringerung der nationalen Dividende bedeuten.

Zugegeben, daß dereinst die Einfuhr stocken müsse, daß wir dereinst *gezwungen* sein werden, das Korn, dessen wir bedürfen, dem Boden unseres Landes abzugewinnen — weshalb sollten wir es heute schon thun? Weshalb, wie oben gesagt (S. 58), die wirtschaftliche Wohlfahrt der lebenden Generationen *willentlich* unter das erreichbare Maximum herabdrücken?

Daß unsere Landwirte solche asketische Politik vertreten, ist begreiflich. Für *sie* erbringt eben die Minderung der *nationalen* Dividende eine Mehrung ihrer *privaten* Dividende, ihrer Grundrente. Daß auch Männer der Wissenschaft mit ihnen gemeinsame Sache machen, ist minder leicht begreiflich.[1])

Oldenberg irrt, wenn er meint, daß, nach Beseitigung des Lebensmittelimports, nach Herstellung der „elementaren Selbständig-

[1]) Ein Hauptargument unserer Kathederagrarier — die Gefahr des Ausbleibens der Kornzufuhr in Kriegszeiten — ist oben (S. 46) diskutiert worden.

keit", der Volksreichtum keine Schmälerung erfahren werde; er irrt weiter, wenn er behauptet, daß das Interesse der Arbeiterschaft, besonders der industriellen, für solche Politik spreche.[1])

Der erstere Irrtum ist, wenngleich nicht mit klaren Worten ausgesprochen, so doch deutlich zwischen den Zeilen zu lesen. Oldenberg übersieht, daß die Wiederausdehnung der Brotkornproduktion in den Industriestaaten unter dem Druck des „Gesetzes des abnehmenden Ertrags" sich vollziehen und damit die nationale Dividende eine Schmälerung erfahren würde.

Um nachzuweisen, daß das Interesse der Arbeiterschaft mit einer Politik „eigenwirtschaftlicher Unabhängigkeit" sich durchaus vertrage, hebt er hervor, daß, wenn die Lebensmittel im Inlande produziert werden würden, die „Erwerbsgelegenheit" gleich hoch bleiben werde wie heute.

Für den Stand des Arbeitslohnes ist aber die „Erwerbsgelegenheit", die Möglichkeit, Arbeit zu finden, keineswegs bestimmend. Wäre dem so, so müßte das Lohnniveau immer steigen, wenn die Volksziffer steigt; denn die „Erwerbsgelegenheit" bewegt sich parallel wie die Volksziffer. Das Lohnniveau wird vielmehr bestimmt von der Produktivität der nationalen Arbeit; sinkt diese, so sinkt das Lohnniveau, d. h. das Maß des Erwerbes, welches die dienende Masse aus ihrer Arbeit erzielt; steigt sie, so steigt das Lohnniveau.[2]) Mit Erweiterung der inländischen Lebensmittelproduktion würde die Produktivität einschrumpfen und mit ihr das Einkommen der Arbeiterklasse, während das Einkommen der Grundherrnklasse wüchse.[3])

Oldenberg verwahrt sich gegen Identifizierung seines Programmes mit dem der „agrarischen Interessenpolitik". Es sei — schreibt er — „ein Unterschied zwischen dem Interesse der Landwirte und dem Interesse des Volkes an der Landwirtschaft ... Das Volk ist am Rohertrage, der Landwirt ist am Reinertrage der Landwirtschaft interessiert; das Volk an der Produktivität, der Landwirt an der Rentabilität der Landwirtschaft" (S. 44). Dem Interesse der Arbeiterschaft, der großen Quote des Volkes, entspreche die „Pflege des landwirtschaftlichen Rohertrages in irgend einer Form". Durch Wiederausdehnung der

---

[1]) Den gleichen Irrtümern begegnet man in der agrarischen Presse auf Schritt und Tritt.

[2]) Wie oben schon gesagt, soll die Frage, wie das Interesse der Arbeiterschaft zu der Frage „Weltwirtschaft oder Volkswirtschaft" stehe, an anderer Stelle ausführlich erörtert werden. Dabei wird der Satz, daß der Gang der nationalen Produktivität die Bewegung des nationalen Lohnniveaus reguliere, zu begründen sein. —

[3]) Vgl. Arndt, a. a. O., S. 46.

Brotkornproduktion und Zusammenziehung der Exportindustrie nehme der Gesamtumfang der Erwerbsgelegenheit keineswegs notwendig ab; er verteile sich nur anders zwischen Landwirtschaft und Industrie. „Die wachsende Landwirtschaft zieht Arbeitskräfte an, statt sie wie heute abzustoßen und erweitert zugleich den innern Markt für die Industrie. Diese neuen Erwerbsstellen sind aber für die Dauer geschaffen. Und wo hätte der Arbeitslohn höher gestanden als in den Vereinigten Staaten, in der Zeit jener großartigen Landwirtschaftspolitik, die dem industriellen Kapital die Arbeitskraft vom Munde wegnahm?" (S. 44.)

Der Satz, daß das Volk, und die Arbeiterschaft, interessiert sei „an der Produktivität der Landwirtschaft", ist richtig. Der Satz, daß das Volk, und die Arbeiterschaft, interessiert sei „am Rohertrage der Landwirtschaft", ist — allgemein ausgesprochen — falsch.

Daß der Rohertrag der nationalen Landwirtschaft gehoben werde, ist vielmehr, so wie die Verhältnisse heute bei uns liegen, das Interesse der „an der Rentabilität interessierten Landwirte". Denn diese Hebung des Rohertrages läßt sich nur bewirken entweder durch Einbeziehung minder fruchtbarer, bisher nicht bebauter Böden oder durch stärkere Inanspruchnahme bereits bebauter Böden bei „abnehmendem Ertrage" — so oder so unter Minderung der durchschnittlichen Produktivität der agrikolen Arbeit.[1]) Die Folge wäre: Steigen des Preisniveaus der agrikolen Produkte und Steigen der Grundrente, Fallen des Lohnes.

Das Interesse des Volkes ist, daß solche Minderung der Produktivität verhütet werde, solange sie eben verhütet werden kann; die Hebung des Rohertrages der Landwirtschaft entspricht dem Interesse des Volkes nur unter der Bedingung, daß sie unter Erhöhung der Produktivität, wenigstens unter Aufrechterhaltung des bisherigen Standes der Produktivität, erfolgt. Das Interesse der Arbeiterschaft ist nicht, daß „der Gesamtumfang der Erwerbsgelegenheit" gleichbleibe, sondern daß die Produktivität der nationalen Arbeit durch Betrieb nur der derzeit produktivsten Arbeitsarten auf das erreichbare Maximum gebracht werde, und damit das Maß des Erwerbes der Arbeiterschaft. Wie die Verhältnisse heute bei uns liegen — in Nordamerika lagen sie zur Zeit der „großartigen Landwirtschaftspolitik" einigermaßen anders —, widerspricht die „andere Verteilung der Erwerbsgelegenheit zwischen Industrie und Landwirtschaft" ihrem

---

[1]) „Schon jetzt wird" — sagt Th. v. d. Goltz in seinen „Vorlesungen" — „ein größerer Teil des Ackerlandes mit Getreide bebaut, als nach wirtschaftlichen Grundsätzen zweckmäßig ist."

Interesse, entspricht ihm die weitere Entfaltung der Industrie, als des derzeit produktiveren Zweiges der nationalen Arbeit.

Von agrarischer Seite hört man oft sagen: kraft zu erwartender Fortschritte im agrikolen Betriebe und Fortschritte der agrikolen Technik, werde höherer Rohertrag ohne Minderung der durchschnittlichen Produktivität der agrikolen Arbeit erzielt werden, ohne Steigen von Preis und Grundrente, Fallen des Lohnes; es müsse nur zunächst einmal das Preisniveau „lohnender", die Landwirtschaft „besser gestellt" werden — dann werde der Aufschwung kommen.

Diese optimistische Prognose des Aufschwunges der Landwirtschaft im Zeichen einer „nationalen Eigenwirtschaftspolitik" würde sich aber als nicht minder falsch erweisen wie jene pessimistische Prognose des „Zusammenbruchs" der Industrie im Zeichen einer „breitspurigen Welthandelspolitik"! Wenn die deutschen Landwirte heute, wo sie der ausländischen, preisdrückenden Konkurrenz unterliegen, diesen Druck durch Vervollkommnung des Betriebes, durch Ausnutzung der technischen Errungenschaften nicht — wenigstens in ihrer Mehrzahl nicht — zu parieren vermögen, nicht im Stande sind, durch Erhöhung der Produktivität (Hebung des Rohertrages bei gleichbleibenden Produktionskosten oder Minderung der Produktionskosten bei gleichbleibendem Rohertrag) die Preisbaisse wettzumachen — weshalb sollten sie es denn dann können, wenn sie das Alleinrecht auf den inneren Markt errungen hätten? Nichts würde sich ändern — nur der Trieb, so billig als möglich zu produzieren, würde, wenn dieser Fall einträte, schwächer sein als heute; die dank dem Monopole gegebene Gewähr der Rentabilität würde dem Streben nach Erhöhung der Produktivität zu Schaden gereichen.

Gewiß ist eine Hebung des Rohertrages der deutschen Landwirtschaft unter Erhöhung der Produktivität noch vielerwärts möglich; durch zahlreiche Beispiele kann diese Möglichkeit erhärtet werden. Aber die Wahrscheinlichkeit, daß sie erfolge, ist größer, wenn die deutschen Landwirte unter dem Zwange des Mitbewerbes der Fremde stehen[1]), als wenn sie die inländischen Konsumenten unter dem Zwange ihres Monopols halten.

Soweit es gelingt, die inländische Kornproduktion zu mehren, ohne das „Gesetz des abnehmenden Ertrags" heraufzubeschwören — soweit vollzieht sich die „Pflege des landwirtschaftlichen Rohertrags durch vermehrte landwirtschaftliche Arbeit" (Oldenberg) und die damit sich er-

---

[1]) Vgl. J. Wolf (Verhältnisse der Landwirtschaft u. s. w., 1900, S. 7): „in Westeuropa haben die niedrigen Preise die Initiative des Landwirtes angeregt."

gebende Emanzipation von dem Lebensmittelimport des Auslandes in der Form, die mit dem Produktivitätsinteresse des Volkes, und der Arbeiterschaft, sich deckt. Vollzieht sie sich dagegen in Konsequenz einer Erschwerung des ausländischen Mitbewerbes, so kommt sie nur dem Rentabilitätsinteresse der Grundherren zu gute.

Neben dieser Form der „Pflege des landwirtschaftlichen Rohertrages", die Oldenberg wohl im Auge hat, wenn er von der „Pflege ... in mehr kapitalistischer Form" spricht, erwähnt er (s. o. S. 54) noch der Möglichkeit, sie „in Gestalt innerer Kolonisation oder durch Gebietserweiterung" zu bewirken.

Hiervon gilt ganz das Gleiche: eine Steigerung der nationalen Kornproduktion in dieser oder jener Gestalt entspricht dem „Interesse des Volkes (und der Arbeiterschaft) an der Produktivität" nur unter der Bedingung, daß auf der durch innere Kolonisation, bezüglich Gebietserweiterung zuwachsenden Agrarfläche die Lebensmittel billiger zu gewinnen sind als auf dem Boden des Auslandes, das sie uns jetzt gegen unsere Exportartikel liefert; m. a. W. nur unter der Bedingung, daß sowohl eine Hebung des Rohertrages als eine Steigerung der Produktivität erzielt wird. Wenn nicht, so entspricht sie nur dem Rentabilitätsinteresse der Grundherrnklasse!

Um nachzuweisen, daß eine „nationale Eigenwirtschaftspolitik" der industriellen Arbeiterschaft zum Vorteil gereichen werde, führt Oldenberg folgendes aus:

„Die heutige Lage des industriellen Lohnarbeiters ist wesentlich bedingt durch den Zuzug vom Lande, d. h. durch den Mitbewerb der Zugezogenen auf dem Arbeitsmarkte. Sowohl dies numerisch verstärkte Angebot, wie die Qualität des Angebotes dieser zugezogenen Arbeitskraft mit geringen Ansprüchen, aber unverbrauchten Muskeln und Nerven, drückt beständig auf die industriellen Arbeitsbedingungen, wirtschaftlich wie sanitär, während der Gewinst des Unternehmers steigt" (S. 44). Wenn die Landwirtschaft mehr Hände beschäftigen könnte wie heute, würde der Lohn der industriellen Arbeiterschaft höher stehen — daher sei diese an der „Landwirtschaftspflege" interessiert.

Thatsächlich liegt die Situation umgekehrt. Die heutige Lage der agrikolen Arbeiterschaft Deutschlands ist „wesentlich bedingt" und zwar günstig bedingt durch die Möglichkeit, in der Industrie, die immer mehr Arbeitskräfte zu absorbieren und immer höhere Löhne zu zahlen vermag, Beschäftigung zu finden. Die steigende Nachfrage der Industrie — der „nationalen" und der Exportindustrie — nach Arbeitskräften, ihr steigender Mitbewerb auf dem Arbeitsmarkt treibt den Lohn der industriellen wie der agrikolen Arbeiterschaft empor,

während der Gewinst der Unternehmer, wie der Zinsfuß, wie die Grundrente fallen. Das Einkommen der besitzenden Klasse geht herab, das Einkommen der arbeitenden Klasse herauf.

Würde auf Kosten der Exportindustrie die Landwirtschaft „gepflegt", so würde der Lohn beider Hauptgruppen der Arbeiterschaft niedriger stehen wie heute. Weder die industrielle noch die agrikole Arbeiterschaft hat ein Interesse, die ihr von Oldenberg empfohlene „landwirtschaftliche Bundesgenossenschaft" (S. 45), d. h. die Bundesgenossenschaft der eine Steigerung des Korupreises und der Grundrente heischenden Landbesitzer, zu suchen, sondern jene wie diese hat das Interesse, Front gegen den „Bund der Landwirte" zu machen.

Nur wenn dereinst ein plötzliches Zurückgehen der Zufuhr von Lebensmitteln zu befürchten stünde, ließe eine „nationale Eigenwirtschaftspolitik", die jetzt schon Kapitalien und Arbeitskräfte aus der Exportindustrie in die Landwirtschaft drängte, sich verteidigen. Nur in diesem Falle dürfte verlangt werden, daß das Volk der Gegenwart sich ärmer mache als es sein könnte, um das Volk der Zukunft vor der Gefahr der Brotnot zu schützen.

Mag nun auch ein „dauerndes Versiegen der Nahrungsquellen", die zur Zeit in den Rohstoffstaaten noch überreichlich sprudeln, dereinst eintreten — ein plötzliches keinesfalls. Geht in den Rohstoffstaaten von heute der Eigenkonsum an Lebensmitteln, zufolge Wachstums der Bevölkerung oder Steigerung der Produktivität ihrer nationalen Arbeit und damit Steigerung der Kaufkraft ihrer Bewohner, künftig empor; sinkt hier der zum Export nach den Industriestaaten verfügbare Überschuß, so steigen in den Industriestaaten die Lebensmittel im Preise, die Landwirtschaft wird hier rentabler wie bisher, die Konjunktur gestaltet sich derart, daß auch ohne eine mit Schutzzöllen oder sonstwie operierende „nationale Eigenwirtschaftspolitik" Kapitalien und Arbeitskräfte sich der „Pflege des landwirtschaftlichen Rohertrages" widmen und das Defizit decken.[1]) Je mehr der Lebensmittelexport der Rohstoffstaaten sinkt, je mehr damit Kornpreis und Rente emporgehen, desto stärker drängen

[1]) Diese Bewegung erfolgt natürlich nur in dem Falle, daß nicht neue „Nahrungsquellen" in anderen Ländern sich öffnen, welche die Lebensmittel ebenso billig spenden wie die alten, nunmehr versiegten.

Ob dieser Fall wahrscheinlich sei, wird unten (II.) erörtert werden.

von selbst — „automatisch“ (Arndt) — Kapitalien und Arbeitskräfte der Industriestaaten zur Wiederausdehnung der Kornproduktion, zur Einschränkung der an ihrem Exporte verkürzten, jetzt weniger als bisher rentablen Industrie. Nimmt in Rußland, Nordamerika, Argentinien, Australien, Ostindien die „Zahl der Münder“, die vom nationalen Boden gesättigt werden müssen, zu und der Lebensmittelexport ab, so nimmt in gleichem Schritte die Inanspruchnahme des nationalen Bodens für Zwecke der Lebensmittelproduktion in England, Deutschland, Frankreich u. s. w. zu. Die „plötzliche“ Brotnot ist ein Phantom.

Es ist wiederum begreiflich, wenn unsere Agrarier dies Phantom vorspiegeln. Denn: gelingt es, die öffentliche Meinung mit ihm zu ängstigen und aus dieser Angst ein Hochkornzollregime herauszupressen, so wird ihrem Rentabilitätsinteresse gedient.

Minder begreiflich ist, daß seitens derer „ohne Ar und Halm“, die das Produktivitätsinteresse des Volkes im Auge haben, an dies Phantom geglaubt wird.

Vieles Sonderbare giebt's in der agrarisch-„nationalen“ Litteratur — das Sonderbarste aber ist die Doktrin vom „Eigensinn“ des industriesüchtigen Kapitals, von seiner Landwirtschaftsscheu, seinem Hange, sich auf die Produktion entbehrlicher Güter zu werfen, die Produktion unentbehrlicher Güter zu fliehen, da es hier weniger verdiene als dort.

Diese Doktrin kurz zurückzuweisen, bot sich schon oben einmal Anlaß (S. 35). Hier müssen ihr noch einige Worte mehr gewidmet werden.

In den Industriestaaten von heute — heißt es — sei solcher Eigensinn des Kapitals ja augenscheinlich. In den jungen Ländern, den Rohstoffstaaten, hätten nur „besondere Umstände“ das Kapital bis vor kurzem zurückgehalten, die Industrie zu bevorzugen. Bald werde das anders werden, werde das Kapital auch dort die minder rentable Landwirtschaft relativ vernachlässigen, sie auch dann noch vernachlässigen, wenn zufolge Bevölkerungswachstums „die Preise wieder etwas gestiegen sein werden. Der Rückgang des nordamerikanischen Weizenbaues, anstatt der zu fordernden Steigerung, läßt das ja schon jetzt erkennen“. ... „Solange wir nicht

eine socialistische Weltwirtschaft haben, wird gegen diesen Eigensinn des Kapitals nichts auszurichten sein".[1])

Und weil dem so sei, weil, trotz Steigens der Lebensmittelpreise, das Kapital sich auf die Fabrikation kaprizieren werde, werde schließlich eine „plötzliche Brotlosigkeit ungeheurer Massen"[2]) über die Industriestaaten hereinbrechen.

Das einzige Faktum, das der Vertreter dieser Doktrin zum Beweise beibringt, ist die Thatsache des — zeitweiligen[3]) — Rückganges des nordamerikanischen Weizenbaues. Sie beweist aber nur, daß während gewisser Jahre die Weltmarktkonjunktur für Weizen ungünstig lag, und daß das Kapital auf das Sinken des Weizenpreises mit der Zuwendung zu anderen, rentableren Produktionen — agrikolen oder industriellen — reagiert.

Zu fordern — im Interesse Nordamerikas oder dem der Welt? — wäre eine stetige Steigerung des nordamerikanischen Weizenbaues keinesfalls gewesen. Denn die Vereinigten Staaten produzieren ja weit mehr Weizen, als ihre eigene wachsende Bevölkerung braucht. Und die gleichfalls wachsende, fremdes Korn brauchende Bevölkerung der alten Länder kann — bisher wenigstens — auch anderswoher versorgt werden; in ihrem Interesse ist

---

[1]) Oldenberg, a. a. O., S. 28. Vgl. S. 21 über die zu vermutende „industrielle Wendung" in Indien, China, Japan, Argentinien.

[2]) Oldenberg, S. 32.

[3]) Es betrug in Millionen Bushels die Produktion Nordamerikas (nach Sartorius von Waltershausen, a. a. O., S. 7) an

	Weizen	Mais
1885 . .	357112	1936176
1890 . .	399262	1489970
1892 . .	515949	1628464
1896 . .	427684	2283875
1897 über	500000	2316000.

Dem Rückgange im Weizenbau war Ende des neunziger Jahrzehnts ein neuer Aufschwung gefolgt, dank des Einlenkens des Weizenpreises in die steigende Linie.

Aber auch in den Jahren 1892/96 hatte das amerikanische Kapital die Landwirtschaft keineswegs „relativ vernachlässigt" — die Maisproduktion schritt gewaltig vorwärts (s. d. Tabelle). Das Kapital hatte nur ein Virement von einem derzeit weniger rentablen zu einem derzeit mehr rentierenden Zweige der Agrarproduktion vollzogen. Vgl. noch unten S. 109.

nur zu fordern, daß gemäß ihrer Nachfrage das Weizenangebot sich ausdehne. Ob dies in den Vereinigten Staaten u. s. w., oder in den Industriestaaten selbst geschieht, ist, vom Preismoment abgesehen, gleichgiltig. Geschehen ist es bisher und es wird immer geschehen — die Prophezeiung eines „steigenden Mißverhältnisses zwischen Nachfrage und Angebot" bezüglich der Lebensmittel widerspricht aller Erfahrung.[1])

Der „Eigensinn" des Kapitals besteht nur darin, hohen Profit zu suchen, niedrigen zu meiden; ob es den hohen Profit aus der Produktion von Lebensmitteln oder der von Materialien oder aus der Fabrikation zieht, ist ihm gänzlich einerlei.

In den Vereinigten Staaten teilt es zur Zeit seine Gunst zwischen der Landwirtschaft, dem Bergbau und gewissen Zweigen der Industrie — solchen, die hier von Natur hervorragend günstige Chancen haben, wie die Erzeugung von Roheisen, Stahl, Fleischkonserven u. a., und solchen, die ihre günstigen Chancen dem Protektionismus danken. In Brasilien interessiert es sich vor allem für Kaffee und Kautschuk. In den Laplatastaaten und in Australien verrät es entschiedenen „Eigensinn" zur Bevorzugung der Viehzucht. In Mexiko und in Südafrika geht seine Laune auf Gold, Silber, Diamanten.

In den volkreichen, wirtschaftlich vorgeschrittensten Gebieten Westeuropas hat es während der letzten Jahrzehnte „zum Industriestaat gedrängt" (Oldenberg) und beharrt dabei — rebus sic stantibus — durchaus mit Recht: in seinem privaten wie im nationalen Interesse. Weil hier wegen des steigenden Angebots billigerer Erzeugnisse des Auslandes der Markt für inländische agrikole Produkte sich verengerte, hat es sich von der Landwirtschaft zurückgezogen. Aber es wird reumütig zu ihr zurückkehren, sobald, mit Einschrumpfen des Imports, der Markt für inländische agrikole Produkte sich wieder erweitert.

„Je knapper mit der Zeit die Nahrungszufuhr in normalen

---

[1]) Vgl. über Preis und landwirtschaftliche Produktion z. B. Wolf, a. a. O., S. 11/12. — v. Schulze-Gävernitz, a. a. O., S. 594. — J. d. Econ. 1899, XI., S. 178: in Frankreich fand ein Rückgang der mit Weizen, Roggen, Gerste bestellten Fläche statt, während, zufolge der Preissteigerung, das Haferareal beträchtlich wuchs.

Jahren wird“[1]) — immer angenommen, daß dem ſo ſein werde —, je höher damit die Preiſe emporgehen, deſto maſſenhafter wird das Kapital ſich zur Produktion von Lebensmitteln drängen. Nicht „eine politiſche Frage, eine Exiſtenzfrage des Staates“, wird es ſein, ob rechtzeitig „die eignen landwirtſchaftlichen Hilfsquellen gepflegt“ werden, ob rechtzeitig das inländiſche Angebot die Nachfrage voll decken wird — ſondern eher eine Geldfrage, eine Exiſtenzfrage für das Kapital, daß es nicht, verlockt durch die Gunſt der agrikolen Konjunktur, geſpornt durch das Signal ſtarker Preishauſſe, mit ſeinem Angebot die Nachfrage überhole. Daß das Kapital dann auf der Bahn der Pflege der eignen landwirtſchaftlichen Hilfsquellen zu eilig vorwärtshaſte, iſt wahrſcheinlicher, als daß es ſie erſt einſchlage, wenn es „zu ſpät iſt“.[2])

Hören wir eine Schilderung aus jener Zeit — um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert — da in England der Fall des Knapperwerdens des Kornimports, den Oldenberg den Induſtrieſtaaten vorausſagt, Wirklichkeit geworden war.

„While increasing population went on enlarging the demand for agricultural produce, and while enormous charges upon importation — überaus hohe Fracht- und Verſicherungskoſten — excluded foreign supply“, ging das Preisniveau empor. „The reclaimaing of land of less and less fertility became the most beneficial employment which disposable capital could obtain ... During the period ... tillage was heightened and extended in a degree altogether unexampled. The eager avidity with which new applications of disposable capital were applied to soil etc. (Torrens, a. a. O., S. 282.)

Als 1799 bis 1801 die Preiſe beträchtlich anzogen, die 1796 bis 1798 — zufolge guter inländiſcher Ernten — tief geſtanden hatten, ergab ſich „an eager resort of fresh capital to the land; the impulse was irresistible; the number of enclosure bills, which in 1799 had been only 63, became in 1800 80, and in 1801 rose to 122“ (S. 289).

Solange die Preiſe der agrikolen Produkte eine ſteigende Tendenz innehielten, hat das engliſche Kapital die Landwirtſchaft keineswegs

---

[1]) Oldenberg, S. 29.
[2]) Oldenberg, S. 29.

„als minder rentabel relativ vernachlässigt“ (Oldenberg), sondern sie mit allem Eifer gesucht; zwischen 1760 und 1834 sind hier 6,8 Mill. englische Morgen urbar gemacht.[1]) Die Neigung des Kapitals zur Landwirtschaft hielt so lange an, bis die ausländische Kornkonkurrenz das Preisniveau herabzudrücken begann. Wenn die ausländische Konkurrenz aber künftig — wie Oldenberg befürchtet — erlahmen, wenn wiederum die Nahrungszufuhr knapp werden und damit der Weizenpreis schärfer und schärfer anziehen sollte, so würde wieder, wie in jenen „Halcyon days“ der englischen Grundherrn während der Napoleonischen Periode, das Kapital eine „eager avidity“, einen „eager resort“, sich in der Lebensmittelproduktion nützlich zu machen, beweisen, würde nicht zaudern, sondern sich, wie damals, überstürzen — würde aus allen minder rentablen industriellen Unternehmungen in Menge und im Fluge sich lösen, um zu dem jetzt rentableren Geschäft, Weidegründe in Weizenböden zurückzuverwandeln, ja nicht zu spät zu kommen.

Wie in England, so ist auch in Deutschland der Hang des Kapitals zur Industrie erst neuern Datums.

Allerdings — zunächst wirkte der Zollverein, dank der hohen Industriezölle des Tarifs von 1837, dahin, „das Manufakturinteresse auf Kosten des Agrarinteresses zu stärken. Da die Nachfrage des Auslandes nach den Erzeugnissen der deutschen Landwirtschaft — zufolge der gleitenden Kornzollskala Englands und Hollands — ungewiß und launenhaft war“, so wurden unter dem Drucke des niedrigen Durchschnittspreises der agrikolen Produkte „die Kapitalien aus dem Ackerbau genommen und in die Industrie gesteckt“.

„Wären“ — so schrieb damals (1840) Bowring weiter — „dem deutschen Landwirte die fremden Märkte zugänglich, so würde ohne Zweifel die Flut der Kapitalien nach der Industrie gehemmt“, würden sie sich mehr dem Ackerbau zuwenden, da dann „der höhere Preis in den Ländern, welche deutsches Korn importieren“, z. B. in England, für den Preis des Korns in Deutschland bestimmend werden würde.[2])

---

[1]) Engels, a. a. O., S. 13.

[2]) Bowring, a. a. O., S. 12 und 13.

Die fremden Märkte wurden zugänglich, der Preis des Korns in Deutschland stieg. Seit Ende der vierziger Jahre, nach Aufhebung der englischen Kornzölle, begann für die deutsche Landwirtschaft eine Periode glänzender Rentabilität. Die Folge war, daß die Kapitalien sich ihr nicht minder willig zur Verfügung stellten wie der Industrie. Gewaltig wurden die „eignen landwirtschaftlichen Hilfsquellen" Deutschlands behufs Versorgung unserer rasch wachsenden Bevölkerung und Ermöglichung des Exports, vor allem nach England, gepflegt.

Gegen Ende der siebziger Jahre schlug die agrikole Konjunktur um: der Import nahm zu, der Kornpreis fiel. Die Landwirtschaft wurde minder rentabel; jetzt begann das Kapital allerdings sie „relativ zu vernachlässigen".

Damit es sie aber von Neuem mit aller Hochachtung behandelte, brauchte nur diese Konjunktur wieder in ihr Gegenteil sich zu verkehren, der Import herabzugehen, der Kornpreis zu steigen.

Die „Kreuzzeitung" hat jüngst (Ende Juli 1899) — in einem Plaidoyer für Errichtung staatlicher Kornhäuser behufs Sicherung der Heeresverpflegung im Kriegsfall — versichert: „falls die Feindseligkeiten sich über Jahr und Tag hinziehen sollten, würde die Landwirtschaft sich rasch wieder überwiegend auf den Getreidebau werfen und das erforderliche Brotkorn in genügender Menge erzeugen. Denn daran wird wohl im Ernste Niemand zweifeln, daß der deutsche Boden jetzt und auf absehbare Zeit im Stande ist, das deutsche Volk ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen." Daran ist, scheint mir, allerdings nicht zu zweifeln — wenn nur der Preis hoch genug ginge, so würde das Kapital von seinem „Eigensinn" sich alsbald bekehren; ob der Preis durch den Kriegsfall akut heraufgeschraubt würde, oder chronisch durch das Versiegen der ausländischen Nahrungsquellen, bliebe sich gleich.

Th. v. d. Goltz, in seinen „Vorlesungen über Agrarwesen und Agrarpolitik", schreibt:

„Die Erhöhung der Getreideproduktion auf der gegenwärtig dem Ackerbau gewidmeten Fläche ist nur ganz allmählich erreichbar. Ein nach seiner natürlichen Beschaffenheit oder Lage wenig ertragreicher Boden kann erst durch eine während vieler

Jahre konsequent fortgesetzte, gute Behandlung zu wesentlich höhern Produktionen befähigt werden. Derartige Böden machen aber den größeren Teil der Ackerfläche im deutschen Reiche aus."

Mag sein, daß es nicht so rasch ginge, wie die „Kreuzzeitung" meint. Aber einmal könnte die Erhöhung der Getreideproduktion auch — wie v. d. Goltz vorher andeutet — „durch die Verminderung der (gegenwärtig) den Wurzelgewächsen und den Futterpflanzen gewidmeten Fläche" ermöglicht werden. Und zweitens brauchte — vom Kriegsfalle abgesehen — die Erhöhung der Getreideproduktion auf der gegenwärtig ihr gewidmeten Fläche auch nur „ganz allmählich" zu erfolgen, da die Zufuhr vom Auslande nur ganz allmählich sinken würde.

Selbst wenn dereinst das deutsche Volk viel mehr Einwohner zählen und eine viel höhere Quote wie heute von fremdem Korn sich nähren sollte, würde ein Sinken der Zufuhr nichts Bedrohliches haben. Denn dieser Zustand könnte nur eintreten, wenn inzwischen die Weltproduktion von Korn sich im Vergleich zu der von heute wesentlich gehoben hätte; und auch dann würde der Rückgang des Imports nicht plötzlich erfolgen.

Es ist keine Gefahr dabei, wenn die Industriestaaten im Geleise der vielleicht „breitspurigen", aber zweifellos reichtummehrenden Welthandelspolitik „fortwursteln" (Oldenberg) — wenn sie, *solange* der Weltmarkt zum Import von Lebensmitteln, zum Export von Fabrikaten ihnen offensteht, an ihm teilnehmen und dadurch die nationale Dividende erhöhen.

Wie lange aber wird diese Gunst der Situation dauern? Wie lange wird es währen, bis das von unsern Importpessimisten vorausgesagte *dauernde* Versiegen der Nahrungsquellen der Rohstoffstaaten beginnt und nun die Industriestaaten *gezwungen* werden, allmählich „rückwärts zu wursteln", gezwungen werden, die Produktivität ihrer nationalen Arbeit durch Ausdehnung der Eigenproduktion von Lebensmitteln im Zeichen des Gesetzes des abnehmenden Ertrags und Ausdehnung der „nationalen" Industrie auf Kosten der Exportindustrie herabzumindern?

II. Bisher hatten wir angenommen, es sei gewiß, daß für die Industriestaaten solche Zwangslage kommen müsse. Ist es wirklich gewiß?

Um ein dauerndes Versiegen der Nahrungsquellen wahrscheinlich zu machen, verweist man auf „die ungeheure Steigerung der Zahl der Münder, die von einer und derselben Erde gesättigt sein wollen; nicht nur in den alten Industriestaaten, sondern auch in den Nahrungsländern selbst. Man bedenke, was es heißen will, wenn allein in Vorderindien 1881—1891 die Bevölkerung um $27^1/_2$ Millionen zugenommen haben soll; das ist etwa so viel wie die ganze damalige Bevölkerung des preußischen Staates. Von Ostasien und Rußland mit seiner gewaltigen Volkszunahme, von Australien, Afrika, Südamerika will ich nicht sprechen. Aber Westeuropa allein, mit Nord- und Mittelamerika, liefert einen jährlichen Bevölkerungszuschuß von 4 Millionen“ ... „Es wird von den Staaten, die (bisher) Getreide ausführten, einer nach dem andern ausscheiden, wie gegenwärtig Österreich-Ungarn auszuscheiden im Begriff ist.“ [1])

Die rapide Volkszunahme ist nicht zu leugnen. Es erscheint sicher, daß, wie Frankreich und Deutschland, so auch künftig noch andere Länder — zunächst vermutlich Österreich-Ungarn — aus der Reihe der „Nahrungsländer“ ausscheiden, ihr Korn den eignen Mündern zuführen werden statt fremden. Aber werden nicht statt ihrer andere Länder eintreten, bezüglich einige der Länder, die heute schon Korn ausführen, künftig weit mehr ausführen wie heute?

Nicht mehr in dem Maße, wie damals als es gesprochen wurde, aber noch immer gilt das Wort Benjamin Franklins, daß die Erde einer großen Wüste gleiche, unterbrochen durch einzelne Kulturoasen. Vorderindien, Japan, Teile von China — der Osten der Vereinigten Staaten Nordamerikas — Westeuropa stellen die größten dieser Kulturoasen dar, neben denen, hie und da verstreut, noch viele andere, kleinere, liegen. Aber gewaltige Massen Bodens harren noch des Pfluges, gewaltige Massen Bodens hat er nur erst geritzt.

„Der Wirtschaftsgeograph wird uns belehren, daß die Ergiebigkeit der Erde noch einer unendlichen Steigerung fähig sei, wenn auch die Zukunft Sibiriens überschätzt sein mag, und wenn auch

---

[1]) Oldenberg, S. 28.

Länder wie China und Japan schon jetzt unerhört intensiv bewirtschaftet werden.“ [1])

Selbst in Europa giebt es noch Länder genug, die nichts weniger als intensiv bewirtschaftet werden, und in denen noch große Flächen unbebaut sind. So — wenigstens gebietsweise — die italienische und die iberische Halbinsel, die Donaustaaten, Rußland.

Mag sein, daß, wie die Verhältnisse derzeit liegen, Rußland außer Stande ist, künftig wesentlich mehr Nahrungsmittel an den Westen abzugeben wie heute, sein Kornexport vielmehr demnächst eine fallende Linie zeigt. Daß aber seine Ergiebigkeit noch einer außerordentlichen Steigerung fähig ist, steht außer Zweifel.[2]) Ein beträchtliches Plus an Nahrungsmitteln ließe hier sich gewinnen, wenn ein liberaler Geist in die Verfassung und, was weit wichtiger wäre in die Verwaltung des Zarenreiches käme — wenn die kollektivistische Bodenverfassung der „kapitalistischen“ wiche — wenn das intellektuelle, moralische, physische Niveau der „Muschiks“ sich höbe. — wenn ein rationellerer Betrieb in der Landwirtschaft platzgriffe und das Bleigewicht der Fabrikatzölle, das sie so lange hat tragen müssen, ihr abgenommen würde[3]) — wenn das Eisenbahn-

---

[1]) Oldenberg, S. 28.

[2]) Vgl. v. Schulze-Gävernitz, Volkswirtschaftliche Studien aus Rußland, S. 593.

„Von der Ackerfläche Rußlands liegen alljährlich noch 40—60 % in Brache ... jede leichte Steigerung der Getreidepreise bewirkt nicht nur, daß neue Länder in Anbau genommen werden, sondern auch daß die altbebauten intensiver bestellt werden.“

[3]) „Allen Beobachtern ist die Schlechtigkeit der Werkzeuge der russischen Landwirtschaft aufgefallen. Der Bauernpflug mit seinen wenigen Eisenbestandteilen pflügt nicht tief genug. ... Die Routine hindert den Übergang zu bessern Wirtschaftssystemen. Nur ein Viertel der Oberfläche Rußlands ist für den Ackerbau verwendet“ — nach Schulze-Gävernitz (S. 593) allerdings etwa 40 %. „Davon liegt, weil die Dreifelderwirtschaft fast überall vorherrscht, ein ungeheurer Teil von 30—40 Mill. Deßjatinen (d. h. 100—120 Mill. preußischer Morgen) brach. Nur in einem Teil der Steppe, in Polen, in den Ostseeprovinzen besteht die Fruchtwechselwirtschaft.“

„Der schlimmste Feind der russischen Bauern ist die Macht der Tradition, die Abneigung gegen das Düngen. ... Die Mennoniten an der Wolga bestellen ihr Land vortrefflich, düngen reichlich und haben infolgedessen große Ernteerträge. Die benachbarten russischen Bauern ... pflügen nachlässig, düngen nie, und haben daher fortwährend über Mißernten zu klagen. ... Das mit den glänzend-

netz, das, allerdings stark ausgedehnt in den letzten drei Decennien, doch auch heute noch viel zu weite Maschen aufweist,[1]) mehr und mehr sich verzweigte und gleicherweise das der Vervollkommnung noch bedürftigere Kanalnetz (z. B. durch den Bau des projektierten Kanals von der Ostsee zum Schwarzen Meer).

Wer hätte anfangs der sechziger Jahre das rasche Wachstum des Kornexports vorausgesagt, das dank der socialen Reformen Alexanders II., der Milderung des Schutzzollregimes, der Meliorationen im Verkehrswesen, eintrat — wer vermöchte heute zu bestimmen, wie impulsiv ein Wiedereinlenken Rußlands in fortschrittliche Bahnen auf die Agrarproduktion wirken würde!

Selbst in Europa ist noch viel mehr Brot wie heute für die rasch sich mehrende „Zahl der Münder" zu finden. Und in Asien?

Binnen Kurzem wird die transsibirische Pacificbahn die Zufuhr von Cerealien nach Rußland wesentlich erleichtern; und damit

---

sten Resultaten gekrönte Beispiel der Mennoniten hat auch den Großgrundbesitz jener Gegenden nicht aus dem Schlendrian aufgerüttelt; auch hier wird nicht gedüngt, vielmehr der Dünger als hindernde Last beiseite geschafft (Keußler, Gemeindebesitz, III, S. 223). In Gegenden, wo Steinkohle gewonnen wird, heizen die Bauern mit Dünger (Schulze-Gävernitz). Die Kompostbereitung, vielen Landwirten nur dem Namen nach bekannt, gelangt nur selten zur Ausführung und vor der Anwendung menschlicher Fäkalien zur Düngung schrecken noch viele Landwirte aus reinem Vorurteil zurück. Asche, Gips, Kalk, Mergel, Phosphate ... haben nur eine äußerst seltene und beschränkte Anwendung. Knochen werden in Massen exportiert, statt daraus Knochenmehl für die russische Landwirtschaft zu machen. Es giebt mächtige Strecken, die reich sind an Phosphoriten, aber sie werden fast gar nicht ausgebeutet."

„Gegenüber solchen Defekten der Intelligenz ..., angesichts des fast überall ... betriebenen Raubbaues ... ist die Klage über Mangel an Land recht verwunderlich. ... Die Extensität der Landwirtschaft erklärt den geringen Ertrag der Arbeit viel deutlicher." (Aus dem Artikel „Agrarreformen in Rußland", Beilage zur Allg. Ztg., 1895, Nr. 257.)

Oldenberg schreibt: „von occupierbarem Lande wie früher in Nordamerika sei in Rußland nicht die Rede" (S. 21). In dem Maße wie dort allerdings nicht. Worauf es ankommt, ist, daß die Produktivität der agrikolen Arbeit auf bereits occupiertem Lande noch außerordentlich gehoben werden, der Rohertrag noch gewaltig gesteigert werden kann, ohne das „Gesetz des abnehmenden Ertrags" auszulösen.

[1]) Schulze-Gävernitz, S. 593.

werden in Rußland Kornmengen, die bisher zur Speisung des russischen Volks gebunden waren, frei werden.[1]) Wie große, ist heute schon zu berechnen unmöglich. Nach einer Schätzung würden zufolge der Erschließung durch jene Bahn 300000 qkm, dreimal so viel als die ungarische Tiefebene umfasse, anbaufähig werden[2]); nach der offiziellen Kalkulation[3]) sind an anbaufähigem Lande — abgesehen von dem, das nur mit größeren Kosten (Entwässerung, Bewässerung) in diesen Zustand versetzt werden kann — verfügbar in Westsibirien etwa 6000 Quadratmeilen, in Ostsibirien im engern Sinne (d. h. in den Gouvernements Jenissseik und Irkutsk) etwa 5000, im Amurgebiet etwa 9000, im Steppengeneralgouvernement, das die Bahn nur in nördlicher Grenzlinie berührt, etwa 1000; außerdem noch geringere Flächen auf den Oasen in dem ausgedehnten Steppengebiet — im ganzen rund 24000 Quadratmeilen, d. h. ein Areal, das ungefähr dem von Deutschland, Frankreich, Italien zusammengenommen entspricht.[4])

---

[1]) Vgl. Schulze-Gävernitz, S. 594/5: das Maß des Exports sei natürlich bedingt durch den Getreidepreis und die Transportkosten, d. h. vor allem durch die Tarifsätze der Bahn. —

Die russischen Landwirte befürchten eine verderbliche Kornkonkurrenz auf dem russischen Markte (vgl. Nationalztg., 16. März 1900).

[2]) Schön, Über die Ziele Rußlands in Asien, 1899.

[3]) Sibirien und die große sibirische Eisenbahn. Bericht des russischen Departements für Handel und Manufakturen, 1893, (russisch und englisch).

[4]) Vgl. außer den genannten Werken noch die Artikel im Export, 1897, S. 427, u. 1898, S. 498; Nation, 1894, S. 740; Gewerkverein, 1899, S. 283. J. Wolff, Die Verhältnisse der Landwirtschaft im 19. Jahrhundert, S. 12.

Oldenberg schreibt (S. 21): „die agrarische Zukunft Sibiriens ist weit überschätzt worden; man hat neuerdings (Jahrb. f. N.-O. III. F., Bd. 12, S. 354) berechnet, daß bei dem jetzigen, durch die Eisenbahn beschleunigten Tempo der Wanderungen Sibirien in 20—25 Jahren besiedelt sein wird."

Solche Prophezeiungen bezüglich des Besiedelungstempo sind recht unsicher — weit unsicherer als die Berechnungen bezüglich des Umfangs des anbaufähigen Bodens. Es kommt aber gar nicht auf das Besiedlungstempo an sondern auf das Maß der Produktivität der agrikolen Arbeit der Besiedler! Als in Nordamerika die innere Kolonisation durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes beschleunigt ward, schwoll der Cerealienexport gewaltig an; je weiter die Besiedelung um sich griff, desto größer wurde der zur Ausfuhr verfügbare Überschuß. Warum sollte dies in Sibirien anders sein? Für vorläufig nicht absehbare Zeit wird hier das Wachstum der „Zahl der Münder", m. a. W. der Konsumtion, überholt werden durch das Wachstum der Produktion,

Daß China und Japan — die, wie Oldenberg mit einiger Übertreibung sagt, „schon jetzt unerhört intensiv bewirtschaftet werden“ [1]) — in die Reihe der kornexportierenden Gebiete eintreten, scheint ausgeschlossen. Ob Indien künftig mehr Weizen ausführen wird oder weniger, muß dahingestellt bleiben. Dagegen dürfte es gewiß sein, daß neben Sibirien Vorderasien ein „Nahrungsland“ werden wird.

„Wenn — so schrieb neulich (August 1899) die ‚Nowoje Wremja‘ anläßlich des Projektes der Bagdadbahn — die 240 000 qkm kulturfähigen Bodens Vorderasiens mit Getreide bebaut würden, so wäre die russische Getreideausfuhr nach der Türkei, Griechenland, Ägypten ruiniert, seine Ausfuhr nach Persien gefährdet.“

Das Euphratthal zählt zu den von Natur fruchtbarsten Gegenden der Welt; es sei, heißt es, noch weit fruchtbarer als das Nildelta, an Fläche ungefähr siebenmal so groß wie dieses.[2]) Es ist der Erdabschnitt, von dem der „Vater der Historie“ sagte: „wir kennen kein Land, das besser zum Getreidebau geeignet wäre ... es trägt immer an zweihundertfältige Frucht, in guten Jahren wohl an dreihundertfältige“. Jetzt ist die Landwirtschaft hier in kläglichem Zustande: die Araber haben als echte Nomaden weder Geschick noch Neigung zum Ackerbau. Seitdem Mesopotamien seine Stellung als hauptsächlichster Vermittler des Handels zwischen Indien und Europa einbüßte, ist es jämmerlich zurückgegangen, an Reichtum wie an Bevölkerung. Dank der Bagdadbahn wird es künftig zu einer der Kornkammern des Occidents werden.[3])

---

welche die zu den Mündern gehörigen Hände auf dem jungfräulichen Lande vollbringen, und wird der Fortschritt des Cerealienexports aus Sibirien den Rückgang desselben, welcher demnächst etwa in Österreich-Ungarn eintreten kann, mindestens wettmachen.

Im Jahre 1898 sollen, nach Angabe der Rig. Ind.-Ztg., bereits 320 000 Tonnen Getreide auf den Linien des westlichen Netzes als Exportgut befördert worden sein.

[1]) S. o. S. 103.

[2]) Nach einer englischen Schätzung; vgl. Nationalztg. vom 17. August 1899.

[3]) Vgl. über das Euphrat- und Tigrisgebiet: Sprenger, Babylonien das reichste Land in der Vorzeit, 1886; Artikel der D. Kolon.-Ztg., 1895, S. 393, und 1898, S. 369.

Über die Möglichkeit, durch Bewässerung die agrikole Produktion außer-

Und Afrika? War nicht dessen Nordrand einst eine der üppigsten Kulturoasen des „orbis terrarum“? Die Fähigkeit, es wieder zu sein, hat dies Gebiet nicht verloren; man brauchte nur wieder, wie einst, Wasser über die durstigen Fluren zu leiten und, wie in Mesopotamien, der autochthonen Bevölkerung den Hang zum Nomadisieren auszutreiben. Allein die dem Mittelmeer zugekehrte Abdachung Algeriens vermöchte, wie behauptet wird, 19 Millionen Menschen zu ernähren, während heute in ganz Algerien nur etwas über 4 Millionen wohnen.[1])

Jetzt, nach dem wohl endgiltigen Zusammenbruch des Mahdismus, eröffnet sich die Perspektive, daß auch der Sudan, wenn durch Eisenbahnen mit der Küste verbunden, in die Reihe der agrikole Produkte exportierenden Länder eintrete; in dessen südlichen Bezirken, um Chartum, wie zwischen dem Blauen und dem Weißen Nil giebt es ausgezeichneten jungfräulichen Boden.[2]) Schweinfurth hat einmal darauf hingewiesen, daß das Sorghum, welches Afrika in enormen Quantitäten zu liefern vermöge, vielleicht das „Brot der Zukunft“ für die untern Massen werden könne.[3])

Aber lassen wir die damit angedeutete Möglichkeit, auch die für den Weizen- und Roggenbau ungeeigneten Tropengegenden des „schwarzen Kontinents“ in den Dienst der Ernährung der Kulturvölker einzubeziehen, auf sich beruhen: wie im Norden, so liegt auch im Süden Afrikas noch Boden in Fülle brach und wird, nahezu überall, der bebaute Boden überaus mangelhaft bewirtschaftet. Von der Kapkolonie heißt es, daß „the land is capable of producing perhaps a hundredfold its present yield“.[4]) Betschuanaland wird

---

ordentlich zu heben, bezüglich der Südküste Kleinasiens: den Bericht aus Mersina im D. Handelsarchiv 1893, II, S. 587; bezüglich Palästinas: Artikel der D. Kolon.-Ztg., 1898, S. 363.

[1]) Vgl. den Vortrag des Prof. Fischer (Marburg) im Export, 1893, S. 674.

Über Tripolis: D. Kolon.-Ztg., 1898, S. 385.

[2]) Nach Neufeld's Äußerung in einem Londoner Interview, in dem er die irrige, in England herrschende Ansicht, als ob der Sudan eine „Wüste“ sei, zurückwies (National-Ztg., 1. Dezember 1899).

[3]) Export, 1896, S. 597.

[4]) Westminster Review, 1893, S. 49.

als ein zur Massenbesiedlung hervorragend taugliches Gebiet geschildert, dank reichlichem Regenfall, großen Wasservorräten im Boden — „es fehlt ihm nichts als Bevölkerung" (Minister Laing).[1])

Wenn diese Länder, wie auch Transvaal und der Oranjestaat, bisher der Viehzucht vor dem Ackerbau den Vorzug geben[2]) — „nirgends haben die Ochsen in der hohen Politik so viel mitzusprechen wie in Südafrika" —, so liegt dies nicht daran, daß sie zum Ackerbau, zur Produktion von Brotfrüchten u. s. w., sich nicht eignen, sondern an dem Mangel an Arbeitern und Kapitalien, an dem Hochstand von Lohn und Zinsfuß; weiter an dem Mangel an Verkehrsmitteln.

Gleiches gilt von den deutschen Kolonien im Westen und Osten Südafrikas. „Sobald der Europäer, der hierzulande bei dem Mangel an helfenden Händen notgedrungen zu vielerlei gleichzeitig unternimmt, Zeit findet", die Landwirtschaft rationell zu betreiben, werden die Erfolge nicht ausbleiben. Namaland — meint man — sei zu einem der ersten Obst- und Weinbaudistrikte prädestiniert; nicht die Schwierigkeit, Wasser zu beschaffen, hemme die Entwickelung der Garten- und Ackerwirtschaft, sondern die Schwierigkeit des Absatzes. „Solange der Markt fehlt für die Feldfrüchte, ist man zumeist auf Viehzucht angewiesen."[3])

Man braucht unsern Kolonialschwärmern lange nicht Alles zu glauben, wird an ihre Berechnungen des Verhältnisses von Kosten und Erträgnis vielfach dicke Fragezeichen machen müssen. So viel aber kann man ihnen zugeben, daß diese Gebiete früher hinsichtlich

---

[1]) Export, 1894. — Ebenso über Transvaal: Export, 1894, S. 658. — D. Handelsarchiv, 1899, II, S. 623.

[2]) Daß auch die Viehzucht nicht in dem Maße betrieben wird, wie es nach den natürlichen Bedingungen geschehen könnte, hat seinen Grund darin, daß der Diamant- wie der Goldbergbau, die noch besser rentieren, ihr die Arbeiter und die Kapitalien wegnehmen.

[3]) D. Kol.-Ztg., 1898, S. 137. — Über die Möglichkeit einer namhaften Steigerung der agrikolen Produktion — „bei zunehmender Bevölkerung, größerer Seßhaftigkeit" — in Deutsch-Ostafrika vgl. den Bericht Schele's im Kolon.-Blatt, 1894.

Besonders aber: Th. Rehbock, Deutsch-Südwestafrika. Seine wirtschaftliche Erschließung unter besonderer Berücksichtigung der Nutzbarmachung des Wassers, 1899.

ihrer agrikolen Produktivität stark unterschätzt worden sind — daß es nicht so sehr klimatisch-tellurische Momente, die der Mensch nicht zu wandeln vermag, als sociale Momente sind, welche den Aufschwung der Landwirtschaft bisher hintanhalten. Wenn jenes sociale Moment eingriffe, welches unseren Malthusianern bange macht, wenn ein Knapperwerden der Kornzufuhr nach Westeuropa und damit eine Preissteigerung von Korn einträte, so würden, neben anderen, diese Gebiete dazu übergehen, wie die Tier- so auch die Cerealienproduktion kräftiger zu pflegen und das Manko zu decken.[1])

Und Amerika? Die schwierige Frage, wie großer Erweiterung die Landwirtschaft der Vereinigten Staaten und ihr Export noch fähig sei, vermag Niemand mit Sicherheit zu entscheiden. Daß alles öffentliche Land bereits vergeben sei und der Kornbau rückwärts gehe,[2]) ist falsch. Nach Mulhall waren:

	Acres under Grain	Crops, Tons	Value, Mill. of Doll.
1893 . . .	140500000	69100000	963
1897 . . .	150300000	81100000	1122

Der Export stellte sich folgendermaßen:

	Value Mill. of Dollars		Weight, Tons	
	1893	1898	1893	1898
Grains . . .	200	334	5900000	13250000
Provisions . .	226	290	720000	1080000
Cotton . . .	189	230	980000	1720000.

Nach dem Census von 1890 belief sich das Totalareal „under farms“ auf 623 Mill. acres. Von da bis zum Juni 1898 wurden „Land grants“ im Umfange von 84 Mill. acres vergeben, so daß zu letzterem Zeitpunkt das Totalareal sich auf etwa 707 Mill. belief.[3])

---

[1]) Rehbock (a. a. O.) schätzt das Gebiet Deutsch-Südwestafrikas, das erst durch künstliche Bewässerung der Kultur gewonnen werden müßte, dann aber reichsten Ertrag liefern könnte, auf 300000 qkm. — Von Hermann (Kolon.-Ztg., 1900, Nr. 11) wird allerdings behauptet, daß Rehbock zum Optimismus neige.

[2]) Oldenberg, S. 21 und 28.

[3]) Mulhall, in der North American Review, 1899, S. 540—541. „Land grants and selections including Homestead grants and lands

Die Steigerung der agrikolen Produktion auf extenſivem Wege, die ſchon ſeit Jahren als demnächſt abgeſchloſſen bezeichnet wurde, iſt bisher noch immer in großem Stile vorwärts geſchritten; und — im Weſten wenigſtens — kann ſie auch weiterhin ſo vorwärts ſchreiten. Californien iſt „im Ganzen noch jungfräulicher Boden, Millionen von acres ſind noch nie vom Pfluge geritzt worden, weil ſich der Strom der Einwanderung zuerſt in die Mineninduſtrie ergoß“ und in deren nächſter Nachbarſchaft Obſt- und Weinbauanlagen emportrieb.[1])

Daß eine Steigerung kraft intenſiverer Kultur vorläufig noch in nicht minder großem Stile möglich ſei — vor allem wiederum im Weſten — wird ſich ebenſowenig beſtreiten laſſen.[2])

Der Optimismus des Yankee: „there is plenty of room for 500 millions of people“,[3]) dürfte der wirklichen Sachlage eher entſprechen als der Peſſimismus unſerer „Selbſtgenügler“, die mit Angſt das Bevölkerungswachstum der großen Republik beobachten und meinen, mit jeder Million mehr rücke der Punkt, wo dieſe Kornkammer ſich verſchließen werde, näher. Bisher hat ſie ſich, mit jeder Million mehr, immer weiter geöffnet. Gewiß — einmal wird der Tag kommen, wo die Bewegung umſchlägt.

Für Canada liegt jedenfalls dieſer Tag noch viel ferner wie für die Vereinigten Staaten. Die öſtlichen Provinzen ſind zwar ſchon ziemlich intenſiv bebaut, aber der mittlere und der weſtliche Teil iſt noch nahezu „terra virgo“. Die Erzeugniſſe des Ackerbaues

---

belonging to railroads, which were taken up by settlers in 5 years (1893/97), covered an area as large as the island of Great Britain:

Homestead grants	28600000
Railroad etc . .	19500000
Total	48100000 mill. acr.

„This gave an average of nearly 10 mill. acres taken up yearly, to be devoted, for the most part, to new farms, either tillage or grazing“ (S. 540).

[1]) Export, 1897, S. 474.

[2]) „Der Beſiedlungsprozeß des großen Gebiets iſt äußerlich vollendet, und zum intenſiven Fortſchritt im Innern iſt jetzt erſt die Volkskraft völlig freigeworden“ (Sartorius v. Waltershauſen, a. a. O., S. 2). Vgl. noch J. Wolf (a. a. O., S. 6).

[3]) Ingerſoll in der N. A. Review, 1893, S. 56.

und der Viehzucht „können noch ins Ungemessene gesteigert werden", im Nordwesten scheint es möglich, den Weizenbau auf das Hundertfache von heute zu bringen — nur „the population is lacking".[1])

Wie in Canada, so würden auch in Centralamerika Nahrungsquellen sich erschließen, wenn die Vereinigten Staaten aus der Reihe der Korn exportierenden Länder ausscheiden sollten. In Mexiko steht der Ackerbau, trotz hoher Gunst des Klimas und des Bodens, noch auf ganz niedriger Staffel der Entwickelung, extensiv wie intensiv. Die Verhältnisse ähneln denen in Californien: der Schwerpunkt der Volkswirtschaft liegt in der Mineninduſtrie, das agrikole Gewerbe leidet unter dem Mangel an Händen, die die lohnendere Beschäftigung in den Bergwerken vorziehen.[2])

Und Südamerika? In Argentinien war, nach einer Schätzung von 1893[3]), erst etwa $^1/_{20}$ des Weizenareals unter den Pflug genommen — heute (die Ziffern sind mir derzeit nicht zur Hand) eine größere Quote. Aber noch immer jammern die dortigen Staatsmänner und Agrarier über die „scarcity of hands".[4]) [5])

Auch die südlichste Provinz Brasiliens, Rio Grande du Sul, könnte zu einem Weizenlande hohen Ranges werden. Anfangs des Jahrhunderts stand hier die Cerealienproduktion in Flor und fand beträchtlicher Export nach Nordamerika statt. Der Kornbau ging aber wegen des Einbruchs des „Brandes" und der Störungen des Bürgerkrieges zurück. Heute wird er zurückgehalten durch die geringe Entwickelung der Müllerei und des Verkehrswesens einerseits, durch die Konkurrenz der Kaffee- und Gummiproduktion, welche bisher höhere Rentabilitätschancen bieten, um die Arbeiter andererseits[6]) — wie einst in Nordamerika der Kornbau durch die Konkurrenz der Tabak- und der Baumwollproduktion.

---

[1]) Economiſt, 1894, S. 1319. — D. Kolon.-Ztg., 1896, S. 172. — Ztschr. d. preuß. Statistischen Bureaus, 1893.

[2]) Aktionär, 1899, S. 502.

[3]) Export, 1893, Nr. v. 9. September.

[4]) Economiſt, 1897, S. 1703. Symptomatisch ist die Einführung einer Junggesellensteuer (1898).

[5]) Vgl. J. Wolf (a. a. O., S. 11, 15), der um Argentiniens willen Südamerika als den „Erdteil der Zukunft" bezeichnet.

[6]) Export, 1898, S. 441. — Nach dem Vortrag von Hermann Meyer

Auch in Paraguay ist bisher die Bevölkerung viel zu dünn gesäet. „Alles, was man pflanzt, gedeiht vortrefflich, aber es fehlt an Menschen, die sich damit abgeben, zu pflanzen.“ Hier machen die Theekultur und die Viehzucht die Hände der Getreideproduktion abwendig[1]) — in Urugnay der rasch aufstrebende Weinbau.

Aber — wenn auch in viel geringerem Maßstab als in Argentinien, wo Boden- und Klimaverhältnisse für die Getreideproduktion die relativ günstigsten sind — nimmt in Brasilien wie in Paraguay die Getreideproduktion in letzter Zeit zu; in Chile ist der Cerealienexport schon älteren Datums.[2])

Und — last not least — Australien? Wie in den Vereinigten Staaten, wie in Canada, ist hier die Bevölkerung während weniger Decennien um Hunderte von Prozenten gestiegen. Zu Beginn der Regierung Viktorias hatte es ungefähr 200000, im Jahre 1896 rund $4^1/_4$ Mill. Einwohner; das kultivierte Land erstreckte sich damals auf einen Umfang von noch nicht $^1/_2$ Mill. acres, jetzt (1896) von $16^1/_4$ Mill. Aber nur ein minimer Teil des kultivierbaren Landes ist damit kultiviert — die Hände fehlen. „Many large fields, now in infancy, would speedily come to the front, if there were only a sufficient supply of labour available“.[3]) Neu-Seeland, ungefähr so groß wie Deutschland, hat heute nur 800000 Einwohner — man meint, daß es 30 Millionen ernähren könnte[4]); Queensland, statt nur etwa $^1/_2$ Mill. (1895) deren 20. Ganz Australien vielleicht 300 Millionen.[5])

So fern es mir liegt Schätzungen, wie die letztere und manche

---

über seine centralbrasilianische Forschungsreise in der D. Kolon.-Gesellschaft (27. März 1897) sollen auch in der Provinz Matto Grosso große Strecken fruchtbarsten Kulturlandes liegen, die zufolge der spärlichen Bevölkerung und der schlechten Transportbedingungen nahezu keinen Ertrag geben; diese Provinz habe vielleicht die größte Zukunft — allerdings wohl mehr hinsichtlich Gewinnung von tropischen Produkten als von Cerealien.

[1]) Export, 1893, S. 163; 1897, S. 605. — D. Kolon.-Ztg., 1893, S. 126.

[2]) In Brasilien unter dem Druck der Kaffeepreisbaisse, vgl. Nationalztg. vom 26. September 1899. — Über Paraguay: Export, 1899, S. 295. — Über Chile: Export, 1893, S. 613.

[3]) Westminster Review, 1897, S. 457. — Econ. 1896, S. 485.

[4]) Export, 1898, S. 217. — Westminster Review, 1894, S. 358.

[5]) Export, 1895, S. 393. — Westminster Review, 1893, S. 408.

andere, oben angemerkte, als bare Münze anzunehmen — es ist doch notwendig, ihrer zu erwähnen. Denn, wenn auch etwas aus dem Blauen gegriffen, geben sie doch von dem Stand der „Brotfrage“ eine zutreffendere Vorstellung als Oldenbergs Sätze von der „ungeheuren Steigerung der Zahl der Münder, die von derselben Erde gesättigt sein wollen“, von der „gewaltigen Volkszunahme“ Rußlands, Ostasiens — von Afrika, Südamerika, Australien gar „nicht zu sprechen“.[1])

Die Situation ist heute die, daß in allen den genannten Ländern — in Rußland, in Sibirien, in Vorderasien, zum Teil auch in Indien, in Afrika, in Nord-, Central-, Südamerika, Australien — die Bevölkerungsflut noch unabsehbare Zeit andauern kann, ohne daß dadurch die Gefahr der Brotnot für Westeuropa heraufbeschworen würde. Vielmehr würde, gerade zufolge solchen weiteren Wachstums der Ziffer, die Versorgung der Welt eine noch ergiebigere werden als heute — die Summe des Brotes in noch rascherem Tempo steigen als die Summe der Münder.

Der Satz, daß „die Zeit der extensiven Erschließung ihrem Ende zugehe“[2]), ist falsch. „Die Massenproduktion der neu dem Verkehr aufgeschlossenen Gebiete“ wird nicht „bald wieder zurückgehen“[3]), sondern kann sich noch unberechenbar erhöhen.

Dank Ausdehnung der brotspendenden Fläche und intensiverer Ausnutzung der jetzt schon mit Getreide bestellten Böden werden die Nahrungsquellen künftig reichlicher fließen als zu Ende des Säkulum, an dessen Beginn R. Malthus geschrieben, — werden reichlicher fließen nicht trotz, sondern wegen weiterer Volkszunahme.

Nicht bloß „der Geschäftsmann und der Durchschnittspolitiker

---

[1]) Vgl. oben S. 102 das Citat aus Oldenberg.

Wie Oldenberg in seiner Beurteilung der Frage des Fabrikatenexports der Industriestaaten die „Gegenkräfte“ übersieht (s. o.), so übersieht er diese auch bei der Frage des Lebensmittelimports. Die Möglichkeit ungeheurer Steigerung der agrikolen Produktion zaubert er hinweg mit seiner famosen Doktrin vom „Eigensinn“ des Kapitals, das für solche Steigerung nicht zu haben sei.

[2]) E. v. Halle, Sociale Praxis, 1899, S. 556.

[3]) Th. v. d. Goltz, Vorlesungen über Agrarwesen und Agrarpolitik, 1899.

UNIVERSITY

wird jeden auslachen, der von der Gefahr (der Brotnot) spricht“ [1]), sondern auch der Wirtschaftsgeograph und der Sozialökonom. Aber weder durch Auslachen noch durch Vorbringen von Thatsachen werden sie den Pessimisten bekehren. Sein weitsichtiges Auge wird er in fernste Zukunft richten und wird sagen: einmal muß dieses „Interregnum des abnormen Nahrungsüberflusses unter abnormen Verhältnissen“ [2]) doch ablaufen! Wenn in den Industriestaaten von heute die Ziffer in dem Tempo weiter hastet, welches sie im „Jahrhundert des Dampfes“ eingeschlagen, und in den Rohstoffstaaten von heute die Ziffer das, zum Teil wenigstens, noch raschere Tempo des Wachstums beibehält; wenn, unter dem Zwange des damit mehr und mehr steigenden Bedarfs, der Pflug der Erde weites Rund umkreist haben, die Nahrungsmittelproduktion in allen Provinzen der Weltwirtschaft auf ein gleiches, hohes Maß von Intensität gebracht sein wird — so muß, falls dann die „Zahl der Münder“ und mit ihr der Bedarf noch weiter steigt, die Zeit kommen, da unser Planet der menschlichen Lebewesen zu viele zählt, um sie noch so ausgiebig ernähren zu können wie heute; die Zeit, da für alle Völker aller Zonen das „Gesetz des abnehmenden Ertrags“ sich geltend macht, dessen Druck heute erst einige wenige spüren; die Zeit, da die ‚species homo‘ zwar nicht gerade verhungern würde, falls sie weiter sich mehrte, aber doch entweder mit weniger Nahrung sich begnügen müßte als bisher, oder mehr und mehr dem Genusse der entbehrlichen Güter entsagen, damit Arbeitskräfte frei werden behufs Mehrung des Rohertrages der Nahrungsmittelproduktion durch immer intensivere Kultur. Aber das Sichbegnügen hat eine Grenze und die Erhöhung der Intensität auch. Was dann?

Gewiß, die Zeit kann kommen. Daraus aber ist ein Argument zu Gunsten baldigster Einleitung einer Politik „auf Selbstbeschränkung gegründeter nationaler Unabhängigkeit“, zu Ungunsten der Fortführung der „kosmopolitischen Exportpolitik“ [3]), nicht zu entnehmen.

---

[1]) Oldenberg, S. 27.
[2]) Oldenberg, S. 41.
[3]) Oldenberg, S. 41.

Denn, erstens: wenn die Zeit kommt, da die Nahrungsquellen schwächer zu fließen beginnen, so wird auch die Bevölkerungsflut schwächer fließen, wird die Zahl der Münder nur noch in solchem Maße sich mehren, daß eine Minderung der Mundrationen nicht zu erfolgen braucht.

Weshalb hat denn, seit Ende der Napoleonischen Kriegsära, eine Volkszunahme stattgefunden so gewaltig, so rasch, so stetig, auf so weiten Gebieten der Erde wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit?

Weil, vor allem dank dem Fortschritt der Technik und der liberaleren Handelspolitik, die Produktivität der Arbeit der Kulturvölker eine so gewaltige, rasche, stetige Steigerung erfahren hat wie nie zuvor. Der Aufschwung des Transportwesens und die Abschwächung des Schutzzollregimes gab den Nationen, welche — kraft des Besitzes großer Kohlen- und Erzlager, des Daseins zahlreicher, wohlgeschulter gewerblicher Arbeitskräfte u. s. w. — die relativ günstigsten Produktionsbedingungen für die Industrie besaßen, die Möglichkeit, alle technischen und sozialen Errungenschaften voll auszuwerten behufs Entfaltung der Industrie. Und den Nationen, welche die für die Rohstofferzeugung relativ günstigsten Produktionsbedingungen besaßen, ward die gleiche Möglichkeit behufs Entfaltung von Landwirtschaft und Bergbau. Indem in immer steigenden Mengen die Fabrikate jener mit den Lebensmitteln und Materialien dieser auf dem Weltmarkt ausgetauscht wurden, stieg die nationale Dividende jener wie dieser.

Zufolge der Erhöhung der wirtschaftlichen Wohlfahrt ging die Köpfeziffer in die Höhe. Die Zahl der Münder wuchs, weil die Fähigkeit der Hände, sie zu sättigen, wuchs — die Dividende sogar noch stärker emporging als der Divisor.

Cessante causa cessat effectus. Wenn die Zeit kommt, da die Dividende herabgehen wird, zunächst: weniger rasch emporgehen wird als in den letzten Dezennien, so wird auch der Divisor ein langsameres Tempo einschlagen. Wie der Divisor stieg mit steigender Produktivität der Arbeit, so wird er fallen — durch das Eingreifen der ‚repressive checks“ oder des ‚moral restraint‘ — mit fallender Produktivität der Arbeit. Wie jetzt die Menschen überall

sich mehrten, wo es mehr Brot gab, und desto rascher, je mehr es gab, so wird, wo dessen dereinst weniger werden wird, die Zuwachsrate der Köpfe sinken, und desto kräftiger, je weniger. Und erst dann wird die Bevölkerungsflut wieder anschwellen, wenn wieder eine neue Ära steigender Produktivität der Arbeit einsetzt und Mehrung der Ziffer ohne Minderung des einmal erreichten Niveaus materieller Kultur gestattet.

Die Ziffer wuchs da am gewaltigsten, wo das Produktivitätsmaximum lag: in den Kolonialländern, vor allem in den Vereinigten Staaten und in Australien. Nicht so rapid, doch gleichfalls in recht schnellem Tempo, in England, Deutschland, Belgien. Weit weniger schnell in Frankreich, in der Schweiz, in Italien, denen es, um ihre nationale Arbeit auf die gleiche Staffel der Produktivität, wie in England u. s. w., zu heben, am „Brot der Industrie" gebrach.[1])

Auf 1 qkm kamen Einwohner[2])

in	im Jahre 1840	1890
England	105,3	192
Deutschland	61,2	96,5
Belgien	138,3	206,0
Frankreich	63,2	72,5
Schweiz	60,6 (1860)	73,3
Italien	80,5	96,0 (1880)

Geringer, im Vergleich mit England u. s. w., war die Volkszunahme auch in Spanien, Portugal, Türkei, deren Wohlstand weder durch Ausdehnung der Industrie, noch durch Ausdehnung der Rohstoffproduktion wesentlich emporgebracht werden konnte. Größer dagegen wieder, zum Theil größer als in Deutschland, in den dünn besiedelten Staaten Europas, wo — wie in Rußland, Rumänien, Serbien, Österreich-Ungarn — vor allem die Landwirtschaft, oder wo — wie in Schweden — der Bergbau und die Holzproduktion unter günstigem Sterne stand.

---

[1]) Andere Momente — besonders das der Bodenverfassung, durch welche die Zuwachsrate der agrikolen Bevölkerung wesentlich beeinflußt wird — haben selbstverständlich mitgewirkt.

[2]) Vgl. die Tabelle im Handwörterbuch der Staatswissenschaften (2. Aufl.), Bd. II, S. 657.

Auf 1 qkm kamen Einwohner in Rußland: 20 (1820), 42 (1890); in Schweden: 6,9 (1840), 10,6 (1890). In Österreich-Ungarn war die Vorwärtsbewegung eine etwas schwächere: die Dichtigkeit stieg von 1840 bis 1890 im Verhältnis wie 100 : 140.[1])

Nicht die Verschiedenheit der „Prolificität" der Racen, sondern die Verschiedenheit der Produktivität der Volkswirtschaften während der letzten Dezennien erklärt, in erster Stelle, die Unterschiede im Gange der Volkszunahme. Überall stößt die Ziffer vor, aber, je nach dem größeren oder geringeren Fortschritt der Produktivität, in ganz verschiedenen Prozentsätzen.

Daß ein relativer Rückgang der Produktivität einen relativen Rückgang der Volkszunahme bewirkt, kann bisher am deutlichsten an dem Beispiel der Vereinigten Staaten veranschaulicht werden.

So lange hier noch guter Boden in Fülle sich darbot, so lange noch Minen hoher Ergiebigkeit in Menge zu erschließen waren, eilte die Ziffer „in leaps and bounds" vorwärts. Je mehr Landwirtschaft und Bergbau sich ausdehnten, je mehr die Urproduktion zu niederen Klassen der Böden und Minen herabsteigen mußte und damit die nationale Dividende relativ schwächer anstieg als früher, desto mehr verlangsamte sich das Tempo. Nach den Zensusaufnahmen stellte sich die Zuwachsrate in den Jahrzehnten 1840/50 und 1850/60 auf etwa 35, 1860/70 auf 26,6, 1870/80 auf 25,9, 1880/90 auf 24,8 % — ein schrittweises Sinken des Zuwachses; für das Jahrzehnt 1890/1900 nimmt Sartorius von Waltershausen eine Zuwachsrate von 20 % an.[2])

---

[1]) Vgl. Sartorius v. Waltershausen, a. a. O., S. 5. — Handwörterbuch, S. 657, 763, 764. —

[2]) Sartorius von Waltershausen, a. a. O., S. 9/10. —

Daß das Nachlassen der Einwanderung nicht der ausschlaggebende Grund für dies Phänomen sein kann, sondern das Sinken der Zuwachsrate vor allem aus dem Sinken des Geburtenüberschusses herrühren muß, ergiebt ein Blick auf die Tabelle über die Einwanderung, S. 18. — Newcomb schätzt die Zuwachsrate für das Jahrzehnt 1890/1900 nur auf 18,94 % (vgl. Molinari, im J. d. Econ. 1899, X, S. 158). —

Ob auch für West- und Mitteleuropa heute schon eine „immer weitere Kreise ziehende Tendenz allmählichen Geburtenrückganges" nachweisbar ist —

Die rasche Zunahme der Produktivität ist die Ursache der raschen Volkszunahme in einigen Ländern gewesen. Nimmt künftig die Produktivität ab, so wird auch die Volkszunahme abnehmen. —

Dieser Einwand gegen die Begründung einer Politik der „Nationalisierung" auf die Möglichkeit dereinstiger Brotnot mag Widerspruch finden.

Zweitens aber ist jene Begründung deshalb hinfällig, weil die Brotnotfrage mit der Frage: „Fortwursteln" auf dem Kurse zum Industriestaat oder „Rückwärtswursteln" zum Hafen „elementarer Selbständigkeit" nicht das Mindeste zu schaffen hat.

Einmal angenommen, daß jener erstere Einwand nicht zuträfe; d. h. angenommen, daß im Zeichen der Weltwirtschaft Übervölkerung für die Gesamtheit der ihr angeschlossenen Völker, besonders aber für die Industriestaaten, bevorstehe, da künftig die Nahrungsquellen dauernd versiegen würden, während die Zuwachsrate nicht abnähme. Dann muß folgerichtig auch angenommen werden, daß im Zeichen autarkischer Volkswirtschaft (bezüglich durch Eigenproduktion der Lebensmittel unabhängiger Volkswirtschaft) Übervölkerung jedem einzelnen Volke drohe.

Die Gefahr, daß die Nahrungsquellen dauernd versiegen, die Gefahr, daß die Ziffer hinauspralle über die Grenze, welche der derzeitige Stand der Nahrungsquellen ihr vorschreibt, ist — wenn überhaupt vorhanden — in diesem Zeichen ebenso vorhanden wie in jenem. Ein Volk von 50 Millionen, das aus dem nationalen Boden sein Brot gewinnt, kann, falls die Menge der Münder rascher wächst als die Menge des Brotes, genau ebenso der Brotnot verfallen wie eine Völkergesamtheit von 500 Millionen, innerhalb deren die eine Gruppe Lebensmittel produziert, die andere Industrie treibt u. s. w. Für eine Völkergesamtheit wie für ein einzelnes Volk hängt die Frage, ob Brotnot sich einstellt oder nicht,

---

wie vielfach behauptet wird (z. B. von J. Wolf, a. a. O., S. 13) — muß hier unentschieden bleiben.

Vgl. die Tabellen in G. v. Mayr's Bevölkerungsstatistik (Schluß); abgedruckt in der Tübinger Zeitschr. 1897, S. 704/706. Das „Element der Schwankung" scheint mir noch zu groß, um sichere Schlüsse zu ziehen.

ab von der Bewegung der Produktivität einerseits, der Bewegung der Ziffer anderseits.

Nimmt man an, daß im Zeichen der Weltwirtschaft eine Minderung der Produktivität ein Zurückgehen der Zuwachsrate nicht bewirken werde, so muß man gleicherweise annehmen, daß es auch im Zeichen der autarkischen Volkswirtschaft nicht geschehe.

Incidit in Scyllam, qui vult vitare Charybdim! Wenn Deutschland, geschreckt durch das Gespenst des möglichen Versiegens der Nahrungsquellen, die außerhalb seiner Grenzen liegen, sich zurückziehen würde aus der Weltwirtschaft, so würde es das Gespenst des möglichen Versiegens der Nahrungsquellen, die innerhalb seiner Grenzen liegen, heraufbeschwören.

Die Möglichkeit von Übervölkerung und Brotnot besteht — wenn sie überhaupt besteht — bei Isolierung wie bei Verkehr. Ob sie in jenem oder in diesem Zustande Wirklichkeit wird — immer muß, so oder so, die Woge der Ziffer zum Stillstand gebracht werden. Ob dieses Muß sich früher einstellen werde in jenem Zustande oder in diesem, vermag Niemand zu entscheiden. Die Behauptung, daß Übervölkerung und Brotnot rascher hereinbrechen würden, wenn die weltwirtschaftliche Entwicklung weiter dauerte, als wenn die Völker sie hemmten, aus dem Netze des Verkehrs ganz oder teilweise sich lösten, wäre eine völlig willkürliche. Und selbst wenn sie bewiesen werden könnte, wäre sie irrelevant — muß jenes Muß kommen, so ist es ganz gleichgiltig, ob es auf diese oder auf jene Generation trifft.

Wie man sich auch zu dem Zifferproblem stellt: ob man meint, daß mit sinkender Produktivität die Bevölkerungsflut einhalten werde, oder die entgegengesetzte Meinung vertritt — mit dem Hinweise auf die Möglichkeit von Übervölkerung und Brotnot kann die Politik der „Nationalisierung" nicht begründet werden.

So hält keines der Argumente, die für die „Verselbständigung", die „Unabhängigmachung" der Nationalwirtschaften, besonders der Industriestaaten, von der Weltwirtschaft ins Feld geführt zu werden pflegen, Stich. Teils beruhen sie auf falschen Kalkulationen, bei denen nur gewisse Passiva in Anschlag gebracht, die überwie-

genden Aktiva ignoriert oder unterwertet werden — wie das Argument der zeitweisen Störungen, denen der Außenhandel ausgesetzt sei. Teils entstammen sie irrigen Prognosen, deshalb irrig, weil nur gewisse bedrohliche Tendenzen gesehen, die schützenden, stärkeren „Gegenkräfte“ übersehen werden — wie das Argument der dauernd rückläufigen Bewegung des Fabrikatenexports und das des plötzlichen Aufhörens des Kornimports. Teils werden sie gestützt auf Möglichkeiten, die — ob man sie verneine oder bejahe — für die Frage ohne Belang sind, da sie einem Volke, dessen „wirtschaftliches und politisches Gebiet in den Grundzügen sich decken“, nicht minder drohen als einem Volke, das, politisch souverän, wirtschaftlich eine Provinz der Weltwirtschaft bildet.

Im Zeichen des Verkehrs leben die Kulturvölker der Gegenwart; in ihm werden sie auch künftig leben, wachsen und gedeihen. Nicht „unabhängiger vom Auslande“ werden Deutschland, England u. s. w. werden, sondern abhängiger von ihm, und das Ausland von ihnen. Immer enger wird die weltwirtschaftliche Verknüpfung der Nationen werden, immer vollkommener die territoriale Arbeitsteilung, immer größer der Verkehr von Land zu Land, von Weltteil zu Weltteil.

Künftig wird man die Verkehrsfeinde von heute, die den Zeiger an der Weltenuhr zurückdrehen möchten, in eine Linie stellen mit den Gegnern der Chausseen, der Eisenbahnen, der Maschinen. Bis dahin mag — die Politik der „Nationalisierung“ hat ja eine starke Wurzel werbender Kraft in dem Schlagwort „national“ und eine noch derbere in dem sich als das „nationale“ gebenden Interesse unserer Agrarier — noch einige Zeit vergehen. Noch viel Druckerschwärze mag der Sieg der fortschrittlichen, der in Wahrheit dem nationalen Interesse entsprechenden, über die rückschrittlichen Ideen kosten. Aber schließlich wird die Erkenntnis allgemein sich durchringen, daß das Doppelproblem der Wirtschaftspolitik — möglichste Steigerung des Volksreichtums und möglichste Stetigung des wirtschaftlichen Lebens des Volks — eine desto vollendetere Lösung erfahren muß, je mehr die Nationalwirtschaft mit der Weltwirtschaft verschmilzt. —

Druck von Hesse & Becker in Leipzig.

Seit 15 Jahren wirkt die Gehe-Stiftung in Dresden als staatswissenschaftliche und staatsbürgerliche Bildungsanstalt. Sie ist nicht ohne Vorgängerinnen. Abgesehen von amerikanischen Instituten von ähnlicher Bestimmung wären als solche speciell zu nennen die École libre des sciences politiques in Paris*) und die Scuola delle scienze sociali in Florenz. Aber wie die Gehe-Stiftung neben einer allgemeinen Analogie in Zweck und Einrichtung doch wesentliche Verschiedenheiten von denselben aufweist, so ist sie auch ohne geistigen Zusammenhang mit ihnen und aus ganz anderen Anfängen entstanden.

Das Institut, welchem der Gründer der Gehe-Stiftung, der Dresdener Großkaufmann Franz Ludwig Gehe, von dem ich, soweit mein Wissen dazu ausreichte, in der Einleitung zum 1. Bande des Jahrbuches der Gehe-Stiftung ein kurzes Lebensbild gegeben habe, in Ermangelung leiblicher Erben den Haupttheil seines Vermögens widmen wollte, wurde von ihm als „Commercial-Academie" bezeichnet, wäre also ungefähr das geworden, was man jetzt „Handelshochschule" nennt.

Den Anstoß dazu gab der mir von der Universität her befreundete frühere Chemnitzer Handelsschullehrer Adolf Lange durch ein auf die Erfahrungen bei seinen Seereisen nach und von Brasilien gestütztes Promemoria über die Nothwendigkeit commercieller Bildung der Verkehrsbeamten, welches durch mich zu Gehe's Kenntniß gebracht wurde, der betreffs der Eisenbahnbeamten zu ähnlichen Ergebnissen gelangt war. Daraus entwickelte sich, wie von mir an der citirten Stelle des Näheren dargelegt worden ist, der Gedanke einer für Kaufleute und

*) Aus neuerer Zeit wäre hier noch anzuführen das Musée social, ebenfalls in Paris.

Verkehrsbeamte gemeinsam bestimmten höheren Bildungsanstalt, der wieder verlassen wurde, als das Bedürfniß theilweise auf anderem Wege seine Befriedigung zu finden schien und die reichen disponibeln Mittel etwas Größeres ermöglichten.

Statt einem einzelnen Stande sollte die beabsichtigte Stiftung nunmehr dem gesammten Volke dienen, ihm die nöthigen Kenntnisse erschließend zu wirksamer und ersprießlicher Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Functionen.

Die Stände, welche jahrhundertelang auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten einen bestimmenden Einfluß geübt hatten, waren allmählich in ihre sich nur langsam weiter entwickelnden Obliegenheiten hineingewachsen. Das constitutionelle System hingegen, welches aus theoretischen Gründen mit einem Male die Gesammtheit oder doch wenigstens die große Mehrzahl der Staatsbürger zu activer Mitwirkung an der Verwaltung der Staats- und Gemeindeangelegenheiten berief, traf diese nicht nur großentheils unvorbereitet, sondern stellte sie gleichzeitig einer unter den Händen wachsenden Aufgabe gegenüber; denn gleichzeitig mit der Umgestaltung der Verfassung wuchsen durch die Umgestaltung aller Lebensverhältnisse in Folge der wirthschaftlichen Revolution, welche die neue Technik mit sich brachte, die Aufgaben der Verwaltung ins Ungemessene.

Wohl hat auch hier die durch die tägliche Praxis gewonnene Erfahrung sich als Lehrmeisterin bewährt, aber zumeist doch nur bei denjenigen, welche als berufsmäßige Beamte mitten in dieser Praxis standen. Und auch bei diesen brachte es die nothwendige Arbeitstheilung mit sich, daß je complicirter die Verhältnisse, um so weniger sie in ihrer eigenen Thätigkeit einen Ueberblick über das Ganze gewinnen konnten. Für die nicht berufsmäßig mit öffentlichen Angelegenheiten Befaßten aber verengte sich der Nutzen der Praxis als Quelle der Belehrung auf ein Minimum.

Gleichwohl setzten das constitutionelle System im Staate, das Selfgovernment in der Gemeinde, wenn sie zweckentsprechend functioniren sollten, dieses Wissen bei den zur Mitentscheidung Berufenen voraus, und es mußte, wo dasselbe gänzlich fehlte, bei dem Versuche ihrer Verwirklichung nothwendig ein Zerrbild herauskommen. Davon hatte Gehe in seiner eigenen Lebenserfahrung sich sattsam überzeugt und der Gedanke, durch sein von ihm begründetes Institut hier helfend einzugreifen, hatte selbstverständlich für ihn etwas sehr ansprechendes.

Schwieriger zu entscheiden war die Frage: wie und mit welcher Aussicht auf Erfolg die Sache anzugreifen sei? Unabweisbar macht sich geltend die Nothwendigkeit einer Verwaltungswissenschaft. Mit bloßen Empirismus ist auf die Dauer nicht durchzukommen. Das hat man schon vor Jahrhunderten erkannt auf dem Gebiete des Heilwesens und der Rechtspflege. Bezüglich der Verwaltung stand man im 18. Jahrhundert vor der gleichen Erkenntniß. Man begann dieses Gebiet wissenschaftlich zu cultiviren unter dem Namen der Cameral- und Polizeiwissenschaft. Aber die politischen Umwälzungen am Ende des 18. und am Anfange des 19. Jahrhunderts wurden diesen Bestrebungen verderblich. Sie rückten an Stelle der Frage: Wie soll regiert werden? die einfachere und für den Ehrgeiz verlockendere: Wer soll regieren? und sie spitzten den Streit um diesen Punkt dermaßen zu, daß die dadurch in Mitleidenschaft gezogenen Staatsorgane nothwendig auf der einen oder anderen Seite in Mißcredit gerathen mußten.

Vergeblich hat sich der letzte Theoretiker der Polizeiwissenschaft in altem Sinne, Robert von Mohl, bemüht, diese Folge abzuwenden, indem er für die Sicherheitspolizei den neuen Namen „Präventivjustiz" vorschlug. Der Sprachgebrauch ist ihm nicht gefolgt und Lorenz von Stein hat mit besserem Erfolge den entgegengesetzten Weg betreten, indem er für das, was das vorige Jahrhundert meinte, wenn es von „Polizei" sprach, nicht nur den neuen, nicht discreditirten Namen „Verwaltungswissenschaft" in Gang zu bringen suchte, sondern zugleich in großen kühnen Zügen eine neue Theorie derselben entwarf.

In die Praxis ist davon freilich so gut wie nichts gedrungen. Diese begnügte sich im Allgemeinen mit der Empirie, welcher durch die sich immer mannigfaltiger gestaltenden Erfahrungen und Bedürfnisse des täglichen Lebens ein immer wachsender, kaum noch zu übersehender Stoff zugeschoben wurde, und überließ der Jurisprudenz den Vorzug, den ihrigen systematisch zu gliedern und principiell zu durchdringen.

Diese formelle Superiorität der Justiz über die Verwaltung auch in der Praxis mit äußerster Consequenz zur Geltung zu bringen, ist das große und erfolgreiche Werk des 19. Jahrhunderts gewesen. Die Frage der Rechtmäßigkeit beschränkte nicht bloß, sondern verdrängte die Frage der Zweckmäßigkeit.

Eingeleitet wurde dieser Proceß durch das Montesquieusche System der drei Gewalten, in dem es für eine Regierung eigentlich gar keinen Platz gibt, die gesetzgebende Gewalt den obersten Rang einnimmt und für die

Executive kaum mehr als das Schergenamt übrig bleibt. Durchgeführt wurde das System in den continentalen Staaten durch eine Umgestaltung des Verwaltungsorganismus, welche die althergebrachte Theilnahme nicht gelehrter Elemente an der Regierung, die von denselben kraft ihres Standes, nicht kraft ihres Wissens geübt wurde, von Grund aus beseitigte und die ganze Staatsverwaltung auf ein System juristischer Examina stellte, wie einst die Kirche ausschließlich auf dem geistlichen Amte ruhte.

Eine einzige Macht hat sich dieser Umgestaltung mit Erfolg widersetzt, ja sogar eine rückläufige Bewegung zustande gebracht, die Militärmacht. An ihr ist nicht nur die volle Durchführung des „Rechtsstaates" gescheitert, sondern auch die unerschöpfte reale Bedeutung der alten führenden Elemente im Staate offenbar geworden, für welche die Theorie keinen Platz mehr hatte.

Eine Revision der so ad absurdum geführten politischen Theorie hätte naturgemäß die Folge sein müssen. Statt dessen erfolgte eine Bankerotterklärung. Die Lehre vom Staate, die früher in der Wissenschaft und in der Literatur einen so großen Raum eingenommen hatte, verschwand nach und nach völlig vom Schauplatze. Die Lehrvorträge über Politik ersetzte der politische Leitartikel.

Nun ist zwar ein guter Leitartikel eine sehr verdienstliche Sache. Aber in den meisten Fällen muß derselbe in drängender Eile und unter momentanen Eindrücken geschrieben werden, welche den Anspruch des Products auf bleibende Giltigkeit sehr in Frage stellen. Gehe hatte daher nicht Unrecht, wenn er

> „den vielen Männern, welche ihre Kräfte auf anderen Wegen als denjenigen des berufsmäßigen Beamtenthums den öffentlichen Interessen widmen wollen",

durch seine Stiftung

> „gründlicher und zuverlässiger, als es die zur Zeit beinahe ausschließlich diesen Dienst gewährende Tagespresse vermag, die Orientirung auf den Gebieten, deren Beherrschung ihnen zu ersprießlichem Wirken von Nöthen ist, vermitteln helfen"

wollte. Dabei sollten Berufsbeamte keineswegs

> „von der Benutzung der erwähnten Bildungsgelegenheit principiell ausgeschlossen . . . die Thätigkeit der Stiftung jedoch nach dieser Seite hin, ohne in den staatlich geordneten Bildungsgang einzugreifen . . ., nur eine ergänzende sein."

Das Hauptaugenmerk, so bestimmt die Stiftungsurkunde, sei

> „den umfänglichen gebildeten Schichten zuzuwenden, deren einsichtige und uneigennützige Mitwirkung die Voraussetzung der modernen Staatsverfassung bilde."

Also nicht eine Schule für Consulats-, Finanzwesen und ähnliche Berufszweige, wie das Pariser und das Florentiner Institut in erster Linie zu sein streben, wollte Gehe gründen, sondern eine Schule der Selbstverwaltung, eine Bürger-Schule, wie sie Herr R. Dietrich in Stuttgart in einer der Gehe-Stiftung gewidmeten Denkschrift treffend genannt hat, wobei nur zu bedauern, daß der Annahme dieser Bezeichnung ein naheliegendes Mißverständniß entgegen steht, indem man nach dem herrschenden Sprachgebrauche sich unter einer Bürgerschule nicht eine Schule zur Heranbildung von Staatsbürgern, sondern eine Elementarschule für Bürgerkinder vorstellen würde.

Aber auch der Ausdruck „Schule" könnte zu Mißverständnissen Anlaß geben. Nach der herkömmlichen Ausdrucksweise dürfte man sich darunter nur gar zu leicht eine Anstalt vorstellen, welche die sie Benutzenden eine gewisse Zeit vollständig in Anspruch nimmt und zur Innehaltung eines vorgeschriebenen Studienganges nöthigt. Gerade das Gegentheil war die Absicht des Stifters, wie folgende Stelle aus der Stiftungsurkunde beweist:

> „Da die Absicht vorliegt, namentlich solchen Männern, welche in ihrem Berufe thätig sind, die weitere Ausbildung und Vorbereitung zu dem gedachten Zwecke zu ermöglichen und zu erleichtern, so wird die Zeit, zu welcher die hierzu bestimmten Vorträge gehalten und beziehentlich Uebungen veranstaltet werden, dem entsprechend zu wählen sein."

Damit war ausgesprochen, daß die Gehe-Stiftung wohl eine Bildungs- oder wie die Stiftungsurkunde sich ausdrückt, „höhere Belehrungsanstalt", nicht aber eine Schule im eigentlichen Sinne des Wortes werden sollte. Wieder ein Unterschied von der Pariser und Florentiner Anstalt!

Zwei Fragen waren durch die Stiftungsurkunde nicht entschieden: ob die Benutzung der Gehe-Stiftung eine entgeltliche oder unentgeltliche und ob sie an den Nachweis einer gewissen Vorbildung geknüpft sein sollte? Für die Bejahung der letzteren Frage ließ sich anführen, daß die Stiftungsurkunde selbst von den „umfänglichen gebildeten Schichten" spricht, denen das Hauptaugenmerk zuzuwenden sei. Aber wie der Ausdruck „Hauptaugenmerk" schon der Annahme einer beabsichtigten exclusiven Berücksichtigung widerstreitet, so erschien dieselbe auch weder praktisch durchführbar, noch durch die Natur der Anstalt geboten.

Der Begriff „gebildet" ist ein überaus schwankender. Er ist wohl ausreichend, um heraus zu fühlen, was im Allgemeinen gemeint sei,

aber durchaus unzulänglich, um im einzelnen Falle als Kriterium zu dienen, denn die heutige Bildung ist eine ungemein vielgestaltige, ohne jede scharfe Begrenzung, wenn solche nicht mehr oder minder willkürlich gezogen wird.

Eine solche Begrenzung ist aber bei rein receptivem Verhalten des Publikums weder an sich geboten, noch durch Analogie gerechtfertigt. Die öffentlichen Museen sind auch „Belehrungsanstalten". Sie werden sicher von Denjenigen mit mehr Gewinn benutzt, welche gehörige Vorkenntnisse mitbringen, als von denjenigen, welche derselben ermangeln. Trotzdem fällt es heutzutage Niemandem ein, die letzteren auszuschließen. Man überläßt es jedem Einzelnen, zu probieren, wie viel er an Gewinn daraus wegzutragen vermag, und zu entscheiden, ob dieser Gewinn mit der Bemühung im rechten Verhältnisse steht.

Anders liegt die Sache, wenn die Theilnehmer zusammen arbeiten sollen. Hier würden gar zu ungleiche Kräfte sich wechselseitig behindern und deshalb ist betreffs der vom Stifter verlangten „Uebungen" durch die besonderen Bestimmungen des Revidirten Statuts der Gehe-Stiftung vom 30. November 1893, die Organisation der Stiftung als Bildungsanstalt betreffend, in § 36 festgesetzt:

> „Außerdem ist hinlänglich vorgebildeten Theilnehmern Gelegenheit zu geben, unter vom Directorium bestellter Leitung sich durch eigene Ausarbeitungen, Vorträge und Diskussionen auf dem Gebiete der in der Gehe-Stiftung behandelten Wissenschaften zu üben."

Betreffs der Vorträge hingegen ist in § 33 folgende Bestimmung getroffen:

> „Der Besuch derselben ist unentgeltlich und steht, soweit der Raum zureicht und das Direktorium nicht im besonderen Falle Beschränkungen oder Ausnahmen nöthig erachtet, allen sich dazu meldenden Herren offen."

Die hierin zugleich im Sinne der Unentgeltlichkeit getroffene Entscheidung folgt nicht nur dem Principe der im vollsten Sinne öffentlichen Bildungsanstalten, sondern geht zugleich von der Erwägung aus, daß ein niedriger Beitrag finanziell bedeutungslos bleiben, ein hoher leicht in unerwünschter Weise prohibitiv wirken würde. Bei Anstalten, wie die mehrfach zum Vergleich herangezogenen ausländischen, die darauf berechnet sind, daß die davon Gebrauch Machenden sich in ihnen Jahre lang ausschließlich ihrer Bildung widmen, also während dieser Zeit ohnehin ihre gesammten Unterhaltskosten dem Studium opfern müssen, liegt die Sache ganz anders. Diese können nur auf Angehörige der reichen oder doch bemittelten Klassen rechnen, eine Aus-

scheidung, von der in der Stiftungsurkunde der Gehe-Stiftung kein Wort steht. Und weiterhin bringt es bei jenen das schulmäßige Zusammenarbeiten mit sich, daß nicht zu ungleich Vorgebildete zugelassen werden können, wie ja dort auch die Erreichung eines bestimmten durch eine Abgangsprüfung festgestellten Bildungszieles erstrebt wird, — lauter Dinge, wovon die Gehe-Stiftung nichts weiß, ja wovon sie geflissentlich absehen würde, weil sie auch nicht den Schein erwecken will, als erstrebe sie eine Concurrenz mit den staatlichen Lehranstalten und Diplomprüfungen.

War durch diese Erwägungen die Gestaltung der Bildungsanstalt in den allgemeinsten Umrissen gegeben, so blieben noch die Fragen nach den Gegenständen und der Methode des Lehrens und Lernens zu lösen.

Daß die ersteren im Allgemeinen die sogenannten Staatswissenschaften zu bilden hatten, verstand sich ohne Weiteres von selbst. Dagegen würde es verfehlt gewesen sein, lediglich die auf den Universitäten aus diesem Wissensgebiete vorgetragenen Gegenstände und die dort übliche Lehrmethode auf die Gehe-Stiftung zu übertragen; denn das würde nach der einen Richtung hin ein Zuviel, nach der anderen hin ein Zuwenig bedeutet haben, — zuviel insofern dort gewissen Gegenständen ein oder ein paar Semester hindurch *täglich* eine bis zwei Stunden gewidmet werden, während hier, wo nur auf die Mußestunden der Hörer reflectirt werden kann, über das Maaß von einer bis zwei Stunden *wöchentlich* nicht hinausgegangen werden durfte; zu wenig, indem auf den Universitäten die Staatswissenschaften vorzugsweise auf ihrem Zusammenhange mit der Beamtenbildung, mit anderen Worten als ein Annexum der juristischen Berufsbildung angesehen und infolge dessen auf einen sehr engen Kreis von Gegenständen beschränkt werden. Für die Gehe-Stiftung, welche mit ganz anderen Bedürfnissen zu rechnen hatte, war dort Einschränkung des Maaßes, hier Vermehrung der Lehrobjecte geboten.

Auf eins mußte man sich freilich von vornherein gefaßt machen, daß es nämlich nicht möglich sein werde, letztere sogleich in wünschenswerther Vollständigkeit vorzuführen. Dazu fehlten einerseits die Lehrkräfte, andererseits die aufnahmewilligen Hörer. Jene mußten erst, wie sich die Gelegenheit bot, gesucht, diese allmählich herangezogen werden.

Aus diesem Grunde war es auch nicht möglich, von Anfang an mit einem systematischen Vortragsprogramme an die Oeffentlichkeit zu treten und das Gebotene machte, einzeln betrachtet, wohl oft den Eindruck der Zufälligkeit und Planlosigkeit. Daß es aber an einem zu Grunde liegenden allgemeinen Plane durchaus nicht mangelte, dessen einzelne Theile nur freilich nicht in systematischer Ordnung, sondern wie es die sich darbietende Gelegenheit erlaubte, ihre Verwirklichung fanden, immerhin untermischt mit Vorträgen, zu welchen specielle vorübergehende Ursachen den Anlaß gaben, beweist nachfolgende Uebersicht der im Laufe von 15¼ Jahre, — genauer gesprochen 15½ Winter, (denn im Sommer müssen die wegen der Bestimmung der Stiftungsurkunde über die Vortragszeit auf die Abendstunden verwiesenen Vorträge pausiren) abgehaltenen 81, bez. 83 Vortragscyclen:

A. Aus dem Gebiete der Hilfswissenschaften.

1. Die Wetterprognosen und ihre Bedeutung für Staats- und Volkswirthschaft (69)*,) — Vortragender: Herr Prof. Dr. Schreiber.
2. Klimatologie des Königreichs Sachsen (102), — derselbe.
3. Sächsische Volkskunde (119), — Herr Dr. Wuttke in Verbindung mit 13 Fachgelehrten
4. 5. Bevölkerungslehre – zweimal — (30 und 80), — Herren Dir. Edelmann und Dr. Wuttke.
6. Deutsche Auswanderung und Colonisation (79), — Herr Handelsschuloberlehrer Gebauer.

B. Aus dem Gebiete der Staats- und Rechtslehre.

7. Die Entwicklung der deutschen Staatsphilosophie im 19. Jahrhundert (104), —. Herr Dr. Böttger.
8. Die Utopien in der Staatslehre (86), — derselbe.
9. Das monarchische Prinzip (57), — derselbe.
10. Allgemeine Rechtslehre (96), — Herr Regierungsrath Dr. Schanze.
11. Staatsrecht (70), — derselbe.
12. 13. Deutsches Reichsstaatsrecht — zweimal — (115 und 105), — derselbe.
14. 15. Sächsisches Staatsrecht — zweimal — (131 und 109), — derselbe.
16. 17. Völkerrecht — zweimal — (53 und 86), — derselbe.
18. Der allgemeine Theil des Bürgerlichen Gesetzbuches (141), — derselbe.
19. Das Recht der Schuldverhältnisse nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuche (110), — derselbe.
20. Die für die Gemeindeverwaltung wichtigsten Bestimmungen des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches (124), — Herr Oberregierungsrath Dr. Naundorff.

*) Die eingeklammerten Ziffern geben die Zahl der durchschnittlich erschienenen Besucher an.

21. Handelsgesellschaften (76), — Herr Oberlandesgerichts- jetzt Reichsgerichtsrath Hoffmann.
22. 23. Wechselrecht — zweimal — (96 und 110), — Hr. Regierungsrath Dr. Schanze.
24. Urheberrecht (58), — derselbe.*)
25. Die Gesetze zum Schutze des redlichen Verkehrs (81), — derselbe.
26. Strafrecht (61), — derselbe.
27. Gerichtsbarkeit und Rechtspflege in Sachsen (112), — Hr. Assessor, jetzt Legationsrath v. Nostitz.
28. Die Arbeiterfrage in England (50), — derselbe.
29. Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Sächsischen Landeskirche (88), — Hr. Prof., jetzt Schulrath Dr. Müller.

C. Aus dem Gebiete der Verwaltungslehre.

30. 31. Verwaltungslehre — zweimal — (47 und 64), — Hr. Director Edelmann †.
32. Verwaltungsorganismus des Deutschen Reichs und des Königreichs Sachsen (49), — Hr. Regierungsrath, jetzt Oberconsistorialrath Lotichius.
33. Vergleichende Städtekunde (41), — Hr. Director Edelmann †.
34. Die Verwaltung der größeren Städte (35), — derselbe.
35. 36. Sächsische Landgemeindeverwaltung — zweimal — (33 und 67), — Herr Polizeirath Dr. Zapff †, dann Hr. Geh. Reg.-Rath, jetzt Ministerialdirector Dr. Fischer.
37. Wohlfahrtspolizei (38), — Hr. Geh. Regierungsrath Kretzschmar.
38. Das jugendliche Verbrecherthum und seine Bekämpfung (111), — Hr. Gefängnißdirector Burckhardt.
39. Armenpflege (36), — Hr. Geh. Regierungsrath Prof. Dr. Böhmert.
40. Die Kunst des Städtebaues (138), — Hr. Hofrath Prof. Dr. Gurlitt.
41. Oeffentliche Gesundheitspflege (74), — Hr. Generalarzt Dr. Roth †.
42. Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des Sächsischen Schulwesens (64), — Hr. Prof., jetzt Schulrath Dr. Müller.
43. Bildungswesen in England (57), — Hr. Assessor, jetzt Legationsrath v. Nostitz.

D. Aus dem Gebiete der Wirthschaftslehre.

44. Vergleichende Wirthschafts-Statistik (41), — Herr Director Edelmann †.
45. Sächsische Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirthschaftsgeschichte (66), — Herr Dr. Wuttke.
46. Sachsens Volkswirthschaft (41), — Herr Handelsschuloberlehrer Gebauer.
47. Die Volkswirthschaft Amerikas (67), — derselbe.
48–51. Die Grundlehren der Nationalökonomie — viermal — (74, 91, 89 und 95), Herr Director Edelmann †, dann Herr Dr. Wuttke.
52. Die Lehre vom Einkommen (67), — derselbe.
53—54. Finanzwissenschaft — zweimal — (48 und 58), — Herr Director Edelmann †.

*) Theilweise wiederholt in Chemnitz.

55. Finanzwissenschaft mit Ausschluß der Steuerlehre (78), — Hr. Dr. Wuttke.
56. Die Lehre von den Steuern (92), — derselbe.
57. Reichsfinanzwirthschaft (87), — derselbe.
58. Finanzgeschichte des Königreichs Sachsen vom Ausgange des Mittelalters bis zur Gegenwart (87), — derselbe.
59. Großstädtisches Finanzwesen (32), — Herr Director Edelmann †.
60. Agrargeschichte und Agrarpolitik (57), — Herr Professor Dr. Schulze.
61. Gewerbewesen (27), — Herr Director Edelmann †.
62. Kunst und Gewerbe unter der Herrschaft des Merkantilismus (57), — Herr Dr. Sponsel.
63. Gewerbepolizei (32), — Herr Gewerberath, jetzt Oberregierungsrath a. D. Stebbrat.
64. Gewerberecht (64), — Herr Regierungs-, jetzt Oberkonsistorialrath Lotichius.
65. Gewerbegerichte (77), — Herr Regierungsassessor Frhr. v. Welck.
66. Arbeiterversicherung (81), — Herr Regierungsrath Dr. Wengler.
67. Die Arbeiterversicherung auf Grundlage der Statistik (76), — Herr Professor Dr. Helm.
68. Die Unfallversicherung (102), — Herr Dr. Löbner.
69. Die Unfallverhütung (46), — Herr Geh. Regierungsrath Morgenstern.
70. Das Reichsgesetz, betreffend die Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter (120), — Herr Geh. Regierungsrath Dr. Rumpelt.
71. Der auswärtige Handel und die Handelspolitik (72), — Herr Director Edelmann †.
72. Deutschlands Handel und Zollwesen im 19. Jahrhundert (141), Herr Professor Findeisen †.
73. Die Handelspolitik des Deutschen Reiches (91*), — Herr Dr. Wuttke.
74. Ursprung und Entwickelung der Verkehrsmittel (76), — Herr Oberpostsecretär a. D., jetzt Kgl. Bauverwalter und Commissionsrath Schaefer.
75. Verkehrswesen (67), — Herr Director Edelmann †.
76. Deutschland zur See (84). — Herr Dr. Lindeman.
77. Elbschifffahrt, besonders in Sachsen (65), — Herr Dr. Gleisberg.
78. Die Lehre vom Gelde — wegen Ablebens des Vortragenden unvollendet — (119), — Herr Director Edelmann †.
79. Deutsche Münzverfassung und Währungspolitik (70), — Herr Dr. Wuttke.
80. Genossenschaftswesen (50), — Herr Professor Dr. Schulze.
81. Das neue Genossenschaftsgesetz (78). — Herr Oberlandesgerichtsrath, jetzt Reichsgerichtsrath Hoffmann.

Die öftere Wiederkehr derselben Vortragenden, mit welcher der Beginn regelmäßiger Wiederkehr derselben Hauptvorträge zusammenhängt, ist bedingt durch die Einrichtung der Lehrämter, d. h. der festen Anstellung einiger Gelehrten mit dem Auftrage, die für die Gehe-Stiftung wichtigsten Disciplinen im Vortragsprogramm regelmäßig zu vertreten. Thatsächlich bestand ein solches Lehramt (für Nationalökonomie, Statistik und Verwaltungslehre) bereits in den Jahren

*) Theilweise wiederholt in Plauen i. V.

1889—1893, indem während dieser Zeit der Chef des Dresdener städtischen Statistischen Amtes, Herr Director Edelmann, welcher sich seit Eröffnung der Lehrthätigkeit der Stiftung im Januar 1885 als eine für die Zwecke der Stiftung ganz vorzüglich geeignete Lehrkraft bewährt hatte, mit Genehmigung der städtischen Behörden seine Thätigkeit regelmäßig zwischen der Gehe-Stiftung und seinem städtischen Amte theilte, bis er leider am 5. December 1893 beiden durch einen frühzeitigen Tod entrissen wurde. Die formelle Einrichtung zweier ordentlicher Lehrämter, eins für Staats- und Rechtslehre, eins für Volkswirthschaft und Statistik, erfolgte jedoch erst durch § 39 des Revidirten Statuts vom 30. November 1893, vom Königl. Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts bestätigt durch Decret vom 10. März 1894. Auf Grund dieser Bestimmung wurde im Herbst 1894 der frühere Königl. Sächsische Landgerichtsrath, nachmalige Regierungsrath im Kaiserlichen Patentamte, Herr Dr. jur. Schanze und im Herbste 1895 Herr Dr. jur. et phil. Wuttke, beide durch frühere erfolgreiche Vorträge bei der Gehe-Stiftung bewährt, zu Inhabern dieser Lehrämter bestellt, der sie seitdem ausschließlich ihre Lehrthätigkeit gewidmet haben.

Die oben aufgeführten 83 Vortragscyclen umfaßten zusammen 932 einzelne Vorträge, so daß im Durchschnitt auf einen Cyclus 11 Vorträge entfallen. Vortragscyclen, welche den ganzen Winter hindurch laufen, werden jetzt thunlichst vermieden, weil erfahrungsmäßig der Eifer der Theilnehmer sich in so langer Zeit merklich abkühlt, zumal eine längere Pause in der Weihnachtszeit unvermeidlich ist. Die Normalzahl von einem Vortrage wöchentlich ergiebt für jedes der beiden Winter-Quartale, von denen das erste nicht früher als in der 2. Octoberwoche anfangen kann, 10—12 Vorträge. Erweisen sich diese zur Bewältigung des Gegenstandes unzureichend, so wird der Cursus jetzt entweder in zwei oder mehr selbständige Cyclen zerlegt oder im Nothfalle ihm noch eine Wochenstunde zugelegt. Bemerkt sei übrigens noch, daß die Gehe-Stiftungsvorträge pünktlich zur angesetzten Zeit beginnen (ohne sogenanntes akademisches Viertel) und somit etwas länger dauern als Universitätsvorträge, zumal auch die zur Nichtüberschreitung des Stundenschlags nöthigende Rücksichtnahme auf einen unmittelbar darauf in dem nämlichen Auditorium stattfindenden zweiten Vortrag wegfällt. Ist, was nur ausnahmsweise vorkommt, ein Abend mit zwei Vorträgen besetzt, so wird die Einrichtung so getroffen, daß der erste ½6, der zweite ½8 Uhr beginnt, so daß eine Collision

auch bei etwas übernormaler Dauer des ersten nicht stattfinden kann.

Die Zulassung zu einem Vortragscyclus ist lediglich an die Formalität der Einschreibung geknüpft, worauf dem Betreffenden eine auf ihn persönlich lautende Zutrittskarte zu dem betreffenden Cyclus eingehändigt wird. Die Karten sind beim Eintritt in das Auditorium vorzuzeigen und diese Controle ermöglicht eine genaue Statistik des Besuchs.

Für die hier besprochenen Vorträge steht der Stiftung ein eigenes Auditorium zur Verfügung, welches kaum mehr als 100 Zuhörer faßt. Für Schreibgelegenheit hat darin, um Raum zu sparen, nur in sehr beschränktem Maaße Vorsorge getroffen werden können. Im Nothfalle können noch etwa 50 Personen, theils im Vorzimmer, theils in dem seitlich anstoßenden Sitzungszimmer so placirt werden, daß sie den Worten des Redners zu folgen vermögen. Aus diesen Raumverhältnissen ergiebt sich eine nicht zu überschreitende Norm für die Besucherzahl, welche bei der Beurtheilung der letzteren in Anschlag zu bringen ist. Nur in zwei Fällen standen größere Räume zur Verfügung und wurden höhere Durchschnittsziffern erreicht, bei den Vorträgen des Herrn Professor Findeisen über Deutschlands Handel und Zollwesen im 19. Jahrhundert, die im Stadtverordnetensaale und bei der theilweisen Wiederholung der Vorträge des Herrn Dr. Wuttke in Plauen i. V., welche in einem großen Schul- und Betsaale abgehalten und von durchschnittlich 231 Personen besucht wurden. Daß die Vorträge des Herrn Regierungs-Rath Dr. Schanze über den allgemeinen Theil des neuen bürgerlichen Gesetzbuches im eigenen Hörsaale der Stiftung es auf die nämliche durchschnittliche Zuhörerzahl (141) brachten, wie die oben erwähnten im Stadtverordnetensaale abgehaltenen, war nur unter großen Unbequemlichkeiten für die Theilnehmer zu ermöglichen.

Die Zusammenfassung der Vortragscyclen mit den Einzelvorträgen in den folgenden Tabellen macht es nöthig, hier zunächst diese zweite Gattung von Gehe-Stiftungs-Vorträgen zu besprechen. Ein geistreicher Beurtheiler hat sie die „feierlichen Diners", die Vortragscyclen das „tägliche Brod" der Gehe-Stiftung genannt, und in der That ist ihnen ein gewisser repräsentativer Charakter nicht abzustreiten. Wie die Thätigkeit der Gehe-Stiftung überhaupt am 10. Januar 1885 durch einen Einzelvortrag eröffnet wurde, den Se. Majestät der König durch persönliche Theilnahme auszuzeichnen geruhten, so beginnt in jedem

Winter die Gehe-Stiftung ihre Vortragsthätigkeit mit einem Einzelvortrage eines renommirten, fast regelmäßig auswärtigen Gelehrten, dem dann in jedem Monate ein weiterer Vortrag gleichen Charakters zu folgen pflegt. Diese Vorträge, die in einem größeren, mehrere hundert Personen fassenden Saale abgehalten werden, bilden einen bemerkenswerthen Theil des öffentlichen geistigen Lebens der Stadt. Sie werden nicht blos öffentlich angezeigt, sondern auch von der Presse durch Berichterstattung und Besprechung ausgezeichnet, so daß an die vielen Tausende, welche nicht theilzunehmen vermögen, wenigstens etwas von ihrem Inhalte gelangt. Außerdem werden sie neuerdings gedruckt, sowohl einzeln, als zum „Jahrbuch der Gehestiftung“*) vereinigt, jener vollen Publicität zugeführt, welche die Litteratur gewährt, und zugleich dauernd erhalten.

Wie betreffs der äußeren Vorführung, so besteht auch betreffs des Inhaltes ein wesentlicher Unterschied zwischen Cyclus- und Einzelvorträgen. Während jene eine ganze Wissenschaft oder doch eine größere Partie derselben, wenn auch summarisch, zur Darstellung zu bringen suchen, können die Einzelvorträge sich selbstverständlich nur mit Einzelfragen befassen und werden naturgemäß solche bevorzugen, welche in besonderem Grade das Tagesinteresse in Anspruch nehmen. Daher kommen in ihnen häufig praktische Streitfragen zur Erörterung, in denen es von Interesse ist, Fachmänner von anerkannter Competenz ihre Meinung entwickeln und begründen zu hören. In den Vortragscyclen hingegen tritt naturgemäß das Polemische hinter dem Didactischen zurück. Hier wird es sich zumeist um Darstellung des Bestehenden, des Geltenden handeln, nicht dessen, was angenommen zu werden verdiente. Die Vortragscyclen werden also, auf die Wissenschaft angewendet, mehr das conservative, die Einzelvorträge das fortschrittliche Element zur Geltung bringen.

Trotz aller dieser Gegensätze ist es nicht die Verschiedenheit, sondern die innere Verwandtschaft beider Vortragsgattungen, in welcher der Hauptwerth ihres Nebeneinanderhergehens besteht, welcher ausdrücklich sanctionirt ist durch § 34 und 35 des Revidirten Statuts, von welchen der erstere betreffs der Einzelvorträge bestimmt:

> „In den Einzelvorträgen, die weitere Kreise anzuregen bestimmt sind, sollen mit Heranziehung tüchtiger auswärtiger Kräfte Fragen von hervorragendem allgemeinen Interesse behandelt werden.“

*) Verlag: von Zahn & Jaensch in Dresden.

In der ausdrücklich vorgeschriebenen Heranziehung auswärtiger Kräfte liegt der Schwerpunkt der ganzen Einrichtung. Durch sie werden die Inhaber der Lehrämter aus der Isolirung befreit, in der sie sich, verglichen mit den Universitätsprofessoren, befinden. Während diese nicht nur am Orte ihres Wirkens sich der Theilnahme an einer gelehrten Körperschaft erfreuen, sondern weit darüber hinaus in Folge der historischen Solidarität aller gleichartigen Institute als Mitglieder der Respublica doctorum einen steten moralischen Rückhalt und Grad-messer ihrer Leistungen besitzen, sind die Inhaber der Lehrämter in Dresden völlig isolirt und daher nothwendig auf den Vergleich mit auswärtigen Fachgenossen angewiesen. Es ist ein großer Gewinn für die Würdigung ihrer Leistungen, wenn das Publikum in den Stand gesetzt ist, sich daneben bei den anerkanntesten Fachmännern Raths zu erholen, und es bewahrt die Stiftung vor der Gefahr, auf welche der Altmeister der neueren deutschen Nationalökonomie Wilhelm Roscher in einem Briefe an den Verfasser eindringlich hinwies, daß ihre Thätigkeit möglicher Weise nur zu einer Vermehrung der im Ueberflusse dargebotenen minderwerthigen populären Vorträge führen könnte.

Dieser Verwässerung, die der Gemeinverständlichkeit dienen will und nur die Plattheit befördert, liegt, wie Verfasser aus langjähriger Praxis versichern kann, eine arge Unterschätzung der Fassungskraft der nicht durch höhere Schulen gegangenen Masse des Volkes zu Grunde. Die Arbeit eines gehobenen Volksschulunterrichtes, der Einfluß der auch den bescheidensten Mitteln zugängigen Literatur, endlich die Wirkung des praktischen Lebens, welches die verschiedenen Volkselemente viel mehr als früher durcheinander mischt und aneinander reibt, hat im Laufe eines Menschenalters in diesen Kreisen eine erstaunliche Veränderung zu Wege gebracht, welcher sich Derjenige nicht verschließen darf, der heutzutage mit Erfolg zum Volke sprechen will.

Die Mitwirkung von Männern, welche in den obersten Bildungsschichten zu arbeiten gewohnt sind, ist ein kräftiges Gegengewicht gegen ein etwaiges Herabgehen des Lehrtones, wozu bei der Gehe-Stiftung an sich um so weniger eine Veranlassung vorliegt, weil die Stiftungsurkunde ihr gar nicht die Popularisirung der Wissenschaft zur Aufgabe stellt, sondern sie auf die „umfänglichen gebildeten Schichten" hinweist, die sie zur Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Aufgaben geschickt machen solle. Daß diese Schichten sich sichtlich erweitern, ist eine erfreuliche Thatsache, aber erst recht kein Grund, den Ton des Vortrags zu ändern oder herabzustimmen.

Thatsächlich ist dies auch nicht geschehen. Die Gehe-Stiftung hat sich, ohne zufälligem Vorwiegen einzelner Besucherkreise, auf das ein thätsächlich Jedermann zugängliches Institut gefaßt sein muß, einen bestimmenden Einfluß einzuräumen, den Charakter einer wissenschaftlichen Anstalt zu wahren gewußt, und sie dankt dieses erfreuliche Ergebniß sicher nicht an letzter Stelle dem Zusammenwirken ihrer Lehrkräfte mit hervorragenden anderen Vertretern der Wissenschaft, zumeist von den Universitäten.

In welchem Maaße diese an den Einzelvorträgen, deren zufällig gerade soviel als Vortragscyclen, nämlich 83, abgehalten worden sind, betheiligt waren, zeigen die nachstehenden Uebersichten.

Nur fünf Einzelvorträge wurden von Gelehrten, die in Dresden oder dessen Umgebung ihren Wohnsitz hatten, abgehalten. Zu den übrigen 78 kamen die Vortragenden aus 27 anderen Städten, darunter nur vier, die nicht Universitätsstädte sind. Es war darunter vertreten:

Berlin	13 mal,	Bonn	je 2 mal	Hamburg	je 1 mal
Leipzig	10 „	Erlangen		Kiel	
Halle	7 „	Freiburg i. B.		Innsbruck	
Straßburg	6 „	Graz		München	
Jena	4 „	Heidelberg		Oldenburg	
		Karlsruhe		Rostock	
weiter:		Marburg		Tharandt	
Breslau	je 3 mal	Prag		Tübingen	
Göttingen		Wien		Würzburg	
Greifswald		Zürich			

Besprochen wurden folgende Gegenstände und zwar von den Herren:

A. Aus dem Gebiete der politischen Hilfswissenschaften.

1. Individualismus und Socialismus im Geistesleben des 19. Jahrhunderts, — Prof. Dr. Theob. Ziegler.
2. Die Entdeckung des Seeweges nach Ostindien durch Vasco da Gama und seine Bedeutung für den Weltverkehr, — Prof. Dr. S. Ruge.
3. Das moderne Japan, — Prof. Dr. K. Rathgen.
4. Die wachsende Bedeutung der neuen Welt, — Prof. Dr. S. Ruge.
5. Bevölkerungsbewegung und Bevölkerungspolitik, — Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Elster.
6. Die Vereinigten Staaten und die europäische Auswanderung. — Prof. Dr. v. Philippovich.

7. Die Deutschen außerhalb des Reiches, — Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Böckh.
8. Colonialpolitik, — Dr. Jannasch.
9. Die Sklaverei im Alterthume, — Prof. Dr. Ed. Meyer.
10. Der Ursprung der Sklaverei in den Colonien, — Prof. Dr. Knapp.
11. Die Theilung Afrikas, — Prof. Dr. S. Ruge.
12. Die überseeischen Schutzgebiete des deutschen Reichs, — Prof. Dr. Kirchhoff.
13. Die staatsrechtliche Stellung der deutschen Schutzgebiete, — Geh. Rath Prof. Dr. Georg Meyer †.
14. Die Entwicklung des französischen Colonialreiches, — Dr. Anton.

B. Aus dem Gebiete der Rechts- und Staatswissenschaft.

15. Volksrecht und Gesetzesrecht, — Prof. Dr. Oertmann.
16. Gesetzgebung und Rechtsstudium der Neuzeit, — Prof. Dr. Meili.
17. Ein Ueberblick über das neue Bürgerliche Gesetzbuch, — Geh. Justizrath Prof. Dr. Leonhard.
18. Ueber den Entwurf eines neuen Handelsgesetzbuchs, — Geh. Justizrath Prof. Dr. Gierke.
19. Die Kunst der Rechtsprechung, — Prof. Dr. Friedr. Stein.
20. Verbrechenstrieb und Vergeltungsidee, — Prof. Dr. v. Kirchenheim.
21. Das Verbrechen als social-pathologische Erscheinung, — Geh. Justizrath Prof. Dr. F. v. Liszt.
22. Entwickelungsgeschichte des modernen Staats, — Geh. Hofrath Prof. Dr. Sohm.
23. Die Entwickelung des deutschen Bürgerthums von der Mitte des 17. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, — Prof. Dr. Lamprecht.
24. Wahlrecht und Wahlpflicht. — Prof. Dr. Triepel.
25. Wahlsysteme und Minoritätenvertretung. — Prof. Dr. Rosin.
26. Unitarismus und Föderalismus in der deutschen Reichsverfassung, — Prof. Dr. Rehm.
27. Die rechtliche Stellung des Kaisers im neuen deutschen Reiche, — Geh. Hofrath Prof. Dr. Binding.
28. Die Veränderungen der deutschen Reichsverfassung seit der Reichsgründung, — Prof. Dr. Laband.
29. Die staatsrechtlichen Verhältnisse Rußlands, — Prof. Dr. Bienemann.
30. England und Rußland in Mittelasien, — Geh. Justizrath Prof. Dr. Geffcken †.
31. Die Zukunft des Krieges, — Prof. Dr. Jellinek.
32. Ursprung und Aufgabe des Consularwesens, — Prof. Dr. Stoerk.
33. Die Stellung des modernen Staates zur Religion und Kirche, — Prof. Dr. Rieker.
34. Die Stellung der Kirche zur Volkswirthschaft, — Prof. Dr. Gothein.
35. Das Wesen der Sociologie, — Prof. Dr. Gumplowicz.
36. Die Frauenfrage, — Prof. Dr. Gust. Cohn.
37. Wirthschaftliche und sociale Zustände in osteuropäischen Ländern, — Prof. Dr. Mischler.
38. Socialismus und Kommunismus im Alterthume, — Prof Dr. Eheberg.
39. Die Anfänge des französischen Socialismus, — Prof Dr. Knapp.
40. Die Anfänge der kapitalistischen Wirthschaft, — Derselbe.
41. Socialismus und Socialreform, — Prof. Dr. v. Schoenberg.
42. Wesen und Aufgaben der Socialpolitik, — Geh. Ober-Reg.-Rath Dr. v. Scheel.

C. Aus dem Gebiete der Verwaltungslehre.

43. Staatsverträge und internationales Verwaltungsrecht, — Prof. Dr. v. Stengel.
44. Der Einfluß der ökonomischen Theorien auf die Entwickelung des deutschen Verwaltungsrechts, — Prof. Dr. Stoerk.
45. Reform der Armengesetzgebung, — Prof. Dr. Löning.
46. Stadterweiterungen, — Oberbaurath Prof. Baumeister.
47. Die Wohnungsnoth, — Prof. Dr. Schmoller.
48. Elektrische Centralanlagen, — Admiralitätsrath Prof. Dr. Hagen.
49. Die sociale Aufgabe der höheren Schulen, — Prof. Dr. Willmann.

D. Aus dem Gebiete der Volkswirthschaftslehre.

50. Weltwirthschaft und Volkswirthschaft, — Professor Dr. H. Dietzel.
51. Ueber die Wirthschaft der Naturvölker, — Professor Dr. Bücher.
52. Volkswirthschaft und Volkswirthschaftslehre, zur Kennzeichnung der darin herrschenden verschiedenen Richtungen, — Geh. Regierungsrath Professor Dr. Conrad.
53. Die neuesten Fortschritte der nationalökonomischen Theorie, — Professor Dr. Sax†.
54. Das Kapital, — Wirkl. Geh. Rath Professor Dr. v. Böhm-Bawerk.
55. Die Messung des Volkswohlstandes mit besonderer Berücksichtigung der Ernährung, — Geh. Oberregierungsrath Dr. Engel†.
56. Die Erbschaftssteuer, — Geh. Oberregierungsrath Dr. v. Scheel.
57. Die Communalbesteuerung mit besonderer Rücksicht auf die Reform derselben in Preußen, — Professor Dr. Robert Friedberg.
58. Die Lage der deutschen Landwirthschaft, — Geh. Hofrath Professor Dr. v. Miaskowski †.
59. Die agrarische Krisis in Rußland, — Professor Dr. Buchholz.
60. Die nationalökonomische Eigenthümlichkeit der Forstwirthschaft, — Geh. Oberforstrath Professor Dr. Judeich †.
61. Die industriellen Betriebsformen in ihrer historischen Entwickelung, — Professor Dr. Bücher.
62. Herannahende Umwandelungen des städtischen Industriebetriebes und die Stellung des Ingenieurs im Staate, — Geheimer Regierungsrath Professor Dr. Reuleaux.
63. Textilstoffe und Textilindustrie der Colonialländer, — Dr. Jannasch.
64. Der Schutz des sogenannten industriellen Eigenthums, — Regierungsrath Dr. Schanze.
65. Die Anfänge der modernen Fabrikgesetzgebung, — Professor Dr. Pierstorff.
66. Die englischen Gewerkvereine, — Legationsrath von Nostitz.
67. Die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung, — Geh. Hofrath Professor Dr. Brentano.
68. Die Altersversicherung der Arbeiter, — derselbe.
69. Neuere Richtungen auf dem Gebiete der Arbeiter-Wohlfahrtspflege, — Geh. Oberregierungsrath Professor Dr. Post.
70. Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung, — Professor Dr. Julius Wolf.

71. Der gegenwärtige Weltverkehr, — Geh. Regierungsrath Dr. Kollmann.
72. Die Meistbegünstigung im internationalen Verkehr, — Professor Dr. Stoerk.
73. Die Aufgaben der deutschen Handelspolitik, — Dr. Jannasch.
74. Großmagazine und Kleinhandelsstand, — Ministerialrath Professor Dr. Mataja.
75. Das Hausirgewerbe in Deutschland, — Professor Dr. Stieda.
76. Die wichtigsten Formen der Collectiv-Unternehmung, — Professor Dr. Leser.
77. Die Währungsfrage, — Geh. Regierungsrath Professor Dr. Paasche.
78. Der gegenwärtige Stand der Währungsfrage, — Professor Dr. Lexis.
79. Die österreichische Valutareform, — Geh. Hofrath Prof. Dr. v. Miaskowski †.
80. Bimetallismus und Waarenpreise, — Dr. Rinke.
81. Die Börsenreform (vor dem Börsengesetze), — Professor Dr. Gustav Cohn.
82. Die Börsenreform (nach dem Börsengesetze), — Professor Dr. Lotz.
83. Verfall und Reform des Genossenschaftswesens, — Dr. H. Stolp.

Nach der Zahl der von ihnen in der Gehe-Stiftung gehaltenen Vorträge, bez. nach dem Alphabet, gruppiren sich die Herren Vortragenden (mit Weglassung der Titel) wie folgt.

Es sprachen:

dreimal:

1. Jannasch (8, 63, 73)*.
2. Knapp (10, 39, 40).
3. Ruge (2, 4, 11).
4. Stoerk (32, 44, 72).

zweimal:

5. Brentano (67, 68).
6. Bücher (51, 61).
7. Cohn (36, 81).
8. v. Miaskowski † (58, 79).
9. v. Scheel (42, 56).

einmal:

10. Anton (14).
11. Baumeister (46).
12. Bienemann (29).
13. Binding (27).
14. Böckh (7).
15. v. Böhm-Bawerk (54).
16. Buchholz (59).
17. Conrad (52).
18. Dietzel (50).
19. Eheberg (38).
20. Elster (5).
21. Engel † (55).
22. Rob. Friedberg (57).
23. Geffcken † (30).
24. Gierke (18).
25. Gothein (34).
26. Gumplowicz (35).
27. Hagen (48).
28. Jellinek (31).
29. Judeich † (60).
30. v. Kirchenheim (20).
31. Kirchhoff (12).
32. Kollmann (71).
33. Laband (28).
34. Lamprecht (23).
35. Leonhard (17).
36. Leser (76).
37. Lexis (78)
38. v. Liszt (21).
39. Löning (45).
40. Lotz (82).
41. Mataja (74).
42. Meili (16).
43. Ed. Meyer (9).
44. Georg Meyer † (13).
45. Mischler (37).
46. v. Nostitz (66).
47. Oertmann (15).
48. Paasche (77).
49. v. Philippovich (6).
50. Pierstorff (65).
51. Post (69).
52. Rathgen (3).
53. Rehm (26).
54. Reuleaux (62).
55. Rieker (33).
56. Rinke (80).
57. Rosin (25).
58. Sax † (53).
59. Schanze (64).
60. v. Schönberg (41).
61. Schmoller (47).
62. Sohm (22).
63. F. Stein (19).
64. v. Stengel (43).
65. Stieda (75).
66. Stolp (83).
67. Triepel (24).
68. Willmann (49).
69. Wolf (70).
70. Ziegler (1).

*) Die eingeklammerten Zahlen verweisen auf das vorstehende systematische Verzeichniß der gehaltenen Einzelvorträge.

Die sämmtlichen 83 Einzelvorträge, welche von Neujahr 1885 bis Ostern 1900 in der Gehe-Stiftung stattfanden, wurden von zusammen 37 324 Personen besucht. Das bedeutet eine Durchschnittsziffer von 450 Besuchern für jeden Vortrag. Nach Hunderten abgestuft ergeben die Besucherzahlen sämmtlicher 83 Einzelvorträge folgende Scala:

Besuchszahl:	Vorträge mit dieser Besuchszahl:
100—200	1
201—300	12
301—400	18
401—500	29
501—600	16
601—700	1
701—800	2
801—900	2
901—1000	1
1001—1100	1

Nur 13 Vorträge wurden von weniger als 300, nur 7 von mehr als 600 Personen besucht. Bilden jene 13 Vorträge gewissermaßen einen Gradmesser für die untere Grenze des Interesses, so kann man die letztgenannten 7 nicht als kennzeichnend für die obere Grenze desselben ansehen; denn hier war die Größe der zur Verfügung stehenden Saalräume mit entscheidend. Die Gehe-Stiftung besitzt keinen eigenen Saal für die Einzelvorträge, sondern benutzte dazu anfänglich den Börsensaal, später, nachdem dieser der öffentlichen Benutzung entzogen worden war, abwechselnd die Säle des Meinhold'schen Etablissements, der Philharmonie, des Musenhauses und zuletzt den Saal des neuen Vereinshauses. Die ungleiche Größe dieser Säle zog der Maximalzahl der auszugebenden Billets, welche die der vorhandenen Sitze nicht überschreiten durfte, verschieden weite Grenzen. Sie betrug in den ersten fünf Wintern, wo der Börsensaal benutzt werden konnte, 600. In diesen Jahren stellte sich die durchschnittliche Besucherzahl wie folgt:

Frühjahr 1885: 423; Winter 1885/86: 414; 1886/87: 450; 1887/88: 458; 1888/89: 502 — im Mittel 449.

In der siebenjährigen Periode des Herumwanderns machte sich mit Rücksicht auf die geringere Größe der Säle eine Reduction der Maximalzahl auf 500 nöthig. In Folge dessen sank die durchschnittliche Besucherzahl im Winter 1889/90 auf 364; 1890/91: 384; 1891/92: 366; 1892/93: 365; 1893/94: 385; 1894/95: 436; 1895/96: 389 — im Mittel 369.

Mit der Uebersiedelung ins Vereinshaus, in dessen großem Saale über 1000 Menschen Sitzgelegenheit finden, trat sofort eine ansehnliche Steigerung der durchschnittlichen Besucherzahl ein. Dieselbe betrug in den Jahren 1896/97: 592; 1897/98: 645; 1898/99: 490; 1899/1900: 563 — im Mittel 558.

Die 932 Cyclusvorträge der Gehe-Stiftung wurden von insgesammt 68 886 Personen besucht. Es betrug sonach die Besucherzahl sämmtlicher seit ihrer Eröffnung am 10. Januar 1885 bis Ostern 1900 von der Gehe-Stiftung veranstalteten 1015 Vorträge (Einzelvorträge und Cyclen zusammen) im Ganzen 106 210.

Der Antheil der einzelnen Jahre an dieser Gesammtsumme läßt folgende Tabelle ersehen.

Jahr	Einzelvorträge		Vortragscyclen		
	Vorträge	Besucher	Cyclen	Vorträge	Besucher
1885 Januar bis März	4	1 711	2	23	1 039
1885/86	6	2 505	3	44	1 637
1886/87	5	2 052	3	27	2 632
1887/88	5	2 293	3	56	2 592
1888/89	3	1 506	4	69	4 313
1889/90	5	1 819	4	55	2 880
1890/91	5	1 923	5	61	3 742
1891/92	5	1 831	5	65	3 548
1892/93	5	1 824	6	53	3 528
1893/94	6	2 313	3	27	2 414
1894/95	6	2 620	10	92	7 636
1895/96	6	2 337	8*)	71*)	5 973*)
1896/97	5	2 959	6	65	5 873
1897/98	6	3 873	6	63	4 632
1898/99	6	2 940	7**)	74**)	8 326**)
1899/1900	5	2 818	8	87	8 121
1885/86 bis 1899/1900	83	37 324	83	932	68 886

In dieser Uebersicht machen sich vier Jahresgruppen von auffallend verschiedenem Charakter bemerkbar. Die erste umfaßt die drei ersten Jahre 1885/87, die Zeit des tastenden Versuchens. Hier stehen 15 Einzelvorträge mit 6268 Besuchern 94 Cyclusvorträgen mit zusammen nur 5308 Besuchern gegenüber. Die Einzelvorträge dominiren.

*) incl. Chemnitz.
**) incl. Plauen.

Die zweite sechsjährige Periode 1887/88 bis 1892/93 ist die Zeit, in welcher die Cyclusvorträge durch die ständige Thätigkeit des Herrn Direktor Edelmann charakterisirt wurden. Hier kommen auf 28 Einzelvorträge 359 Cyclusvorträge. Die Zahl der Letzteren beträgt reichlich das Zwölffache, statt, wie in der vorhergehenden, das Sechsfache der Einzelvorträge, und 11196 Besuchern der Letzteren stehen 20603 der Vortragscyclen gegenüber. Statt an Zahl hinter den erstgenannten zurückzubleiben, machen sie fast das Doppelte desselben aus.

Einen Rückschlag bringt das Jahr 1893/94. Durch den Tod Direktor Edelmanns wurde das Lehrinstitut seiner hauptsächlichsten Stütze beraubt. Die Zahl der Cyclusvorträge sinkt auf 27 mit 2414 Besuchern herab, gegenüber den 2313 Besuchern der 6 Einzelvorträge kaum noch eine Mehrzahl zu nennen.

Eine neue Periode beginnt im Winter 1893/94 mit der Neuconstituirung der beiden ordentlichen Lehrämter. In dem seitdem verflossenen abermals sechsjährigen Zeitraume sind neben 34 Einzelvorträgen 452 Cyclusvorträge gehalten worden und den 17547 Besuchern der Ersteren stehen 40561 Besucher der Letzteren gegenüber. Die Besucher der Vortragscyclen machen weit über das Doppelte von der Zahl der Besucher der Einzelvorträge aus.

Die Statistik der Hörer nach Stand und Beruf ist nicht in gleicher Vollständigkeit durchzuführen. Für das erste Quartal von 1885 mangeln hinlänglich genaue Aufzeichnungen. Für den eben abgeschlossenen Winter sind die zeitraubenden Auszüge und Zusammenstellungen noch nicht beendet. Es müssen also von der Gesammtzahl der Einzelvortragsbesucher 3529, von der Zahl der Cyclushörer 9160 als in die folgende Statistik nicht inbegriffen außer Betracht gelassen werden, so daß sich dieselbe nur auf zusammen 33795 Besucher von Einzelvorträgen und 59726 Cyclushörer erstreckt.

Infolge der mehrfachen Wiederkehr derselben Personen*) während des nämlichen Winters reducirt sich die Summe der gezählten Hörer

*) Ueber das Betriebsjahr hinaus wird die Personenidentität nicht verfolgt. Es sind sowohl in der Statistik der Vortragshörer als in derjenigen der Bibliothekbesucher die aus älteren Jahren bekannten Hörer und Leser — und es giebt solche, deren Verbindung mit der Gehe-Stiftung bis zur Zeit ihrer Eröffnung hinaufreicht — in der Personalstatistik des neuen Jahres jedes Mal als neue Einheiten behandelt worden, was bisweilen schon durch veränderte Berufsstellung nöthig werden würde.

bei den Besuchern der Einzelvorträge auf 19054, bei den Cyclushörern auf 7436 Individuen, von denen Jeder in demselben Jahre auf der einen Seite ungefähr acht Cyclusvorträge besucht haben muß, auf der anderen nicht ganz zwei Einzelvorträgen beigewohnt haben kann.

Die Gesammtzahl der 26490 classificirten Besucher vertheilt sich nun auf die beiden Vortragsgattungen und auf die der Statistik der Gehe-Stiftung seit 14 Jahren zu Grunde gelegten Berufsgruppen, wie folgt:

Beruf	Besucher von Einzel-vorträgen	Vortrags-cyclen
1. Rentiers, Pensionäre	1587	476
2. Land- und Forstwirthe	192	73
3. Kaufleute	2978	1368
4. Gewerbtreibende	5303	879
5. Techniker	567	281
6. Verkehrsbeamte	695	629
7. Kanzlei-, Rechnungs- und Executivbeamte, Expedienten	2466	1518
8. Sonstige Verwaltungsbeamte	672	176
9. Richterliche Beamte, Rechtsanwälte und Referendare	845	338
10. Aerzte und Apotheker	380	136
11. Geistliche und Lehrer	1143	725
12. Gelehrte und Schriftsteller	589	190
13. Studirende und Schüler	1193	528
14. Künstler	99	26
15. Militärs	345	93
Zusammen	19054	7436

Es ist augenfällig, daß die unter den Besuchern der Einzelvorträge relativ am stärksten vertretene Gruppe der (selbstständigen und unselbstständigen) Gewerbtreibenden — sie macht hier ein reichliches Viertel der Gesammtzahl aus — unter den Besuchern der Vortragscyclen in viel schwächerem Maaße vertreten ist. Hier repräsentirt sie noch nicht ein Achtel der Gesammtzahl und steht erheblich zurück sowohl hinter derjenigen der Kanzleibeamten, als derjenigen der Kaufleute, während diese unter den Besuchern der Einzelvorträge zusammen gerade so viel Vertreter zählen, als die Gewerbtreibenden allein. Dieser Gegensatz

erklärt sich durch den Umstand, daß die Einzelvorträge regelmäßig Sonnabends stattfinden, also an einem Tage, an welchem in den meisten Werkstätten die Arbeit zeitiger aufhört, so daß die Leute noch Zeit und Lust übrig haben, einen ernsten Vortrag anzuhören.

Bei den Kaufleuten und Canzleibeamten fällt diese Bevorzugung eines einzelnen Wochentages weg, und wenn die Letzteren sich im Gegensatz zu den Gewerbtreibenden an den Cyclusvorträgen, die nie Sonnabends abgehalten werden, verhältnißmäßig stärker betheiligen, als an den Einzelvorträgen, indem sie von den Hörern dieser nur ein Achtel, von den Besuchern der Vortragscyclen hingegen ein Fünftel ausmachen, so mag hierbei der Hinblick auf die seit etlichen Jahren bei Staats- und Communalbehörden eingeführten Secretärsprüfungen, von deren Gegenständen mehrere in den Vortragscyclen der Gehe-Stiftung regelmäßig behandelt werden, wenigstens als unterstützendes Moment mit einwirken. Noch frappanter als bei der oben genannten Beamtenkategorie ist übrigens die starke Betheiligung an den Vortragscyclen bei den Verkehrsbeamten, die in beiden Vortragsgattungen fast in gleicher Zahl vertreten sind.

Ein ganz anderes Bild zeigt das Verhältniß bei Rentiers und Pensionären, Schriftstellern und Gelehrten im Allgemeinen, bei denen ein unmittelbar praktisches Interesse am detaillirten Eingehen auf gewisse Disciplinen nicht zu präsumiren ist, was sich im Herabgehen der Betheiligung an den Vortragscyclen auf ein Drittel und weniger gegenüber der Betheiligung an den Einzelvorträgen ausdrückt. Anders stellt sich die Sache bei den richterlichen Beamten und Rechtsanwälten, seit in den Vortragscyclen regelmäßig auch juristische Vorträge abgehalten werden, die ihrem fachlichen Interesse entsprechen, weshalb diese Vortragsgattung von ihrer Seite mehr berücksichtigt wird, als von den unmittelbar vorher genannten Hörerclassen.

Noch wäre einer dritten Gattung von Vorträgen zu gedenken, die weder von den Inhabern der Lehrämter, noch von fremden Professoren und zugezogenen Fachgelehrten, sondern in Gemäßheit des oben citirten § 36 des Revidirten Statuts von den Theilnehmern der praktischen Uebungen selbst gehalten, kritisirt und discutirt werden. Solcher Uebungsabende sind einschließlich des Eröffnungsabends am 8. März 1893 und einer nachträglichen Sitzung zur Beendigung der angefangenen Discussion bis jetzt im Ganzen 80 abgehalten und durch-

schnittlich von 12—15 Theilnehmern besucht worden. Ueber zwanzig läßt sich die Zahl der activen Theilnehmer nicht gut ausdehnen, wenn alle nicht nur an der mit den bei dieser Gelegenheit zur Vorlage gelangenden neuesten Erwerbungen der Bibliothek bedeckten Tafel im Sitzungszimmer Platz finden, sondern auch zum Worte kommen wollen; denn hier darf es keine bloß passiven Theilnehmer geben. Sind doch alle Betheiligten, wenn auch überwiegend jüngeren Alters, über die Jahre hinaus, in welchen die Geistesarbeit eine überwiegend receptive ist. Besucht wurden diese engeren Vortrags- und Discussionsabende vorzugsweise von Gelehrten und Schriftstellern, Kaufleuten, Geistlichen und Lehrern, richterlichen und sonstigen Beamten.

Aeußerlich betrachtet, ist das „Praktikum" von allen Veranstaltungen der Gehe-Stiftung die unscheinbarste. Es dient aber am directesten dem Zwecke der Stiftung, insofern diese „eine geeignete Vorbereitung und Ausbildung von Männern" zu unterstützen bestimmt ist, welche sich „einer öffentlichen Wirksamkeit widmen wollen". Denn zu solchem Vorbereitetsein genügt nicht die Bekanntschaft mit dem allgemeinen Systeme der einschlagenden Wissenschaft, sondern es gehört dazu wesentlich das Eindringen in das Detail einzelner Fragen und solche sind es, die im Praktikum zur Erörterung kommen. Es erhält dadurch nicht nur der Referent Anlaß, sich mit dem einschlagenden Material zu beschäftigen, sondern auch die übrigen Theilnehmer werden durch die von ihm aufgestellten und gedruckt vertheilten Thesen zum Voraus auf die streitigen Punkte hingewiesen, so daß eine allerseits gehörig vorbereitete und dadurch fruchtbarere Erörterung möglich ist.

Die Theilnehmer des Praktikums würden es nun der Gehe-Stiftung wenig Dank wissen, wenn sie ihnen weiter nichts darböte als die Gelegenheit, sich gegeneinander auszusprechen; denn diese könnten sie sich ja leicht auch auf anderem Wege, etwa durch Gründung eines Vereins, selbst schaffen. Der Werth der Verknüpfung mit der Gehe-Stiftung liegt vielmehr darin, daß dieselbe zugleich neben den Rathschlägen der Inhaber der Lehrämter das erwähnte unentbehrliche „Material" in thunlichster Vollständigkeit darzubieten sich angelegen sein läßt. Und damit kommen wir zu derjenigen Einrichtung der Stiftung, welcher dieser Band speciell gewidmet ist, ihrer eigentlichen Schatz- und Rüstkammer, der

Bibliothek.

In der Stiftungsurkunde war eine solche nicht vorgesehen. In dieser ist nur von „Vorträgen und Uebungen" die Rede. Aber da die Zeit dieser Vorträge und Uebungen so gewählt werden soll, daß sie von Männern, welche in ihrem Berufe thätig sind, nebenher benutzt werden können, mit anderen Worten, da diese Thätigkeit der Stiftung auf die Abendstunden verwiesen ist, deren ersprießliche Verwendung für solche Zwecke in den Sommermonaten erfahrungsmäßig als ausgeschlossen gelten muß, so würde die Stiftung mit Vorträgen und Uebungen allein, gleich vielen Vereinen, nur zu einer intermittirenden Thätigkeit gelangen. Ja sie wäre insofern noch übler daran, als diese, deren Theilnehmer doch wenigstens formell durch das Band einer fortdauernden Mitgliedschaft zusammengehalten werden, und genöthigt, ihr Publikum sich im Frühjahr in alle Winde zerstreuen zu lassen, um es dann im Winter aufs Neue zu sammeln.

Um dieser Calamität zu entgehen, gab es kein anderes Mittel, als die Einschiebung eines auch im Sommer fortwirkenden Bindegliedes und das konnte kaum etwas anderes sein, als eine Bibliothek.

Bibliothek und Lesesaal mußten den durch die Stiftungsurkunde an die Hand gegebenen Bildungsmitteln hinzugefügt werden, um ihnen Stabilität zu geben. Darüber war sich das Direktorium der Gehe-Stiftung klar, ehe diese ihre Thätigkeit eröffnete, und verwendete deshalb das der Vorbereitung gewidmete Jahr 1884 vornehmlich zur Anlegung einer solchen, nicht einer Volksbibliothek — denn deren gab es schon zur Genüge — sondern einer staatswissenschaftlichen Fachbibliothek, an der es in Dresden fehlte, wenn auch einige Zweige der Staatswissenschaften schon in der königlichen öffentlichen, der Stadtbibliothek und den Bibliotheken der beiden statistischen Bureaus, des königlichen und des städtischen, mehr oder minder ausgiebig berücksichtigt wurden.

Auf letztgedachten Umstand nahm auch das Revidirte Statut vom 30. November 1893 Rücksicht, indem es in §§ 29 und 30 folgende Bestimmungen traf:

> Zur Förderung des Selbststudiums unterhält die Gehe-Stiftung eine staatswissenschaftliche Bibliothek mit einem Lesezimmer.
>
> Die Bibliothek der Gehe-Stiftung soll zwar dazu beitragen, daß für staatswissenschaftliche Studien das literarische Material in Dresden möglichst vollständig zu finden und dem öffentlichen Gebrauche zugänglich sei; es soll aber bei den Anschaffungen auf das in anderen Dresdener Bibliotheken zu findende Material Rücksicht genommen werden.

Diese Rücksichtnahme, welche, ehe sie zur Vorschrift wurde, schon von Anfang an thatsächlich geübt wurde, entlastete die Gehe-Stiftung von der Einbeziehung eines Wissensgebietes, welches, beiläufig bemerkt, in der Reichstagsbibliothek einen bedeutenden Raum einnimmt, nämlich der Geschichte. Hierin durfte sich die Gehe-Stiftung im Hinblick auf die ausgiebige Pflege, welche der Geschichte in der nach dieser Richtung berühmten Dresdner Königlichen Bibliothek zu Theil wird, äußerste Beschränkung auferlegen. Aehnliches galt von der Statistik im Hinblick auf die Bibliotheken der genannten zwei statistischen Aemter.

Aber auch bei dieser Beschränkung war an eine planmäßig durchgeführte gleichmäßige Vertretung der verbleibenden Fächer nicht zu denken. Es kam, um praktisch baldmöglichst einen Anfang machen zu können, vor Allem nur darauf an, den Rahmen für das Ganze festzustellen und von demselben vorerst soviel auszufüllen, als sich in kürzester Zeit leisten ließ. Das Erstere geschah durch Annahme des vom Verfasser entworfenen und im ersten Programme der Gehe-Stiftung abgedruckten Generalplans, das Zweite durch bestmöglichste Benutzung der sich darbietenden Gelegenheiten zur Vervollständigung der vom Verfasser anfänglich dargeliehenen, später schenkungsweise überlassenen Privatbibliothek. Herr Dr. Joh. Frantz, jetzt Bibliothekar an der Königlichen Bibliothek in Berlin, unterzog sich der Herstellung eines systematischen Zettelkatalogs, und so wurde es möglich, vier Wochen nach Beginn der Vorträge der Gehe-Stiftung, am 7. Februar 1885, dem Publikum wenigstens die etwa 4—5000 Bände zählenden Anfänge einer staatswissenschaftlichen Fachbibliothek und ein etliche fünfzig fachwissenschaftliche Periodica umfassendes Lesezimmer zu bieten. Heute zählt die Bibliothek über 50 000 Schriften. Im Lesezimmer liegen 174 Periodica aus und ihre Zahl würde um die Hälfte größer sein, wenn der Raum die Auslegung aller gehaltenen Zeitschriften und Fortsetzungswerke gestattete.

Ihrem wachsenden Umfange entsprechend und in viel stärkeren Proportionen, als der Besuch der Vorträge, ist die Benutzung der Bibliothek gestiegen. In den ersten 10½ Monaten (bis Schluß des Jahres 1885) haben die Stiftungsbibliothek nur 56 Personen zum Entleihen von Büchern benutzt. Die Zahl der verliehenen Bücher betrug 231. In einer zweiten gleich langen Periode (bis Michaelis 1886) stieg die Zahl der Entleiher auf 117, die Zahl der entliehenen Bücher auf 594. Die Zahl der am Schlusse dieses Zeitabschnitts in den Händen des

Publikums befindlichen Bücher betrug nicht mehr als 141. Erst von dieser Zeit an hat eine vollständige Aufzeichnung der Besucher, einschließlich derjenigen, welche nur das Lesezimmer benutzten oder sich begnügten, die gesuchten Bücher im Stiftungslokale einzusehen, stattgefunden. Sie betrug im Geschäftsjahre (Michaelis bis Michaelis):

	Besucher:	im Laufe des Jahres ausgeliehene Bücher:	davon ausstehend am Schlusse:
1886/87:	1 639	1 191	295
1887/88:	3 138	1 796	246
1888/89:	4 388	2 114	393
1889/90:	4 427	2 654	377
1890/91:	5 611	3 420	570
1891/92:	7 282	4 730	716
1892/93:	11 257	8 615	999
1893/94:	18 931	17 089	1 415
1894/95:	20 975	17 166	1 675
1895/96:	21 368	17 338	1 619
1896/97:	20 527	15 378	1 696
1897/98:	21 076	16 349	1 844
1898/99:	20 140	14 460	1 821

Mit Hinzunahme der in den ersten 21 Monaten ausgeliehenen 825 Werke sind sonach bis Michaelis 1899 von der Gehe-Stiftungs-Bibliothek im Ganzen 123 125 Bücher ins Haus verliehen worden. In dem eben beendigten Winter 1899/1900 kamen dazu weitere 10 992, welche indeß in den folgenden Specialstatistiken, deren Aufmachung längere Zeit erfordert, noch nicht berücksichtigt werden konnten.

Dem aufmerksamen Leser der vorstehenden Zifferreihen kann nicht entgehen, daß das Anfangs stetige Wachsthum des Verkehrs mit dem Jahre 1892/93 einer sprunghaften Bewegung Platz macht. Der Grund hiervon liegt in dem plötzlichen Hervortreten einer Leserklasse, welche im Verkehr der Gehe-Stiftung bis dahin nur eine beschränkte Bedeutung gehabt hatte: Studierende und Schüler. Zerlegt man die Zeit von Eröffnung der Bibliothek bis Michaelis 1899 in zwei siebenjährige Perioden, so kommen Studirende und Schüler auf

1885 bis 1891/92:	301	mit	2202	entliehenen	Büchern
1892/93 bis 1898/99:	5 543	„	44003	„	„
Zusammen:	5 844	„	46205	„	„

andere Leser auf

1885 bis 1891/92:	1 928	mit	14 528	entliehenen	Büchern
1892/93 bis 1898/99:	8 150	„	62 392	„	„
Zusammen:	10 078	„	76 920	„	„

Die Zahl der Leser überhaupt ist in der zweiten Periode von 2229 auf 13 693 gestiegen, hat sich also gegenüber derjenigen der ersten ungefähr versechsfacht, die der Studirenden und Schüler verachtzehnfacht, die der anderen Leser nur reichlich vervierfacht. Die Zahl der entliehenen Bücher ist in derselben Zeit von 16 730 auf 106 395 gestiegen, hat sich also ebenfalls reichlich versechsfacht, die Zahl der an Studirende und Schüler allein verliehenen verzweiundzwanzigfacht, während der Bedarf des übrigen Publikums nur reichlich auf das Dreifache gestiegen ist.

Diese Entwickelung hat gleich bei ihrem Beginn das Directorium vor die Frage gestellt, ob nicht die Gefahr naheliege, daß die Stiftungs-Bibliothek ihrer eigentlichen Bestimmung entfremdet und zu einer Volksbibliothek im gewöhnlichen Sinne gemacht werden könnte, wozu um so weniger ein Bedürfniß vorliegt, als die von der Stadt unterhaltenen und vom Gemeinnützigen Vereine verwalteten Volksbibliotheken diesem Bedürfnisse reichlich genügen.

Eine Schutzwehr blieb freilich auf alle Fälle bestehen: die Beschränkung der Bibliothek auf Fächer, welche mit den in den Volksbibliotheken vorzugsweise gepflegten nichts zu thun haben. Auf der anderen Seite war aber nicht zu übersehen, daß die Auffassung der „staatsbürgerlichen Erziehung" — und dieser zu dienen ist und bleibt doch wesentlich Aufgabe der Gehe-Stiftung — sich in den letzten Jahrzehnten wesentlich geändert hat und daß die Anfänge derselben in ein Alter gelegt worden sind, welches man früher von der Befassung mit öffentlichen Angelegenheiten thunlichst fern zu halten beflissen war. Gesetzeskunde und Volkswirthschaftslehre bilden jetzt einen regelmäßigen Unterrichtsgegenstand in Fortbildungsschulen und auf derselben Stufe stehenden Anstalten, und durch die Feier patriotischer Gedenktage werden selbst die Volksschüler zu einem Interesse an den Grundlagen unserer nationalen Verhältnisse angeleitet.

Dieser Entwickelung konnte die Gehe-Stiftung nicht schlechthin ablehnend entgegentreten. Sie hat, so lange ihre Hauptaufgabe nicht darunter litt, das von anderer Seite geweckte Interesse nicht unbefriedigt

lassen zu sollen geglaubt und aus einigen ihrer Fächer eine beschränkte Anzahl geeigneter Bücher, die denn verhältnißmäßig sehr stark benutzt werden und gewissermaßen beständig aus einer Hand in die andere gehen, diesem Zwecke vorzugsweise gewidmet. Die folgende Uebersicht wird zeigen, daß es sich hauptsächlich um vier Capitel handelt, in welchen die abnorme Steigerung des Bedarfes in der zweiten, verglichen mit der ersten siebenjährigen Periode den Einfluß des Schülerverkehrs erkennen läßt: Geschichte, Geographie, Kolonialpolitik und Militairwesen, was in diesem Falle so ziemlich gleichbedeutend ist mit Kriegsgeschichte. Da von diesen vier Capiteln drei der Hauptabtheilung A (Hilfswissenschaften) angehören, concentrirt sich das plötzliche Anschwellen des Bedarfs zum größten Theile auf diese, wo die Benutzung sich in der zweiten Periode auf das Fünfzehnfache der in der ersten stattgefundenen steigerte. Und vornehmlich dem Einflusse des Capitels: „Kriegswesen" ist es zuzuschreiben, wenn auch bei Abschnitt C (Verwaltung) die zweite Periode im Vergleich mit der ersten einen achtmal so starken Verkehr aufweist. Die Ziffern in den übrigen Capiteln dürfen im Ganzen und Großen als das Resultat einer normalen Entwickelung angesehen werden, welche im Hauptabschnitt D (Volkswirthschaft) eine Verdreifachung, in Hauptabschnitt B (Staats- und Rechtswissenschaft) eine Vervierfachung des Bedarfes erkennen läßt.

A. Politische Hilfswissenschaften.

	Ausgeliehene Bücher:		
	1885—1891/92	1892/93—1898/99	1885—1898/99
1. Encyclopädien, Wörterbücher	65	446	511
2. Bibliographie, Bibliothekkunde	74	203	277
3. Literatur und Zeitungswesen	44	1 007	1 051
4. Philosophie	47	845	892
5. Geschichte	874	8 164	9 038
6. Geographie und Statistik	1 802	34 483	36 285
7. Bevölkerungswissenschaft	97	232	329
8. Auswanderung und Colonien	634	6 068	6 702
Summe A:	3 637	51 448	55 085

B. Staats- und Rechtswissenschaft.

9. Gesetzsammlungen	75	72	147
10. Land- und Reichstagsacten	40	277	317
11. Staatswissenschaftliche Zeitschriften und Sammelwerke	622	4 432	5 054
12. Allgemeine Staats- und Gesellschaftslehre	338	1 821	2 159
13. Rechtswissenschaft	411	2 239	2 650

	Ausgeliehene Bücher:		
	1885—1891/92	1892/93—1898/99	1885—1898/99
14. Staatsrecht	331	997	1 328
15. Völkerrecht	87	251	338
16. Praktische Politik	1 082	2 571	3 653
17. Socialpolitik	594	1 896	2 490
18. Kirche, Kirchenrecht und Kirchenpolitik	200	825	1 025
Summe B:	3 780	15 381	19 161
C. Verwaltung.			
19. Allgemeine Verwaltung	426	1 750	2 176
20. Bürger- und Heimathsrecht	33	110	143
21. Armenwesen	87	206	293
22. Polizei	275	1 632	1 907
23. Gefängnißwesen	159	1 395	1 554
24. Gesundheitswesen	574	1 995	2 569
25. Bau- und Straßenwesen, Städtereinigung, Feuerlöschwesen ꝛc.	183	1 618	1 801
26. Bildungswesen	354	3 028	3 382
27. Kriegswesen	338	8 583	8 921
Summe C:	2 429	20 317	22 746
D. Volkswirthschaft.			
28. Nationalökonomie	1 418	3 539	4 957
29. Finanzwesen	364	583	947
30. Landwirthschaft, Grundeigenthum und Grundcredit	582	1 309	1 891
31. Forst- und Jagdwesen, Fischerei	141	274	415
32. Bergbau	128	379	507
33. Industrie und Fürsorge für Arbeiter	1 608	4 950	6 558
34. Handel, Handelspolitik und Zollwesen	938	2 350	3 288
35. Transportwesen	631	3 572	4 203
36. Münzwesen	172	601	773
37. Credit- und Bankwesen	204	288	492
38. Börse und Actienwesen	284	398	682
39. Versicherungswesen	112	180	292
40. Sparkassen und Leihhäuser	21	83	104
41. Genossenschaftswesen	217	355	572
42. Ausstellungswesen	32	227	259
43. Consumtion und häusliche Oekonomie	32	161	193
Summe D:	6 884	19 249	26 133
Hauptsumme:	16 730	106 395	123 125

Läßt man die Studirenden und Schüler als einen, viele in dem ursprünglichen Plane der Gehe-Stiftung nicht eingeschlossene Elemente

enthaltenden Theil der Leserschaft außer Betracht, so sind, wie die nachfolgende Tabelle zeigt, die Gelehrten und Schriftsteller zwar nicht die zahlreichsten aber die eifrigsten Benutzer der Gehe-Stiftung gewesen, wobei nicht übersehen werden darf, daß die Inhaber der Lehrämter, welche doch zu allererst auf die Benutzung der Stiftungs-Bibliothek angewiesen sind, unter dieser Gruppe von Lesern mit inbegriffen sind. Die Gewerbtreibenden, welche unter den Besuchern der Einzelvorträge an erster, unter denjenigen der Vortragscyclen an dritter Stelle standen, kommen in der folgenden Uebersicht erst an fünfter. Kanzleibeamte und Kaufleute, welche dort die dritte und zweite, beziehentlich erste und zweite Stelle einnahmen, stehen hier an dritter und vierter, was die absolute Zahl der entliehenen Bücher anlangt.

In der Durchschnittszahl der auf die einzelnen Leser kommenden Bücher gehen ihnen von sonstigen größeren Gruppen: Rentiers und Pensionäre, Verwaltungsbeamte, Lehrer und richterliche Beamte vor. Das Letztere ist um so bemerkenswerther, als eine stärkere Benutzung durch Fachjuristen erst mit der Gründung des juristischen Lehramtes und der systematischen Entwickelung der juristischen Abtheilung der Stiftungs-Bibliothek eingetreten ist.

Es kamen auf	Entleiher	entliehene Bücher	durchschnittlich
1. Rentiers und Pensionäre	520	4436	8,5
2. Land- und Forstwirthe	111	664	6,0
3. Kaufleute	1797	12055	6,7
4. Gewerbtreibende	1686	10257	6,1
5. Techniker	304	1672	5,5
6. Verkehrsbeamte	410	2069	5,0
7. Kanzlei-, Rechnungs- und Executivbeamte, Expedienten	2076	12557	6,0
8. Sonstige Verwaltungsbeamte	415	3305	8,0
9. Richterliche Beamte, Rechtsanwälte und Referendare	651	5060	7,8
10. Aerzte und Apotheker	192	1904	9,9
11. Geistliche und Lehrer	1067	8417	7,9
12. Gelehrte und Schriftsteller	639	13247	20,7
13. Studirende und Schüler	5844	46205	7,9
14. Künstler	72	408	5,7
15. Militärs	138	869	6,3
Zusammen:	15922	123125	7,7

In diesen Tabellen tritt nicht zu Tage, was die Bibliothek ganz besonders befähigt, dem Wunsche des Stifters gerecht zu werden, daß, wenn die von ihm gegründete Anstalt auch

> „die ihr gestellte große Aufgabe nur zu einem kleinen Theile und vorzugsweise nur für die nähere Umgebung ihres Kreises und Sitzes zu lösen vermag . . . daraus eine Beschränkung der Intention auf Erreichung localer oder provinzialer Zwecke mit nichten gefolgert werden darf, die Stiftung vielmehr ihrer Bestimmung nach, einen allgemeinen Charakter haben sollte."

Dieser Bestimmung vermag die Bibliothek dadurch besonders zu entsprechen, daß sie möglichst leicht auch von Auswärtigen benutzt werden kann. Es geschieht dies auch in ziemlicher Ausdehnung. Denn nicht nur aus verschiedenen Orten Sachsens, sondern auch aus anderen Gegenden des deutschen Reiches, aus Oesterreich-Ungarn (namentlich aus dem nördlichen Böhmen), hin und wieder selbst aus der Schweiz wird die Bibliothek in Anspruch genommen, und es gereicht der Verwaltung zur Genugthuung, das Streben nach Vollständigkeit auf dem specifischen Gebiete der Bibliothek, soweit dies auch selbstverständlich von der Erreichung des Zieles entfernt ist und immer entfernt bleiben muß, als eine schätzenswerte Eigenschaft der Stiftungs-Bibliothek anerkannt zu sehen.

Um die Bibliothek für Solche, welche an kleinen Orten aller literarischen Hilfsmittel ermangeln, benutzbar zu machen, sind nicht nur die Bedingungen der Benutzung thunlichst erleichtert*), namentlich die Spesen des Hin- und Rücktransports zwischen Absender und Empfänger getheilt worden, sondern man hat auch die Kosten nicht gescheut, durch successive Drucklegung der wichtigsten Abtheilungen des Katalogs und reichliche Vertheilung von Exemplaren desselben an solche Stellen, wo ein Bedürfniß der Verwaltung vorausgesetzt werden konnte, die Fernwohnenden mit dem in der Stiftungs-Bibliothek Vorhandenen bekannt zu machen und ihnen dadurch den oft schmerzlich vermißten Ueberblick der etwa zu benutzenden Literatur zu verschaffen.

Schon drei Jahre nach Eröffnung der Bibliothek für den öffentlichen Gebrauch ging der erste Band des Katalogs, von dem damals am meisten cultivirten Abschnitte D (Volkswirthschaft) den damaligen

*) § 31 des Revidirten Statuts bestimmt:
„Die Benutzung der Bibliothek ist sowohl in- als außerhalb Dresdens wohnenden Herren thunlichst zu erleichtern."

Bücherbestand in thunlichst eingehender Specialisirung nachweisend und mit mehrfachen Indices versehen im Druck hinaus. Im Jahre 1892 folgte der zweite Band, enthaltend die Capitel: Staatslehre, Staats- und Völkerrecht und den Hauptabschnitt C Verwaltung. Seitdem hat sich der Bücherbestand der Abtheilung D mehr als verdoppelt und namentlich durch die Literatur der inzwischen verflossenen 12 Jahre um zahlreiche besonders gesuchte Bücher vermehrt. Deshalb hat man schließlich im Interesse bequemer Benutzung seitens der Leser von der erst geplanten Herausgabe eines Nachtrags Abstand genommen und einen vollständigen Neudruck beschlossen, der aber, theils um nicht den Druck zu lange hinzuziehen und das Werk noch während desselben veralten zu lassen, theils um ein unförmliches Anschwellen des ursprünglichen ersten Bandes zu vermeiden, in drei Abtheilungen erfolgen soll.

Die erste, umfassend die Capitel: Nationalökonomie und Finanzwissenschaft, liegt hier vor. Der Bücherbestand dieser beiden Capitel, dessen Verzeichniß in der ersten Auflage auf 65 Seiten gegeben werden konnte, hat in der neuen Auflage 166 Seiten beansprucht. Bei den beiden folgenden Abtheilungen, von denen, die Genehmigung des Stiftsraths vorausgesetzt, die eine, Ackerbau und Gewerbe umfassend, im nächsten, die andere, dem Handel und Verkehr gewidmete, im übernächsten Jahre herauskommen soll, wird der Zuwachs sich als ein noch bedeutenderer erweisen.

Schließlich ist noch einiges über den Bücherbestand und die Organisation der Stiftungsbibliothek zu sagen.

Eine genaue Aufnahme des Bestandes in den einzelnen Capiteln kann augenblicklich nicht vorgelegt werden. Aber das ist sicher, daß man zu ganz falschen Schlüssen kommen würde, wenn man die Ziffern der Benutzung zu Maaßstäben des präsumtiven Bestandes nehmen wollte. Wie weit man sich dadurch von der Wirklichkeit entfernen würde, zeigt folgender Umstand. In den Capiteln Geographie und Colonialpolitik, auf welche nach obiger Statistik der Bibliothekbenutzung ein reichliches Drittel der ausgeliehenen Bücher kam, bezifferte sich nach einer im vorigen Jahre vorgenommenen Zählung, deren Ergebniß dem damals veröffentlichten, eben diese beiden Capitel betreffenden dritten Bande des Kataloges vorausgeschickt ist, der Bücherbestand auf wenig über 5000. Er betrug also nicht über ein Zehntel des Gesammtbestandes und übertraf kaum den der in gegenwärtigem Bande behandelten Capitel: Nationalökonomie und Finanzwissenschaft, die doch in dem

Verzeichnisse der Ausleihungen nur mit zusammen 5904 Nummern vertreten sind, mithin noch nicht ein Zwanzigstel der bis Michaelis 1899 überhaupt ausgeliehenen Bücher ausmachten. Daraus geht hervor; daß jene bevorzugten Capitel relativ ungefähr siebenmal so stark benutzt worden sind, als Nationalökonomie und Finanzwissenschaft, nicht aber, daß sie im Bücherbestand siebenmal so stark vertreten seien, als diese.

Aehnliches läßt sich, mit Ausnahme des schon erwähnten Capitels „Kriegswesen", mehr oder minder von allen Capiteln der Abtheilungen B, C und D behaupten. Vom Bücherbestande der Stiftungs-Bibliothek bilden diese, während sie in der Benutzungsziffer, wenn man vollends das „Kriegswesen" auf die andere Seite wirft, nur etwa die Hälfte ausmachen, weitaus die Hauptmasse.

Was die Verwaltung anlangt, so war diese anfänglich überaus einfach organisirt. Die Bibliothek besaß zuerst nur einen einzigen Beamten und zwar für den Catalogdienst, der namentlich in der Zeit der ersten umfänglichen Ankäufe sehr gehäufte Arbeit mit sich brachte. Die Vermehrung und Ordnung des Bücherbestandes, auch den Verkehr mit dem Publikum, wo dieser nicht ganz mechanischer Art war, besorgte der Verfasser neben der allgemeinen Verwaltung der Stiftung. Alles Uebrige, namentlich das durch die Ausleihung entstehende Schreibwerk, war Sache des einzigen für alle Canzleigeschäfte angenommenen Expedienten.

Jetzt beschränkt sich die Thätigkeit des Verfassers auf die obere Leitung. Hierüber enthalten die §§ 31 und 32 des Revidirten Statuts folgende Vorschriften:

> „Die näheren Bestimmungen über die Verwaltung und Benutzung der Bibliothek hat das Directorium zu treffen.
>
> „Für die Verwaltung der Bibliothek ist, sobald als erforderlich und thunlich, ein eigner Bibliothekar anzustellen, dessen Wahl nach § 14 sub 4 des Statuts auf Vorschlag des Directoriums durch den Stiftsrath erfolgt.
>
> „Der Bibliothekar muß außer der erforderlichen sprachlichen und fachtechnischen auch hinreichende staatswissenschaftliche Bildung und Literaturkenntniß besitzen, um sowohl die Anschaffungen richtig zu leiten, als auch dem rathsuchenden Publikum hinsichtlich der zu consultirenden Bücher zweckmäßige Fingerzeige geben zu können.
>
> „Es ist zulässig, die Function des Bibliothekars mit der Verwaltung eines Lehramtes bei der Stiftung oder mit der Geschäftsführung der letzteren zu verbinden."

Von dem Rechte, die Bedingungen der Bibliothekbenutzung fest zu stellen, hat das Directorium schon mehr als einmal Gebrauch gemacht. Denn unter der sich mehrenden Zahl der Leser, die seit 1894/95 ständig über 2000 im Jahre beträgt, befanden sich, wie nicht anders zu erwarten, auch solche, welche sich des geschenkten Vertrauens unwürdig erwiesen und gegen die mit erhöhter Strenge vorgegangen werden mußte. So folgte dem Reglement vom 3. Februar 1885 ein revidirtes vom 7. December 1887 und zuletzt ein abermals erweitertes vom 6. Februar 1900. Das letztere ist auf Seite 38 dieses Bandes abgedruckt.

Dagegen ist bis jetzt die Nothwendigkeit nicht eingetreten, einen besonderen Vorstand der Bibliothek anzustellen, so lange Verfasser im Stande ist, dieses Amt neben der Geschäftsführung der Stiftung zu besorgen. Wohl aber ist auf seine eigne Anregung eine Einrichtung getroffen worden, welche Ersatz bietet für den in absehbarer Zeit nicht zu activirenden „Lehrkörper", zu welchem nach § 37 des Revidirten Statuts die mit Vorträgen bei der Gehe-Stiftung dauernd beauftragten Herren gehören sollen und der sich nach dem bekannten Satze „tres faciunt collegium" aus den zwei bestehenden ordentlichen Lehrämtern nicht aufbauen läßt. Dieses Surrogat, welches zugleich die Inhaber der Lehrämter mit der Bibliothekverwaltung in solche Verbindung setzt, daß sie im Stande sind, ihre Wünsche und Bedürfnisse bei den Anschaffungen für die Bibliothek zur Geltung zu bringen, ist der vom Directorium durch Regulativ vom 2. Juni 1896 errichtete „Wissenschaftliche Ausschuß".

In demselben werden unter Anderem in wöchentlichen Sitzungen alle eingehenden Novitäten, sowie sonstige für die Bibliothek wünschenswerthen Erwerbungen besprochen und die sich zeigenden Bedürfnisse mit den verfügbaren Mitteln dergestalt in Einklang gebracht, daß die Innehaltung des durch das Budget angewiesenen Credits ohne Bevorzugung oder Zurücksetzung des einen oder anderen Faches erzielt wird.

Beschränkungen sind dabei freilich nöthig; denn fast die Hälfte des für Anschaffungen angewiesenen Fonds wird durch Zeitschriften und Fortsetzungswerke absorbirt. Und wenn die Schranken des Budgets selbst minder eng gezogen wären, so würde die Rücksicht auf den verfügbaren Raum auf manche Anschaffung zu verzichten gebieten.

Die Titel der neu erworbenen Bücher werden alsbald fortlaufend, nach den 43 im Kataloge unterschiedenen Hauptfächern gesondert, in zwei

im Leſeſaale aufliegende Bände eingetragen, außerdem aller 14 Tage in derſelben Ordnung auf zwei Folioſeiten autographirt und nicht nur den übrigen am Orte befindlichen öffentlichen Bibliotheken, ſondern auch den ſonſtigen Hauptintereſſenten in und außerhalb Dresdens zugeſendet, ſo daß für ſie der gedruckte Katalog in kürzeſten Intervallen auf dem Laufenden erhalten wird.

Zur Beherrſchung der Büchermaſſe im Detail ſind jetzt zwei wiſſenſchaftliche Beamte angeſtellt, einer in der Hauptſache für den inneren, der andere für den äußeren Dienſt.

Der erſtere, Herr Bruno Schwarze, der auch das Manuſkript des vorliegenden Bandes und das zugehörige Regiſter angefertigt und die mühſame Correctur beſorgt hat, iſt mit der Führung des Acceſſions-Katalogs, der Controlle der Verrechnungen mit den Lieferanten, der Verdankungen an die Schenkgeber, weiter mit der Einordnung der neu hinzukommenden Bücher und der Fortführung des ſyſtematiſchen Zettel-Katalogs beauftragt.

Der andere, Herr Dr. phil. Ottomar Schuchardt, hat in erſter Linie den äußeren Dienſt, den Verkehr mit dem Publikum zu erledigen und die hiervon nicht in Anſpruch genommene Zeit der Ausdehnung des alphabetiſchen Nominalzettelkatalogs auf diejenigen Abtheilungen der Bibliothek zu widmen, für welche die Einrichtung desſelben noch nicht vollſtändig durchgeführt iſt.

Endlich iſt ſeit mehreren Jahren Herr Dr. phil. Richard Böttger, deſſen Name dem Leſer ſchon im Verzeichniſſe der Cyclusvorträge entgegengetreten iſt, mit regelmäßiger Durchſicht der zahlreichen von der Bibliothek gehaltenen Periodica betraut, um die Titel der das Arbeitsgebiet der Stiftung berührenden Artikel mit Angabe der Stelle, wo ſie ſtehen, zu excerpiren und genau nach dem Syſteme des Real-Katalogs der Stiftungs-Bibliothek in ein großes, für etwa 100 000 Zettel Raum bietendes Journalrepertorium einzuordnen.

Die Aufbewahrung und Ordnung der Empfangsſcheine über die ausgeliehenen Bücher, die Fixirung derſelben in chronologiſch zu führenden Preßcopirbüchern, die Eintragung der Entleiher in die zugehörigen alphabetiſchen Perſonenregiſter*), der Poſtverkehr, endlich die

*) Die Empfangsſcheine ſelbſt werden nach dem Namen der Autoren, beziehentlich nach den Büchertiteln geordnet aufbewahrt, um für jedes etwa ausgeliehene Buch ſofort feſtſtellen zu können, wem und ſeit wann es ausgeliehen iſt.

Rücknahme und Controlle der zurückgegebenen Bücher, alles dies ist Sache der Kanzlei, mit welcher die Ausgabestelle in unmittelbarem Connex steht, so daß beide sich wechselseitig in die Hand arbeiten können.

Von der Aufstellung der Katalogschränke im Entreesaale, in welchem sich Kanzlei und Ausgabestelle befinden, hat man absehen müssen, um die Wände zur Aufstellung von Bücherschränken zu benutzen, in welchen die am meisten gebrauchten Abtheilungen der Bibliothek: Geschichte, Geographie und Colonialpolitik untergebracht sind, damit für den ausgebenden Beamten in den am häufigsten vorkommenden Fällen die Wege thunlichst abgekürzt werden. Aus ähnlichen praktischen Rücksichten hat die Bibliothekverwaltung von der Ausgabestelle getrennt werden müssen, um den an den Entreesaal anstoßenden hellsten Raum als Lesezimmer zu verwenden. Ueberhaupt muß mit dem Umstande gerechnet werden, daß die Gehe-Stiftung kein eigenes für ihre Zwecke erbautes Gebäude zur Verfügung hat, sondern sich in einem über 200 Jahre alten stattlichen Miethhause, welches wenigstens den Vorzug einer centralen und dabei geräuschfreien Lage besitzt, so gut es gehen wollte, hat einrichten müssen.

Nicht hoch genug zu schätzen war daher das Entgegenkommen des Dresdner Stadtrathes, welcher sich geneigt erklärte, in einem für die Zwecke der städtischen Sammlungen neu zu erbauenden Gebäude der Gehe-Stiftung Unterkunft zu gewähren. Leider ist diese Aussicht zunichte geworden, indem sich bei Ausarbeitung des Bauplanes herausstellte, daß die nach Befriedigung des Raumbedürfnisses für die städtischen Sammlungen übrig bleibenden Gelasse zwar im Vergleich mit den der Gehe-Stiftung jetzt zur Verfügung stehenden Räumen weit stattlicher, aber ihrer Zahl und Anordnung nach für die Bedürfnisse der Stiftung in keiner Weise brauchbar waren. Es bleibt daher nur zu wünschen, daß ein zweiter Gehe nicht bloß unsere Stiftung, sondern zugleich die verschiedenen in Dresden bestehenden privaten wissenschaftlichen Institute und Vereine behufs Unterbringung ihrer Sammlungen und Sitzungszimmer mit einem seinen Namen tragenden Stiftungshause beschenke!

Th. Petermann.

Bestimmungen

für die

Benutzung der Bibliothek der Gehe-Stiftung.

§ 1.

Die Bibliothek der Gehe-Stiftung ist dazu bestimmt, Herren, welche sich in den Fächern, deren Kenntniß zu gedeihlichem öffentlichen Wirken vonnöthen ist, zu orientiren wünschen, das hierzu nöthige literarische Material zu bieten.

§ 2.

Sie ist zu diesem Zwecke — mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage und der event. Bibliothekferien — täglich von 10–2 Uhr, sowie (außer Sonnabends) Abends von 5–9 Uhr zur Benutzung im Locale geöffnet.

§ 3.

Entleihung von Büchern in's Haus ist nur Solchen gestattet, welche dem Bibliothekar bez. dem die Bücher ausgebenden Beamten als Vertrauenswürdige bekannt sind oder sich als solche ausweisen können. Andere haben die Bürgschaft einer als vertrauenswürdig geltenden Person beizubringen.

§ 4.

Noch nicht gebundene, gestempelte und signirte Bücher, ingleichen alle gangbaren Nachschlage-Werke, sowie Manuscripte sind von der Verleihung in's Haus ausgeschlossen.

Es bleibt vorbehalten, auch aus anderen Gründen einzelne Schriften von der Verleihung auszuschließen.

§ 5.

Ueber jedes entliehene Buch oder sonstige Schriftstück ist ein Empfangsschein auszustellen, durch dessen Unterschrift sich der Entleiher zugleich den Bestimmungen über die Benutzung der Bibliothek ausdrücklich unterwirft; zu diesem Zwecke sind die in der Bibliothek vorhandenen gedruckten Formulare zu benutzen.

Bei Entleihungen aus dem Lesezimmer (§ 7) sind die hierfür bestimmten besonderen Formulare zu verwenden.

Ohne Ausfüllung und Abgabe des vorgeschriebenen Empfangscheines darf kein Buch, Heft oder sonstiges Schriftstück aus dem Locale der Gehe-Stiftung mitgenommen werden.

§ 6.

Die Verleihung in's Haus erfolgt in der Regel auf **14 Tage**, bei größeren Werken auf 4 Wochen. Wünscht der Entleiher nach Ablauf dieser Fristen die Bücher noch länger zu behalten, so hat er unter **Vorlegung der letzteren** um Verlängerung nachzusuchen. Diese kann, wenn die Bücher inzwischen nicht anderweit verlangt worden sind, mittelst entsprechenden Vermerks auf dem Empfangsscheine, wiederholt für gleiche Fristen, jedoch ohne besondere directorielle Genehmigung **nicht über die Gesammtdauer von drei Monaten** hinaus, bewilligt werden.

§ 7.

Ausleihungen aus dem **Lesezimmer** (vergl. § 5, Abs. 2) sind überhaupt nur **ausnahmsweise** und auch dann in der Regel nur **auf 1—2 Tage** gestattet. Ueber die Zulässigkeit und Dauer der Ausleihung entscheidet im einzelnen Falle der Bibliothekar, bez. der im Lesezimmer Aufsicht führende Beamte.

§ 8.

Die entliehenen Bücher sind mit Schonung zu benutzen und vor Beschädigung zu bewahren. Insbesondere hat der Entleiher sich alles An- und Unterstreichens, Hineinschreibens, Beschmutzens, Einbrechens der Blätter, des Herausreißens oder Herausschneidens unbedingt zu enthalten, vielmehr bei Schriften, die ihren Zusammenhalt verloren haben, darauf zu achten, daß von den Bestandtheilen derselben nichts abhanden komme, und daß dies geschehen, bei der Rücklieferung ausdrücklich hervorzuheben.

§ 9.

Für die Rücklieferung der entliehenen Bücher ꝛc. hat der Entleiher Sorge zu tragen und ist für die Folgen mangelhafter Fürsorge in dieser Beziehung persönlich verantwortlich. Auswärtige Entleiher haben die Schriften dauerhaft verpackt und frankirt zurückzusenden und bleiben für die durch mangelhafte Verpackung oder Adressirung veranlaßten Beschädigungen und Verluste haftbar.

§ 10.

Erfolgt die Rückgabe der entliehenen Bücher innerhalb der gesetzten Frist nicht, so erhält der säumige Entleiher zunächst durch die Post eine **unfrankirte** schriftliche Mahnung. Kommt er derselben binnen drei Tagen nicht nach, so wird er durch die Bibliotheks-Aufwartung mündlich zur Rückgabe aufgefordert und hat derselben auf Verlangen die Bücher sofort einzuhändigen, sowie **50 Pfennige Einforderungsgebühr** zu entrichten.

§ 11.

Bei der Rückgabe des Entliehenen erhält der Entleiher den Empfangsschein wieder ausgehändigt.

§ 12.

Für verloren gegangene oder beschädigte Bücher ist nach ihrem vollen, vom Bibliothekar zu bestimmenden Werthe durch den Entleiher bez. dessen Bürgen Ersatz zu leisten. Außerdem bleibt im Falle von Entwendung oder muthwilliger Beschädigung strafrechtliche Ahndung vorbehalten.

§ 13.

Die Weiterverleihung der aus der Bibliothek entnommenen Bücher an andere Personen ist durchaus unstatthaft.

§ 14.

Bei längerer Abwesenheit vom Wohnorte sind die entliehenen Bücher vor der Abreise zurückzugeben. Eine Wohnungs-Veränderung, welche nach der Ausstellung des Empfangsscheines eintritt, hat der Entleiher der Bibliotheks-Verwaltung anzuzeigen.

§ 15.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen, sowie gegen die zu deren Durchführung angeordneten Maßregeln, ingleichen wiederholte Säumigkeit in der Rückgabe der Bücher zieht den Verlust des Rechtes zur Benutzung der Bibliothek nach sich.

Dresden, 6. Februar 1900.

Das Directorium der Gehe-Stiftung.

Thierbach, Director.

Die Abtheilungen A, B, C, D
der
Bibliothek der Gehe-Stiftung
zu Dresden

umfassen folgende Wissensgebiete:

Abtheilung A.

Hilfswissenschaften.

Cap. I. Encyclopädien und Wörterbücher.
„ II. Bibliographie und Bibliothekkunde.
„ III. Literatur.
„ IV. Philosophie.
„ V. Geschichte.
„ VI. Geographie und allgemeine Statistik.*)
„ VII. Populationistik.
„ VIII. Auswanderung und Colonisation.*)

Abtheilung B.

Staats- und Rechtswissenschaft.

Cap. IX. Gesetzsammlungen.
„ X. Land- und Reichstagsacten.
„ XI. Staatswissenschaftliche Zeitschriften, Sammel- und Nachschlagewerke.
„ XII. Staats- und Gesellschaftslehre.**)
„ XIII. Rechtswissenschaft im engern Sinne.
„ XIV. Staatsrecht.**)
„ XV. Völkerrecht.**)
„ XVI. Praktische Politik der einzelnen Staaten.
„ XVII. Socialpolitik.
„ XVIII. Religion, Kirche, Kirchenrecht und Kirchenpolitik.

Abtheilung C.

Verwaltung.

(Band 2 des Katalogs.)

Cap. XIX Verwaltung im Allgemeinen.
„ XX. Niederlassungs-, Heimaths- und Bürgerrecht.
„ XXI. Armenwesen und Wohlthätigkeit.

*) Band 3 des Katalogs.
**) Band 2 des Katalogs.

Cap. XXII. Polizei.
„ XXIII. Gefängnißwesen.
„ XXIV. Gesundheitswesen.
„ XXV. Bau-, Wohnungs- und Straßenwesen.
„ XXVI. Bildungs- und Erziehungswesen.
„ XXVII. Kriegswesen.

Abtheilung D.

Volkswirthschaft.

(Band 1 des Katalogs.)

Vorliegende Unterabtheilung I:

Cap. XXVIII a. Allgemeine Wirthschaftsgeschichte und Wirthschaftszustände einzelner Länder, resp. deren Kritik.
b. Volkswirthschaftslehre.
c. Cameralwissenschaft; Allgemeine Erwerbslehre.
d. Politische Arithmetik.
„ XXIX. Finanzwesen.

Künftige Unterabtheilung II:

Cap. XXX. Landwirthschaft, Grundeigenthum und Grundcredit.
„ XXXI a. Forst- und Jagdwesen.
b. Fischerei und Fischzucht.
„ XXXII. Bergbau.
„ XXXIII. Industrie und Arbeiterverhältnisse.

Künftige Unterabtheilung III:

Cap. XXXIV a. Handel. Handels- und Zollpolitik.
b. Buchhandel.
„ XXXV a. Transportwesen im Allgemeinen.
b. Schifffahrt.
c Post und Telegraphie.
d. Eisenbahnwesen.
„ XXXVI. Münz-, Maaß- und Gewichtswesen.
„ XXXVII. Credit- und Bankwesen.
XXXVIII. Börsen- und Actienwesen.
„ XXXIX. Versicherungswesen.
„ XL a. Sparcassenwesen.
b. Leihhäuser.
„ XLI. Genossenschaftswesen.
„ XLII Ausstellungswesen.
„ XLIII. Häusliche Oeconomie.

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

THIS BOOK IS DUE ON THE LAST DATE STAMPED BELOW

AN INITIAL FINE OF 25 CENTS

WILL BE ASSESSED FOR FAILURE TO RETURN THIS BOOK ON THE DATE DUE. THE PENALTY WILL INCREASE TO 50 CENTS ON THE FOURTH DAY AND TO $1.00 ON THE SEVENTH DAY OVERDUE.

MAR 12 1946

NOV 9 1946

LD 21-100m-12,'43 (8796s)

YC 79251